



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Berichte und Dokumente

2023

1. Vorwort	8
Marc Frings, Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)	
2. Beschlüsse und Erklärungen	
2.1. Wohnungsnot lindern! – Verantwortung der Kirchen	11
Beschluss des Hauptausschusses des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 27. Januar 2023	
2.2. Deutsche Katholikentage und Ökumenische Kirchentage als starke Stimmen der organisierten christlichen Lai*innen im gesellschaftlichen Konzert in Deutschland auch in Zukunft gestalten!	13
Beschluss des Hauptausschusses des ZdK vom 27. Januar 2023	
2.3. Aufruf des ZdK zu den Sozialwahlen 2023	19
Beschluss des Hauptausschusses des ZdK vom 27. Januar 2023	
2.4. Gemeinsam auf dem Weg zur „synodalen Kirche“	20
Erklärung der Diözesan- und Katholikenräte vom 4. Februar 2023	
2.5. Der Jahrestag des russischen Krieges gegen die Ukraine: Sehnsucht nach rechtem und stabilem Frieden in Europa	22
Erklärung der Initiative Christen für Europa vom 25. Februar 2023	

2.6. 6 Punkte-Plan: Sozial gerechte Agrarwende und gutes Essen für alle	25
Beschluss der ZdK-Vollversammlung vom 5. Mai 2023	
2.7. Beschlüsse umsetzen, Aufgaben aus der Synodalversammlung konstruktiv erledigen	26
Beschluss des Hauptausschusses des ZdK vom 23. Juni 2023	
2.8. Menschen vor Profit: Den Finanzsektor als Hebel in die Sorgfaltspflichtenrichtlinie einbeziehen	26
Erklärung der Initiative Christen für Europa vom 23. September 2023	
2.9. Solidarität mit den Opfern und Frieden für den Nahen Osten!	31
Erklärung der „AG Jüdisch & Christlich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag“, des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK und des deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit vom 13. Oktober 2023	
2.10. Solidarity with the victims and peace for the Middle East!	33
Declaration of the ‚Jewish & Christian‘ working group at the German Protestant Kirchentag (DEKT), the ‚Jews and Christians‘ discussion group at the Central Committee of the German Catholic Church (ZdK) and the German Coordinating Council of the Societies for Christian Jewish Cooperation (DKR). of October 13th 2023	

- 2.11. Gesprächskreis „Christen und Muslime“ beim ZdK** 35
verurteilt Hamas-Angriff auf Israel
Erklärung des Gesprächskreises „Christen und Muslime“
beim ZdK vom 19. Oktober 2023
- 2.12. Verfassungsauftrag erfüllen: Subsidiär** 36
**Schutzberechtigte gleichstellen, Geschwister-
nachzug ermöglichen**
Beschluss des Hauptausschusses des ZdK
vom 20. Oktober 2023
- 2.13. Keine Familien in Grenzverfahren: Für ein** 38
gemeinsames menschenrechtskonformes
Asylsystem in Europa
Beschluss des Hauptausschusses des ZdK
vom 20. Oktober 2023
- 2.14. No families in border procedures: For a common** 40
asylum system in Europe in compliance with
human rights
A joint declaration of Club of the Catholic Intelligentsia
and Central Committee of German Catholics
of October 20th 2023
- 2.15. Aufruf an die Bundesregierung:** 41
Die sozialökologische Zukunft nicht verspielen!
Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 24. November 2023

- 2.16. „Ernährungs- und Agrarwende jetzt!“** 42
Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 24. November 2023
- 2.17. Demokratie stärken – Aufstehen gegen
Antisemitismus, Rechtspopulismus und Rechts-
extremismus!** 47
Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 24. November 2023
- 2.18. Bildungsgerechtigkeit sichern: BAföG ausbauen,
nicht einsparen!** 50
Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 24. November 2023
- 2.19. Armut junger Menschen beenden und ihre ge-
rechte Teilhabe sichern - Zukunftschancen für
alle eröffnen!** 52
Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 24. November 2023
- 2.20. Causa Hengsbach** 55
Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 25. November 2023
- 2.21. Beschluss der Satzung des Synodalen Ausschusses** 56
Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 25. November 2023

2.22. „Das globale Gemeinwohl muss jetzt unsere oberste Priorität sein!“	56
Erklärungen von Vertreterinnen und Vertretern der katholischen Kirche zur Klimakonferenz in Dubai vom 28. November 2023	
2.23. Nächstenliebe und Engagement – nicht nur an Sonntagen!	59
Positionspapier des Ökumenischen Arbeitskreises Ehrenamt vom 28. November 2023	
3. Reden und Beiträge	
3.1. Aktuelle Entwicklungen, Rede der ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp	70
Vollversammlung des ZdK vom 05./06. Mai 2023 in München	
3.2. Begrüßung von Bischof Heinrich Timmerevers (Dresden-Meißen)	85
anlässlich der Verleihung des katholischen Preises gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am 14. Juni 2023 in Dresden	
3.3. Begrüßung der Jury-Vorsitzenden Dr. Irme Stetter-Karp und Erzbischof Dr. Stefan Heße	88
anlässlich der Verleihung des katholischen Preises gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am 14. Juni 2023 in Dresden	

3.4. Aktuelle Entwicklungen, Rede der ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp	92
Vollversammlung des ZdK vom 24./25. November 2023 in Berlin	
3.5. Rede der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, MdB,	104
im Rahmen der Vollversammlung des ZdK vom 24./25. November 2023 in Berlin	
4. Pressemitteilungen	113
5. Mitglieder und Gremien des ZdK	259



Liebe Leserin, lieber Leser,

ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns.

Der Angriff der Hamas auf Israel hat uns erschüttert. Wir beobachten mit großem Schmerz, wie viel Leid und Tod dieser Terrorangriff für Israel und auch für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen bedeutet. Unser Mitgefühl gilt allen Opfern, Verletzten und Verschleppten dieses menschenverachtenden Terrors.

Unsere Kirche wurde in diesem Jahr vor allem von den Beratungen zu Synodalität geprägt. Nach der 5. Synodalversammlung im Frühjahr hat die Kontinentalsynode in Prag stattgefunden; im Oktober folgte die Weltsynode, an der ZdK-Vizepräsident Prof. Dr. Thomas Söding als theologischer Berater teilnahm. Im November hat sich der Synodale Ausschuss konstituiert. Wir sind hoffnungsvoll: Der Weg hin zu einer synodaleren Kirche geht voran. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, die systemischen Ursachen des sexuellen Missbrauchs zu bekämpfen und die Aufarbeitung voranzubringen.

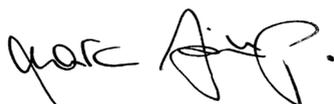
Auf politischer Ebene haben uns unter anderem die Asylpolitik, der anhaltende Angriffskrieg in der Ukraine, die weiterhin fehlende gesetzliche Regelung der Suizidassistenz und die mangelnde Finanzierung der Kindergrundsicherung beschäftigt. Der steigende Zuspruch der AfD in Deutschland bereitet uns zunehmend Sorge. So steht über allem unser Anspruch, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt - für Demokratie und gegen Rechtsradikalismus – zu leisten.

Ein Highlight des nächsten Jahres, dessen Vorbereitung unser Jahr geprägt hat, wird der 103. Deutsche Katholikentag in Erfurt unter dem Leitwort „Zukunft hat der Mensch des Friedens“ sein. Ein Katholikentag, der mehr denn je durch aktuelle politische Diskussionen geprägt sein wird. Unsere Gesellschaft braucht sachliche Debatten, Begegnungen auf Augenhöhe, klare Positionen. Auf dieser Basis kann und wird der Katholikentag ein Fest werden, das von Glaube, Hoffnung und der Kraft des besseren Arguments lebt. Deswegen bereits jetzt: Kommen Sie nach Erfurt! Zeigen Sie mit Ihrer Teilnahme und Ihren Beiträgen vor Ort, dass es lohnt, sich für unsere gemeinsamen Werte von Freiheit und Demokratie, für eine friedliche und offene Gesellschaft einzusetzen!

Wir konnten in diesem Jahr auch ein Jubiläum feiern: Die organisierte katholische Zivilgesellschaft kann auf ihr 175-jähriges Bestehen zurückschauen, denn am 3. Oktober 1848 trafen sich erstmals katholische Vereine zu einer Generalversammlung, die rückwirkend zum ersten Katholikentag wurde. Aus diesem Anlass haben wir die ehemaligen ZdK-Präsident*innen besucht und mit ihnen über ihre Amtszeit und das kirchliche Leben der Gegenwart gesprochen. Das Ergebnis können Sie in unserem Podcast “ZdK fragt” auf Spotify und Apple Music hören.

Das hier sind nur einige Ausschnitte unserer Arbeit – es war ein bewegendes Jahr! Ich danke allen ehrenamtlichen ZdK-Mitgliedern, unseren Berater*innen und meinen Kolleg*innen im Generalsekretariat für ihr großes Engagement.
Herzliche Grüße

Ihr



2. Beschlüsse und Erklärungen

2.1. Wohnungsnot lindern! – Verantwortung der Kirchen

Beschluss des Hauptausschusses des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 27. Januar 2023

Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt fordert die ZdK-Vollversammlung (Erz-)Bistümer, kirchliche Liegenschafts-verwaltungen, Pfarrgemeinden, kirchliche Wohnungsunternehmen, Caritasverbände und caritative Fachverbände, Ordensgemeinschaften sowie alle privaten Immobilien- und Grundstückseigentümer:innen auf, zu prüfen, welchen eigenen Beitrag sie durch ihre Immobilien und Grundstücke zur Linderung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit leisten können.

Die ZdK-Vollversammlung fordert insbesondere die kirchlichen Akteure zu folgenden Maßnahmen auf:

Pläne für den Umgang mit solchen Immobilien zu erarbeiten und in Kraft zu setzen, die nicht mehr für Aufgaben der Pastoral oder der Verwaltung benötigt werden. Statt Immobilien in städtischen Ballungsräumen gegen Höchstgebot zu verkaufen, sollen Konzepte dafür entwickelt werden, ökologisch verträglichen Wohnraum, insbesondere bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die kirchlichen Akteure können die erforderlichen Maßnahmen selbst durchführen oder andere damit beauftragen.

Wohnungen in eigenen Immobilien zu einer festgelegten Quote an von Armut Betroffene zu vermieten.

Eigene bebaubare Grundstücke oder Gebäude dem sozialen Wohnungsbau selbst zu widmen oder diese der Caritas, deren Fachverbänden oder kirchlichen Siedlungswerken günstig für auf dem Wohnungsmarkt benachteiligte Gruppen zu überlassen.

Begründung:

Katholische Wohnungsunternehmen besitzen und verwalten Eigentums- und Mietwohnungen sowie Sozialwohnungen. Kirchen, ihre Wohlfahrts- und Fachverbände sowie die katholischen Siedlungswerke sind Eigentümer von Mietwohnungs- und Immobilienbeständen. Diese dienen, mancherorts in begehrten, innenstadtnahen Lagen, meist eigenen kirchlichen Zwecken (Seelsorge, Verwaltung, Dienstwohnungen), der sozialen und gesundheitlichen Versorgung, der Bildung aber auch der Vermögensanlage. Teilweise werden mit den Einkünften aus Immobilienbeständen nicht refinanzierte Angebote der sozialen Unterstützung finanziert. Gleichzeitig wird aber eine zunehmende Zahl dieser Bestände – dies gilt auch für Immobilien und Grundstücke der Ordensgemeinschaften - nicht mehr für die bisherigen kirchlichen Zwecke genutzt. Leerstehende Pfarrhäuser oder Gemeindehäuser brauchen neue Nutzungen. Im Weiteren gibt es auch zahlreiche unbebaute Flächen im kirchlichen Besitz, die für eine Wohnbebauung geeignet sind.

Darüber hinaus sind zwei Drittel aller Mietwohnungen in Deutschland im Eigentum von privaten Vermieter*innen, die vielfach nur eine oder wenige Wohnungen vermieten. Typischerweise sind dies ältere Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen, die die Wohnungen als Geldanlage gekauft oder auch geerbt haben. Nicht immer haben sie die Mittel, die Möglichkeit oder sind aus anderen Gründen zurückhaltend, diese Wohnungen zu erhalten und zu vermieten. Insbesondere haben sie Bedenken, an armutsbetroffene Menschen zu vermieten. Mit Hilfe gezielter Werbung, Vermittlung und Unterstützung kann es gelingen, hier Wohnraum für Armutsbetroffene zu akquirieren (vgl. z.B. das Projekt „Kirchliche Wohnrauminitiative“ der Diözese Rottenburg-Stuttgart).

Der kirchlich-verbandliche und auch der private Immobilienbesitz bringt vielfältige Chancen und Verpflichtungen mit sich. Angesichts der aktuellen Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt müssen sich (Erz-)Bistümer, kirchliche Liegenschaftsverwaltungen, die Pfarrgemeinden, kirchliche Wohnungsunternehmen, Caritasverbände und caritative Fachverbände sowie Ordensgemeinschaften aber auch private Immobilienbesitzer*innen neu fragen, welche Optionen für sie selbst bestehen, um bezahlbares Wohnen zu einer realistischen Perspektive für mehr Menschen zu machen. Sie können dazu beizutragen, dass Verdrängung und Segregation auch in „begehrten“ Städten und Gemeinden abnehmen und Vielfalt wieder Raum gewinnt.

Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt fordert die ZdK-Vollversammlung (Erz-)Bistümer, kirchliche Liegenschaftsverwaltungen, Pfarrgemeinden, kirchliche Wohnungsunternehmen, Caritasverbände und caritative Fachverbände, Ordensgemeinschaften sowie alle privaten Immobilien- und Grundstückseigentümer*innen auf, zu prüfen, welchen eigenen Beitrag sie durch ihre Immobilien und Grundstücke zur Linderung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit leisten können.

2.2. Deutsche Katholikentage und Ökumenische Kirchentage als starke Stimmen der organisierten christlichen Lai*innen im gesellschaftlichen Konzert in Deutschland auch in Zukunft gestalten!

Beschluss des Hauptausschusses des ZdK
vom 27. Januar 2023

Angesichts der Verschiedenheit der Träger von Katholiken- und Kirchentagen und der unterschiedlichen Strukturen der Veranstaltungen sowie insbesondere der unverzichtbaren Bedeutung der jeweiligen Veranstaltungen für die Träger und die Kirchen, werden Katholikentage als bundesweite kirchliche Großereignisse in Deutschland weiterhin in einem regelmäßigen

Rhythmus durch das ZdK geplant und durchgeführt. Der konkrete Rhythmus wird in Hinblick auf Aufwand, Finanzierung und Teilnehmer*innenzahl überprüft. Die Katholikentage geben künftig verstärkt in ihren Programmangeboten der bi- und multilateralen Ökumene einen großen Raum, fördern aktuelle ökumenische Entwicklungen und beziehen regionale ökumenische Besonderheiten am jeweiligen Veranstaltungsort sichtbar mit ein. Als ein sichtbares Zeichen wird ein weiter aufgewerteter zentraler ökumenischer Gottesdienst Teil des Katholikentags sein. Weiterhin findet eine intensive und partizipative Auseinandersetzung mit dem Format des Katholikentags statt, welches moderner, generationengerecht und an die Entwicklungen der Zeit angepasst wird. Insbesondere wird das Ziel der Veranstaltung beschrieben, die Zielgruppe festgelegt und Formate, die dieser gerecht werden, entwickelt.

Das ZdK setzt sich dafür ein, dass in sinnvollen Abständen (z.B. alle sieben oder neun Jahre) Ökumenische Kirchentage geplant und durchgeführt werden und dazu Gespräche mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) geführt werden.

Begründung:

Katholikentage sind unverzichtbar für die katholische Kirche in Deutschland und darüber hinaus.

Angesichts der geringeren Teilnehmereinzahlen beim Stuttgarter Katholikentag 2022 gegenüber dem Vorgängerereignis in Münster wurde öffentlich diskutiert, solche Veranstaltungen in Zukunft nur noch ökumenisch, d.h. in Kooperation mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) zu planen. Bei solchen Überlegungen wird aber nicht berücksichtigt, welche Bedeutung ein Katholikentag für die organisierten katholischen Lai*innen, Organisationen, Räte, Gemeinschaften und Initiativen, für die gesamte katholische Kirche in

Deutschland und darüber hinaus hat und was es bedeuten würde, wenn diese Veranstaltung ersatzlos entfiel. Damit ist nicht gesagt, dass sich Katholikentage nicht auch in ihren Veranstaltungsformen ändern können und müssen, was sie in ihrer Geschichte immer wieder getan haben.

Von außen und oberflächlich betrachtet sind sich Kirchen- und Katholikentage sehr ähnlich, bei näherem Hinsehen zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede.

Insbesondere die Bedeutung bzw. Funktion der kirchlichen Großereignisse ist für die Veranstalter und für die Kirchen jeweils eine andere.

Katholikentage sind unverzichtbar als relevante Begegnungsorte in Gesellschaft, Politik und den Kirchen

Bis heute sind Katholikentage die einzige bundesweite Möglichkeit für organisierte katholische Lai*innen untereinander und mit Repräsentant*innen aus Politik, Gesellschaft, den Kirchen und aus der ganzen Welt, zu relevanten Themen ins Gespräch zu kommen. Der zweijährige Rhythmus der Katholikentage ist deshalb sinnvoll und hat sich bewährt, weil junge Menschen nur in dieser engen Taktung ihre oft guten Erfahrungen von Veranstaltung zu Veranstaltung an die nächste „Katholikentags-Generation“ weitertragen und selbst ein weiteres Mal kommen können, ehe sie in der Ausbildung oder der Familienphase dem Katholikentag für einige Zeit fernbleiben.

Was einen Katholikentag zum Katholikentag macht

Eine Arbeitsgruppe im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, die sich im Jahr 2003 mit der Zukunft der Katholikentage befasste, schrieb ihnen drei Grundfunktionen zu:

1. Eine gesellschaftlich-politische Funktion: Der Katholikentag ist das einzige bundesweite Forum, durch das Katholik*innen in Deutschland unmittelbar mit politisch Verantwortlichen in das Gespräch kommen können und aus ihrer christlichen Überzeugung heraus politische Forderungen formulieren, d. h. öffentlich Position beziehen. Teilnehmende gewinnen gesellschaftspolitische Impulse für ihre Arbeit vor Ort.
2. Eine innerkirchliche Funktion: Der Katholikentag ist das einzige, breit aufgestellte bundesweite Forum, auf dem Katholik*innen theologische und kirchliche Themen diskutieren und so zu einer innerkirchlichen Meinungsbildung und einer Identitätsbildung als katholische Kirche beitragen. Durch den Katholikentag wird Kirche, auch als Weltkirche, in ihrer ganzen Vielfalt, erlebbar und zugleich gestaltet.
3. Eine individuell-persönliche Funktion: Der Katholikentag dient der persönlichen Orientierung und der spirituellen Stärkung, d.h. einer Stärkung christlicher Identität. Das ist besonders wichtig in einer Zeit, in der das kirchliche Leben vor Ort (Pfarrgemeinde) mehr und mehr an Bedeutung verliert oder gar nicht mehr erlebbar ist.

Alle drei Funktionen zusammen sind unverzichtbar für jeden Katholikentag. Fehlt nur eine der drei Funktionen, wird der Katholikentag zu einer anderen Veranstaltung.

Durch die Beschreibung seiner Funktionen wird deutlich, welche Bedeutung der Katholikentag nicht nur als weltweit einzigartige Veranstaltung für die Katholik*innen in Deutschland hat, sondern auch für die Katholische Kirche als Ganze im Blick auf deren gesellschaftspolitische Wirksamkeit und als Ort christlicher Spiritualität.

Katholikentage haben eine lange und starke ökumenische Geschichte

Die Ökumene auf Katholikentagen hat eine lange und starke Tradition, auch wenn sie im Blick auf die multilaterale Ökumene noch ausbaufähig ist. Die ersten Annäherungen an die Ökumene gab es bereits in den 50er und 60er Jahren mit der Einladung einzelner prominenter evangelischer Mitwirkender. Von 1968 an bzw. in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts wurden die ökumenischen Veranstaltungen vielfältiger und selbstverständlicher. Zentrale Ökumenische Gottesdienste (seit 1968), auch ökumenische Frauengottesdienste und ökumenische Veranstaltungen sowie Ökumene-Zentren sind selbstverständliche Programmteile bei Katholikentagen.

Deutsche Evangelische Kirchentage setzen stärker auf Personen aus der Ökumene in den Vorbereitungsgremien und als Mitwirkende in Veranstaltungen und kennen ebenfalls große zentrale ökumenischen Gottesdienste, nicht aber Ökumene-Zentren, die zur theologischen und gesellschaftspolitischen Diskussion einladen. Im Bereich der Kirchenmusik und der Kultur ist die ökumenische Zusammenarbeit bei Kirchen- wie bei Katholikentagen inzwischen selbstverständlicher Teil des Programms.

Was Evangelische Kirchentage von Katholikentagen unterscheidet:

Im Gegensatz zu den Deutschen Katholikentagen, die von Beginn an bis heute eine kirchen- und gesellschaftspolitische Zielrichtung hatten und deren Träger sich als Teil der Katholischen Kirche verstehen, stellt sich das bei den Deutschen Evangelischen Kirchentagen anders dar. Der Deutsche Evangelische Kirchentag, der 1949 durch Reinold von Thadden u. a. ins Leben gerufen wurde, hat seine Wurzeln im Pietismus und in der Verbundenheit mit der weltweiten Ökumene. Er versteht sich bis heute als Zusammenschluss und Bewegung engagierter evangelischer Christ*innen, die der individuelle christliche

Glaube zusammenführt und die sich als Einzelne – d.h. nicht repräsentativ - zu bestimmten innerkirchlichen oder politischen Fragen äußern. Der Kirchentag bietet die Plattform dafür und versteht sich nicht als Teil der Kirche, sondern sieht sich als Bewegung unabhängig von der Institution Kirche. Evangelische Organisationen und Verbände spielen im DEKT eine nur untergeordnete Rolle im Vergleich zu der Rolle der katholischen Organisationen und Diözesanräte für einen Katholikentag. Die Kirchentagsbewegung ist groß und reicht bis in die Gemeinden: Viele engagierte evangelische Christ*innen fahren selbstverständlich zum nächsten Kirchentag. Deshalb sind die Teilnehmendenzahlen meistens deutlich höher als bei Katholikentagen. Katholik*innen haben dagegen jenseits des Katholikentags im Jahr noch viele andere bedeutsame regionale oder internationale Anlässe, sich zu treffen.

Allerdings will und kann keine dieser anderen katholischen Veranstaltungen einen bundesweiten Katholikentag ersetzen.

Das Ökumene-Verständnis des DEKT umfasst nicht nur die interkonfessionelle Ökumene, sondern auch die Ökumene unter den evangelischen Kirchen weltweit. Dieses unterschiedliche Verständnis erschwert gelegentlich das gemeinsame Arbeiten. Sollte es zukünftig nur noch Ökumenische Kirchentage geben, wäre ein Bedeutungsverlust der katholischen Organisationen und Räte in der Veranstaltung angesichts des unterschiedlichen Selbstverständnisses und wegen der zahlenmäßigen Dominanz des evangelischen Mitveranstalters über kurz oder lang anzunehmen.

Auch die Träger der Katholikentage bzw. Deutschen Evangelischen Kirchentage selbst sind sehr unterschiedlich. Während der DEKT ausschließlich Kirchentage veranstaltet und dafür seine gesamten personellen Ressourcen einsetzen kann, sind die Katholikentage für das Zentralkomitee zwar eine zentrale, aber nicht die einzige Aufgabe, die mit einem deutlich geringeren Personal geleistet werden muss. Daraus ergibt sich schon systemisch ein Ungleichgewicht, das sich auch in der Programmatik zeigen könnte.

2.3. Aufruf des ZdK zu den Sozialwahlen 2023

Beschluss des Hauptausschusses des ZdK
vom 27. Januar 2023

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ruft alle Versicherten in den deutschen Sozialversicherungen auf, sich im Frühjahr 2023 an den Sozialwahlen zu beteiligen, mit denen die Selbstverwaltungsorgane der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen neu bestimmt werden.

Das ZdK begrüßt, dass sich seine Mitgliedsorganisationen Kolpingwerk Deutschland und Katholische Arbeitnehmer Bewegung Deutschlands (KAB) zusammen mit ihren evangelischen Kolleginnen und Kollegen im Zusammenschluss der Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) seit vielen Jahrzehnten in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen in Deutschland engagieren und so Mitverantwortung für die Zukunft der sozialen Sicherungen tragen.

Auch bei den Sozialwahlen im Jahr 2023 werden sich wieder Listen der ACA an den Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der verschiedenen Sozialversicherungsträger beteiligen.

Das gegliederte Sozialversicherungssystem in Deutschland hat sich in den aktuellen Krisen als besonders beständig und leistungsfähig erwiesen. Es waren vor über 150 Jahren gerade Ideen aus der christlichen Soziallehre, die dafür ausschlaggebend waren, dass in Deutschland die großen Lebensrisiken durch eine soziale Sicherung nach dem Versicherungsprinzip mit einer Selbstverwaltung in solidarischer Weise abgesichert wurden.

Die soziale Selbstverwaltung mit gewählten Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger bringt in besonderer Weise zum Ausdruck, dass unsere Sozialversicherungen solidarische Einrichtungen einer Versicherten-gemeinschaft sind, in der Junge für Ältere, Vermögende für Ärmere und Ge-sunde für Kranke miteinstehen. Über die soziale Selbstverwaltung erhalten die Versicherten die Möglichkeit, selbst ihre Sozialversicherung mitzugestalten und Mitverantwortung zu tragen.

Die Wahlbeteiligung in den vergangenen Jahren könnte den Verdacht näh-ren, dass viele Mitbürger*innen soziale Selbstverwaltung und Sozialwahlen für eine vernachlässigbare Sache halten. Dieser Tendenz wollen wir deutlich entgegnetreten. Gute und leistungsfähige Sozialversicherungen brauchen eine Stärkung des Versicherungsgedankens, des Solidaritätsprinzips und der Mitverantwortung der Versicherten für ihre Versicherung.

2.4. Gemeinsam auf dem Weg zur „synodalen Kirche“

Erklärung der Diözesan- und Katholikenräte
vom 4. Februar 2023

Gemeinsam auf dem Weg zu einer synodalen Kirche – Tagung der diöze-sanen Räte Deutschlands bestärkt die Verstetigung des Synodalen Wegs

Im September 2022 haben die Delegierten des Synodalen Weges für die Ein-richtung eines Ausschusses gestimmt, der den Synodalen Rat vorbereiten wird.

Dagegen stellte das vatikanische Staatssekretariat in seinem Schreiben vom 23. Januar klar, dass weder der Synodale Weg noch ein von ihm eingesetztes Organ oder die Bischofskonferenz befugt seien, Synodale Räte auf nationaler,

diözesaner und pfarrlicher Ebene zu errichten. Solche Räte würden die Autorität der Bischöfe infrage stellen und somit das Bischofsamt schwächen.

Papst Franziskus hat die Aufgabe der Bischöfe so beschrieben: „Denn der Bischof wird ... sich bisweilen an die Spitze stellen, um den Weg anzuzeigen ..., andere Male wird er einfach inmitten aller sein ..., und bei einigen Gelegenheiten wird er hinter dem Volk hergehen, um denen zu helfen, die zurückgeblieben sind, und – vor allem – weil die Herde selbst ihren Spürsinn besitzt, um neue Wege zu finden.“ (EG31)

Die Konferenz der Vorsitzenden, Geschäftsführer*innen und ZdK-Mitglieder aus den Diözesanräten, die vom 3. bis 4. Februar 2023 in Passau tagte, unterstützt weitere Schritte zur Bildung des Synodalen Ausschusses und Rates sowie Synodaler Räte in den einzelnen Bistümern. Ziel ist die Förderung einer gelebten Kultur gemeinsamen Beratens und Entscheidens, in der sich Transparenz und Gewaltenteilung als Ausdruck von Synodalität verwirklichen können. Synodalität stärkt die Bischöfe und schwächt sie nicht.

Einige Bistümer sind bereits auf dem Weg zur Einführung Synodaler Räte oder haben solche Strukturen bereits seit Jahren. Wir ermutigen alle, diesen Weg zu einer synodalen Kirche zu gehen. Dies steht dem Inhalt des römischen Schreibens nicht entgegen, da jeder Ortsbischof Kraft seiner Autorität einen solchen Rat für seine Diözese einrichten kann. Wir sind gern mit unseren Bischöfen auf dem Weg zu einer synodalen Kirche.

2.5. Der Jahrestag des russischen Krieges gegen die Ukraine: Sehnsucht nach gerechtem und stabilem Frieden in Europa

Erklärung der Initiative Christen für Europa vom 25. Februar 2023

Inspiziert durch unseren gemeinsamen christlichen Glauben und motiviert durch eine tiefe Sehnsucht nach gerechtem und stabilem Frieden in Europa und in der Welt, hat IXE – Initiative Christen für Europa – diese Erklärung veröffentlicht.

Wir stehen an der Seite der Ukraine, die seit einem Jahr das Ziel dieses Krieges ist, der gegen das Völkerrecht sowie das Budapester Memorandum verstößt.

In seinem Kampf gegen die Aggression und für sein Recht, in einem freien Land zu leben, stehen wir in Solidarität mit dem ukrainischen Volk, und erkennen sein Recht auf Selbstverteidigung an. Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dieses Verbrechen hat zu Hunderttausenden von Toten und Verletzten, darunter Zivilisten, geführt. Millionen von Menschen sind vor dem Grauen geflohen. All diejenigen, die dem Krieg entkommen wollen, müssen entsprechend dem europäischen Modell Schutz durch humanitäre Visa oder Asyl finden. Unzählige Menschen sind in Gefahr, diesem Krieg zum Opfer zu fallen. Armut und Ernährungsunsicherheit haben in vielen Ländern, vor allem im globalen Süden, zugenommen. Die Inflation, insbesondere im Energiesektor, verschärft die soziale Ungleichheit. Aus christlicher Sicht müssen wir immer für die Schwachen optieren.

1. In der Vergangenheit und in der Gegenwart wurden und werden Religionen von den politischen Eliten für Konflikte und Kriege instrumentalisiert. Dies lehnen wir entschieden ab. Im 21. Jahrhundert müssen Religionsgemeinschaften endlich entschieden für den Frieden eintreten.

Deshalb kritisieren wir in aller Deutlichkeit, dass der ideologische Boden für diesen Krieg in hohem Maße von den Führern der russisch-orthodoxen Kirche genährt wurde. Anstatt einen Beitrag im Sinne der christlichen Friedensethik zu leisten, erteilte das russisch-orthodoxe Oberhaupt Kyrill die Absolution. Der Angriffskrieg gilt nicht mehr als Sünde, sondern als Dienst an Gott. Im Jahr des Krieges waren keine Stimmen der Versöhnung zu hören. Das muss sich ändern. Wir rufen Patriarch Kyrill auf, die Kriegspropaganda einzustellen. Alle christlichen Kirchen und religiösen Gemeinschaften sollten sich für den Frieden einsetzen.

2. Wir fordern den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine, um weiteres Leid für die Soldaten auf beiden Seiten und für die Zivilgesellschaft zu verhindern. Russland hat den Krieg begonnen und muss ihn beenden, statt ihn weiter zu eskalieren. Der Frieden kann nur dann würdig und dauerhaft sein, wenn er auf Freiheit, Wiederherstellung der territorialen Integrität und Gerechtigkeit beruht, was die Untersuchung von Kriegsverbrechen und die Reparation von Kriegsschäden einschließt. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass der Aggressor der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart zu einem Land werden kann, mit dem eine diplomatische Verständigung möglich ist - auch wenn dies angesichts des brutalen und aggressiven Vorgehens der derzeitigen russischen Regierung derzeit unmöglich erscheint. Das Völkerrecht muss Vorrang vor staatlichen Machtinteressen und dem Recht des Stärkeren haben.
3. Wir rufen dazu auf, die Ukraine auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union weiterhin zu unterstützen. Wir fordern, dass der Wiederaufbau der Ukraine auf der Grundlage aktiver zwischenstaatlicher Solidarität vorbereitet wird. Es muss grüne Infrastruktur geschaffen werden, um überflüssige Technologien für fossile Brennstoffe zu vermeiden.

4. Der Krieg gegen die Ukraine folgt imperialistischen Zielen. Mit der damit einhergehenden Propaganda und Desinformation ist er auch ein Angriff auf die universellen Werte. Die verheerenden Folgen für die Energiepreise zeigen, wie eng Energie- und Geopolitik miteinander verwoben sind. Zugleich birgt die Klimakrise enorme Sicherheitsrisiken. Aus beiden Gründen muss die grüne Transformation auf allen Ebenen dringend beschleunigt werden.

Vor dem Krieg und während des Krieges spielten und spielen die kirchlichen Organisationen eine zentrale Rolle für die ukrainische Gesellschaft. Sie bieten soziale Unterstützung für Bedürftige, glaubens- und wertebasierte Bildung an katholischen Schulen und der Universität in Lemberg sowie Seelsorge im ganzen Land. In Gegenwart und Zukunft werden wir unsere ukrainischen Partner unterstützen, damit sie ihre Arbeit fortsetzen und ihr Land wieder aufbauen können. Wer Frieden will, muss ihn vorbereiten und die Grundlagen dafür schaffen, dass er entstehen und wachsen kann. Dies bleibt die Aufgabe und Herausforderung aller Christen, Gläubigen und Menschen guten Willens.

- Josian Caproens, BELGIUM, Interdiocesan Pastoral Council (IPB) / European Forum of National Laity Committees (ELF)
- Raphael de Araújo Bittner, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken
- Isabelle de Gaulmyn, FRANCE, Semaines Sociales de France
- Dr Stefan Eschbach, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken
- Dr Fr Roman Fihás, UKRAINE, Institute of Ecumenical Studies, Lviv
- Rosario Gonzalez, SPAIN, Teresian Association
- Janko Korošec, SLOVENIA, Socialna akademija
- Norbert Kreuzkamp, GERMANY, Acli Deutschland
- Fr Filipe Martins, BELGIUM, Jesuit European Social Centre
- Mary McHugh, UNITED KINGDOM, National board of catholic women of England + Wales
- Petr Mucha, CZECH REPUBLIC, Czech Christian Academy
- Théo Péporté, LUXEMBOURG, Journées sociales de Luxembourg ASBL

- Neven Šimac, CROATIA, Centre d'études et de documentation européennes R. Schuman
- Sabine Slawik, GERMANY, ANDANTE. European Alliance of Catholic Women Associations
- Marie Louise van Wijk-van de Ven, NETHERLANDS, Network of Catholic Women in the Netherlands

*Die Initiative Christen für Europa (IXE) ist ein Zusammenschluss von Laienorganisationen und engagierten Christ*innen aus verschiedenen europäischen Ländern. Allgemeines Anliegen von IXE ist es, ein lebendigeres Bewusstsein für ein vereintes Europa in die nationalen Debatten einzubringen. Ziel der Initiative ist es, die Begegnung von Christen in Europa zu fördern und die Soziallehre der Kirche voranzubringen, um ein besseres gegenseitiges Kennenlernen und Verständnis der historischen und kulturellen Unterschiede zu erreichen.*

2.6. 6 Punkte-Plan: Sozial gerechte Agrarwende und gutes Essen für alle

Beschluss der ZdK-Vollversammlung vom 5. Mai 2023

Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken wird sich mit der Thematik „6-PUNKTE-PLAN SOZIAL GERECHTE AGRARWENDE UND GUTES ESSEN FÜR ALLE“ im Sachbereich 6 befassen und eine Mitgliedschaft erwägen.

2.7. Beschlüsse umsetzen, Aufgaben aus der Synodalversammlung konstruktiv erledigen

Beschluss des Hauptausschusses des ZdK vom 23. Juni 2023

Der Hauptausschuss bekräftigt den politischen Willen des ZdK, den Synodalen Ausschuss zu konstituieren und die in der Synodalversammlung beschlossenen Aufgaben konstruktiv zu erledigen. Die DBK ist gefordert, schnell einen konkreten Weg für eine alternative Finanzierung zu ebnen, nachdem der Ständige Rat die Mittel für den Synodalen Ausschuss am 20. Juni nicht freigegeben hat. Der Hauptausschuss unterstützt den Vorsitzenden der DBK und die Präsidentin des ZdK bei ihrer erklärten Absicht, die Sitzung des Synodalen Ausschusses im November vorzubereiten und die notwendigen Vorarbeiten in Auftrag zu geben. Darüber hinaus stehen beide Träger des Synodalen Weges, ZdK und DBK, jetzt inhaltlich in der Verantwortung, gemeinsam diejenigen Beschlüsse der Synodalversammlung zeitnah umzusetzen, in denen sie selbst als Akteure adressiert sind. Der Hauptausschuss stellt klar, dass die Kirchensteuermittel nicht das Geld der Bischöfe sind. Das Entscheidungsmonopol der Bischöfe über die Kirchensteuer muss beendet werden. Bischöfe haben die Machtkarte ausgespielt. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden.

2.8. Menschen vor Profit: Den Finanzsektor als Hebel in die Sorgfaltspflichtenrichtlinie einbeziehen

Erklärung der Initiative für Europa (IXE) vom 23. September 2023

Die Globalisierung darf nicht zu Wohlstand für einige wenige führen, sondern muss Gerechtigkeit für alle schaffen. Motiviert durch die tiefe Sehnsucht nach einer gerechten und nachhaltigen Welt, inspiriert durch unseren gemeinsamen christlichen Glauben und die umfassenden Erfahrungen unserer christlichen Entwicklungsorganisationen, hat IXE - Initiative der Christen für Europa - diese Erklärung abgegeben.

Die Sektoren sind zahlreich, die Beispiele unzählig: In vielen Textilfabriken werden die Arbeitsrechte missachtet, auch zehn Jahre nach dem Einsturz des Rana-Plaza-Gebäudes in Savar, Bangladesch, der tödlichsten Katastrophe in der Geschichte der Bekleidungsindustrie. Mehrere Bergbauprojekte schneiden der lokalen Bevölkerung das Wasser ab. Oft weidet das Vieh auf illegal abgeholzten Regenwaldflächen. In einer postpandemischen Zeit, in einer Zeit der Kriege und Konflikte, in der die Armut zunimmt, in der sich die Klima- und Biodiversitätskrise verschärft, brauchen wir dringend einen fairen und ökologischen Handel. Viele Produkte, die in Europa zum Alltag gehören, enthalten Verstöße gegen Menschenrechte und Umweltschutz. Ergänzend zu individuellem Verhalten braucht Gerechtigkeit einen verbindlichen Rechtsrahmen. Deshalb haben mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union nationale Sorgfaltspflichtengesetze verabschiedet. Die Kommission hat im Februar 2022 ihren Vorschlag für eine europäische Richtlinie vorgelegt. Im institutionellen Trilog, der im Juni 2023 begann, besteht die Chance, einen europäischen Paradigmenwechsel in den Handelsbeziehungen zu erreichen. Es ist die Chance, die Menschenwürde zu wahren, Menschenrechte und unsere Umwelt konsequent entlang von Wertschöpfungsketten zu schützen - durch eine starke EU-Gesetzgebung, die einen wichtigen Beitrag zu einer verantwortungsvollen Globalisierung leistet. Ein Rechtsrahmen, der Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland verpflichtet, ist ein Instrument, um globale Ungleichheit zu verringern, Fluchtursachen zu verhindern und die ökologische Krise einzudämmen.

Daher fordert IXE als supranationales europäisches Netzwerk den Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission auf, eine ehrgeizige Richtlinie nach dem Vorbild der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte zu erlassen. Unsere Forderung, die im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

und mehreren Grundsätzen der katholischen Soziallehre, der Menschenwürde, der Option für die Armen und der Nachhaltigkeit steht, schließt sich der Forderung vieler EU-Bürger, Unternehmen, Investoren und internationaler Organisationen wie der OECD(1), OHCHR(2) und ILO(3) an.

Aus unserer Sicht sind die folgenden Meilensteine für die Trilogverhandlungen entscheidend:

- 1. Menschenrechtsverletzungen bekämpfen:** Die Richtlinie muss Verstöße gegen die Menschenrechte sowie die grundlegenden Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) bekämpfen, die insbesondere für indigene Völker von großer Bedeutung ist. Schutzbedürftige Gruppen, insbesondere Frauen, Kinder und Wanderarbeitnehmer, benötigen den Schutz der Richtlinie.
- 2. Umweltauswirkungen bekämpfen:** In der Klima- und Biodiversitätskrise muss die Bewahrung der Schöpfung im Mittelpunkt aller unternehmerischen Aktivitäten stehen. Die europäischen Unternehmen haben erheblich zum Klimawandel beigetragen. Daher muss der Rechtsrahmen ein breiteres Spektrum von Umweltrisiken und -auswirkungen abdecken, um die zahlreichen negativen Umweltauswirkungen der unternehmerischen Tätigkeiten zu bewältigen. Unternehmen müssen verpflichtet werden, ehrgeizige und überprüfbare Klimaschutzpläne mit konkreten Reduktionszielen und Zeitplänen aufzustellen. Wir brauchen Anforderungen an Klimaziele und entsprechende Sanktionen, um Greenwashing zu vermeiden.
- 3. Gesamte Wertschöpfungskette abdecken und Finanzsektor einbeziehen:** Viele Verstöße gegen den Umweltschutz und die Menschenrechte finden am Anfang der Wertschöpfungskette statt. Wir befürworten einen risikobasierten Ansatz. Der Sorgfaltspflichtprozess eines Unternehmens muss für seine Geschäftspartner gelten und allgemeine Bereiche mit erheblichen Risiken in ihrer gesamten Geschäftstätigkeit abdecken.

Um Schlupflöcher zu schließen, muss die Richtlinie die gesamte Wertschöpfungskette, einschließlich der vor- und nachgelagerten Risiken und Auswirkungen, von Unternehmen mit 250 Mitarbeitern sowie von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Risikosektoren mit angemessenen Schwellenwerten abdecken.⁽⁴⁾ Aufgrund seiner Rolle bei der Finanzierung verheerender globaler Wirtschaftsaktivitäten ist es von größter Bedeutung, den Finanzsektor zu berücksichtigen. Gleichzeitig ist der Finanzsektor ein wichtiger Hebel für die Mobilisierung von Investitionen in die nachhaltige Entwicklung und für Desinvestitionen zur Förderung des Wandels. Wir widersprechen Versuchen, den Finanzsektor von der Richtlinie auszuschließen und unterstützen die Position des Parlaments und der Kommission in dieser Hinsicht.

4. **Umfassende und praktikable Berichtsansforderungen:** Der Rechtsrahmen muss eine detaillierte Berichts- und Dokumentationspflicht enthalten, um mehr Transparenz und Rückverfolgbarkeit zu erreichen. Je größer das Unternehmen und je risikoreicher der Sektor, desto strenger und umfangreicher müssen die Anforderungen der Richtlinie sein.
5. **Rechtlichen Zugang für die Opfer sicherstellen:** Die Bestimmungen zur zivilrechtlichen Haftung und zum Zugang zum Recht sind im Vorschlag der Europäischen Kommission nicht stark genug. Die Betroffenen müssen die Möglichkeit haben, vor Gerichten in den EU-Mitgliedstaaten zu klagen. Wir fordern beide Institutionen, sowohl den Rat als auch das Parlament, das das ehrgeizigste Verhandlungsmandat hat, mit Nachdruck dazu auf, die entsprechenden Paragraphen zu verbessern. Wenn Unternehmen einen Schaden verursachen oder dazu beitragen, sollte es nicht allein in der Verantwortung der Opfer liegen, Beweise zu erbringen. Die Gerichte sollten die Möglichkeit haben, ein angeklagtes Unternehmen anzuweisen, zusätzliche Beweise vorzulegen, wenn dies zum vollständigen Nachweis eines Anspruchs erforderlich ist. Die Richtlinie sollte sich mit den praktischen Hürden befassen, mit denen sich Opfer konfrontiert sehen,

die Gerechtigkeit suchen, wie z. B. unzureichender Zugang zu wichtigen Informationen, Verjährungsfristen und Hindernisse beim Zugang zu Sammelklagen. Die umfassende Beteiligung der Betroffenen an der Umsetzung der Richtlinie und der Schutz schutzbedürftiger Gruppen sind entscheidend für die Wirksamkeit der Richtlinie.

Wir fordern die Entscheidungsträger in den drei Institutionen der EU auf, eine wirksame und durchsetzbare EU-Richtlinie zur Sorgfaltspflicht zu schaffen. Um es mit den Worten von Papst Franziskus zu sagen: "Die größte Sorge eines Politikers sollten nicht sinkende Umfragewerte sein, sondern vielmehr, dass er keine wirksame Lösung findet, um das Phänomen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausschließung (...) zu überwinden."(5)

- Josian Caproens, BELGIUM, Interdiocesan Pastoral Council (IPB) / European Forum of National Laity Committees (ELF)
- Raphael de Araújo Bittner, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken
- Isabelle de Gaulmyn, FRANCE, Semaines Sociales de France
- Dr Stefan Eschbach, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken
- Dr Fr Roman Fihás, UKRAINE, Institute of Ecumenical Studies, Lviv
- Claudia Gawrich, GERMANY, Zentralkomitee der deutschen Katholiken
- Janko Korošec, SLOVENIA, Socialnaakademija
- Norbert Kreuzkamp, GERMANY, Acli Deutschland
- Fr Benoit Willemaers, BELGIUM, Jesuit European Social Centre
- Mary McHugh, UNITED KINGDOM, National Board of Catholic Women of England and Wales & RENATE (Religious in Europe Network Against Trafficking and Exploitation)
- Petr Mucha, CZECH REPUBLIC, Czech Christian Academy
- Théo Péporté, LUXEMBOURG, Journées sociales de Luxembourg ASBL
- NevenŠimac, CROATIA, Centre d'études et de documentation européennes R. Schuman
- Sabine Slawik, GERMANY, ANDANTE. European Alliance of Catholic Women Associations

- Marie Louise van Wijk-van de Ven, NETHERLANDS, Network of Catholic Women in the Netherlands
- Benoit Willemaers, sj, BELGIUM, Jesuit European Social Centre
- Henryk Woźniakowski, POLAND, Znak Christian Culture Foundation

1) OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

2) OHCHR = Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

3) ILO = Internationale Arbeitsorganisation.

4) In der Richtlinie sollten Textilien, Landwirtschaft, Rohstoffe, Finanzwesen, Bauwesen, Verkehr und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften als Hochrisikosektoren ausgewiesen werden.

5) Enzyklika 'Fratelli tutti', Paragraf 188.

Die Initiative Christen für Europa (IXE) ist ein Zusammenschluss von Laienorganisationen und engagierten Christen aus verschiedenen europäischen Ländern. Allgemeines Anliegen von IXE ist es, ein lebendigeres Bewusstsein für ein vereintes Europa in die nationalen Debatten einzubringen. Ziel der Initiative ist es, die Begegnung von Christen in Europa zu fördern und die Soziallehre der Kirche voranzubringen, um ein besseres gegenseitiges Kennenlernen und Verständnis der historischen und kulturellen Unterschiede zu erreichen. Mehr Informationen finden Sie unter <https://christiansforeurope.com/>.

2.9. Solidarität mit den Opfern und Frieden für den Nahen Osten!

Erklärung der „AG Jüdisch & Christlich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag“, des Gesprächskreises „Juden und Christen beim ZdK“ und des deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit vom 13. Oktober 2023

Die „AG jüdisch & christlich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag“, der „Gesprächskreis ‚Juden und Christen‘ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ und der „Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“ sind zutiefst erschüttert über den terroristischen Großangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober, am Schabbat und am

Festtag zum Ende des Laubhüttenfestes. Tausende Raketen wurden vom Gazastreifen aus auf Israel abgefeuert. Hunderte Terroristen drangen in die Orte und Kibbuzim nahe der Grenze ein, verletzten, vergewaltigten und ermordeten ihre Bewohner auf brutalste Weise. Nach aktuellem Stand ist die Zahl der Toten in Israel durch die Großangriffe der islamistischen Hamas auf mindestens 1300 gestiegen, die große Mehrheit der Todesopfer sind Zivilisten, darunter 260 junge Menschen, die an einem Musikfestival im Negev teilgenommen hatten. Mehr als 3000 weitere Menschen sind verletzt worden, mehr als 150 wurden gewaltsam entführt.

Dieses menschenverachtende Massaker ist durch nichts zu rechtfertigen. Frauen, Männer und Kinder aus dem Schlaf zu reißen, heimtückisch zu ermorden und zu verschleppen ist Terror, nach internationalem Recht sind das Kriegsverbrechen bis hin zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Unsere Gedanken sind bei den Opfern und bei all unseren Freunden und Freundinnen in Israel. Wir trauern mit denen, die einen lieben Menschen verloren haben. Wir wünschen allen Verletzten vollständige Genesung. Und wir bangen mit den Familien, Freundinnen und Freunden der Entführten. Es muss alles getan werden, sie so schnell wie möglich zu befreien!

Wir wissen, dass auch auf der palästinensischen Seite unschuldige Menschen in hohem Maße leiden, verletzt und getötet werden. Die Verantwortung für die aktuelle Eskalation der Gewalt liegt jedoch allein bei der Hamas. Allen, die wirklich Freiheit und Frieden für den Nahen Osten wollen, sagen wir: Beides wird es durch Terror nicht geben. Die Hamas, der Islamische Dschihad und die Hisbollah bringen nicht Befreiung und Gerechtigkeit für die Palästinenserinnen und Palästinenser, sondern nur noch mehr Gewalt und Blutvergießen.

Unsere volle Solidarität gilt in dieser Situation Israel und seiner Bevölkerung. Das Land hat jedes Recht auf seiner Seite, sich gegen den Terror zu verteidigen. Es ist die Verpflichtung Deutschlands, Israel bei der Wiederherstellung seiner Sicherheit zu unterstützen.

Was Israel jetzt braucht, ist echte internationale Solidarität. Wir fordern die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft auf, die Bemühungen um Frieden in der Region dringend ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Alle Verantwortlichen in den Kirchen und in der jüdischen Gemeinschaft rufen wir dazu auf, ihre Möglichkeiten zur Verständigung zu nutzen.

2.10. Solidarity with the victims and peace for the Middle East!

Declaration of the ‚Jewish & Christian‘ working group at the German Protestant Kirchentag (DEKT), the ‚Jews and Christians‘ discussion group at the Central Committee of the German Catholic Church (ZdK) and the German Coordinating Council of the Societies for Christian Jewish Cooperation (DKR).

vom 13. Oktober 2023

The ‚Jewish & Christian working group at the German Protestant Kirchentag‘, the ‚Jews and Christians‘ discussion group at the Central Committee of German Catholics‘ and the ‚German Coordinating Council of the Societies for Christian Jewish Cooperation‘ are deeply shocked by the large scale terrorist attack by Hamas on Israel on 7 October. The assault took place at the end of the Jewish Feast of Tabernacles during Shabbat. Thousands of rockets were fired at Israel from the Gaza Strip. Hundreds of terrorists invaded the towns and kibbutzim near the border, injuring, raping and murdering their inhabitants in the most brutal way. The latest count is that the death toll in Israel

from the large scale attacks by Islamist Hamas has risen to at least 1300. The vast majority of the fatalities are civilians, including 260 young people who had been attending a music festival in the Negev. More than 3000 others have been injured and over 150 have been forcibly abducted.

By no means can this inhuman massacre be justified. Ripping women, men and children from their sleep, insidiously murdering and abducting them is terror; by international law, it is a war crime and even a crime against humanity.

Our thoughts are with the victims and with all our friends in Israel. We mourn with those who have lost a loved one. We wish all those injured a full recovery. And we grieve with the families and friends of those abducted. Everything must be done to free them as soon as possible!

We are aware of the fact that innocent people on the Palestinian side are also suffering, being injured and killed on a large scale. However, the responsibility for the current escalation of violence lies solely with Hamas. To all those who really want freedom and peace for the Middle East, we say: There will be neither through terror. Hamas, Islamic Ji had and Hezbollah do not bring liberation and justice for the Palestinians, but only more violence and bloodshed.

Our full solidarity in this situation is with Israel and its people. The country has every right on its side to defend itself against terror. It is Germany's obligation to support Israel in restoring its security.

What Israel needs now is genuine international solidarity. We call on the German government and the international community to urgently put efforts for peace in the region at the top of the political agenda. We call on all those responsible in the churches and in the Jewish community to use their opportunities for understanding.

2.11. Gesprächskreis „Christen und Muslime“ beim ZdK verurteilt Hamas-Angriff auf Israel

Erklärung des Gesprächskreises „Christen und Muslime“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken vom 19. Oktober 2023

Der Gesprächskreis „Christen und Muslime“ beim ZdK verurteilt den furchtbaren terroristischen Angriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober. Terrorismus ist immer und unter allen Umständen falsch.

Unsere Solidarität gilt allen Opfern der gefährlich eskalierten Gewalt in Israel, dem Gazastreifen und der ganzen Region, denen, die um Tote trauern, den Verletzten, denen, die verschleppt wurden.

Als Christen und Muslime kritisieren wir deutlich, dass Menschen in Deutschland den barbarischen Akt der Hamas-Gewalt tolerieren, gutheißen oder gar feiern. Als Christen und Muslime lehnen wir jede Form des Antisemitismus, wie sie in den vergangenen Tagen in Demonstrationen oder öffentlichen Positionierungen in unserem Land wahrnehmbar war, entschieden ab. Als Christen und Muslime setzen wir uns dafür ein, dass jüdische Menschen in Deutschland nicht bedroht werden. Auch fordern wir dazu auf, die humanitäre Hilfe für die Menschen in Israel und im Gazastreifen zu unterstützen.

Wir wissen uns den Menschen in Israel und Palästina und denen, die weltweit um einen dauerhaften Frieden in der Region ringen, im Gebet verbunden.

2.12. Verfassungsauftrag erfüllen: Subsidiär Schutzberechtigte gleichstellen, Geschwisternachzug ermöglichen

Beschluss des Hauptausschusses des ZdK
vom 20. Oktober 2023

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken betrachtet mit Sorge die Hemmnisse, welche in Deutschland bei der Herstellung der familiären Einheit von Geflüchteten bestehen:

1. Aufgrund des Familiennachzugsneuregelungsgesetzes von 2018 dürfen monatlich nicht mehr als 1.000 Angehörige von subsidiär Schutzberechtigten ein Visum erhalten. Dies sorgt nach der Antragstellung oftmals für sehr lange Wartezeiten.
2. Die Definition der Kernfamilie ist zu enggefasst und zwingt betroffene Familien in vielen Fällen zu inakzeptablen Aufspaltungen zwischen den Geschwisterkindern. Verfahren auf berechtigten Familiennachzug dauern in der Regel mehrere Jahre. Wenn aber nur die Eltern und nicht die minderjährigen Geschwister von minderjährigen Schutzberechtigten nach Deutschland nachziehen dürfen, führt dies in vielen Fällen zu jahrelangen Trennungen und unermesslichem Leid. Außerdem hemmt dies über Jahre massiv die Integration der in Deutschland lebenden minderjährigen Kinder bzw. Elternteile sowie der im Ausland wartenden Angehörigen.
3. Bei der Beantragung der Familienzusammenführung zu Menschen mit anerkanntem Flüchtlingsstatus gelten das Wohnraumerfordernis und die Lebensunterhaltssicherung als Voraussetzungen. Insbesondere minderjährigen Schutzberechtigten ist es in der Regel nicht möglich, diese Erfordernisse zu erfüllen.

4. Bislang ist der Anspruch auf Familienzusammenführung bei subsidiär Schutzberechtigten an die Verfahrensdauer gekoppelt, da er beim Erreichen der Volljährigkeit erlischt. Dies sorgt für Ungleichbehandlungen und Rechtsunsicherheit.

Die dauerhafte familiäre Trennung von Ehepaaren, Eltern und Kindern sowie von minderjährigen Geschwistern ist menschenrechtswidrig und verletzt den verfassungsrechtlichen Schutz der Familie. Deshalb fordern wir:

1. die beliebige Obergrenze für den Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten abzuschaffen. Auch Geflüchteten mit subsidiärem Schutzstatus soll eine Familienzusammenführung ohne numerische Deckelung gewährt werden.
2. nicht nur minderjährigen Kindern, sondern auch deren Geschwistern einen Nachzug zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, im Aufenthaltsgesetz einen Rechtsanspruch auf Geschwisternachzug zu verankern.
3. die minderjährigen Geschwister der als Flüchtling anerkannten minderjährigen Person oder subsidiär Schutzberechtigten als privilegiert nachzugsberechtigte Personen einzustufen, um die Hürden für den Geschwisternachzug und somit die gemeinsame legale Einreise von Eltern und Geschwistern zu senken. Die verfassungsgemäß zu schützende Einheit der Familie ist stärker zu gewichten als das Wohnraumerfordernis und die Lebensunterhaltssicherung.
4. eine einheitliche Regelung zur Bestimmung der Minderjährigkeit festzusetzen. Wir schlagen vor, die Feststellung des Alters grundsätzlich an den Zeitpunkt der Antragstellung zu knüpfen. Damit werden subsidiär Schutzberechtigte hinsichtlich der familiären Einheit mit jenen Geflüchteten gleichgestellt, die als Flüchtlinge anerkannt sind.

Die Feststellung der Minderjährigkeit zum Zeitpunkt der Antragstellung entspricht der Richtlinie 2003/86/EG, FamZ-RL(1), der EU-Grundrechtecharta sowie dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 01.08.2022(2).

Es gilt, die seit 2016 (Geschwisternachzug) respektive 2018 (Kontingentregelung für Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten) geltenden restriktiven Rechtslagen im Sinne der Betroffenen und ihrer gesellschaftlichen Teilhabe zu verbessern und die Bundesländer angesichts der Wohnungskrise massiv bei der Schaffung von Unterkünften zu unterstützen, um eine menschenwürdige Unterbringung gewährleisten zu können.

1 Vgl. RICHTLINIE 2003/86/EG DES RATES vom 22. September 2003 betreffend das Recht auf Familienzusammenführung; URL: <https://euaa.europa.eu/sites/default/files/public/Family-Reunification-DE.pdf>

2 Vgl. PRESSEMITTEILUNG Nr. 136/22 „Familienzusammenführung: Die Ablehnung der Erteilung eines nationalen Visums zum Zweck der Familienzusammenführung an den Elternteil eines während dieses Verfahrens volljährig gewordenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings verstößt gegen das Unionsrecht“; URL: <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-08/cp220136de.pdf>

2.13. Keine Familien in Grenzverfahren: Für ein gemeinsames menschenrechtskonformes Asylsystem in Europa

Beschluss des Hauptausschusses des ZdK
vom 20. Oktober 2023

Eine gemeinsame Erklärung des Klubs der Katholischen Intelligenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

1. Wir wollen, dass Familien von den neuen Grenzverfahren ausgeschlossen werden. Schutzsuchende Familien mit minderjährigen Kindern dürfen in der EU unter keinen Umständen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden. Dies gilt auch für einen gemäß Krisenverordnung durch die Europäische Kommission festzustellenden sogenannten Krisenfall.

2. Wir plädieren für eine Reform des dysfunktionalen Asylsystems in der EU im Einklang mit den Garantien der Genfer Flüchtlingskonvention und der EU-Grundrechtecharta bis zum Frühjahr 2024. Die Situation an den EU-Außengrenzen ist inakzeptabel und muss verbessert werden.
3. Wir setzen uns für ein solidarisches System ein, an dem sich alle Mitgliedsstaaten beteiligen. Die Verantwortung muss geteilt werden, um die Schutzsuchenden und ihr Menschenrecht auf ein Asylgesuch zu schützen. Die Finanzierung ist Teil der Solidarität, aber die wichtigste Säule bleibt die Aufnahme.
4. Wir drängen darauf, dass Pushbacks an den Außengrenzen sowie an den Binnengrenzen aufhören.
5. Wir setzen uns für mehr sichere und legale Wege für Migranten und humanitäre Korridore für Geflüchtete ein, über welche sie sicher nach Europa kommen, wo sie aufgenommen, geschützt, gefördert und integriert werden können.
6. Wir bestehen darauf, dass von Europa globale Solidarität ausgeht. Ohne echte und weitsichtige Unterstützung für Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit und Demokratisierung werden Fluchtursachen verschärft bzw. neu geschaffen.

2.14. No families in border procedures: For a common asylum system in Europe in compliance with human rights

A joint declaration of Club of the Catholic Intelligentsia and Central Committee of German Catholics
vom 20. Oktober 2023

1. We want families to be excluded from the new border screenings. Families seeking protection with underage children must under no circumstances be held under conditions similar to detention in the EU. This also applies to a so-called crisis situation to be determined by the European Commission in accordance with the Crisis Regulation.
2. We advocate for a reform of the dysfunctional asylum system in the EU in line with the guarantees of the Geneva Convention and the Charter of Fundamental Rights of the European Union by spring 2024. The situation at the EU's external borders is unacceptable and must be improved.
3. We push for a system of solidarity in which all member states participate. Responsibility must be shared to protect those seeking protection and their human right to apply for asylum. Funding is part of solidarity, but the most important pillar remains reception.
4. We urge to ensure that pushbacks stop at the external borders as well as at the internal borders.
5. We advocate for more safe and legal paths for migrants and humanitarian corridors for refugees be facilitated, where they can come to Europe safely and be welcomed, protected, promoted and integrated.

6. We insist that global solidarity emanates from Europe. The lack of real and far-sighted support for human rights, economic development, security and democratization would create or exacerbate the causes forcing people to leave their countries.

2.15. Aufruf an die Bundesregierung: Die sozialökologische Zukunft nicht verspielen!

Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 24. November 2023

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts tun sich im Bundeshaushalt große Lücken auf. Entsprechende Auswirkungen des Urteils auf Länderhaushalte sind aktuell konkret nicht absehbar, aber wahrscheinlich. Absolut vorrangig ist jetzt ein Krisenmanagement, das Vertrauen in die Berechenbarkeit und Handlungsfähigkeit der Politik auf den unterschiedlichen Ebenen ermöglicht.

Die Krise führt unvermeidlich zu neuen Priorisierungen, so denn nicht andere Lösungen zum Ausgleich der Haushaltslücken gefunden werden können.

Aufgrund unserer christlichen Überzeugungen treten wir in der politischen Öffentlichkeit und insbesondere gegenüber der Bundesregierung für die Priorisierungskriterien Solidarität und Gerechtigkeit ein.

Solidarität wird konkret in der vorrangigen Option an der Seite der Armen: Die anstehenden Haushaltsprobleme dürfen nicht zu Lasten derer gehen, die in unserer Gesellschaft ohnehin schlechter gestellt sind. Der Sozialstaat darf nicht zur Disposition stehen. Die Teilhabe aller in unserer Gesellschaft muss zentrales Ziel sein. Deshalb haben wir mit großer Erleichterung zur Kenntnis

genommen, dass sich die Fachpolitiker*innen auf eine Rücknahme der Kürzungen in Sozialbereichen, vor allem im Kinder- und Jugendplan des Bundes, aber auch im Bereich der Freiwilligendienste und der Arbeitsmarktintegration verständigt haben. Diese Anliegen müssen auch in zukünftigen Haushalten Berücksichtigung finden.

Gerechtigkeit drückt sich für uns insbesondere in Geschlechtergerechtigkeit, internationaler und intergenerationeller Gerechtigkeit aus. Diese Dimensionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie wirken zusammen. Der geschlechtergerechte Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft darf nicht ins Stocken geraten. Internationale Verpflichtungen für eine gerechte Welt dürfen nicht aufgekündigt werden. Die sozialökologische Transformation muss mit Blick auf die Lebenschancen zukünftiger Generationen energisch vorangetrieben werden.

2.16. „Ernährungs- und Agrarwende jetzt!“

Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 24. November 2023

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und die ökologischen Anstrengungen der Landwirtschaft verdienen Anerkennung. Allerdings besteht angesichts der enormen externalisierten Kosten unserer Landwirtschaft ein hoher Handlungsdruck, die Agrarwende auf allen Ebenen als Teil der sozialökologischen Transformation umzusetzen. Nur innerhalb der planetaren Grenzen und mit funktionierenden Ökosystemen können alle Menschen Zugang zu gesunden Lebensmitteln erhalten: Ernährungssicherheit bedarf der Ernährungs- und Agrarwende. Dies erfordert aber einen sozialverträglichen Umbau.

Der Fußabdruck unserer Ernährung in Deutschland beträgt ca. 177 Mio. t CO₂-Äquivalente jährlich. Dies umfasst neben Produktion, Verarbeitung, Verpackung und Vertrieb auch importierte Futter- und Lebensmittel. Somit essen wir nicht nur das Brot unserer Felder, sondern auch das fremder Äcker. Vor allem für Futtermittelimporte werden im Globalen Süden Wälder gerodet. Damit sind die durch Ernährung verursachten Emissionen von hoher Relevanz für den Klimawandel. Nahrungsmittel sind jedoch durch nichts zu ersetzen und können nur langfristig ohne fossilen Aufwand produziert, verpackt und vertrieben werden. Es gibt allerdings erhebliche CO₂-Einsparpotenziale im Ernährungs- und im Agrarsektor, die dringend aktiviert werden müssen. Das sind im Ernährungsbereich die Abschaffung der Lebensmittelverschwendung, die generelle Umstellung auf eine stärker pflanzenbasierte Ernährung – mit dem zusätzlichen Nutzen gesundheitlicher Förderung und entsprechender Kostenreduktion im Gesundheitswesen - sowie auf Futter- und Lebensmittel, die vorrangig regional und saisonal produziert werden sowie den Standards des fairen Handels entsprechen.

Außerdem können wir im Agrarsektor den fossilen Ressourcenverbrauch reduzieren, indem wir weniger energieintensive Düngemittel und Pestizide nutzen. Durch Agrarökologie erreichen wir mehr Fruchtbarkeit in den Böden sowie mehr Biodiversität. Darüber hinaus sind eine veränderte Tierernährung durch Fokussierung auf Futtermittel aus Biomasse, die für den Menschen nicht verwertbar sind, sowie eine Stärkung der Grünlandregionen als natürliche Standorte für die Rinderhaltung bzw. Milchproduktion anzustreben.

Letztlich wird nur das produziert, was nachgefragt wird. Ernährungswende und Agrarwende sind sehr eng miteinander verbunden. Deshalb stellen wir Forderungen in beiden Sektoren und fordern globale Solidarität ein:

Ziele einer Ernährungswende

- Wir fordern gesetzliche Regelungen, um die Verschwendung von Lebensmitteln weitestgehend zu reduzieren sowie bessere Aufklärung bei Einkauf und Lagerung in Haushalten zu beenden. Für die bessere Transparenz für Verbraucher*innen ist es unumgänglich, eine Herkunftskennzeichnung auch bei der Außer-Haus-Verpflegung zu etablieren. In Kantinen und Gaststätten ist es notwendig, regionale, saisonale, biologische und fair gehandelte Herkunft zu labeln. Wir plädieren dafür, Lebensmittelgeschäfte ab einer bestimmten Größe gesetzlich dazu zu verpflichten, Lebensmittel mit überschrittenem Mindesthaltbarkeitsdatum an gemeinnützige Organisationen wie Food-Sharing, Tafeln u. a. kostenlos abzugeben.
- Wir setzen uns dafür ein, die Umstellung auf eine gesündere Ernährung, z. B. die „Planetary Health Diet“(1), zu fördern, vor allem durch vielfältige vegetarische und vegane, regionale, saisonale, fair gehandelte Angebote und mehr frisches Obst und Gemüse in Kantinen, Kitas, Schulen, Krankenhäusern sowie kirchlichen Bildungs- und Tagungseinrichtungen. Als Anreiz für eine gesündere Ernährung plädieren wir für eine Streichung des Mehrwertsteuersatzes auf frisches, unverarbeitetes Obst und Gemüse. Eine Ernährungserziehung (Food Education nach finnischem Vorbild) trägt in Schulen und Kitas ebenfalls dazu bei, ebenso wie Werbung und informelle Bildung für gesünderes und frisches Essen. Insbesondere kirchliche Einrichtungen werden aufgefordert, eine Umstellung des Lebensmittelangebots entsprechend einzuleiten.

Ziele einer Agrarwende:

- Wir fordern die Transformation durch konsequente Umsetzung des in der „Zukunftskommission Landwirtschaft“ mühsam erreich-

ten Kompromisses. Dieser ist unter Beteiligung vieler Akteure entstanden und zeigt planbare Schritte und den Weg in eine nachhaltigere Landwirtschaft einschließlich Tierschutz konkret auf.

- Wir fordern die Umgestaltung der Förderung für die europäische Landwirtschaft hin zu einem System mit „Gemeinwohlprämie“. Die Gemeinwohleleistungen der landwirtschaftlichen Betriebe müssen honoriert werden. Viele bäuerliche Familien sind auf dem Weg dahin auf einen sozial gerechten Umbau im Zuge der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik angewiesen, um weitere Strukturbrüche zu vermeiden.
- Wir drängen auf die Berechnung der „wahren Kosten“ von Nahrungsmitteln. Anzustreben wäre die Einbeziehung der externen Kosten in die Bilanzierungsregeln der Unternehmen.
- Wir fordern eine Finanzierung für den dringend notwendigen Humusaufbau in den Böden – eine erforderliche Maßnahme, um die Bodenfruchtbarkeit im Zuge des Klimawandels zu erhalten und die Ausgasung von CO₂ aus Böden zu mindern bzw. zu vermeiden. Moorschutz ist die wichtigste Baustelle bei der Reduzierung von CO₂-Emissionen in der Landwirtschaft. Die Wiedervernässung der Moore ist proaktiv zu fördern; der Ackerbau auf Moorböden ist hingegen schnellstmöglich zu stoppen. Auch die Senkenfunktion der Böden wird dadurch aktiviert und belohnt.
- Wir setzen uns für „faire Preise“ für Erzeuger*innen ein, um die ländlichen Räume zu stärken und Lebensmittel verlässlich regional zu erzeugen, was insbesondere in Krisenzeiten auch in geopolitischem Interesse liegt.

Globale Solidarität:

- Wir fordern einen globalen Ausgleich klimabedingter Verluste und Schäden bei der Klimakonferenz COP 28 in Dubai. Diese treffen gerade die bäuerliche und kleinbäuerliche Landwirtschaft. Der Loss-and-damage-Fonds sollte einen jährlichen Umfang von mindestens 400 Milliarden Dollar umfassen, damit Klimagerechtigkeit im Sinne des Verursacherprinzips Wirklichkeit werden kann.
- Alle Akteur*innen, auch marginalisierte bäuerliche Gruppen, sollen an der Planung und Durchführung mitwirken. Insbesondere Frauen sichern Ernährung durch ihre Arbeit in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft weltweit und leisten so wichtige Arbeit gegen Hunger und Armut und müssen auch deshalb in besonderer Weise bei der Implementierung berücksichtigt werden. (2) Nicht nur Staaten, sondern auch Kommunen und lokale Gemeinschaften sollten Gelder aus dem Fonds möglichst unbürokratisch, zielgerichtet und wenn nötig kleinteilig erhalten können.
- Neben der Kompensation für Schäden und Verluste braucht es auch eine aufgestockte Klimafinanzierung für Anpassung an die klimakrisenbedingten Veränderungen in der Landwirtschaft.
- Die Mittel für das Welternährungsprogramm zum Kauf von Getreide müssen solange auf einem hohen Niveau bereitgestellt werden, wie sie in den vulnerablen Staaten gebraucht werden.

1: Die Planetary Health Diet ist eine Strategie für eine gesunde und nachhaltige Ernährung, welche zur menschlichen und zur planetaren Gesundheit beiträgt. Sie geht auf die EATLancet-Kommission zurück und zeigt einen Weg auf, wie im Jahr 2050 zehn Milliarden Menschen innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen der Erde mit einer gesundheitsfördernden Ernährung versorgt werden können. Bestandteile der Strategie sind ein verdoppelter Konsum von Obst und Gemüse, Hülsenfrüchten sowie Nüssen und ein halbiertes Konsum von Fleisch und Zucker.

2: Hunger und Armut sind zwei Treiber von gesellschaftlicher Ungleichheit und bewaffneter Konflikte. Doch obwohl weltweit knapp die Hälfte aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft weiblich ist, besitzen Frauen nur etwa 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die Ressource Land muss vor allem auch Frauen weltweit zur Verfügung stehen. Dafür ist es notwendig, dass Landbesitzrechte in allen Ländern der Welt auf Frauen übertragen werden können. Frauen müssen Land erwerben können, Witwen müssen das Recht haben, Land zu erben. Außerdem müssen Frauen das Recht haben, alleine wirtschaftlich geschäftsfähig zu sein.

2.17. Demokratie stärken – Aufstehen gegen Antisemitismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus!

Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 24. November 2023

Wir leben in Zeiten der beschleunigten Veränderung und von lokalen wie globalen Krisen und Konflikten, ja Kriegen. Gesellschaftlich treffen unterschiedliche Wertvorstellungen und Ansprüche scheinbar unversöhnlich aufeinander; Kommunikation findet in einer fragmentierten Öffentlichkeit statt. Nicht wenige Menschen empfinden die zunehmende Komplexität als bedrohlich und sehen sich in ihren Partizipationsmöglichkeiten eingeschränkt oder ausgeschlossen. Immer wieder werden solche Entwicklungen als Begründungen für rechtspopulistische oder antidemokratische Einstellungen herangezogen. Seit dem 7. Oktober 2023, dem Tag des Terrorangriffs der Hamas auf Israel, tritt in Deutschland ein bestürzender Antisemitismus öffentlich zutage, dessen Ausmaß zuvor unvorstellbar schien.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) sieht das Erstarken rechtspopulistischer, antidemokratischer und antisemitischer Überzeugungen und Bewegungen - auch in der Mitte von Kirche und Gesellschaft - , deren schleichende Etablierung im gesellschaftlichen Alltag und die aus alledem erwachsende Polarisierung der Gesellschaft mit großer Sorge. Heute wissen wir mehr denn je: Ein friedvolles Miteinander ist nicht selbstverständlich, sondern muss immer wieder erarbeitet und gefestigt werden. Um im Wandel bestehen zu können, müssen wir das gemeinsame Fundament stärken: unsere Demokratie.

Das demokratische Gestalten unserer Gesellschaft muss erlernt und immer wieder neu eingeübt werden. Es ist ein Grundstein unserer Arbeit in Verbänden, Kirchengemeinden gewählten Räten und aktiven Organisationen, dass wir uns für Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenwürde gemeinsam mit

anderen und konkret engagieren: durch Zuhören, durch Dialog, durch (politische) Bildung, durch zivilgesellschaftliches Engagement sowie nicht zuletzt durch unsere politischen Standpunkte. Das öffentliche und laute Einstehen für diese Werte erfordert Mut, immer wieder Kraft und Durchhaltevermögen

Dem Grundgesetz verpflichtet setzen sich das ZdK und seine Mitgliedsorganisationen für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen gleiche Teilhabechancen in allen Teilen der Gesellschaft haben. Allen Formen von Diskriminierung und Benachteiligung, die Menschen beispielsweise aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Identität, ihrer Religion, Herkunft, Behinderung oder Krankheit erfahren, treten wir entgegen; wir stehen für Akzeptanz und Toleranz ein.

Das ZdK sieht diese Grundwerte, ohne die unser demokratischer Staat nicht funktioniert, gerade durch die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), aber auch durch alle anderen rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Gruppierungen nicht nur als gefährdet, sondern als in hohem Maße bedroht an. Das öffentliche Wirken von Parteien oder Gruppen wie der AfD mit ihren teilweise rassistischen, antifeministischen, antisemitischen und antimuslimischen Aussagen sieht das ZdK als starken Motor für Spaltungen in der Gesellschaft. Personen, die sich nicht hinter dem Grundgesetz versammeln können und die menschenverachtende und rassistische Äußerungen tätigen, müssen nicht nur vom Rechtsstaat verfolgt werden, sondern haben auch keinen Platz in unseren Räten, Verbänden und Organisationen.

Das Erstarken rechter Ideologien begünstigt zudem eine Zunahme des in Gesellschaft und Kirche noch immer vorhandenen Antifeminismus. Die Frage der Gleichstellung ist auch eine Frage des Demokratieverständnisses, deshalb gilt es sich für beides einzusetzen.

Wir ermutigen zur aktiven Teilhabe am demokratischen Prozess durch die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen. Zivilgesellschaftliches Engagement in Organisationen und Initiativen sowie in neuen Formaten, bei Demonstrationen und friedlichem Protest helfen, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten und die eigenen Anliegen einzubringen. Wir rufen dazu auf, die anstehenden Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen zu nutzen, um der eigenen demokratischen Haltung Ausdruck zu verleihen und dabei diejenigen Kräfte zu unterstützen, die sich nachdrücklich für Frieden, Demokratie, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einsetzen.

Um als ZdK noch stärker einzustehen für Demokratie und Menschenrechte – und auch ganz konkret zum Schutz von Menschen vor Gewalt und Diskriminierung beizutragen – soll ein öffentlichkeitswirksames Handlungskonzeptes zur Bewahrung der Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entwickelt werden. Als Grundlage dessen wird eine Zusammenstellung der darauf bezogenen Aktivitäten des ZdK in den letzten Jahren angefertigt. Mit dem anschließenden Handlungskonzept werden die Aktivitäten beobachtet, geeignete Kooperationen sondiert (intern und extern) und Leerstellen markiert. Ein möglicher Unvereinbarkeitsbeschluss von ZdK-Mitgliedschaft mit dem Engagement für eine Partei wie der AfD soll im Rahmen der Überarbeitung des Leitbilds und der Satzung geprüft werden. Die Zwischenergebnisse sollen auf der Vollversammlung im Mai 2024 vorgestellt werden.

2.18. Bildungsgerechtigkeit sichern: BAföG ausbauen, nicht einsparen!

Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 24. November 2023

Der Haushaltentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 2024 beim BAföG für Studierende 440 Millionen Euro und beim BAföG für Schüler*innen 212 Millionen Euro wegfallen sollen.

Gute und angemessene BAföG-Versorgung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung – für jede*n Einzelne*n und für unsere Gesellschaft als Ganzes. Denn BAföG hebt zum einen darauf ab, durch finanzielle Unterstützung Bildungs- und Chancengerechtigkeit für junge Menschen zu gewährleisten und zum anderen, Fachkräften, Expert*innen und Wissenschaftler*innen von morgen exzellente Bildungsmöglichkeiten zu gewähren. Beide Ziele scheinen derzeit gefährdet: 37 % der Studierenden verfügen über weniger als 800 Euro im Monat – ihre finanzielle Lage ist damit als prekär einzuschätzen. (1) Und angesichts der aktuellen Preis- und Mietsteigerungen kommen selbst diejenigen, die BAföG erhalten, in Finanznöte. Diese Entwicklung kann dazu führen, dass junge Menschen ein Studium aufgrund finanzieller Risiken erst gar nicht aufnehmen oder es wieder aufgeben müssen. (2) Notwendig sind zudem Rahmenbedingungen und Freiräume, die es jungen Menschen ermöglichen, sich auch während Ausbildung in unserer Gesellschaft und Kirche zu engagieren. Die Bindung des BAföG-Bezugs an die Regelstudienzeit einerseits und die geringe Höhe des Bezugs andererseits macht für viele Studierende zusätzliche Nebenverdienste erforderlich, was ihre zeitlichen Ressourcen weiter verengt.

Unser Anspruch an ein gerechtes Bildungssystem und unser Bedarf an Fach-

kräften mahnt uns deshalb zum Handeln. Deshalb fordern wir den Bundestag auf, dass der BAföG-Etatposten - in diesem Jahr und zukünftig - nicht gekürzt, sondern perspektivisch aufgestockt wird. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass

- sie aktuell und in Zukunft keine Einsparungen im Bereich der BAföG-Etats vornimmt,
- eine dynamische Anpassung des BAföGs an die tatsächlichen Miet- und Preissteigerungen etabliert wird,
- das BAföG allen jungen Menschen, die finanzielle Unterstützung brauchen, möglichst barrierefrei und unbürokratisch zur Verfügung steht,
- ehrenamtliches Engagement etwa in der Jugendverbandsarbeit genauso als Verlängerungsgrund in der BAföG-Förderung anerkannt wird wie die Mitarbeit in universitären Gremien der Selbstverwaltung,
- und sie das Versprechen des Koalitionsvertrags nach einem zukunftsfesten und weniger elternabhängigem BAföG zügig umsetzt.

1) <https://www.studierendenwerke.de/beitrag/22-sozialerhebung-die-wirtschaftliche-und-soziale-lage-der-studierenden-in-deutschland-2021-1>; hinzu kommen aktuell noch die eklatant hohen Zinsen für KfW Studienkredite, die zur Schuldenfalle werden können.

2) Vgl. dazu die Studie der Universität Maastricht u. a. „Fachkraft 2030“, die aufzeigt, dass es sich hier um 200.000 Studierende handelt. Laut Berufsbildungsbericht 2023 bleiben über 2,5 Millionen Menschen unter 34 in Deutschland langfristig ohne Berufsqualifizierung oder Studienabschluss stärken.

2.19. Armut junger Menschen beenden und ihre gerechte Teilhabe sichern - Zukunftschancen für Alle eröffnen!

Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 24. November 2023

„Kinder und Jugendliche sollen mit gleichen Lebenschancen aufwachsen, unabhängig von ihrer Herkunft.“ (Koalitionsvertrag Nov. 2021; 3260 ff)

Im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungsparteien darauf verständigt, dass sie durch die Einführung einer Kindergrundsicherung die Familien stärken „und mehr Kinder aus der Armut holen“ wollen. Insgesamt hat die Bundesregierung für die junge Generation ein wichtiges Versprechen abgegeben: Kinder- und Jugendarmut soll konsequent bekämpft werden; die Rechte von Kindern und Jugendlichen sollen gestärkt, ihre Beteiligung ernstgenommen und eine gerechte Bildung umfassend gesichert werden.

Als demokratisch gewählter Zusammenschluss aus Vertreter*innen von katholischen Organisationen und Jugendverbänden, Bistümern und Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft unterstützen wir diese elementaren Anliegen und haben vor allem große Hoffnungen in die Einführung der Kinder- und Jugendgrundsicherung gesetzt. Aus unserem christlichen Verständnis heraus sehen wir es als unseren Auftrag an, unsere eigenen kirchlichen und karitativen Angebote, Dienste und Einrichtungen noch stärker an den Bedarfen von Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, auszurichten. Es gilt für uns, gerade junge Menschen zu stärken und ihnen eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Leben zu ermöglichen. Dabei kommt es insbesondere darauf an, intersektionale Formen der Diskriminierung zu minimieren.

Der vorliegende Gesetzentwurf für eine Kindergrundsicherung wird dem Versprechen des Koalitionsvertrags und unseren Erwartungen nicht gerecht. Er bleibt fragmentarisch, bietet keine abgestimmte Förderung und bringt von Armut betroffenen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu wenig materielle Verbesserungen, während der bürokratische Aufwand und die Unübersichtlichkeit bleiben. Ob es gelingen wird, durch Digitalisierung zu erleichterten Antragsverfahren zu kommen bleibt derzeit unklar. Der nötige Paradigmenwechsel hin zu einer neuen Familien- und Jugendpolitik, die Familien mit geringen Einkommen deutlich besser unterstützt und junge Menschen sowie ihr Recht auf gutes Aufwachsen und gerechte Zukunftschancen in den Mittelpunkt stellt, ist ausgeblieben.

Deshalb fordern wir die Bundesregierung mit Blick auf die aktuelle Familien- und Jugendpolitik auf:

- Das soziokulturelle Existenzminimum ist – angelehnt an der gesellschaftlichen Mitte – neu zu bestimmen und muss für alle jungen Menschen gesichert werden.
- Keinesfalls darf sich die Situation von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen durch die neue Grundsicherung noch verschlechtern – insbesondere dann nicht, wenn sie in geflüchteten oder allein- oder getrenn-terziehenden Familien oder in der Kinder- und Jugendhilfe aufwachsen.
- Die Leistungen für Bildung und Teilhabe sind integraler Bestandteil des Kinderexistenzminimums und müssen Kinder und Jugendliche verlässlich und in angemessener Höhe erreichen.
- Die Haushaltsmittel für die neue Grundsicherung für Kinder und Jugendliche sind entsprechend dringend anzuheben und die Beantragung und Auszahlung so zu vereinfachen, dass Familien die ihnen zustehenden

Leistungen aus einer Hand und mit möglichst geringem Aufwand erhalten. Dazu braucht es familienfreundliche und wohnortnahe Anlaufstellen, wo Kindergarantie- und Kinderzusatzbetrag mit einer einzigen Antragstellung (Once only-Prinzip) beantragt werden können, um so möglichst viele Berechtigte mit Zugangshindernissen zu erreichen. Mitbedacht sollten in derselben Stelle gleichzeitig auch die Beantragung von Sonder- und Mehrbedarfen. Zusätzlich zur finanziellen Absicherung brauchen Kinder und ihre Familien eine zuverlässige und qualitativ hochwertige Infrastruktur. Es darf von Seiten der Bundesregierung keine Einsparungen geben, die zu Lasten junger Menschen gehen. Vielmehr braucht es verstärkte Investitionen in die Strukturen und Angebote der Kinder und Jugendhilfe auf allen Ebenen sowie verlässliche pädagogische Programme und eine Bildungsinfrastruktur, die das gesunde Aufwachsen und die gerechte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen nachhaltig stärken.

2.20. Causa Hengsbach

Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 25. November 2023

Mit Franz Hengsbach steht erstmals ein deutscher Kardinal in direktem und dringendem Verdacht, Sexualstraftäter gewesen zu sein und somit nicht nur durch Vertuschung und Strafvereitelung von Taten anderer Schuld auf sich geladen zu haben. Zudem steht mit ihm ein Verantwortungsträger des ZdK im Verdacht, diese entsetzlichen Straftaten begangen zu haben.

Daher muss auch die besondere Rolle Franz Hengsbachs in der Geschichte des ZdK untersucht werden. Aus diesem Grund wird das ZdK-Präsidium aufgefordert, bei einer geeigneten Forschungseinrichtung eine unabhängige Analyse und Bewertung der Tätigkeiten von Franz Hengsbach mit direktem ZdK-Bezug in Auftrag zu geben. Auch diese Arbeiten sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Anlässlich dieser Causa muss ferner eine vernetzte Aufarbeitungssystematik zwischen Bistümern untereinander und weiteren Organisationen angestrebt werden. Das ZdK fordert daher im Sinne einer vernetzten Aufarbeitung alle beteiligten Akteure auf, gemeinsam ein erfahrenes und unabhängiges Institut mit der Aufarbeitung der Causa Paul und Franz Hengsbach zu beauftragen. Neben der Aufarbeitung der in Rede stehenden und möglicher weiterer Missbrauchstaten fordert das ZdK dazu auf, auch den Umgang der kirchlichen Stellen mit dem 2010 in der Causa Hengsbach angezeigten Missbrauchsfall zu untersuchen. Hierzu soll das mit der Aufarbeitung befasste Institut zusätzlich eine unabhängige, öffentlich zugängliche Analyse und Bewertung erstellen.

Der Analyse- und Aufarbeitungsprozess muss Betroffene eng einbeziehen. Die vorbehaltlose Unterstützung der beauftragten Einrichtungen ist zu gewährleisten, insbesondere durch den uneingeschränkten Aktenzugriff, unabhängig von Lagerungs- und Archivorten.

2.21. Beschluss der Satzung des Synodalen Ausschusses

Beschluss der Vollversammlung des ZdK
vom 25. November 2023

Die Vollversammlung des Zentralkomitees beschließt die Satzung des Synodalen Ausschusses, die dieser in seiner Plenarsitzung am 10. und 11. November 2023 beraten und beschlossen hat.

2.22. „Das globale Gemeinwohl muss jetzt unsere oberste Priorität sein!“

Erklärungen von Vertreterinnen und Vertretern der katholischen Kirche zur Klimakonferenz in Dubai
vom 28. November 2023

Anlässlich der 28. UN-Klimakonferenz, die am 30. November 2023 in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) beginnt, veröffentlichen der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing, die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, die Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Eva Maria Welskop-Deffaa, und der Vorsitzende der Deutschen Ordensobernkonzferenz (DOK), Bruder Andreas Murk OFMConv, folgende gemeinsame Erklärung:

Die diesjährige UN-Klimakonferenz in Dubai (COP28) findet in schweren Zeiten statt. Nicht nur Kriege und Konflikte erschweren die internationale Zusammenarbeit. Naturkatastrophen und Temperaturrekorde führen uns weltweit vor Augen, dass in den letzten Jahrzehnten viel zu wenig getan wurde. Welche zusätzlichen Anstrengungen zum Schutz von Klima und Umwelt nötig wären, legen zahlreiche wissenschaftliche Studien dar. Die Dringlichkeit des Handelns bekräftigt auch Papst Franziskus durch sein Apostolisches Schreiben Laudate Deum (LD) und seine mögliche Teilnahme an der UN-Klimakonferenz. Wir müssen und können jetzt handeln, denn „niemand rettet sich allein“. (LD 19)

Dabei sind drei Themen von besonderer Wichtigkeit:

Ein erstes hat Papst Franziskus benannt, indem er die UN-Klimakonferenzen auffordert, „verbindliche Formen der Energiewende“ zu beschließen, „die drei Merkmale aufweisen sollten: dass sie effizient sind, dass sie verpflichtend sind und dass sie leicht überwacht werden können“ (LD 59). Diese Forderung des Papstes knüpft an die COP28 an, die dieses Jahr eine erste Bestandsaufnahme der weltweiten Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt vorlegen soll. Dieser „Global Stocktake“, wie er im Pariser Klimaschutzabkommen 2015 festgehalten worden ist, muss endlich Konsequenzen nach sich ziehen. Bislang klafft bei der Emissionsreduktion eine große Lücke zwischen Zielsetzung und Umsetzung. Dabei sind wir alle in der Pflicht, die Schöpfung zu bewahren und unseren Planeten zu schützen. Die Natur darf nicht einfach als Mittel für unseren Wohlstand missbraucht werden. Letztlich sägen wir an dem Ast, auf dem wir selbst sitzen, wenn wir Natur und Klima bedenkenlos zerstören. Damit alle Menschen jetzt und in Zukunft selbstbestimmt leben können, brauchen wir intakte Ökosysteme. Diese können allein in internationaler Zusammenarbeit und Solidarität erhalten und – wo nötig und möglich – wiederhergestellt werden.

Dafür müssen wir endlich den Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern wirksam angehen und die Beendigung ihrer Subventionierung verpflichtend beschließen.

Zweitens wurde auf der Klimakonferenz 2021 in Glasgow beschlossen, die finanziellen Mittel zur Anpassung an den Klimawandel bis 2025 gegenüber 2019 zu verdoppeln. Dies ist bisher nicht nur nicht umgesetzt worden, sondern die Industriestaaten bleiben weit hinter den Erwartungen zurück. Der jährliche Anpassungsbedarf der Entwicklungsländer wird laut dem Adaptation Gap Report von 2022 auf 160–340 Milliarden US-Dollar bis 2030 geschätzt.

Die Anpassungskosten überfordern dabei bereits jetzt einige Länder. Klimagerechtigkeit bedeutet, im Sinne des Verursacherprinzips jene zu unterstützen, die selbst am wenigsten zum weltweiten CO₂-Anstieg beigetragen haben, aber am meisten unter den Folgen leiden. Hierzu gehören nicht nur die Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, sondern auch der Fonds für klima- und umweltbedingte Schäden und Verluste („Loss and Damage“). Er wurde auf der COP27 in Scharm el-Scheich 2022 beschlossen, aber noch fehlt ihm jede Konkretisierung. Es muss unter Mitwirkung aller Akteure geklärt werden, wer in welchen Fällen mit Mitteln aus dem Fonds unterstützt wird und wer für dessen finanzielle Ausgestaltung verantwortlich ist.

Drittens hat der erste Klimagipfel auf dem afrikanischen Kontinent im September 2023 die Bedeutung gemeinsamen Handelns noch einmal untermauert. Der Schutz des Klimas kann nur gelingen, wenn alle Länder weltweit gleichberechtigt in ihren Kompetenzen anerkannt und in die Lage versetzt werden, ihren Teil beizutragen. In der Klima- und Energiepolitik haben afrikanische Länder ein großes Potenzial, zum Vorbild und zu einem wichtigen Dreh- und Angelpunkt zu werden. Die wirtschaftlich starken Staaten dieser Erde müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und diese Länder tatkräftig unterstützen, zum Beispiel durch die Ausweitung der „Just Energy Transition Partnerships“.

Alle Menschen guten Willens sind aufgefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Das globale Gemeinwohl muss jetzt unsere oberste Priorität sein!

2.23. Nächstenliebe und Engagement – nicht nur an Sonntagen!

Positionspapier des Ökumenischen Arbeitskreises Ehrenamt vom 28. November 2023

Die Engagementstrategie des Bundes und die Kirchen

1. Die Kirchen sind unverzichtbare Träger gesellschaftlichen Engagements

Evangelische und katholische Kirche sind mit großem Abstand die mitgliederstärksten Institutionen in Deutschland: Die evangelischen Landeskirchen und katholischen Diözesen in Deutschland umfassen rund 43 Millionen Mitglieder. 1,3 Millionen Menschen arbeiten in den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas und 4,9 Millionen Menschen(1), das entspricht 6,8 % der Bevölkerung über 14 Jahre, sind im kirchlichen oder religiösen Bereich ehrenamtlich engagiert. Dies gilt nicht nur im Bereich der Wohlfahrtspflege, sondern generationenübergreifend in zahlreichen Handlungsfeldern. Hunderttausende junger Menschen bringen sich allein im Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), in der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ) und weltweit in sozialen Friedens- und Freiwilligendiensten ein. Christinnen und Christen sind damit sogar überdurchschnittlich aktiv, nicht nur im kirchlichen Bereich, sondern in der gesamten Zivilgesellschaft. Eine Engagementstrategie des Bundes kann daher ohne die Kirchen mit ihren zahlreichen Werken und Diensten nicht sinnvoll umgesetzt werden

2. Der Glaube an Gott ist das Fundament vielfältigen christlichen Engagements

Christlicher Glaube ist eine persönliche Gottesbeziehung, die sich immer auch in der Schaffung von Gemeinschaft und der Hinwendung zum Menschen und zur Schöpfung ausdrückt: Als tätige Nächstenliebe wird Glaube zu konkreter

Lebenspraxis von Christinnen und Christen. Gemeinsam mit allen Menschen guten Willens sind sie aufgerufen, sich mit ihren ganz persönlichen Begabungen, Kompetenzen und Möglichkeiten an der Gestaltung einer Gesellschaft zu beteiligen, die allen – auch künftigen Generationen – Teilhabe und ein Leben in Würde ermöglicht. Die Kirchen geben diesem Engagement z.B. im ökumenischen Prozess für „Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung“ Ausdruck. Christinnen und Christen übernehmen aufgrund dieser Glaubensüberzeugung auf allen gesellschaftlichen Ebenen und Handlungsfeldern mit hohem persönlichen Einsatz Verantwortung – in Beruf und Ehrenamt.

Nachweislich stärkt christliches Engagement die demokratische Gesellschaft in besonderer Weise und trägt wesentlich zu einer Kultur der Freiwilligkeit und Gemeinwohlorientierung bei. Es stärkt die zentripetalen Kräfte im politischen Gemeinwesen und wirkt dem Überhandnehmen von Partikularinteressen und der sozialen Zersplitterung entgegen. So wird auch Extremismus in jeglicher Form vorgebeugt.⁽²⁾ Dabei beschränkt es sich nicht auf den kirchlich-diakonischen Bereich, sondern findet in vielfältigen Kontexten statt.

Deshalb bewertet der – nach eigenem Bekunden „religiös unmusikalische“ – Philosoph Jürgen Habermas Religionen positiv und sieht den Verlust des Glaubens an eine transzendente Wirklichkeit als Problem moderner Gesellschaften, die die Werte, auf denen sie beruhen und die den öffentlichen, herrschaftsfreien Diskurs ermöglichen sollen, nicht mehr begründen können.⁽³⁾

3. Kirchliche Gemeinschaften sind Kristallisationsorte gelebter Verantwortung

In christlichen Gemeinschaften wie Gemeinden, Werken, Verbänden und Vereinen, aber auch in lebensweltlich bestimmten Sozialräumen wie Nachbarschaft, Dörfern, Stadtteilen und Kommunen und zunehmend auch in digitalen Räumen schaffen Christinnen und Christen Resonanzräume für „Glaube, Hoffnung und Liebe“ – gerade auch in schwierigen und hoffnungslos erscheinenden Situationen – und tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Dadurch entsteht Resilienz und der Wille zum gemeinsamen Handeln. Als Beispiele für solches Handeln kann genannt werden:

- Die soziale (caritativ-diakonische) Arbeit vor Ort; einschließlich der Integration von Migrantinnen und Migranten; insbesondere Geflüchteten,
- der Einsatz für globale Gerechtigkeit und Partnerschaften mit dem Globalen Süden,
- das Engagement für die Schöpfung (Umwelt-; Tier- und Klimaschutz),
- die Mitwirkung an Beteiligungs- und Gestaltungsprozessen in den Sozialräumen; Kommunen und Regionen,
- das Engagement für Inklusion aller Menschen vor Ort im Quartier, im Sozialraum und dem Entgegenwirken von Vereinsamung.

Dabei zeichnet es sich insbesondere aus durch:

- Die Inklusion von Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen – mit und ohne Behinderung,
- die Arbeit mit allen Altersgruppen; je für sich und generationenübergreifend,
- das Bereitstellen von Strukturen für und professioneller Begleitung von Ehrenamtlichen.

Zusammenhalt erwächst aus Gemeinschaft. Kirchengemeinden sind Anlaufstellen, Veranstaltungsorte und Treffpunkte – in strukturschwachen Gegenden oft die einzigen. In Bistümern oder Landeskirchen, in den nationalen Kirchen und internationalen ökumenischen Organisationen sind sie gut vernetzt und global aktiv. Christliche Vereine, Angebote von Caritas und Diakonie sind „dritte Orte“, an denen Menschen unterschiedlicher Herkunft einander begegnen und in der Coproduktion von freiwilligem und beruflichem Engagement nachhaltige Wirksamkeit ermöglichen und gestalten.

Kirchengemeinden stehen dabei nicht für sich, sondern im vielfältigen Austausch mit der Gesamtgesellschaft. Dabei werden auch kritische Fragen angesprochen, etwa zu Fragen des sexuellen Missbrauchs im Raum der Kirchen – in der Trias der Aufarbeitung, der Betroffenenpartizipation und der Prävention. Zu dieser Offenheit gehört auch der für die gesellschaftliche Kohäsion wichtige Dialog mit anderen Religionen und Weltanschauungen sowie mit säkularen Akteuren der Zivilgesellschaft und der strukturierte Austausch und die bewährte Kooperation mit dem Staat. In den Kirchen sind synodale Strukturen wichtige Instrumente, um dem Anspruch nach Beteiligung und Verantwortung glaubhaft gerecht zu werden.

Eine Engagementstrategie des Bundes sollte alle diese Entwicklungen positiv unterstützen, denn Kirche und Staat verbindet das Interesse an solchen Orten, die Ankerpunkte für Gemeinschaft, Gemeinwohlorientierung wie auch für freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement sind. Sie gilt es zu erhalten und zu erweitern, bestmöglich anzuerkennen und zu fördern. Dies muss auf allen föderalen Ebenen im Sinne einer sektor- und akteursübergreifenden Querschnittspolitik geschehen.

4. Christliches Engagement ist professionell und nachhaltig

Die Vielfalt christlichen Engagements hat zur Ausbildung komplexer Strukturen geführt. Neben den verfassten Kirchen gibt es eine Vielzahl von Einrichtungen, Diensten, Werken und Vereinen, die ihrerseits Verbände bilden und auf vielfältige Weise mit den Kirchen und miteinander in Verbindung stehen und kooperieren. Dabei nutzen sie die unterschiedlichsten Rechtsformen und sind den Kirchen auf unterschiedliche Weise rechtlich verbunden. Im Vordergrund steht stets eine den Aufgaben und Handlungsformen entsprechende Gestalt, die höchstmögliche Professionalität der Dienste ermöglicht. Das so entstehende Netzwerk von Organisationen „im Raum der Kirche“ zeichnet sich insbesondere durch die folgenden Merkmale aus:

- Es bündelt bürgerschaftliches Engagement in fast allen gemeinwohlorientierten Handlungsfeldern und auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Insbesondere bildet es eine wesentliche Stütze unseres Sozialstaats und des freiwilligen Engagements in Deutschland.
- Seine bundesweite Präsenz vor Ort ermöglicht gerade auch in Krisen und herausfordernden gesellschaftlichen Situationen eine schnelle, angemessene und professionelle Reaktion. Dies zeigt sich immer wieder in Katastrophenfällen, aber auch bei strukturellen Herausforderungen. So wäre die Bewältigung akuter Anstiege von Immigration, z.B. 2015 oder 2022 ohne die flächendeckende kirchliche Infrastruktur und das hohe Mobilisierungsvermögen von Kirche, Caritas und Diakonie nicht möglich gewesen.
- Die ihm zugrunde liegende einzigartige Verbindung aus persönlicher Glaubensmotivation und institutioneller Infrastruktur schafft belastbare Rahmenbedingungen, damit Engagement möglich wird und gelingt. Sie ermöglicht auch, tiefgreifende Transformationsprozesse zu begleiten und zu bewältigen. Dabei haben die Kirchen selbst jahrhundertlang Erfahrung darin, ihre Strukturen so anzupassen, dass sie den Erfordernissen

der jeweiligen Zeit gerecht werden.

- Haupt- und Ehrenamt sind eng verzahnt, alle Mitarbeitenden bilden eine Dienstgemeinschaft. Sie erlaubt es Menschen mit ganz unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen und Engagementbiographien, ihren Platz zu finden – wobei Herkunft oder sozialer Status, Geschlecht oder sexuelle Orientierung, Alter oder mögliche Einschränkungen keine Rolle dafür spielen, ob eine Person und ihr Engagement willkommen geheißen wird. Dabei geben Kirchen und ihre Werke heute nicht mehr nur denen Raum, die einen bereits gefestigten Glauben in der Tat leben, sondern auch denen, die sich diesem Engagement für die Gesellschaft aus anderen Gründen anschließen wollen. Damit sind sie offen für die Zusammenarbeit über die Grenzen von Religion und Weltanschauung hinaus.
- Dem Ehrenamt wird eine so hohe Bedeutung beigemessen, dass die Übernahme von Verantwortung für die Ehrenamtlichen institutionalisiert ist. Im Raum der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände gibt es zahlreiche Angebote der Schulung und Ausbildung, der fachlichen Begleitung und Supervision. So können Menschen vor Überforderung geschützt und freiwilliger Einsatz langfristig und auch für jüngere Generationen möglichst nachhaltig sichergestellt werden.

Diese Merkmale ermöglichen es einer Vielzahl unterschiedlicher Menschen sich zu engagieren – vor Ort und zunehmend auch im digitalen Raum. Gemeinsam treten sie für die Achtung der Menschenwürde und den demokratischen Rechtsstaat ein, leben Subsidiarität und Solidarität. Sie widerstehen einer Globalisierung der Gleichgültigkeit und Ohnmacht und setzen sich gegen Extremismus, Populismus, Diskriminierung und für Inklusion und Zusammenhalt ein.

5. Anliegen aus Sicht des kirchlichen Engagements

Um diese Leistungen für die Gesellschaft erbringen zu können benötigen auch die Kirchen mit ihren Wohlfahrtsverbänden und allen anderen kirchlich angebotenen Akteuren zeitgemäße und angemessene Rahmenbedingungen. Der freiwillige Einsatz von Menschen, egal ob individuell, in Bewegungen, Organisationen oder Institutionen, ist auf gesetzliche Grundlagen angewiesen, die gesellschaftliche Anerkennung, belastbare Unterstützungsstrukturen, ausreichende Freiräume und nicht zuletzt auch finanzielle Förderung gewährleisten.

Eine Engagementstrategie des Bundes kann, wenn sie unter Berücksichtigung der föderalen Zuständigkeiten konzipiert und mit den anderen Ebenen adäquat verzahnt ist, einen wichtigen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten. Dabei sollte der Erhalt, die Stärkung und Förderung der engagementfördernden Strukturen ein zentrales Element bilden. Daraus folgen für uns die folgenden, konkreten Aspekte, die eine solche Engagementstrategie adressieren muss

1. Gesellschaftliche Anerkennung – z.B. durch

- ein klares Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip, das ehrenamtliches Engagement als eigenständigen Ausdruck bürgerschaftlicher Mitverantwortung für Staat und Gesellschaft anerkennt, ihm ausreichende Freiräume zubilligt und es nicht als Erfüllungsgehilfen staatlicher Strategien oder als Lückenbüsser für nicht mehr ausfinanzierte öffentliche Handlungsfelder, insbesondere in der Sozialpolitik, missversteht,
- eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, das gesellschaftlich Engagierten Rechtssicherheit auch für relevante politische Advocacy-Arbeit gibt,
- mehr Bewusstsein für die persönlichkeits- und kompetenzbildenden Effekte ehrenamtlichen Engagements, z.B. durch eine bessere Anerkennung von Engagement bei Bewerbungen, sei es auf Ausbildungs- und Studienplätze oder im Berufsleben,
- reformierte Regelungen beim BAföG und den Regelstudienzeiten,

- die vergünstigte bzw. freie Nutzung von Bahn und ÖPNV für Auszubildende, Studierende, Freiwilligen- bzw. Friedensdienstleistende und Inhaber von Ehrenamtskarten,
- die Anerkennung als Eigenmitteleinsatz oder geldwerte Leistungen unentgeltlich erbrachter Leistungen aus freiwilligem Engagement bei öffentlicher Förderung von Trägern, ihren Programmen und Projekten,
- Anrechnungsfreiheit von Geld- und/oder Sachleistungen für den Ausgleich ihres Aufwands für freiwillig Engagierte und Ehrenamtliche auf eigene Transferleistungsbezüge und die ihrer Bedarfsgemeinschaft.

2. Nachhaltige Unterstützung und kompetente Begleitung – z.B. durch

- eine Abkehr von der dominierenden Projektlogik öffentlicher Förderungen hin zu mehr institutioneller und Strukturförderung,
- mehr überjährige Förderungen und die konsequente Nutzung von Verpflichtungsermächtigungen, bzw. eine Änderung der Bundeshaushaltsordnung, wo diese nicht ausreichen, um nachhaltiges und langfristig orientiertes Engagement zu ermöglichen,
- die Prüfung der Ermöglichung von Förderung auch für nicht rechtlich verfasste Personenvereinigung im Bereich von Mikro- und kleinen Pilotprojekten,
- die Anerkennung hauptamtlicher Begleitung Ehrenamtlicher – etwa durch Koordinatorinnen und Koordinatoren – in Kostensatzverhandlungen öffentlich refinanzierter Arbeitsbereiche und
- die Möglichkeit für Einrichtungen, in denen Menschen im Transferleistungsbezug freiwillig tätig sind, ihren diesbezüglichen Aufwand ebenfalls refinanzieren zu können.

3. Absicherung dynamischer Weiterentwicklung – z.B. durch

- die vielfältige, digitale, inklusive und bereichsübergreifende Entwicklung neuer Methoden der Gewinnung, Begleitung und Fortbildung ehrenamt-

lich und freiwillig Engagierter, nicht zuletzt auch für die Gewinnung neuer Personengruppen für gemeinnütziges Engagement und Ehrenamt,

- die laufende und zügige Anpassung gesetzlicher Rahmenbedingungen an neue Formen sozialraum- und gemeinwesenorientierter Leistungen,
- die Entwicklung angemessener rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen für den Ausbau einer leistungs- und zukunftsfähigen digitalen Ausstattung, inkl. Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Berlin; 16.10.2023

(1) Freiwilligensurvey 2019, Statista 2023.

(2) Vgl. die Sinus-Studie von 2022 „Die Lebenswelt junger Erwachsener in Baden-Württemberg“, S. 67, abrufbar z.B. unter: <https://medienstiftung.de/sinus-studie-junge-erwachsene.html>

(3) In: Habermas, Jürgen, Auch eine Geschichte der Philosophie, Suhrkamp 2019 (zitiert nach „Habermas letzte Worte“; Die Tagespost 26.8.21)

An dem Positionspapier haben mitgewirkt (in alphabetischer Reihenfolge)

Gabriele Göhring, Deutscher Caritasverband e. V., Referentin Engagementförderung
Referat Soziale Lebenslagen und Solidarität, Deutscher Caritasverband e. V., Mitglied
im Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement/
BBE

Rainer Hub, Freiwilliges Engagement und Freiwilligendienste, Diakonie Deutschland
und Mitglied im Sprecher*innenrat Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
/BBE

Dr. Steffen Merle, Oberkirchenrat im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in
Deutschland (Sozial- und Gesellschaftspolitik), Geschäftsführung des ökumenischen
AK Engagement

Andrea Pingel, Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK e.V.), Referentin in der
Abteilung Kirche und Gesellschaft, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der
katholischen Organisationen Deutschlands AGKOD, Geschäftsführung des ökumenischen
AK Engagement

Dr. Natascha Sasserath-Alberti, Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Katholisches Büro in Berlin, Fragen des Lebensschutzes und der Bioethik, Jugendpolitik, Engagement und Geschlechtergerechtigkeit, Mitglied im Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement/BBE

Dr. Patrick Roger Schnabel, Kirchenrat bei der Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union

Dr. Johannes Warmbrunn, im Auftrag des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Sprecher des Diözesanrats Rottenburg-Stuttgart

Der Arbeitskreis „Ehrenamt“ ist ein informelles Forum von evangelischen und katholischen Akteuren, das der engagementpolitischen Beratung, Vernetzung und Beteiligung dient. Die Geschäftsführung liegt beim Kirchenamt der EKD und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK).

Dem Ökumenischen Arbeitskreis gehören die folgenden Organisationen an (in alphabetischer Reihenfolge):

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V., Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland e. V., BDKJ-Bundesstelle e.V., Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Borromäusverein e.V., Caritas-Konferenzen Deutschlands – Bundesverband, Caritasverband für das Bistum Erfurt e.V., Deutscher Caritasverband e. V., Diakonie Deutschland - Evangelischer Bundesverband - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Dienststelle der Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Ev. Akademien in Deutschland e.V. (EAD), Evangelisches Zentrum Frauen und Männer gGmbH/Fachbereich Evangelische Frauen in Deutschland, Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) Bundesverband e.V., Katholischer Deutscher Frauenbund e.V. (KDFB), Kirchenamt der EKD, Kommissariat der Deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin, Konferenz der Ehrenamts- und Engagementbeauftragten aus Landeskirchen und Diakonie der EKD, Verband der Ev. Studierenden-gemeinden in Deutschland (ESG), ZdK – Zentralkomitee der deutschen Katholiken

3. Reden und Beiträge

3.1. Aktuelle Entwicklungen Rede der ZdK-Präsidentin

Dr. Irme Stetter-Karp

Vollversammlung vom 05./06. Mai 2023 in München

Von der Synodalversammlung zum Synodalen Ausschuss

Liebe Schwestern und Brüder,

von der Dichterin Hilde Domin ist der Satz überliefert: „Wer es könnte - die Welt hochwerfen – dass der Wind hindurchfährt.“

Ich finde, er passt in unsere ausweglos erscheinende kirchliche Situation.

„Wer es könnte – die Kirche hochwerfen, dass der Wind, die Heilige Geistkraft, hindurchfährt.“

Sie wissen, dass ich nach dem Ende der fünften Synodalversammlung verhalten optimistisch war: Die Beschlüsse sind nicht weitreichend genug. Das haben wir, denke ich, inzwischen an vielen Stellen analysiert und es muss in diesem Kreis nicht noch einmal in Erinnerung gerufen werden.

Inzwischen bin ich vor allem eines: wütend.

Wir erleben in den letzten Wochen eine Kirche, in der führende Männer ihre Macht zementieren, Entwicklungen verweigern und die Gräben zwischen der Kirche und der Welt weiter vertiefen.

Ich denke an die Absage an die Taufe durch Laien und an die Verkündigung des Evangeliums durch Laien, die der Präfekt des Liturgiedikasteriums, Kardinal Arthur Roche, im März an Bischof Bätzing gerichtet hat!

Ich denke an die bewusste und aus kirchenrechtlicher Perspektive absolut ungerechtfertigte Diffamierung des Synodalen Ausschusses durch einige wenige Bischöfe!

Ich setze darauf, dass der Ausschuss wie geplant am 10. und 11. November in Essen seine Arbeit aufnimmt.

Die katholische Kirche steht an einem Scheideweg! Lassen Sie uns – bei allen Herausforderungen, die vor uns liegen und die teilweise durch den Synodalen Weg erst sichtbar geworden sind – daran arbeiten, **dass diese Kirche ihren Auftrag ernstnimmt und wieder eine Kirche für die Menschen wird!**

Wir mussten in den letzten Tagen schmerzhaft erfahren, welche Konsequenzen die klerikalen Machtausübung in unserer Kirche hat. Ich bin, wie Sie alle, zutiefst erschüttert angesichts des Berichts zum sexuellen Missbrauch im Erzbistum Freiburg. Wie Sie wissen, äußern wir uns in der Regel nicht zu den Vorgängen in einzelnen Bistümern. So haben wir es auch in diesem Fall bis jüngst gehalten. Ich möchte hier jedoch unterstreichen, dass mir durchaus bewusst ist, dass das Fehlverhalten von Erzbischof Zollitsch auch unter der Voraussetzung zu betrachten ist, dass er in den Jahren 2008 bis 2014 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz war.

Es war Zollitsch, der in Reaktion auf das Bekanntwerden des Ausmaßes des Missbrauchs in der katholischen Kirche 2010 einen Gesprächsprozess initiiert hat, an dem viele von Ihnen mitgewirkt haben. **Warum, so müssen wir heute fragen, hat er dieses Projekt lanciert, wenn er es gleichzeitig nicht für nötig befand, seine eigene Verantwortung und sein eigenes Fehlverhalten zu markieren?**

Wir alle wissen, dass unser Engagement als ZdK auf dem Synodalen Weg von der Forderung geprägt war, dass sich die Erfahrung auf dem Gesprächsprozess – am Ende war er völlig wirkungslos! – nicht wiederholen darf. Es klingt wie ein Hohn, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass bis heute einige Diözesanbischöfe keine Notwendigkeit für das Erstellen einer Hellfeld-Studie zur sexualisierten Gewalt in ihrem Verantwortungsbereich sehen. Auch die Tatsache, dass die vom Leiter der MHG-Studie, Harald Dreßing, geforderte Dunkelfeld-Studie von den Bischöfen nicht unterstützt wird, belegt, dass es offenbar nach wie vor kein flächendeckendes Interesse daran gibt, Licht ins Dunkel zu bringen.

Ich bin wütend und erschüttert. Aber heute ist mehr denn je klar: Als absolutistisches Machtssystem muss diese Kirche ein Ende haben!

Es braucht dringend eine tiefgreifende Transformation im synodalen Sinne!

Wer es könnte - die Kirche hochwerfen! - **Können wir das? Ich glaube, wir sind das. Wir können.** Damit endlich bis in die letzten Winkel dieses verkrusteten Systems der Wind des Wandels hindurchfährt.

Deshalb bestehen wir auf eine Umsetzung der Beschlüsse des Synodalen Weges in ALLEN deutschen Diözesen. Und ich appelliere an die Bischöfe, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und diesen Weg mit uns zu gehen, damit die Kirche eine Zukunft hat!

Und wir sind damit in der Welt bei weitem nicht allein. Wir können uns mit unseren europäischen Partner*innen, mit denen wir auch nach der Kontinentalsynode in Prag weiter im Gespräch sind, gemeinsam im weltweiten Synodalen Prozess einbringen.

Und das tun wir lernbereit, dialogorientiert und auch selbstbewusst.

Das ZdK-Generalsekretariat im politischen Berlin

Seit knapp anderthalb Jahren ist das ZdK-Generalsekretariat in Berlin präsent. Wir führen viele Gespräche mit Bundestagsabgeordneten, Vertreter*innen der Bundesregierung und der Bundesministerien, von Stiftungen und der Zivilgesellschaft, um den Positionen des ZdK in Politik und Gesellschaft Gehör zu verschaffen.

Angesichts von Vertrauensverlusten und Akzeptanzschwierigkeiten kirchlicher Akteure ist das nicht leicht. Aber die Bilanz des vergangenen Jahres kann sich sehen lassen und das verdanken wir definitiv der politischen Kompetenz unseres Generalsekretärs Marc Frings und seinem Team. Ich konnte bereits ein Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der Grünen führen; das ZdK-Präsidium trifft sich bis zum Sommer mit dem SPD-Parteivorstand, dem CDU-Präsidium sowie mit Bundeskanzler Olaf Scholz.

Sie sehen also: Wir sind angekommen in der Hauptstadt, bringen unsere Positionen ein und mischen mit!

Ein herausragendes Beispiel für unsere Lobbyarbeit ist die große Resonanz, die der Beschluss der Vollversammlung zum „Selbstbestimmungsgesetz“ erfährt. Bereits im Februar war Marc Frings beim parlamentarischen Staatssekretär des Familienministeriums und Queer-Beauftragten der Bundesregierung, Sven Lehmann, eingeladen. In Folge konnte das Generalsekretariat weitere Gespräche mit Vertreter*innen des BMFSFJ und mit politischen Entscheidungsträger*innen führen, in die auch Themen wie Kindergrundsicherung, Schwangerschaftsabbruch oder die Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch einfließen. Ich freue mich über die Zusage von Bundesfamilienministerin Lisa Paus zur nächsten ZdK-Vollversammlung im November, um mit ihr über unsere Positionen zu den Themen ihres Hauses ins Gespräch zu kommen!

Bioethik

Zu einem konstruktiven Dialog gehört auch, mit der Familienministerin über §218 StGB zu sprechen. Am 31. März hat das Bundesgesundheitsministerium die „Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ eingesetzt, die die Möglichkeit, Schwangerschaftsabbrüche außerhalb des Strafgesetzbuches zu regeln sowie Fragen von Leihmutterschaft und Eizellenspende prüfen soll. Die Ergebnisse werden für Frühjahr 2024 erwartet. ZdK-seitig beobachten wir – in enger Abstimmung mit anderen katholischen Akteuren – die laufenden Prozesse und bereiten uns argumentativ vor.

Ich stehe dafür ein, liebe ZdK-Mitglieder, dass der mühsam errungene, gesamtgesellschaftliche Kompromiss, der §218 ermöglicht hat, nicht leichtsinnig aufgegeben wird!

Die Diskurse um die - noch vor dem Sommer zu erwartende - gesetzliche Neuregelung zur Suizidassistenten begleiten wir im Sinne unserer Erklärung „Selbstbestimmt – mit den Sichtachsen auf das Leben“.

Uns ist wichtig, dass es weiterhin Schutzräume geben wird. - Es ist eine untragbare Situation, dass seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von Februar 2020 keine gesetzliche Regelung mehr flankierend wirkt!

Das Paradigma der Selbstbestimmung ist auch uns als Katholik*innen wichtig. Das Wissen um die Volatilität von Suizidwünschen und das Für-Wahrnehmen der dahinter liegenden Verzweiflung am Leben verlangt jedoch eine große Sorgfalt bei der individuellen Begleitung, eine sorgende Zuwendung, eine sorgende Gesellschaft. Realistischerweise ist davon auszugehen, dass die vorhandenen Belastungen und Herausforderungen im Pflege- und Gesundheitssektor größer werden. Ohne einen Ausbau der Suizidprävention und von Palliativversorgung steht zu befürchten, dass der Ruf nach Suizidassistenten als letzter Ausweg aus der Verzweiflung lauter werden wird.

Migration

Auch das Thema Flucht bewegt uns weiterhin: die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und bitterer Armut nach Europa flüchten, ist unvermindert hoch. In den ersten Monaten dieses Jahres sind dreimal so viele Geflüchtete über das Mittelmeer in die Europäische Union gekommen wie im Vorjahreszeitraum, hunderte Menschen sind ertrunken.

Das Sterben im Mittelmeer ist unerträglich und muss enden!

Der Migrationspakt der EU-Kommission nahm zuletzt zwei wichtige legislative Hürden: Im März konnte im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments eine Mehrheit erzielt werden, im April folgte das Plenum. Es sind Instrumente vorgesehen, mit denen einzelne Länder im Sinne eines Krisenmanagements ad hoc-Unterstützung anderer Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen können. An den Außengrenzen wird ein Screening in Transitzone eingeführt, anschließend sollen die Mitgliedstaaten im Einzelfall zwischen einem normalen Verfahren, einem Grenzverfahren und einem beschleunigten Verfahren wählen können.

Es ist wichtig, gleichermaßen auf Solidarität mit den Geflüchteten als auch auf die Solidarität der EU-Mitgliedstaaten untereinander zu setzen. Und es ist richtig, dass das Parlament für einen Solidaritätsmechanismus in der Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung eintritt, um faire und berechenbare Kriterien für die Umverteilung von Asylsuchenden zu schaffen.

Mit diesem Mandat geht das Parlament nun in die Verhandlungen mit dem Rat, in dem die Kompromissbereitschaft in der Asylpolitik gestiegen ist. Jeder Schritt nach vorn ist zu begrüßen. Klar ist allerdings schon jetzt: Das sogenannte Dublin-System bleibt grundsätzlich erhalten. Es wird nicht ersetzt, sondern reformiert. Die Bewährungsprobe des sich abzeichnenden neuen Rechtsrahmens steht mit Blick auf Humanität und Funktionalität daher noch aus.

Nur eine Asylpolitik, die sich an der Menschenwürde und an den Menschenrechten orientiert, kann Bestand haben. Wenn es stimmt, dass es nun ein Momentum gibt, endlich eine Europäische Asylpolitik gemeinsam zu gestalten, wie es die Innenministerin formuliert hat, dann muss dies der Maßstab sein.

Daran müssen sich auch Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitländern messen lassen. Mich irritiert es im Übrigen sehr, dass im Ringen um die Leitlinien für den EU-Haushalt des kommenden Jahres eine parlamentarische Abstimmung darüber angezettelt wurde, EU-Gelder für den Bau von Grenzzäunen an den Außengrenzen vorzusehen.

Abschottung ist keine Lösung, schon gar keine christliche. Europa darf keine Festung sein!

Dass es uns in Deutschland gelungen ist, allein im letzten Jahr rund 1,5 Millionen Menschen aufzunehmen, zeigt, dass hier gesamtgesellschaftlich sehr viel geleistet wurde. Das verdient Wertschätzung. Wir sehen, dass es sich auszahlt, wenn ein schneller Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitswelt gewährt wird. Und es ist AUCH in unserem gemeinsamen Interesse: Der Mangel an Fach- und Arbeitskräften ist das vorherrschende Thema in Politik und Gesellschaft. Ob in der Pflege oder im Handwerk, in der sozialen Arbeit oder in der Verwaltung – täglich erleben wir diesen Mangel bereits ganz konkret.

Als ZdK begrüßen wir, dass die Bundesregierung im Rahmen ihrer Fachkräftestrategie dem entgegensteuern, die Fachkräfteeinwanderung erleichtern, die Weiterbildung verbessern und eine Ausbildungsgarantie verankern will. Barrieren, beim Zugang zum Arbeitsmarkt müssen abgebaut werden.

Wir brauchen mehr Inklusion und eine bessere Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Beruf. Aber auch die Arbeitsbedingungen müssen deutlich verbessert werden: ich erinnere nur an den mutigen Streik der LKW-Fahrer aus Osteuropa!

Eine entscheidende Stellschraube ist und bleibt die Bildung und die Ausbildung der jungen Generation: Zuletzt ist der Anteil junger Menschen ohne Berufsabschluss wieder auf 17 Prozent gestiegen. Nicht nur die Lernbilanzen, auch die soziale und emotionale Lage der Schüler*innen sind - verstärkt durch Corona - inzwischen so dramatisch, dass selbst Bildungspolitik*innen von einer Bildungskatastrophe sprechen. Die Rufe nach grundsätzlichen Reformen im Bildungssystem werden immer lauter.

Ohne einen echten Paradigmenwechsel auf allen Ebenen bleibt Bildungsgerechtigkeit ein leeres Versprechen!

Ich bin fest davon überzeugt: Jedes Kind, jede*r Jugendliche*r ist etwas besonderes - und hat seine eigenen Talente und Gaben. Und ganz sicher gilt: niemand kann nichts.

Zuletzt hat der Chancenmonitor der IFO Stiftung wieder gezeigt: Entscheidend für den Bildungserfolg der Kinder ist unvermindert das Einkommen und der Bildungsstand der Eltern. Das ist zutiefst ungerecht!

So gehen Talente und Potentiale verloren, die wir dringend brauchen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, die die sozialökologische Transformation bewältigen muss.

Deshalb gehört zu diesem Paradigmenwechsel für uns auch unbedingt eine Grundsicherung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, denn Armut verhindert Teilhabe und gute Bildung!

Soziale Fragen

Deshalb begleitet das ZdK den politischen Prozess rund um das sozialpolitische Reformvorhaben „Kindergrundsicherung“ intensiv. Marc Frings führte dazu in den letzten Wochen und Monaten viele Gespräche mit Bundestagsabgeordneten und der Leitung des Bundesfamilienministeriums. Der Sachbereich 5 plant einen Austausch mit Fachexpert*innen, um eine grundsätzliche ZdK-Positionierung vorzubereiten!

Nachdem der Hauptausschuss im Januar den Beschluss zum Thema „Verantwortungsvoller Umgang mit kirchlichem Immobilienvermögen“ verabschiedete, setzt sich der Sachbereich 3 weiter mit diesem Thema auseinander. Politik und Medien haben übrigens mit großem Interesse unsere Positionierung zur Kenntnis genommen – nochmals Danke an die Antragstellenden! Im Sachbereich 3 entstand zwischenzeitlich die Initiative zu einer Fachtagung, die am 20. September 2023 stattfinden und den Startpunkt für einen Austausch von Share- und Stakeholder kirchlichen Immobilieneigentums setzen soll – **das brauchen wir dringend! Wohnen ist ein Grundrecht und es ist wichtig, dass wir uns hier politisch und binnenkirchlich positionieren!**

Reformen im Gesundheits-/Pflegesektor

Ein weiteres dringendes Vorhaben der Bundesregierung ist die Pflegereform, die ab dem 1. Juli 2023 schrittweise umgesetzt werden soll. Dringend gilt es gerade in der häuslichen und ambulanten Pflege die Pflegenden zu entlasten. Und gleichzeitig muss die Verteilung der Kosten neu geregelt werden. Im Durchschnitt liegt der monatliche Eigenanteil der Familien für die stationäre Pflege je nach Dauer des Aufenthalts zwischen 2200 und 2400 Euro. **2.400 EURO! Könnten Sie sich das so einfach leisten?**

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Strukturreform, die vor allem im Hinblick auf die Finanzierung der Pflege notwendig wäre, zeichnet sich aber bislang nicht ab.

Nicht zuletzt durch die Corona-Zeit hat sich das Defizit der Pflegeversicherung so erhöht, dass die Zukunft der sozialen Pflegeversicherung auf dem Spiel steht. Eine ernsthafte Debatte über eine Verbreiterung der Einnahmenbasis ist aber ausgeblieben. Die vorgesehene Erhöhung des Beitragssatzes um 0,35 Prozentpunkte (je nach Kinderzahl) verschiebt das Problem lediglich, denn die Beitragszahlenden allein können das bereits bestehende Defizit von über 2 Milliarden nicht ausgleichen.

Außerdem kommt weder die Entlastung der Pflegebedürftigen noch die der Pflegenden entscheidend voran. Die vorgesehenen fünf Prozent Anhebung des Pflegegelds gleichen nicht einmal die Inflation aus! **Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein!**

In Deutschland werden immer noch die allermeisten Pflegebedürftigen im häuslichen Umfeld – sprich von ihren Angehörigen - gepflegt. Der Reformentwurf der Bundesregierung kommt in meinen Augen dem Versprechen des Koalitionsvertrags, für eine dauerhafte und tragfähige Entlastung der Pflege im familiären Umfeld zu sorgen, nicht nach. Wer heute pflegt, und dies betrifft vor allem die Frauen, riskiert Armut, vor allem im Alter – denn auch die Übernahme der Rentenkosten für die Pflegenden bleibt bislang unterfinanziert! **Der Handlungsbedarf ist gigantisch, nicht erst jetzt! Und wir werden das kritisch im Blick behalten!**

Ukraine-Krieg, Friedensethische Perspektiven

Der russische Krieg gegen die Ukraine fordert weiter unzählige Menschenleben! **Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen!**

Schon im Krieg müssen wir auf den Frieden hinarbeiten! Im April haben wir in Kooperation mit Justitia et Pax die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur diskutiert, mit dabei war unter anderem unsere Sprecherin Annegret Kramp-Karrenbauer. Gleich werden wir um friedensethische Antworten ringen, bevor wir am Abend für den Frieden beten. Nach diesem sehnen sich nicht nur die Menschen im Osten Europas! Denken wir etwa an den eskalierten Konflikt im Sudan, die vergessenen Kriege im Jemen und in Syrien sowie an das afghanische Volk, das abermals unter den Taliban leidet.

In drei Wochen wird das ZdK-Präsidium gemeinsam mit dem Präsidium des Maximilian-Kolbe-Werks in Warschau, Auschwitz und Krakau sein – auch dort werden wir friedensethische und sicherheitspolitische Perspektiven diskutieren, die Polen als direktes Nachbarland der Ukraine noch unmittelbarer betreffen als uns.

Wir bringen angesichts der fragilen Lage unseres Kontinents viele Positionen zusammen. Es ist uns als Präsidium wichtig, deshalb im Lichte dieser Herausforderungen nicht schon fertige Beschlussvorlagen zu präsentieren.

Lassen Sie uns kontrovers diskutieren! Und uns offen zeigen für die Argumente unseres Gegenübers!

Fortschritt & Rückschritt im Klimaschutz

Im April wurden auf europäischer Ebene wichtige Teile des Klimaschutzpakets „Fit for 55 (fifty-five)“ verabschiedet. Parlament und Rat stimmten der Einführung eines Emissionshandelssystems für den Gebäude- und Verkehrssektor im Jahr 2027 zu – zwei Bereiche, in denen die Emissionen bisher nur sehr unzureichend gesenkt werden konnten. Vor gut einem Jahr hatten wir uns als Präsidium in einem „Zwischenruf zu Deutschlands globaler Verantwortung“ dafür ausgesprochen, diesen zweiten Emissionshandel einzuführen, um Anreize zur Senkung der Emissionen und zur Ausweitung von Investitionen zu schaffen. Die CO₂-Bepreisung funktioniert nur im Zweiklang: Der Preis der Zertifikate muss hoch genug sein, um eine Lenkungswirkung zu entfalten!

Und die soziale Flankierung muss umfangreich und zielgerichtet sein, gerade wenn Privathaushalte direkt betroffen sind, wie es beim neuen Emissionshandel der Fall sein wird!

Es ist daher richtig, dass die EU zugleich einen neuen Klima-Sozialfonds aufgelegt hat, der knapp 87 Milliarden Euro umfasst und zu 75 % aus dem Verkauf der Emissionszertifikate finanziert wird. Mit diesen Geldern können Energie- und Mobilitätsarmut bekämpft werden. **Wir spüren: Soziale und ökologische Gerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille.**

Die „Letzte Generation“ mahnt mit umstrittenen Blockaden und Farbangriffen zu mehr nationalen Anstrengungen beim Klimaschutz.

Ziviler Ungehorsam gehört zur Demokratie, liebe Mitglieder. Aber auch das ist Demokratie: wo er Grenzen überschreitet, muss rechtsstaatlich angemessen reagiert werden.

Wichtiger ist jedoch die politische Antwort: Die Aktivist*innen erinnern uns an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 2021, in dem mit Bezug auf Art. 2 Grundgesetz festgestellt wurde, die „Schutzpflicht des Staates“ umfasse „auch die Verpflichtung, Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen“. Dieses Urteil muss die Bundesregierung endlich ernstnehmen. Während einige Kommunen Vereinbarungen mit der „Letzten Generation“ schließen, hat der Koalitionsausschuss beschlossen, die Bereiche Verkehr und Gebäude von ihren im deutschen Klimaschutzgesetz vorgegebenen Beiträgen zur Emissionsminderung zu entbinden.

Anstatt die Rückstände in diesen Sektoren durch ein wirksames Programm sukzessive aufzuholen, werden die zuständigen Ministerien entpflichtet und das Klimaschutzgesetz, das aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsurteils vor zwei Jahren verschärft worden war, entkernt.

Die Ampel verspricht, dass verfehlte Einsparungen in einem Bereich durch einen anderen ausgeglichen werden. Die Verkehrs- sowie die Wärmewende, über die seit Wochen besonders heftig gestritten wird, werden damit ausgebremst!

Die sozial-ökologische Transformation mag ein Anliegen aller Koalitionspartner sein. Aber einen gemeinsamen Transformationspfad gibt es nicht!

Gerade nach dem vollzogenen Atomausstieg muss die Regierung über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinausgehen und mehr denn je eine Beschleunigung der Energiewende auf den Weg bringen, um das Ziel von 65 % weniger Emissionen bis 2030 gegenüber 1990 zu erreichen.

Europäische und internationale Fragen

Beim Ringen um Klimaschutz geht es auch darum, wie die Menschheit die Ressourcen in einer globalisierten, vielerorts industrialisierten Welt unter Achtung der planetaren Grenzen schonend nutzt und gerecht verteilt. Vor einem Jahr positionierten wir uns als ZdK deshalb für ein Europäisches Lieferkettengesetz. In der vergangenen Woche gab es auch hierzu ein wegweisendes Votum im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments, das grundsätzlich zu begrüßen ist.

Gemessen an unseren Forderungen ist das Verhandlungsmandat des Parlaments, das es nach einer Plenarabstimmung am 1. Juni in die Trilog-Verhandlungen, die Vermittlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission, mitnehmen wird, aber ambivalent zu bewerten. Eine Beweislastumkehr ist nicht bindend vorgesehen: Betroffene stehen vor der Herausforderung, nachzuweisen, dass europäische Unternehmen Menschenrechtsverstöße ihrer Tochtergesellschaften mitverursacht haben. Umweltpflichten für Unternehmen sind zwar enthalten – diese orientieren sich jedoch nicht am Übereinkommen über die biologische Vielfalt. Der Finanzsektor wird einbezogen, allerdings werden die Sorgfaltspflichten auf Geschäftsbeziehungen mit direkten Großkunden beschränkt.

Es bleibt zu hoffen, dass sich letztlich ambitionierte Regelungen durchsetzen können!

Im April jährte sich der schreckliche Einsturz der Rana-Plaza-Fabrik in Bangladesch, bei dem 1134 Menschen starben, zum zehnten Mal. Das Lieferkettengesetz muss eine wirksame Präventionsmaßnahme gegen solches Leid sein:

Es darf keine aus Ausbeutung und untragbaren Handelsbeziehungen resultierenden Tragödien mehr geben!

Intensive Auseinandersetzungen wird es in den nächsten Monaten nach Jahren des Stillstands auch um das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen geben. Die EU fordert eine Zusatzklärung zur Nachhaltigkeit, die südamerikanischen Staaten reagieren zurückhaltend, Unternehmen drängen auf einen Abschluss der Verhandlungen. Angesichts des steigenden chinesischen Einflusses in Südamerika muss Europa seine transatlantischen Beziehungen gen Süden neu austarieren. Die geopolitische Dynamik darf aber nicht dazu führen, den Vorrang von Mensch und Natur vor ökonomischen Partikularinteressen aus dem Blick zu verlieren.

Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz müssen die Pfeiler sein, die die Verhandlungen prägen. Wenn freier Handel unter fairen Rahmenbedingungen und innerhalb der planetaren Grenzen geschieht, können beide Kontinente profitieren.

Sie sehen: Menschenrechtliche Fragen ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche, in denen wir Position beziehen. Die Religionsfreiheit bleibt vielerorts unter Beschuss, vulnerable Gruppen werden gerade in Kriegs- und Krisengebieten Opfer sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Journalist*innen sehen sich Angriffen ausgesetzt. All dies nehme ich mit großer Sorge wahr. Im Juni wird sich der ZdK-Hauptausschuss vertieft mit menschenrechtlichen Fragen auseinandersetzen.

Fazit

Der Blick auf die sich immer noch steigenden Krisen- und Kriegsdynamiken weltweit und die gleichzeitigen Blockaden, vor denen wir in unserer Kirche stehen, wirft viele Fragen auf, lässt zeitweise auch Mutlosigkeit, Wut und Verzweiflung wachsen.

Dennoch: Ich bleibe beharrlich dabei, Ihnen und mir Mut zu machen, dass wir die Kirche verändern können und dass wir als Christ*innen den Krisen und dem Leid etwas entgegenzusetzen haben, das seine Wurzeln in der Auferstehungsbotschaft hat.

Wir erleben gerade, dass die Stimme des ZdK in Politik und Gesellschaft Gehör findet und wir etwas bewirken können. Lassen Sie uns weitergehen und immer wieder die Welt und die Kirche hochwerfen – dass der Wind und die Heilige Geistkraft hindurchfährt – **damit Veränderung möglich bleibt!**

Dr. Irme Stetter-Karp

3.2. Begrüßung von Bischof Heinrich Timmerevers

(Dresden-Meißen) anlässlich der Verleihung des katholischen Preises gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am 14. Juni 2023 in Dresden

Liebe Preisträgerinnen und Preisträger,

Dresden ist eine Reise wert. Nicht nur, weil Sie heute Abend für Ihr Wirken gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ausgezeichnet werden, sondern weil es hier, in dieser Stadt und in dieser Region eine Vielzahl von Menschen gibt, die mit kreativen Ideen ein Zeichen setzen, dass die Ebenbildlichkeit Gottes jedes Menschen nicht mit Füßen getreten werden darf. Wir sind dankbar, dass wir nach der Würdigung des Ostritzer Friedensfestes in Ostsachsen mit dem Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus 2021 nun in diesem Jahr hier in unserem Bistum die Preisverleihung mit ausrichten dürfen. Sie, liebe bisherige Preisträgerinnen und Preisträger, heiße ich bei uns im Haus der Kathedrale willkommen.

Dresden ist aber eben auch eine Reise wert, weil hier viele der Risse unserer Gesellschaft sichtbar werden. Sie, verehrte Politikerinnen und Politiker, stehen in der Verantwortung, das Volk zu vertreten, Ihrem Gewissen zu folgen und alles zu unternehmen, dass die Risse nicht größer werden, sondern der Einzelne geschützt und das Gemeinwohl gefördert wird. Sehr geehrte Frau Staatsministerin Meier, sehr geehrter Herr Staatssekretär Vogel, ich freue mich, heute Abend mit Ihnen zwei Spitzenvertreter und Spitzenvertreterinnen der Staatsregierung begrüßen zu dürfen, die sich persönlich, aber eben auch mit den Möglichkeiten der Ministerien, die sie leiten, für eine lebendige Demokratie einsetzen. Seien Sie uns herzlich willkommen! Ebenso begrüße ich heute Abend die Abgeordneten des Sächsischen Landtags und in besonderer Weise den Sächsischen Ausländerbeauftragten, Geert Mackenroth.

Wenn wir heute Abend ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus setzen, dann ist es ein Zeichen für beeindruckendes Engagement von Menschen. Aber dem geht eben auch leider immer voraus, dass sie etwas tun wollen, weil gesellschaftlich Fremde herabgewürdigt oder Unterschiede von Menschen nicht als anders, sondern als schlechter wahrgenommen werden. Gerade beim Umgang mit Menschen aus anderen Ländern wird uns dies vor Augen geführt. Sie, verehrte Parlamentarier, gestalten nicht nur Gesetze, sondern bestimmen auch öffentliche Debatten. Bitte halten Sie Ihr Herz offen und prüfen Sie immer wieder – um es mit Papst Franziskus zu sagen – wie „aufnehmen, schützen, fördern und integrieren“ (*Botschaft zum Welttag des Migranten und des Flüchtlings 2018*) bei uns am besten gelingen kann.

Sowohl die Deutsche Bischofskonferenz als auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken erlebe ich dabei als Player einer katholischen Kirche, die konstruktiv diese Prozesse auf Grundlage unseres Glaubens mitgestalten will. Themen vorzudenken und Papiere zu schreiben ist hierfür eine Möglichkeit. Mit Preisen auf vorbildhaftes Handeln hinzuweisen, eine andere.

Ich begrüße deshalb heute Abend herzlich stellvertretend für das ganze Zentralkomitee die Präsidentin des ZdK, Frau Dr. Stetter-Karp, sowie den Sonderbeauftragten der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlingsfragen und Vorsitzenden der Migrationskommission, Erzbischof Dr. Heße. Sie beide sind die Gastgeber des heutigen Abends. Ihnen gehört gleich das Wort.

Doch zuvor ein letzter Blick meinerseits auf Stadt und Land. Wir werden heute Abend sicher viel über eine Haltung der Humanität hören. In dieser Woche, die mit dem 17. Juni abschließt, möchte ich aber nicht versäumen, auf ein Begriffspaar hinzuweisen, das zentraler Ausdruck unseres christlichen Verständnisses vom Menschen ist: Freiheit und Verantwortung. Unweit von hier, am Dresdner Postplatz, stehen zerbrochene Panzerketten als Mahnmal für den 17. Juni 1953. An unserer Kathedrale erinnert ein Bild an den Oktober 1989, als die Kirchen zum Symbol freien Denkens und Redens wurden. Im Nachbarraum hier im Haus der Kathedrale kommen im „Treffpunkt Hoffnung“ der Malteser Menschen zusammen, deren Heimat 800 km von hier, in der Ukraine, ausgebombt ist. Die drei Beispiele erzählen vom aufrechten Gang und den Konsequenzen, wenn sie mit Füßen getreten wird. Aber eben auch von Menschen, die Verantwortung übernehmen, weil sie überzeugt sind, dass damit die Freiheit für den anderen größer, nicht kleiner wird. Nutzen wir die Freiheit, um Verantwortung für ein menschenwürdiges Antlitz unseres Landes zu übernehmen. Das schenkt Hoffnung!

Vielleicht entgegen der öffentlichen Wahrnehmung aus der Ferne nehme ich im Osten Deutschlands viele Menschen wahr, die mir durch ihr Engagement Hoffnung schenken. Solche Hoffnungsmacher brauchen wir, die alles dafür tun, dass der Riss nicht größer wird, sondern die Liebe zum Anderen gewinnt. Die Mehrheit der Menschen in Mitteldeutschland steht ein für Freiheit und Menschenwürde. Das haben die Menschen 1953 bewiesen. Das haben die Menschen 1989 bewiesen. Und das beweisen in unserem Landstrich Tag für Tag so viele Menschen und so viele Initiativen. Dafür bin ich dankbar. Wer die Freiheit liebt, muss die Verantwortung wagen!

Ich bin sicher, dass alle, die Sie heute Abend hier sind, genau diese Haltung in Ihrem Alltag verwirklichen und die Beispiele, aber auch die Begegnungen, die heute Abend möglich sind, als persönliche Stärkung nutzen können. Heute Abend gilt Ihnen allen, verehrte Damen und Herren, liebe Gäste, ein herzliches Willkommen. Ich freue mich, dass Sie da sind.

3.3. Begrüßung der Jury-Vorsitzenden Dr. Irme Stetter-Karp und Erzbischof Dr. Stefan Heße anlässlich der Verleihung des katholischen Preises gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am 14. Juni 2023 in Dresden

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK):

Sehr geehrter Herr Erzbischof Dr. Heße,
sehr geehrter Herr Bischof Timmerevers,
sehr geehrte Frau Staatsministerin Meier,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Vogel,
sehr geehrte Preisträgerinnen und Preisträger,
liebe Jurymitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu dieser Preisverleihung.

Vor zweieinhalb Wochen verbrachte ich das Pfingstfest in Auschwitz. Wir waren dort als ZdK-Präsidium gemeinsam mit dem Maximilian-Kolbe-Werk. Es ist ein Ort menschlichen Versagens, ausgehend von Deutschland. Ein Ort organisierter Massenvernichtung. Ein Ort der Unmenschlichkeit, an dem die

Spuren des Rassismus in seiner extremsten Form bis heute sichtbar sind. Heute vor 83 Jahren, am 14. Juni 1940, brachten die Nationalsozialisten die ersten 728 Menschen in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz.

Es gab Rassismus vor der Shoa, dafür stehen die grausamen Verbrechen des Kolonialismus, für die es in Deutschland und auch in der Kirche ein viel zu kleines Bewusstsein gibt. Es gab Rassismus danach. Beispielhaft denke ich dabei an die schrecklichen Pogrome von Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda. Am heutigen Nachmittag haben Erzbischof Dr. Heße und ich in Zwickau der Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds gedacht. Dieser Terrorkomplex wuchs in einem Umfeld aus institutioneller Blindheit und mangelnder gesellschaftlicher Wehrhaftigkeit gegen rassistischen Hass heran. Es gibt Rassismus heute. Die Attentate von Halle und Hanau haben uns vor Augen geführt, dass Rassismus weiterhin als Tatmotiv dient und Menschenleben fordert. Bis heute werden Unterkünfte von Geflüchteten angegriffen, erleben Menschen Alltagsrassismus in Gesprächen, bei der Wohnungssuche und auf dem Arbeitsmarkt. Gerade in diesen Wochen merken wir, wie das Asylrecht infrage gestellt wird, wie auch die Rhetorik der AfD immer wieder aufs Neue bei vielen Menschen verfängt, wie wir Wehrhaftigkeit in unserer Demokratie neu lernen und unter Beweis stellen müssen.

Die Menschen und Projekte, die wir heute mit dem Katholischen Preis gegen Rassismus ehren, sind Vorreiter einer Gesellschaft, die sich vom Rassismus befreit. Ich hoffe, dass ihre Vision Wirklichkeit wird. Und ich freue mich, dass Laienkatholizismus und Bischofskonferenz dieses herausragende Engagement gemeinsam würdigen. Lassen wir uns von Ihrem Einsatz inspirieren und tatkräftig an einer Gesellschaft arbeiten, die sich Rassismus entschlossen entgegenstellt und die Würde aller Menschen hochhält.“

Erzbischof Dr. Stefan Heße, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz:

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Meier,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Vogel,
sehr geehrte Frau Stetter-Karp,
lieber Bischof Heinrich Timmerevers,
sehr geehrte Preisträgerinnen und Preisträger,
liebe Jurymitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Vor dreißig Jahren erschütterten uns die Bilder von brennenden Asylbewerber-Unterkünften und anderen fremdenfeindlichen Taten in Solingen, Mölln oder Rostock-Lichtenhagen. Das waren nicht die ersten fremdenfeindlichen Taten nach dem Nationalsozialismus, und es waren nicht die letzten. Denken wir nur an die Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes – NSU – und die Morde von Halle und Hanau in den zurückliegenden Jahren. Jede Tat ist eine zu viel und muss uns Mahnung sein, gegen jede Form des Rassismus aufzustehen!

Die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp, und ich haben heute in Zwickau – gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern des katholischen Peter-Breuer-Gymnasiums – der Opfer der rassistischen Gewalt des NSU gedacht und damit auch an die Anfänge des Katholischen Preises gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erinnert: Die Morde des NSU gaben vor zehn Jahren einen wichtigen Anstoß, diesen Preis ins Leben zu rufen.

Mit diesem Preis zeichnen wir Menschen aus, die sich aus der mahnenden Erinnerung und christlichem Selbstverständnis heraus den Menschen

zuwenden, die von Rassismus und fremdenfeindlicher Ausgrenzung betroffen sind. In vielen der eingereichten Vorschläge geht es nicht nur um das „Dagegen“, sondern es werden viele Projekte empfohlen, die Integration erleichtern und Vorurteile durch Begegnung abbauen.

Rassismus widerspricht dem Geist Jesu, der Botschaft des Evangeliums. Dennoch gibt es auch in unserer Kirche rassistische und fremdenfeindliche Stimmen. Auch denen treten wir mit diesem Preis entgegen. Es ist wichtig, dass wir bei uns, im eigenen Umfeld beginnen, dem Ungeist der Xenophobie zu widersprechen – und nach unserer Möglichkeit dazu beitragen, dass diese Haltung der Humanität Kreise zieht. Dieser Geist bestimmt auch die Preisträgerinnen und Preisträger, die wir heute ehren. Sie zeigen beispielhaft, dass es möglich ist, sich dem Rassismus mit klarer Stimme entgegenzustellen und viele zu begeistern. Sie wenden sich den Menschen zu, bieten Raum für Neues und bauen Brücken.

Die deutschen Bischöfe verleihen den Preis am heutigen Abend erstmals gemeinsam mit dem ZdK. Das macht deutlich: Es ist ein Preis aller katholischen Christen, weil das Engagement gegen Rassismus und Unmenschlichkeit von der ganzen katholischen Kirche getragen wird und getragen werden muss. Wir brauchen breite Bündnisse, innerkirchlich, ökumenisch und in der Breite der gesamten Gesellschaft, um die demokratischen Institutionen zu stärken und gegen Hass und Neid gleiche Rechte aller Menschen, die in Deutschland und Europa leben, einzuklagen.

2021 konnten wir den Preis nur online verleihen. Der erste Preis ging damals an das Friedensfest Ostritz: Dort an der Neiße, im äußersten Osten des Bistums Dresden-Meißen und des Freistaats, hat sich eine solche breite gesellschaftliche Initiative gebildet, um einem rechtsextremen Musikfestival ein friedliches Zeichen gegenüberzustellen. Das ist mit großem Erfolg gelungen. Es wurde

deutlich, was auch 2018 bei den Demonstrationen gegen Rechtstextremismus in Chemnitz zum Motto wurde: „Wir sind mehr“! Die Bilder aus Ostritz von einem bunten und friedlichen Fest, mit Gebeten und Musik, Lichterketten und Hüpfburgen, gingen durch Deutschland und zeigten, wie bunt und fröhlich es wird, wenn viele Bürgerinnen und Bürger sich für ein offenes Miteinander einsetzen. Diesen Einsatz gegen Rassismus, für ein demokratisches, offenes Deutschland, leben uns alle Preisträger vor, und dafür danke ich Ihnen.

3.4. Aktuelle Entwicklungen, Rede der ZdK-Präsidentin

Dr. Irme Stetter-Karp

Vollversammlung des ZdK

vom 24./25. November 2023 in Berlin

Einleitung

„Nie wieder ist jetzt!“ – mit diesem Schriftzug wurde das Brandenburger Tor beim Gedenken zum 85. Jahrestag der Reichspogromnacht angestrahlt. So wie nach Beginn der russischen Invasion gegen die Ukraine, blicken wir entsetzt auf den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 07. Oktober und das Leid, das er für Hunderttausende Menschen bringt. In Deutschland und weltweit erleben wir heftige Auseinandersetzungen, die Politik und Gesellschaft vor teils schwere Zerreißproben stellen.

Angesichts der vielfältigen Friktionen und globalen Bedrohungen erscheint es fast kleinmütig, auf uns selbst zu schauen. Ich tue es für einen kurzen Moment dennoch: Vor 175 Jahren, am 3. Oktober 1848, trafen sich die katholischen Piusvereine zu ihrer ersten Generalversammlung. Die organisierte katholische Zivilgesellschaft, aus der die Katholikentage entstanden sind, nahm hier ihren Anfang. Wir wollten das in Form eines Festvortrags mit Prof. Tomáš Halík ein wenig feiern bei dieser Vollversammlung. Aber das, was in Israel passiert ist, ist deutlich größer und wichtiger und deshalb schauen wir gleich mit unseren

Gästen noch einmal genauer auf die Entwicklungen in Nahost und weltweit. In den innerkirchlichen Reformprozessen darf die Stimme des ZdK auch heute nicht fehlen. Ich blicke dankbar auf das konstituierende Zusammenkommen des Synodalen Ausschusses vor zwei Wochen in Essen zurück. Dafür wird morgen nochmal mehr Zeit sein! Auch, um die Satzung zu beschließen.

In der Politik wird das Eintreten des ZdK für Menschen in Not- und Konfliktsituationen sowie für gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die sichere Lebensgrundlagen bieten und Partizipation ermöglichen, dringend gebraucht. Das wird deutlich etwa in unserem Einsatz für Migration, in Fragen der Bioethik, der sozial-ökologischen Transformation oder in unserem Engagement für die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Lage in Israel und Auswirkungen in Deutschland

Der 7. Oktober markiert einen Zivilisationsbruch. In brutalster Art und Weise haben terroristische Hamas-Kämpfer tausende Raketen auf Israel abgefeuert und die Grenze zu Israel gestürmt – am Schabbat zum Ende des Laubhüttenfestes, am Fest der Freude über die Tora. Mehr als 1200 israelische Zivilist*innen wurden getötet, unzählige weitere systematisch vergewaltigt und verschleppt. Der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden nach dem Zweiten Weltkrieg! Wir als ZdK stehen an der Seite der Israelis. Wir stehen an der Seite der Jüdinnen und Juden. Sie wurden als Kollektiv getroffen. Das haben wir in unterschiedlichen Kontexten wiederholt zum Ausdruck gebracht. Hervorheben möchte ich die Erklärungen der beiden Gesprächskreise „Juden und Christen“ sowie „Christen und Muslime“, die beide eindeutig sind in der Verurteilung des Angriffes auf Juden und Jüdinnen in Israel und der erschreckenden Zunahme antisemitischer Übergriffe in Deutschland.

Wir haben finanziell, politisch und aktiv durch unsere Teilnahme die Israel-Solidaritätsdemonstration am 22. Oktober 2023 in Berlin unterstützt. In einem Dankesbrief schreibt der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, dass auch in den kommenden Tagen und Wochen die Solidarität für Israel wichtig bleiben wird.

Wir bleiben an dem Thema dran: Den Antisemitismus in Deutschland und die Lage in Israel und Gaza haben wir intern in zwei After-Work-Veranstaltungen zum Thema gemacht. Aus dem Hauptausschuss hat das Präsidium den Auftrag mitgenommen, die Themen nachzuhalten. Das ist zwischenzeitlich passiert: Aus dem Antisemitismus-Gespräch ist die Idee für einen Workshop für die ZdK-Mitglieder zu Israel-bezogenen Antisemitismus erwachsen, zu dem wir zeitnah einladen werden. Die Vorbereitungen laufen bereits. Damit reagieren wir auch auf den Wunsch aus den Reihen des ZdK, dass wir uns selbst mit der Lage in Nahost und den antisemitischen Übergriffen in Deutschland näher beschäftigen. Aus dem Workshop soll im Anschluss eine Positionierung des ZdK erwachsen, hinter der wir uns alle wiederfinden. Und wir sind froh, dass wir gleich mit Botschafter a.D. Shimon Stein, Heinrich Wefing von der ZEIT, Kristin Helberg und unserem Mitglied Dorothee Klüppel von Misereor über die Situation in Israel und Gaza sprechen können. Dabei ist es uns auch ein Anliegen, auf die dramatische Situation mit tausenden Toten in der Zivilbevölkerung im Gazastreifen hinzuweisen. Hier wird humanitäre Hilfe mehr als dringendenbenötigt!

Das Jubiläum des Gesprächskreises Juden und Christen, das für nächste Woche geplant war, können wir vor dem Hintergrund der aktuellen Lage nicht einfach so feiern. Zu tief geht die Traumatisierung, die unsere jüdischen Geschwister derzeit erfahren müssen. Statt des festlichen Symposiums lädt der Gesprächskreis zu Gedenken und Reflektionen ein. Auf eine jüdisch-christliche Gedenkfeier folgt ein Impulsvortrag zur Bedeutung des Staates Israel auf dem

Hintergrund der jüdischen Tradition. Ein Rabbiner aus dem Gesprächskreis gibt anschließend Einblick in die Situation in jüdischen Gemeinden in Deutschland nach dem 7. Oktober. Daran anknüpfend stellt sich der Gesprächskreis anschließend gemeinsam mit seinen Gästen der Frage, was in dieser Situation der existentiellen Bedrohung unserer jüdischen Geschwister Aufgabe des jüdisch-christlicher Dialog sein kann. Ich lade Sie nachdrücklich ein, am 30. November der Einladung nach Frankfurt zu folgen und so jetzt erst Recht ein Zeichen zu setzen! „Nie wieder ist jetzt!“

Internationale Beziehungen, Krieg, Friedensethik

Heute vor 21 Monaten begann die verheerende russische Invasion in die Ukraine. Wir alle haben die Bilder des zerstörten Mariupol oder vom Massaker in Butschajiw Kopf. Gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur, Deportationen, Vergewaltigungen, Zwangsrekrutierungen, Instrumentalisierung eines Atomkraftwerks, nukleare Drohungen: Das Unheil, das in diesem Krieg durch die russische Aggression angerichtet wird, ist von unfassbarer Grausamkeit. Wir dürfen uns an diese Gewalt, an diesen zermürbenden Stellungskrieg, nicht gewöhnen. Und wir dürfen nicht vergessen, wie prekär die Situation auch in Syrien und Afghanistan ist. Die Zahl der Geflüchteten ist so hoch wie nie zuvor: Wir müssen davon ausgehen, dass derzeit weltweit etwa 117 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Ein Drittel dieser Menschen stammt aus der Ukraine, aus Syrien oder aus Afghanistan. Viele von ihnen erreichen die Europäische Union nicht, sondern bleiben als Binnengeflüchtete in ihrem Heimatland.

Ich bin dankbar, dass sich die Sachbereiche 2 und 6 unter der Leitung von Frau Prof. Aschmann und Frau Kramp-Karrenbauer im September zu einem Studientag unter dem Titel „Wie kann der Frieden aussehen?“ in Fulda getroffen haben und an den Themen weiterhin arbeiten.

Migration

Zu den schrillsten Debatten in Deutschland und Europa gehört zweifellos der enthemmte Asylstreit. Die Diskurskultur ist in vielen Momenten unwürdig und verstörend.

Für mich steht trotz der gewachsenen migrationspolitischen Herausforderungen und bei allem Lob für die Verständigung auf eine Pro-Kopf-Pauschale fest: Der Asylkompromiss vom 6. November ist dreißig Jahre nach der Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes eine Zäsur. Bund und Länder setzen auf das Abschreckungsprinzip und kürzen dabei nicht nur beim Geld, sondern auch bei der Integration.

Ebenso problematisch ist die neuerliche Verschleppung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte. Erst im Oktober hatten wir im ZdK-Hauptausschuss unser Votum erneuert, dass es beim Familiennachzug keinen monatlichen Deckel geben darf, unabhängig vom Schutzstatus. Die Einheit der Familie, in der Verfassung geschützt, ist nicht einmal mehr ernsthafter Teil der Verhandlungsmasse, sondern gerät auf die lange Bank!

Mit Blick auf die bevorstehende Reform des Europäischen Asylsystems haben wir gemeinsam mit dem Klub der Katholischen Intelligenz, unserem Partner in Warschau, markiert, dass Familien mit Minderjährigen an den EU-Außengrenzen unter keinen Umständen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden dürfen. In Europa, gerade in Deutschland, sollten wir aus den positiven Erfahrungen lernen, die wir bei der Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten gemacht haben: Von Räumen, in denen Integration gelingen kann, profitiert letztlich die ganze Einwanderungsgesellschaft.

Eintreten für Menschenwürde und Demokratie - Aufstehen gegen Rechts-extremismus, Antisemitismus und Hetze

Unsere Demokratie erlebt derzeit eine reale Bedrohung! Ich kann es nur nochmal in aller Deutlichkeit betonen: Rechtsextrêmes, antisemitisches und menschenfeindliches Gedankengut kann niemals katholisch sein! Mit einer solchen Aussage macht man sich nicht nur Freunde – auch mit Blick auf den kommenden Katholikentag in Thüringen. Umso wichtiger ist es, dass wir hier immer wieder deutlich unsere Haltung als ZdK zeigen.

Da ist der unerträgliche Antisemitismus zu nennen, der ja immer da war, aber sich nun auch wieder breit öffentlich Bahn bricht als Israelhass und konkrete Bedrohung für Jüdinnen und Juden in Deutschland. Aber dass sich Debatten verschieben und Extremismus und Menschenfeindlichkeit zunehmend „normal“ werden, wissen wir nicht nur aus der Mittestudie der Uni Bielefeld, wir sehen es auch an der wachsenden Zustimmung zu populistischen Parteien wie der AfD. Wir erleben gerade, wie plötzlich das Thema Migration die politische Debatte beherrscht und wie aus Hetze gegen Geflüchtete erst eine Rhetorik und dann auch eine Politik der Ausgrenzung und Abschreckung entsteht, die besorgniserregend ist. Die ersten Wahlumfragen lassen befürchten, dass Demokratiefeindlichkeit, Populismus und Extremismus noch mehr Zustimmung erfahren werden – und das europaweit. Das jüngste Wahlergebnis in Polen ist in diesen Zeiten ein Lichtblick, auch für die Rechtsstaatlichkeit.

Ich begrüße es sehr, dass die Sprecher*innen der Sachbereiche und die Vorsitzenden der beiden Gesprächskreise einen Antrag in diese Vollversammlung eingebracht haben, der unter dem Titel „Eintreten für Menschenwürde und Demokratie“ deutlich macht: wir haben als ZdK die dringende Aufgabe, gemeinsam mit der immer noch großen, demokratischen Mehrheit in diesem Land einzustehen für eine lebendige, wehrhafte Demokratie und Menschen-

rechte weltweit. Dieser Auftrag prägt nicht nur unsere politische, sondern auch unsere pastorale wie diakonische Arbeit, die politische Bildung genauso wie die Jugendarbeit oder die Migrationsberatung für Geflüchtete oder die Unterstützung für Menschen, die Armut und Ausgrenzung erfahren. Und mit Blick auf die laufende Satzungsreform des ZdK sage ich deutlich: wir brauchen eine Unvereinbarkeitsregel, denn AfD-Mitglieder haben im ZdK nichts verloren!

Klimapolitik

Meine Damen und Herren, wir befinden uns im wärmsten Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Mit dem Klimaschutzprogramm 2023 hat die Bundesregierung zwar ein umfangreiches Programm vorgelegt, das den Pariser Klimazielen, dem European Green Deal und dem Bundes-Klimaschutzgesetz jedoch nicht gerecht wird. Mit diesen Maßnahmen kann die Lücke zwischen Zielen und tatsächlicher Emissionsreduktion bis 2030 verkleinert, aber nicht geschlossen werden. Es ist sehr enttäuschend, dass Deutschland klimapolitisch weiter auf einem Zielverfehlungskurs ist! Künftig muss in den einzelnen Sektoren erst dann nachgesteuert werden, wenn die Emissionseinsparungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren ungenügend sind. Geprüft wird also erst nach der Bundestagswahl 2025 – nach dem Ende derlaufenden Legislatur.

Auch das Fiasko um die GEG-Novelle, die Verschleppung des Abbaus klimaschädlicher Subventionen und die ausbleibende Einführung des Klimagelds, das die steigende CO₂-Bepreisung sozialpolitisch flankieren soll, zeigen, wie sehr bei der Ampel klimapolitischer Anspruch und Wirklichkeit auseinanderliegen.

Durch das gravierende Urteil, das das Bundesverfassungsgericht in der vergangenen Woche getroffen hat, fehlen der Bundesregierung zudem nun auf

einen Schlag 60 Milliarden €. Es ist handwerklich bedenklich, dass die Bundesregierung nun mitten in den Haushaltsverhandlungen blamiert dasteht, da sie den Klima- und Transformationsfonds kurz nach ihrer Geburtsstunde verfassungswidrig mit ungenutzten Corona-Krediten aufgefüllt hatte. Die Ausgabensperre für diesen Fondstriff zukunftssträchtige Vorhaben wie den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Es kann nicht sein, dass so wichtige Aufgaben in Nebenhaushalten verortet werden! Das Bundesfinanzministerium hat am Montag reagiert und vorerst alle sogenannten Verpflichtungsermächtigungen mit einer Haushaltssperre belegt. Weil die Ampel nicht weiß, welche Vorhaben sie in den nächsten Jahren tatsächlich finanzieren kann, müssen beauftragte Unternehmen ihre Projekte bängen. Ich bin überzeugt: Wir brauchen eine gesellschaftliche Verständigung darüber, wie staatliche Vorhaben verlässlich finanziert werden können. Zu dieser Debatte gehört die Schuldenbremse, aber auch die Frage, wie der Staat mehr Einnahmen generieren und überholte Ausgaben streichen kann - mit einem gerechteren Steuersystem und einer Beschränkung auf zukunftsfähige Subventionen.

Heute beginnen die Pre-Sessions der Klimakonferenz COP 28 in Dubai, die am Donnerstag eröffnet wird. Im Zentrum der Verhandlungen steht die sogenannte „Globale Bestandsaufnahme“, bei der die weltweiten klimapolitischen Fortschritte überprüft werden, sowie die große Aufgabe, den im vergangenen Jahr beschlossenen Loss-and-damage-Fonds tatsächlich auch mit einem massiven Finanzvolumen und unter Mitwirkung der Betroffenen einzuführen. Ich setze darauf, dass Franziskus mit einer starken Botschaft nach Dubai reist! In einem Antrag werden wir dieses Thema am Nachmittag aufgreifen.

Sozial-ökologische Transformation

Was braucht die Industrie?

Angesichts der von hohen Energiekosten getriebenen Inflation, der drohenden Abwanderung von Industriesektoren und der steigenden handelspolitischen Abhängigkeiten mit China rang die Bundesregierung um adäquate Maßnahmen, auch in Reaktion auf das industriepolitische Gesetzespaket in den USA, den Inflation Reduction Act.

Vor zwei Wochen verständigte sich das Kabinett darauf, die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe mindestens zwei Jahre lang auf das europäische Minimum zu senken. Handel, Dienstleister und Privathaushalte werden weiterhin den höheren Steuersatz zahlen. Damit endete eine monatelange Hängepartie. Nicht nur die energieintensiven Konzerne, sondern auch viele mittelständische Unternehmen werden davon profitieren. Ob die Entscheidung mit Blick auf weniger solvente Haushalte steuerpolitisch gerecht ist, halte ich für fraglich. Außerdem drängt sich die Sorge auf, dass der sozial-ökologische Anpassungsdruck wesentlich abgeschwächt und bereits verschleppte Zukunftsinvestitionen in vielen Unternehmen weiter aufgeschoben werden.

Wohnungsbedarf, Bauen

Die zunehmende Verschärfung auf dem Wohnungsmarkt bereitet dem ZdK und mir große Sorge. Knapper Wohnraum in Ballungsgebieten und gebietsweise immer höher steigende Mieten, aber auch die Energie- und Inflationskrise verstärken die ohnehin schon angespannte Situation. Bereits im Januar

hatte der Hauptausschuss einen Beschluss veröffentlicht, in dem kirchliche Immobilieneigentümer*innen dazu aufgefordert werden, sich ihrer sozialen Verantwortung bewusster zu werden und die Nutzung kirchlicher Immobilien verstärkt an sozialetischen Kriterien auszurichten. Wir arbeiten weiter darauf hin, dass der kirchliche Umgang mit eigenen Immobilien zu großen Teilen gemeinnützig orientiert sein muss – z.B. über eine Quote für sozialen Wohnungsbestand diözesaner Immobilien.

Kindergrundsicherung

Das ZdK war von Seiten des BMFSFJ sowohl zur Stellungnahme als auch zur Verbändeanhörung zur Kindergrundsicherung eingeladen. Nachdem wir bereits mit dem Referentenentwurf sehr unzufrieden waren, können wir auch am Kabinettsentwurf keine wirkliche "Grundsicherung" für junge Menschen und ihre Familien erkennen. Wir begrüßen, dass im Kabinettsentwurf u.a. der zuvor kritisierte sogenannte "Elterngeldüberhang" wegfällt. Die Kindergrundsicherung bleibt gegenwärtig nur ein bloßer Einstieg in eine bessere Familienpolitik. Besonders den Wegfall des Kindersofortzuschlags und die fehlenden erheblichen Verbesserungen für Getrennterziehende kritisieren wir deutlich. Der Sachbereich 5 und der Runde Tisch Familie arbeiten weiter daran, auf den Entwicklungsprozess einer besseren "Kindergrundsicherung" in diesem Sinne Einfluss zu nehmen. Ich markiere dieses Thema hier nur kurz, weil wir nachher Gelegenheit haben werden, mit der zuständigen Bundesministerin direkt ins Gespräch zu kommen! Ich möchte allerdings nicht versäumen, darauf hinzuweisen, dass wir die gegenwärtigen Forderungen einiger Politiker*innen, auf sozialpolitische Werkzeuge wie die Kindergrundsicherung zu verzichten, um das durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts entstandene Haushaltsdefizit zu verringern, entschieden ablehnen! Das wäre ein heftiger Rückschlag im Kampf gegen die Kinderarmut! Auch in anderen Feldern der Sozialpolitik darf nun nicht vorschnell gespart werden.

Selbstbestimmungsgesetz

Im Rückblick auf die letzten 12 Monate freut mich immer noch die große Resonanz, die die ZdK-Lobbyarbeit zum Selbstbestimmungsgesetz erfahren hat. Der Beschluss der ZdK-Vollversammlung im Dezember 2022 ebnete den Weg für zahlreiche Gespräche zwischen dem Generalsekretariat sowie Vertreter*innen der Politik. Eine echte Teamleistung und hier gebührt insbesondere der Abteilung Kirche und Gesellschaft unser Dank. Daraus haben sich verstärkte Kontakte u.a. zum BMFSFJ ergeben, die es uns auch ermöglichen, unsere Positionen zu anderen Themen, wie etwa Kindergrundsicherung, noch gezielter zu platzieren.

Die Debatten im Vorfeld und auch nach der Beschlussfassung waren äußerst kontrovers. Nicht alle im ZdK haben den Beschluss in gleicherweise begrüßt. Ich sehe es jedoch sehr positiv, dass wir in der Lage sind, auch bei sehr umstrittenen Themen zu gemeinsamen, tragfähigen Positionierungen zu kommen. Diese Debatten- und Kompromisskultur sollte das ZdK sich unbedingt bewahren.

Bioethische Fragen

Mit großer Sorge blicke ich auf die Diskussion um die Neuregelung von §218 StGB. Die Stimmen, die eine Veränderung fordern, werden lauter – selbst in den Kirchen, wie die Stellungnahmen von EKD und Diakonie zeigen. Ich plädiere weiterhin für die aktuelle Regelung von §218 StGB, die ich für einen schwer errungenen wertvollen Kompromiss halte. Heute Nachmittag werden wir Gelegenheit haben mit Bundesministerin Paus darüber zu sprechen. Fragen von Eizellspende und Leihmutterchaft werden – wie § 218 - derzeit ebenfalls in der Kommission für reproduktionsmedizinische Fragen behandelt – wir behalten auch diese beiden Themen im Blick.

Auch das Thema der Suizidassistenten lässt uns nicht los. Der Versuch eine gesetzliche Regelung für die Suizidhilfe zu finden, ist vor dem Sommer im Bundestag gescheitert. Ich bin weiterhin der Meinung, dass wir Menschen in existenziellen Situationen am Ende des Lebens nicht alleine lassen dürfen und dringend klare gesetzliche Regelungen brauchen. Wir werden das Thema weiterhin verfolgen und haben eine Ad-hoc AG zur Suizidhilfe und -prävention eingesetzt, um für eine Wiederauflage der Diskussion vorbereitet zu sein. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass wir derzeit in Deutschland gar keine Regelung hierzu haben!

Synodalität

Letzten Monat richteten sich unsere Blicke nach Rom. Thomas Söding hat als Berater an der Bischofssynode teilgenommen, ich selbst konnte bei meiner Reise nach Rom einige Eindrücke von der Synode vor Ort gewinnen. Die erste Bischofssynode mit stimmberechtigten Frauen und männlichen Laien. Am Ende standen wenige konkrete Beschlüsse, doch ein deutliches Votum: Es braucht einen Kulturwandel in der Kirche. Der Zwischenbericht verurteilt klar die systemische, sexualisierte Gewalt. Er fordert mehr Teilhabe aller Getauften, v.a. von Frauen und marginalisierten Personen, mehr Transparenz und das Ende des Machtmissbrauchs. Ich hoffe, dass wir dies auch konkret sehen werden, in der Kirche vor Ort, überall auf der Welt.

Es geht weiter! Auch hier in Deutschland. Das haben wir mit dem Synodalen Ausschuss gezeigt, der sich vor etwa 14 Tagen zu seiner Auftaktsitzung in Essen getroffen hat. Den Wendepunkt, den Papst Franziskus in seinem Motu proprio „Ad theologiam promo-vendam“ für die katholische Theologie als „mutige Kulturrevolution“ fordert, brauchen wir von der Theologie ausgehend für die gesamte Kirche. Es ist an der Zeit, mit den Worten des Papstes gesprochen, „die Gegenwart prophetisch [zu] deuten und neue Wege für die Zukunft“ [zu] suchen. Es ist höchste Zeit.

Zum Schluss: es ist kein Zufall, dass die politischen Themen heute überwiegen. Als ZdK sind wir in diesen fragilen Zeiten gefragt. Der innerkirchliche Reformprozess darf uns nicht an unserer ureigenen Aufgabe hindern, als Katholik*innen unsere Stimme einzubringen gegen die Spaltung unserer Gesellschaft und für den Erhalt der Demokratie!

Dr. Irme Stetter-Karp | ZdK-Präsidentin

3.5. Rede der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, MdB, auf der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

im Rahmen der ZdK-Vollversammlung vom 24./25. November 2023 in Berlin

Liebe Mitglieder des Präsidiums,
liebe Delegierte,
liebe Kolleg*innen aus dem Bundestag, den Länderparlamenten und dem Europäischen Parlament,

ich freue mich sehr, heute auf der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken dabei zu sein. Danke für Ihren freundlichen Empfang.

Sie haben sich bereits heute Morgen dem Thema Israel und Antisemitismus gewidmet.

Mir ist eine klare Haltung wichtig. Darum lassen Sie mich als Vertreterin der Bundesregierung zum schrecklichen Angriff der Hamas gegen Israel am 7. Oktober eines sagen:

Israel hat wie jeder andere Staat das Recht, sich gegen bewaffnete Angriffe zu verteidigen, solange diese fort dauern. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind für uns nicht verhandelbar.

Gleichzeitig sehen wir das Leid der Palästinensischen Zivilbevölkerung und setzen uns als Bundesregierung ohne Unterlass für eine Verbesserung der humanitären Lage der Menschen in Gaza ein.

Es ist gut, dass auch die katholische Kirche in Deutschland klar und eindeutig Position bezieht – wir brauchen Ihre Stimme! Herrn Bischof Bätzing danke ich für seine Worte zum 85. Jahrestag der Pogromnacht – Sie erlauben, dass ich zitiere.

„Antisemitismus hat viele Gesichter. Er ist nach wie vor eine gesellschaftliche Realität, die immer noch Leben und Eigentum von Jüdinnen und Juden in diesem Land bedroht.“

Damit dürfen wir uns nicht abfinden! Wir sind alle in der Verantwortung, Antisemitismus entgegenzutreten und uns solidarisch an die Seite jüdischer Menschen in Deutschland zu stellen. In Kirche, Politik und Alltag. Nie wieder sollen Jüdinnen und Juden in Deutschland Angst haben müssen.

Das ZdK ist erst relativ spät nach Berlin umgezogen – 2022. Ich weiß – Berlin ist nicht gerade das Zentrum katholischen Lebens in Deutschland. Aber hier schlägt das parlamentarische Herz des politischen Diskurses. Hier gehören Sie hin. Hier stellen Sie sich dem Dialog und bringen sich in Debatten ein.

Darum von meiner Seite – als Familienministerin und Berlinerin:
Herzlich Willkommen in Berlin!

Ich freue mich, dass ich heute über Familienpolitik sprechen darf.

Und dazu im Anschluss mit Ihnen in den Austausch gehen kann. Unter dem Titel „Gute Chancen für alle – Familienpolitik der Zukunft“.

Bei allen Unterschieden sehe ich: Wir ziehen an einem Strang:

Sie haben immer wieder an die Politik appelliert, Familien zu unterstützen. Damit Kinder gut aufwachsen können! Sie führen uns vor Augen, wie die aufgeheizten politischen Debatten der letzten Zeit auf Familien wirken. Wie sehr sich gerade die ausgegrenzt fühlen, die sich schon vorher als Verlierer sahen.

Liebe Delegierte,

ich will keine Spaltung. Ich will eine Familienpolitik für alle!

Das Leben ist bunt, Familie ist bunt. Prälat Jüsten hat erkannt: Mit dieser Ampel kommt eine Regierung in die Verantwortung, die dieser Realität Rechnung tragen will.

Das stimmt. Denn alle Familien eint eine Grundfarbe: Sie übernehmen Verantwortung füreinander.

Aktuell stehen viele Familien besonders unter Druck. Das werden Sie sicher auch wahrnehmen. Ob persönlich, in ihrem privaten, beruflichen oder im kirchlichen Umfeld.

Die Jahre der Pandemie und die Preissteigerungen sind eine enorme Herausforderung. Die multiplen, sich überlappenden Krisen belasten und verunsichern.

Erst recht jetzt brauchen Menschen Sicherheit. Erst recht jetzt ist es die Kernaufgabe unseres Staates, diese Sicherheit zu schaffen. Halt zu geben.

Familien brauchen dafür dreierlei. Sie brauchen Geld. Sie brauchen Zeit. Und sie brauchen eine gute Infrastruktur.

Dieser familienpolitische Dreiklang muss immer wieder neu ausbuchstabiert werden. Denn die Zeiten ändern sich – und mit ihnen die Lebensrealitäten.

Und genau wie Sie mit dem Synodalen Weg für Veränderungen in der katholischen Kirche streiten, setze ich mich dafür ein, dass unsere Familienpolitik zu unseren Familien passt.

Das ist gewiss kein Sprint – sondern eher ein Langstreckenlauf. Dieser Vergleich in einem Interview mit Ihrem Generalsekretär Marc Frings hat mir gut gefallen.

Zur Familienpolitik der Zukunft gehört die Kindergrundsicherung.

Mit ihr geben wir Sicherheit. Mit ihr schließen wir eine große Gerechtigkeitslücke. Es geht darum armutsgefährdete Kindern besser abzusichern; ihnen zu helfen; allen Familien die Unterstützung zu geben, die ihnen zusteht – garantiert und ohne Scham – und Eltern zu entlasten, indem sie wissen: sie und ihre Kinder sind abgesichert.

Wir haben das Gesetz zur Kindergrundsicherung in den Bundestag eingebracht – heute hat der Bundesrat beraten. Für den Familienbund der Katholiken hat Herr Dantlgraber im Bundestags-Ausschuss dazu Stellung genommen.

Ich will gar nicht verhehlen: Wir sind uns nicht in allem einig. Aber wenn Sie sagen: Familien brauchen Leistungen, die sie erreichen. Und sie brauchen eine auskömmliche finanzielle Grundlage – dann kann ich Ihnen nur zustimmen.

Mit Ihnen, liebe Frau Dr. Stetter-Karp, konnte ich schon im vergangenen Jahr beim Parlamentarischen Abend des Deutschen Vereins über die Kindergrundsicherung sprechen.

Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz – für die Zukunft unseres Landes und die Gegenwart unserer Kinder. Denn genau darum geht es bei der Kindergrundsicherung.

Die Kindergrundsicherung ist ein Systemwechsel! Das haben jüngst auch die Wirtschaftsweisen in ihrem Gutachten bestätigt: „Die geplante Kindergrundsicherung kann dafür sorgen, dass mehr Anspruchsberechtigte die ihnen zustehenden Transferleistungen tatsächlich in Anspruch nehmen. Dies würde zur Senkung der Armutsgefährdung bei Kindern beitragen.“

Mit der Kindergrundsicherung führen wir wesentliche finanzielle Leistungen zusammen, die Familien zustehen. Sie werden künftig über eine einzige Stelle berechnet: Über den neuen Familienservice, zu dem die Familienkassen jetzt ausgebaut werden.

Für Familien und ihre Kinder ist damit klar, dass sie künftig mit dem neuen Familienservice einen Ansprechpartner vor Ort haben. Egal, in welcher Lebens- und Einkommenssituation sie sich befinden.

Er informiert die Eltern proaktiv, ob ihnen mehr als der Basisbetrag der Kindergrundsicherung zustehen könnte. Und zahlt den Kindergarantiebetrag – vormals Kindergeld – aus. Plus den Kinderzusatzbetrag, je nach Einkommen der Eltern und Alter der Kinder.

Damit sind echte Leistungsverbesserungen verbunden. Liegt die Inflation 2025 wieder bei 3 %, ergäben sich in der Kindergrundsicherung 532 Euro für die kleinsten und bis zu 638 Euro für die ältesten Kinder: Eine Investition in Chancengerechtigkeit!

Ebenso wie ausreichende finanzielle Mittel brauchen Familien – Zeit. Mit meiner Familienpolitik der Zukunft möchte ich mehr Zeit für Familien schaffen – und partnerschaftliche Aufgabenteilung erleichtern.

Dazu ist das Gesetz zur Familienstartzeit ein wichtiges Instrument.

Mit der Familienstartzeit können sich Väter oder Partner*innen künftig für die ersten zehn Arbeitstage nach der Geburt ihres Kindes bei voller Lohnfortzahlung freistellen lassen. So können sich Mütter nach der Geburt gut erholen. Paare haben mehr Zeit, gemeinsam in diese neue Lebensphase zu starten. Und können gleich in der Elternzeit die Weichen für ihr Familienleben stellen.

Damit eine partnerschaftliche Aufgabenteilung gelingen kann, brauchen Familien unsere Unterstützung. Sie brauchen gute Kitas. Eine verlässliche Nachmittagsbetreuung im Grundschulalter. Eine gute Infrastruktur.

Diese bedarfsgerecht auszubauen und dabei die Qualität im Blick zu behalten – das sind für Sie wie auch für mein Haus zentrale Themen.

Denn frühkindliche Bildung legt den Grundstein für einen guten Bildungs- und Lebensweg und fördert Chancengleichheit. Darum engagiert sich der Bund seit langem mit Investitionen in Milliardenhöhe für Kitas, Kindertagespflege und schulischen Ganzttag.

Ob Kleinkind oder Grundschüler: Wir wollen Teilhabechancen für alle Kinder. Und gleichzeitig dazu beitragen, dass Mütter wie Väter Familie und Beruf leben können.

Familie und Beruf leben können – auch für Menschen, die sich um ältere Nahestehende sorgen, ist das eine Herausforderung. In Deutschland tun das insgesamt 7,1 Millionen Menschen. 4,1 Millionen neben ihrer Erwerbstätigkeit.

Wir wissen: Pflege braucht Zeit!

Darum wollen wir mit der Reform zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf eine zeitlich befristete Auszeit vom Beruf erleichtern – wie bei Elternzeit und Elterngeld.

Wir wollen mehr zeitliche Flexibilität für Pflegende erreichen – denn Pflegeverläufe sind nicht planbar. Wir wollen Nahestehende einbeziehen – denn das entspricht den gelebten sozialen Beziehungen. Wir wollen Brücken zur Erwerbstätigkeit neben der Pflege bauen – denn Pflege darf/soll nicht zum dauerhaften Ausstieg aus dem Beruf führen.

Damit sorgen wir für wirtschaftliche Stabilität in den Familien – und leisten zugleich einen Beitrag zur Fachkräftesicherung.

Liebe Zuhörende, Menschen sind vielfältig und Familien bunt. Sie unterscheiden sich darin, wo und wie sie leben. Für wen sie sorgen. Wieviel Zeit sie haben – und wieviel Geld. Und – nicht zuletzt – welche Erwartungen sie an Politik haben.

Zwischen diesen verschiedenen Interessen und Milieus brauchen wir einen Austausch. Wir brauchen Räume, in denen Menschen miteinander in Kontakt kommen.

Wo sie Solidarität und Zusammenhalt entstehen sehen und erleben können. Räume, wie das ZdK für die katholische Kirche einer ist.

Als Gesellschaftsministerium arbeiten wir daran, den Bedürfnissen von Familien, Senioren, Frauen und der jungen Generation Raum zu geben – und tragfähige Kompromisse für alle zu finden.

Dazu gehört auch, den familienpolitischen Dreiklang immer wieder neu ausbuchstabieren – Geld, Infrastruktur, Zeit.

Viel zu oft werden einzelne Elemente dieses Dreiklangs gegeneinander ausgespielt. Zum Beispiel Geldleistungen gegen eine gute Infrastruktur.

Dies haben wir immer wieder auch bei der Kindergrundsicherung gehört – als ginge es um Geld oder Bildung. Nein: Wir wollen beides.

Und natürlich brauchen Familien finanzielle Sicherheit ebenso wie ausreichend Zeit für die Familie oder Pflege. Plus eine gute Infrastruktur.

Familien brauchen all das! Dieser Dreiklang ist Familienpolitik der Zukunft.

Als Zentralkomitee der deutschen Katholiken tragen Sie mit ihrem Einsatz in besonderer Weise dazu bei, dass die Belange von Familien gehört werden.

Darum freue ich mich über Ihre Stimme! Auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind. Wir brauchen Sie. Denn nicht nur Familie ist bunt – unsere Gesellschaft ist es auch!

Und darum freue ich mich jetzt auf eine lebendige Diskussion mit Ihnen.

Vielen Dank!

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, MdB

4. Pressemitteilungen

Montag, 16. Januar 2023

Katholikentag 2024 mitgestalten!

Jetzt Programmvorschläge für Erfurt machen

Der 103. Deutsche Katholikentag findet vom 29. Mai bis zum 2. Juni 2024 in Erfurt statt. Ab sofort können Programmvorschläge eingereicht werden. Das Bewerbungsverfahren läuft über die Website des Katholikentags. „Wir freuen uns, wenn die Vorschläge auf das Leitwort Bezug nehmen“, sagt die Programm-Abteilungsleiterin Marija Vidovic. Es heißt: „Zukunft hat der Mensch des Friedens.“

Bewerben können sich katholische Organisationen und Initiativen, Diözesanräte und Mitgliedsorganisationen der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland (ACK). Damit sind die Angebote ökumenisch offen. Aber auch Kooperationen mit säkularen Institutionen und Initiativen sind möglich und gewünscht. „Sich einen Sparrings-Partner zu suchen, kann gerade da gut sein, wo Meinungsvielfalt und Debatte gefordert ist“, erklärt Vidovic.

Das Online-Bewerbungsverfahren läuft ausschließlich über die [Homepage des Katholikentags](#). Bewerbungen können für das breit gefächerte thematische Feld, für Kulturveranstaltungen, für die Gestaltung von Gottesdiensten und für die Kirchenmeile eingereicht werden.

In einem Themenkonvent Ende November 2022 in Erfurt hatten sich Vertreter:innen aus Kirche und Gesellschaft intensiv mit den Schwerpunkten für den 103. Deutschen Katholikentag beschäftigt. „Frieden zu suchen, bedeutet, nach Menschenwürde zu fragen, nach Teilhabe und nach der Abwesenheit von Krieg“, so Vidovic. „Wie Gottvertrauen in Krisen helfen kann, eine lebenswerte Zukunft zu suchen, wird diesen Katholikentag intensiv beschäftigen. Ebenso schauen wir auf die Chancen der Digitalisierung für Kirche und Gesellschaft und deren Potenzial zur Lösung von Konflikten.“

„Das Programm mit insgesamt etwa 500 Veranstaltungen am Ende zusammenzustellen, bedeutet, bei den Vorschlägen nach Relevanz, Originalität und Aktualität zu schauen“, sagt Marc Frings, Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), das den Katholikentag in Erfurt veranstaltet. „Alle wichtigen Informationen zu den Mitwirkungsbedingungen finden sich online.“

Zum Bewerbungsverfahren bietet der Katholikentag erstmals Webseminare an. Das Auftaktseminar findet am 17. Januar 2023 um 17.00 Uhr statt. Weitere Termine sind am 17. Februar und am 22. März 2023, jeweils um 17 Uhr. Eine Anmeldung ist erforderlich (www.katholikentag.de/mitwirken).

Dienstag, 24. Januar 2023

„Bischofsamt wird gestärkt, nicht geschwächt“: ZdK-Präsidentin hält an Synodalem Ausschuss fest

Mit klarer Unterstützung für den Kurs des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz hat die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp, auf einen Brief aus Rom reagiert. Darin bestätigen die Kardinäle Pietro Parolin, Luis Ladaria und Marc Quillet fünf deutschen Bischöfen auf deren Anfrage, nicht am Synodalen Ausschuss teilnehmen zu müssen. Der Ausschuss, der einen Synodalen Rat für die katholische Kirche in Deutschland vorbereiten soll, stelle die Autorität des Bischofsamts infrage. „Dass Bischof Dr. Bätzing sich gegen diesen Vorwurf verwehrt, ist unbedingt richtig“, sagt Stetter-Karp. „Das Bischofsamt wird durch den geplanten Ausschuss gestärkt, nicht geschwächt. Ich bin froh zu sehen, dass die überwältigende Mehrheit der deutschen Bischöfe am Synodalen Weg festhält.“

„Wenn die Bischöfe von Köln, Augsburg, Passau, Regensburg und Eichstätt nicht am Synodalen Ausschuss teilnehmen möchten, ist das zu bedauern“, so Stetter-Karp weiter. „Das Kirchenrecht gibt ihnen die Möglichkeit, dies frei zu entscheiden. Die katholische Kirche in Deutschland aber braucht eine Zukunft, in der sie sich nach dem Missbrauchsskandal neu aufstellt. Wir brauchen strukturelle Reformen und neue Wege der Gewaltenteilung. Wir brauchen mehr Teilhabe, eine gerechte Kirche und ein klares Ja zur Vielfalt. Gerade dadurch stärken wir das Bischofsamt.“

Prof. Thomas Söding, Vizepräsident des ZdK, sagt: „Es gibt zum Dialog keine Alternative. Drei Jahre auf dem Synodalen Weg haben deutlich gezeigt, wie viel sich bewegen lässt, wenn Menschen miteinander sprechen und nicht übereinander. Diese Zeit hat Laien und Bischöfe enger zusammengeführt, hat Vertrauen wachsen lassen und hat zu mutigen Schritten inspiriert, die dringend nötig waren. Es wäre fatal, dies alles jetzt aufzugeben. Der Synodale Ausschuss kommt. Und ich hoffe sehr, dass es gelingen wird, alle deutschen Bischöfe für ihn zu gewinnen.“ Irritierend sei, aus Rom nun erneut ein Zeichen geringer Wertschätzung des Engagements von Lai*innen zu bekommen. „Ich finde es unter diesen Voraussetzungen umso bewundernswerter, wie viele Menschen weiter an die Wandlungsfähigkeit der Kirche glauben und sich dafür engagieren. Diesen Menschen danke ich sehr. Sie sind das Rückgrat der Kirche.“

Freitag, 27. Januar 2023

„Wohnungsnot lindern!“ – Hauptausschuss des ZdK fordert Kirche zum Handeln auf

„Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt“ verlangt der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) von der Kirche, „einen größeren Beitrag zur Linderung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit“ zu leisten. Dazu gehöre die Umwidmung nicht mehr benötigter kirchlicher Gebäude zu Wohnungen und die bevorzugte Vermietung an von Armut Betroffene.

[„Wohnen ist die zentrale soziale Frage unserer Zeit“](#), hatte die ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp bereits bei der Vollversammlung im Dezember 2022 gesagt. „2023 ist ein Jahr, in dem die Bundesregierung ihr Versprechen, für 400.000 neue Wohnungen zu sorgen, nicht halten kann. Bundesbauministerin Klara Geywitz hat bereits erklärt, dass das frühestens 2024 klappen wird“, so die Präsidentin weiter. Die Energiekrise, erheblich gestiegene Materialkosten am Bau und der Fachkräftemangel seien dramatische Faktoren.

„Angesichts der aktuellen Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt“ müssten sich (Erz)Bistümer, kirchliche Liegenschaftsverwaltungen, Pfarrgemeinden, kirchliche Wohnungsunternehmen, Caritas und caritative Fachverbände, Ordensgemeinschaften, aber auch private Immobilienbesitzer*innen „neu fragen, welche Optionen bestehen, um bezahlbares Wohnen zu einer realistischen Perspektive für mehr Menschen zu machen“, heißt es in dem [Beschluss des ZdK-Hauptausschusses](#), zu dem eine Vorlage bereits bei der Vollversammlung des ZdK eingebracht worden war. Kirchliche Akteur*innen könnten „dazu beitragen, dass Verdrängung und Segregation auch in begehrten Städten und Gemeinden abnehmen und Vielfalt wieder Raum gewinnt.“ Hauptausschussmitglied Prof. Ulrich Hemel, Vorsitzender des Bundes katholischer Unternehmer (BKU), fügte hinzu, dass Immobilien im Kirchenbesitz

primär keine Anlagestrategie, sondern sozialetisches und sozialpolitisches Instrument sein sollten. Die Kirche solle sich darüber hinaus stärker dafür einsetzen, dass Finanzanleger*innen Sozialimmobilien in die Anlageklasse für nachhaltiges Investieren (ESG-Anlagen) aufnehmen.

Ulrich Müller, geschäftsführender Vorstand des Katholischen Siedlungsdienstes (KSD), dem Dachverband katholischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen in Deutschland, erklärte als Gastredner im Hauptausschuss, der KSD begrüße die Aufforderung des ZdK an kirchliche Akteur*innen, „einen Beitrag zur Aktivierung von Immobilien und Grundstücken für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus“ zu leisten: „Wo Kirche draufsteht, muss auch Kirche drin sein!“ Müller weiter: „Generell können die Kirchen aber lediglich beispielgebend wirken, nicht quantitativ als Problemlöser angespannter Wohnungsmärkte fungieren.“

Der KSD unterstütze die Aufforderung des ZdK „zur Entwicklung ökologisch und sozial nachhaltiger Konzepte für Immobilien“. Kirchliche Verantwortliche könnten zudem auf „eine bessere Willkommenskultur für Bagger“ hinsichtlich der Um- und Nachnutzung von Kirchenimmobilien hinwirken – etwa im Zuge der Strukturreformen in den deutschen Bistümern. Es brauche Offenheit für Veränderung.

Montag, 6. Februar 2023**Kontinentale Phase des weltweiten synodalen Prozesses in Prag**

Redebeitrag von Dr. Irme Stetter-Karp und Bischof Dr. Georg Bätzing

Der weltweite synodale Prozess ist in die nächste Phase gestartet: Seit gestern (5. Februar 2023) tagt bis zum kommenden Donnerstag (9. Februar 2023) die kontinentale Phase Europas der Weltsynode in Prag. Dort haben heute (6. Februar 2023) Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und des Synodalen Weges, und Bischof Dr. Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz und Präsident des Synodalen Weges, ein Votum aus Deutschland vorgetragen. Wir dokumentieren den Redebeitrag:

Bischof Dr. Georg Bätzing:

Liebe Geschwister im Glauben, „Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit“ – so schreibt der Apostel Paulus an seinen Schüler Timotheus (2 Tim 1,7). Tatsächlich. Diesen Geist braucht unsere Kirche.

Wir wollen hier in Prag von unseren Glaubensgeschwistern lernen, wir wollen auch unsere Erfahrungen in den weltweiten Prozess einbringen. Wir haben 2019 einen Synodalen Weg begonnen, weil uns eine wissenschaftliche Untersuchung zum Missbrauch in unserer Kirche gezeigt hat: Es gibt schwere individuelle Schuld; viel zu viele Geistliche haben ihre Macht missbraucht und Verantwortliche, nicht zuletzt Bischöfe, haben die Untaten vertuscht. Es gibt aber auch systemische Ursachen des Machtmissbrauchs. Wir können sie nicht leugnen. Wir sind entschlossen, Konsequenzen zu ziehen: spirituelle und strukturelle.

Die Situationen, in denen wir in Europa leben, sind unterschiedlich. Wir brauchen überzeugende Antworten, wie wir in diesen Situationen das Evangelium neu entdecken und verkünden können. Aber wir dürfen keine Sonderwege gehen. Wir gehen gemeinsam den Weg, den Gottes Geist unsere Kirche führt: an vielen Orten, mit vielen Menschen, in vielen Formen. Es ist ein Kairos der Kirche, ihre Synodalität zu entdecken und zu gestalten. Wir haben in allen Diözesen, in vielen Gruppen und Gemeinden sorgfältig die zehn Fragen zur Vorbereitung der Weltsynode bedacht und zu einer Synthese gebracht. Wir haben auch engagierte Antworten auf die drei Fragen gesammelt, die uns hier in Prag leiten sollen. Das Vorbereitungsdokument hat uns beeindruckt. Wir erkennen in ihm eine gute Dokumentation dessen, was die ganze Kirche bewegt, auch in Deutschland.

Deshalb können wir die erste Frage in der Gewissheit beantworten, dass die Erfahrungen unsere Kirche einen, auch wenn die Antworten noch nicht feststehen.

- Wir hören, dass Frauen mehr Teilhabe und Mitwirkung erwarten – und dass dies ein Anliegen der ganzen Kirche ist.
- Wir hören, dass die Gläubigen eine Stimme haben wollen, wenn ihre Angelegenheiten beraten und entschieden werden
- Wir hören, dass nach neuen Formen gesucht wird, das Priesteramt zu gestalten.
- Wir hören, dass die Stärkung der Ökumene ein Herzensanliegen der ganzen katholischen Kirche ist.

Wir hören, dass die Kirche für Menschen offenstehen soll, deren Lebensweise nicht den Normen des Katechismus entspricht, auch den queeren Personen. Wir hören und verstehen diese Anliegen. Ich teile sie ganz persönlich.

Ich sehe meine Aufgabe als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz darin, sie in den weltweiten Prozess einzubringen, der die Kirche erneuern soll.

Dr. Irme Stetter-Karp:

Die Deutsche Bischofskonferenz hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gebeten, den Synodalen Weg gemeinsam zu verantworten. Als dessen Präsidentin sehe ich die Not der Menschen, die trotz aller Enttäuschungen eine Kirche erhoffen, die eine Kraft des Friedens ist. Das treibt mich um. Wir beantworten die Fragen nicht unterschiedlich, sondern mit einer Zunge. Auf die zweite Frage antworten wir: Die katholische Kirche darf nicht nur auf sich selbst schauen. Europa wird von einem mörderischen Krieg gefährdet. Weltweit gibt es verheerende Kriege und Bürgerkriege, die schlimmes Leid verursachen. Wir brauchen hier in Prag ein Zeichen der Solidarität mit den Opfern der Kriege, ein Zeichen der Hoffnung auf Frieden. Wir brauchen es nicht nur in der Form von Deklarationen. Wir brauchen es in der Weise, wie wir Kirche sind. Wir brauchen Wege, unsere Schuld aufrichtig zu bekennen und unsere Einheit zu stärken. Wir brauchen Wege, in denen wir Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen. Wir brauchen Wege, Menschen willkommen zu heißen. Unser Ziel ist es, den Klerikalismus zu überwinden und die gemeinsame Verantwortung für die Verkündigung des Evangeliums zu stärken. Wir brauchen keine Uniformität. Wir brauchen Einheit in Vielfalt. Lassen Sie uns nach den besten Antworten gemeinsam suchen.

Die dritte Frage führt zu einer Antwort, die Realismus mit Glaube, Hoffnung und Liebe verbindet. Wir dürfen den systemischen Missbrauch nicht verdrängen. Das sind wir den Betroffenen schuldig. Wir können uns auf die Charismen besinnen, die Gaben, die Dienste und Energien des Geistes, die alle Gläubigen in die Kirche einbringen. Wir brauchen eine Klärung, was wir unter Synodalität verstehen: im Sehen, im Urteilen und im Handeln.

Das gemeinsame Priestertum aller steht nicht im Widerspruch zum Priestertum des Dienstes – und umgekehrt. Gemeinsames Beraten erleben wir schon jetzt im synodalen Prozess. Wie kommen wir auch in einem gemeinsamen Prozess zu Entscheidungen?

Liebe Glaubensgeschwister auf der Europäischen Synodalversammlung:

2019, zu Beginn des Synodalen Weges in Deutschland, hat Papst Franziskus einen Brief „an das pilgernde Volk Gottes in Deutschland“ geschrieben. Wir stimmen Papst Franziskus zu: Synodalität dient der Evangelisierung. Synodalität ist ein spiritueller Prozess, der klare Formen findet. Papst Franziskus hat klargestellt: Synodalität muss „von unten“ beginnen, immer wieder neu; dann erst gibt es die „Synodalität von oben“. Die Bischöfe tragen die Leitungsverantwortung: nicht einsam, sondern gemeinsam, verbunden mit dem ganzen Volk Gottes.

Liebe Synodale, diese Verbundenheit müssen wir stärken: im „Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit“ (2 Tim 1,7).

Montag, 6. Februar 2023

Deutschlands Diözesanräte bekräftigen Schritte zur „synodalen Kirche“

Vertreter*innen der 29 katholischen Räte in Deutschland unterstützen mit überwältigender Mehrheit die Einrichtung eines Synodalen Rates. Damit bestätigen sie einen entsprechenden Beschluss, den die Synodalversammlung im September gefasst hatte. In Passau erklärten die Delegierten jetzt bei ihrer jährlichen Rätetagung, dass „weitere Schritte zur Bildung des Synodalen Ausschusses und Rates sowie Synodale Räte in den einzelnen Bistümern“ angestrebt werden sollten. Ziel sei „die gelebte Kultur gemeinsamen Beratens und Entscheidens“.

In ihrer Erklärung, die von Diözesanräten aus Ostdeutschland angestoßen wurde, heißt es: „Einige Bistümer sind bereits auf dem Weg zur Einführung Synodaler Räte oder haben solche Strukturen bereits seit Jahren. Wir ermutigen alle, diesen Weg zu einer synodalen Kirche zu gehen.“ Ein Bischof könne „Kraft seiner Autorität einen solchen Rat für seine Diözese einrichten“.

Die Erklärung nimmt Bezug auf das vatikanische Schreiben vom 20. Januar 2023, zu dem sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing, am 23. Januar erklärt hatte. Dem Vorwurf aus Rom, solche Räte würden die Autorität der Bischöfe infrage stellen, habe nicht nur Bischof Bätzing widersprochen. In der Erklärung heißt es: „Wir sind gern mit unseren Bischöfen auf dem Weg zu einer synodalen Kirche.“

Die Delegierten beschäftigten sich auf ihrer Jahrestagung ausführlich mit der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt in den Diözesen. Gastreferenten waren die Rechtsanwälte Dr. Ulrich Wastl und Dr. Martin Pusch von der Münchner Kanzlei Westpfahl-Spilker-Wastl, deren Gutachtertätigkeit für die Erzdiözesen Köln und München sie in der bundesweiten Debatte zur kirchlichen Aufarbeitung bekannt gemacht hatten. Kai Christian Moritz vom Betroffenenbeirat der Deutschen Bischofskonferenz und Peter Grimm, Vorsitzender der Unabhängigen Aufarbeitungskommission der Bistümer, waren ebenfalls Gastreferenten der Rätetagung.

Wolfgang Klose, Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), berichtete aus dem Arbeitskreis „Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche in Deutschland“, den das ZdK im Frühjahr 2021 ins Leben gerufen hatte. Ausdrücklich begrüßte er, dass Betroffene ab März Widerspruch gegen die Leistungshöhe einlegen können, die die Unabhängige Kommission für Anerkennungsleistungen (UKA) ihnen zuspricht. Für katholische Verbände und Institutionen forderte er künftig mehr Unterstützung „in der Aufarbeitung von Missbrauch“.

Zur Konferenz der Räte trafen in Passau Delegierte der 27 deutschen Diözesen, des Katholikenrats des Militärbischofsamtes sowie des Bundespastoralrats der katholischen Gläubigen anderer Muttersprachen und Riten zusammen. In den diözesanen Räten sitzen gewählte Mitglieder. Jeder dieser Räte entsendet drei Vertreter*innen in das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK).

[Passauer Erklärung: „Gemeinsam auf dem Weg zu einer synodalen Kirche“](#)

Mittwoch, 8. Februar 2023

Was Frauen aus der Kirche treibt: „ZdK-Präsidentin kritisiert „stures Beharren“ kirchlicher Lehre

ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp und Vizepräsident Prof. Thomas Söding haben heute bei der Europasynode in Prag den Ausschluss von Frauen von allen Weiheämtern und den Klerikalismus kritisiert. Ihre Statements im Wortlaut.

Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK, mit ihrem Statement heute in Prag:

Ich möchte drei Gedanken und eine Frage artikulieren:

1. Seit dem 24. Februar 2022 bedrängt uns neu die Frage, welchen Beitrag wir als Christ*innen zum Frieden in Europa leisten können. Wir wissen, dass es dabei keine einfachen Antworten gibt. Unabhängig davon bin ich - nach vierzig Jahren Führungserfahrung in der katholischen Kirche und als Delegierte des konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung Ende der 1980er Jahre - überzeugt, dass wir nur dann glaubwürdig sind, wenn wir die innere Verbindung zwischen Frieden und Gerechtigkeit anerkennen.

2. Wie oft wurde seit gestern geäußert, dass wir alle zuhören wollen, sollen. Wenn wir aber Jugendlichen, Betroffenen von sexuellem Missbrauch, queeren Christ*innen zuhören, dann wissen wir, dass sie Diskriminierung erfahren. Das gilt strukturell auch für Frauen.

3. Exemplarisch an der Frauenfrage gesagt: Die sture Beharrung auf der dualen Anthropologie und das Festzurren von Frauen auf den Raum außerhalb der Weiheämter treibt Frauen (gerade auch junge Frauen) aus der Kirche hinaus. Sie finden überall weitere Räume. Heute hat mich erschüttert, dass eine katholische Ortskirche stolz darauf ist, die Istanbul-Konvention abgelehnt zu haben. Es muss schiefgehen, wenn Frauen des 21. Jahrhunderts mit Antworten aus den vorletzten Jahrhunderten abgespeist werden. Ein „Njet“ überzeugt nicht. In Deutschland nehmen wir wahr, dass die Zeit drängt. Sehen, urteilen, handeln ist ein kluger Dreischritt. Es ist nicht zu verantworten, jetzt beim „Sehen“ stehen zu bleiben. Wenn wir uns in der Nachfolge Jesu gemeinsam als Zeug*innen der Hoffnung, als Zeug*innen der Nächstenliebe verstehen, dann ist es nicht zwingend, dass wir uns als Ortskirchen auf die gleiche Geschwindigkeit festlegen. Subsidiarität kann uns dienlich sein.

4. Meine Frage am Beispiel der Frauenfrage an diejenigen, die keine Veränderung zulassen wollen: Wie erklären Sie sich die vielfältigen Gaben und Berufungen von Frauen in der katholischen Kirche weltweit, wenn der Heilige Geist das nicht wollte? Darauf erwarte ich eine ehrliche Antwort. Vergessen wir nicht Gerechtigkeit, wenn wir zum Frieden beitragen wollen!

Thomas Söding, Vizepräsident des ZdK, mit seinem Statement heute in Prag:

Liebe Geschwister,

ich spreche zum Verhältnis von Priestertum und Klerikalismus. Die katholische Kirche braucht Priester. Denn sie lebt von der Eucharistie. Die Ordination, die Weihe, ist für den Vorsitz wesentlich.

Die Kritik am Klerikalismus, der in der katholischen Kirche Einzug gehalten hat, darf nicht die Notwendigkeit des priesterlichen Dienstes in Frage stellen, in der Tat.

Aber es gilt auch umgekehrt. Wer auf das Priestertum setzt, darf nicht den Klerikalismus decken, nicht den offenen und nicht den verborgenen. Wer auf das Priestertum setzt, muss den Klerikalismus überwinden. Klerikalismus heißt, Herrschaft über andere auszuüben, unter Berufung auf Jesus Christus, unter Ausnutzen eines heiligen Amtes. Das ist Machtmissbrauch. Die katholische Kirche lebt nicht von heiligen Männern, die aufs Podest gestellt werden. Sie lebt von den vielen, die sich auf den Weg des Glaubens machen.

Wenn wir in unserer Kirche vom Priestertum sprechen, dann grundlegend vom Priestertum aller Gläubigen. Dieses Priestertum ist in der Taufe begründet. Wir alle bilden das königliche und priesterliche Volk Gottes. So steht es im Buch Exodus und im Ersten Petrusbrief geschrieben (Ex 19,5; 1Petr 2,9). So hat es das Zweite Vatikanische Konzil in den Mittelpunkt des Kirchenbildes gerückt. Priesterlich zu sein, heißt: öffentlich den Glauben zu bezeugen, sich auf den Weg zu Jesus Christus zu machen und auf diesem Weg nicht allein, sondern in Gemeinschaft zu sein.

Diese priesterliche Berufung ist unabhängig vom Geschlecht, sie ist unabhängig vom Status, sie ist unabhängig von der Herkunft. Sie folgt aus dem Wirken des Heiligen Geistes. Das war von Anfang an das große Versprechen des Christentums: keine Diskriminierung um des Glaubens willen, sondern Überwindung der Diskriminierung durch den Glauben. Lösen wir dieses Versprechen heute ein? Ich bin nicht sicher, dass wir selbstbewusst JA sagen können.

Das besondere Priestertum des Dienstes gibt es um des gemeinsamen Priestertums aller willen. Nicht umgekehrt. Die Aufgabe des priesterlichen Dienstes besteht darin, dem Priestertum aller zu dienen: die besonderen Gnadengaben aller Gläubigen zu erkennen und zu fördern, in der Liturgie, in der Martyrie und in der Diakonie.

Wer kann diesen priesterlichen Dienst ausüben? Wir erleben überall in Europa eine Krise der priesterlichen Berufungen. Was sagt sie uns? Ich weiß, dass es unterschiedliche Antworten im Raum gibt. Meine Überzeugung: Wir denken zu eng von der priesterlichen Berufung. Wir denken zu eng von Gottes Gnade. Wir binden sie an das Geschlecht; wir binden sie an den Lebensstand. Wer eine Öffnung will, macht das Priestertum des Dienstes nicht klein, sondern groß.

Wir brauchen ein offenes Gespräch darüber, wie wir einlösen können, was der Apostel Paulus schreibt: „Wir sind nicht Herren eures Glaubens, sondern Diener eurer Freude“ (2Kor 1,24).

Freitag, 10. Februar 2023

„Nicht beim Sehen stehen bleiben“: ZdK-Präsidentin fordert konkrete Schritte von Weltsynode

Eine gemischte Bilanz ziehen Präsidentin und Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) im Blick auf die Europäische Synode in Prag. Wichtige Reformanliegen seien klar angesprochen und diskutiert worden. „Aber welche Positionen werden sich die Bischöfe zu eigen machen?“, fragt Vizepräsident Prof. Thomas Söding. „Es ist nicht zu verantworten, jetzt beim Sehen der Probleme stehen zu bleiben“, sagt ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp.

„In Prag ist offensichtlich geworden, dass der synodale Prozess der Weltkirche ein beständiges Miteinander braucht“, so die Präsidentin weiter. „Der kluge Dreischritt, der ausgerufen worden ist, lautet: sehen, urteilen, handeln. Aber das heißt auch, dass Bischöfe und Lai*innen weiter miteinander im Gespräch bleiben müssen. Wenn wir das Urteilen und Handeln vom Sehen abkoppeln, wenn die kirchliche Basis am weiteren Prozess nicht beteiligt ist, entsteht nicht nur der Eindruck von bleibendem Klerikalismus. Es droht auch die Gefahr, dass entscheidendes Erfahrungswissen auf der Strecke bleibt. Deshalb hoffe ich sehr, dass im Herbst in Rom auch die Stimme jener gefragt sein sind, die nicht Kleriker sind, auch die der Frauen und die queerer Menschen.“

„Im Moment ist zu erwarten, dass es bei der Weltsynode in Rom wieder nur Bischöfe sind, die die Kirche repräsentieren“, sagt Thomas Söding. „Das wäre ein großer Schritt zurück gegenüber dem, was wir in Prag erlebt haben. Denn beim Europatreffen der Weltsynode konnten alle ein vielgestaltiges Bild der katholischen Kirche erleben.“

Präsidentin und Vizepräsident des ZdK erklären übereinstimmend, sie seien mit neuen „Lernwissen“ nach Hause zurückgekehrt. Zwischen den verschiedenen Kulturen und Gesellschaften – auch zwischen Ost- und Westeuropa – seien Unterschiede im Verständnis des Katholischen deutlich geworden. „Wir brauchen einen solchen Austausch häufiger“, ist Irme Stetter-Karp überzeugt. „So können wir uns besser in andere hineindenken und üben, mit der Vielgestaltigkeit des Katholizismus umzugehen. Ich denke auch, dass sich in Prag gezeigt hat, wie richtig es war, dass Papst Franziskus zu Beginn seines Pontifikats dezentrale Lösungen für dezentrale Probleme in der Kirche angemahnt hat. Die katholische Weltkirche hat viele Gesichter.“

Sie warnt: „Ohne die Anerkennung der verschiedenen Geschwindigkeiten, der verschiedenen Erfahrungen, der Anerkennung von Subsidiarität, dem Zulassen von Experimentierräumen in den Ortskirchen wird die Ungleichzeitigkeit zum Scheitern einer synodalen Kirche führen. Deshalb halte ich es für sehr wichtig, dass das Abschlussdokument dazu einlädt, den Weg zu einer wahrhaft synodalen Kirche weiterzugehen.“

In Prag habe man nicht nur vieles neu verstanden, sondern sei auch verstanden worden, so Söding: „Man hat uns von vielen Seiten Respekt für den Synodalen Weg gezollt, den wir in Deutschland gehen. Bei manchen, die skeptisch sind, konnten wir Ängste ausräumen und der Unterstellung begegnen, wir würden die Kirche spalten. Denn genau das tun wir ja nicht. Wir suchen eine Zukunft, die Klerikalismus, Sexismus und falsche Gehorsamkeitsvorstellungen überwindet. Und wir tun das gemeinsam mit unseren Bischöfen. Es ist ein Weg der Wertschätzung und der Hoffnung auf eine Zukunft des Christseins, die Menschen hilft zu leben.“

Stetter-Karp ist ebenfalls dankbar „für die große Unterstützung von anderen Delegierten. Das gilt besonders für die Frauenfrage, aber auch für unser offenes Wort zum sexuellen Missbrauch. Wir wollen die kommenden Monate bis zum Oktober, also bis zum Beginn der Weltsynode in Rom, nutzen, um das Netzwerk zu stärken und uns als Delegierte gegenseitig zu unterstützen.“

Stetter-Karp und Söding waren mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Bischof Dr. Georg Bätzing, und der Generalsekretärin der DBK, Dr. Beate Gilles, in Prag. Als digitale Delegierte waren außerdem bei den Beratungen dabei: Kerstin Fuchs, Sr. Dr. Katharina Ganz OSF, Lisa Holzer, Hendrik Johannemann, Bischof Dr. Peter Kohlgraf, Prof. Charlotte Kreuter-Kirchhof, Br. Andreas Murk OFMConv, Dr. Ralph Poirel, Prof. Johanna Rahner und Prof. Dorothea Sattler. Direkt im Anschluss läuft in Prag die Konferenz der Vorsitzenden aller europäischen Bischofskonferenzen.

[Berichte vom Europatreffen der Weltsynode zum Nachhören:](#) „Der Tag in Prag“ – mit Irme Stetter-Karp (6.2.), Katharina Ganz (7.2.), Johanna Rahner (8.2.), Hendrik Johannemann (9.2.) und Thomas Söding (9.2.)

[Mehr zum Thema](#)

Donnerstag, 16. Februar 2023

Marc Frings gratuliert langjährigem ZdK-Generalsekretär Friedrich Kronenberg zum 90. Geburtstag

Für die „Mitgestaltung unserer Kirche“ und „herausragendes gesamtgesellschaftliches Engagement“ dankt der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Marc Frings, Dr. Friedrich Kronenberg. Zu dessen 90. Geburtstag am 16. Februar 2023 heißt es im Glückwunschschreiben des

ZdK, Kronenberg sei „eine der prägenden Persönlichkeiten des deutschen Laienkatholizismus“. Er habe es „mit kluger Strategie, Realitätssinn, Weitsicht und überragender Kenntnis unserer Kirche verstanden, Menschen und Ideen zu verbinden.“

Kronenbergs Wirken als ZdK-Generalsekretär von 1966 bis 1999 habe „den Laienkatholizismus in Deutschland wegweisend geprägt.“ Eine seiner großen Stärken sei es gewesen, Notwendigkeiten zu erkennen und daraufhin Strukturen zu schaffen, um diesen Notwendigkeiten gerecht zu werden. So habe das ZdK unter Kronenberg die Gründung von Renovabis angeregt. „Renovabis als Solidaritätsaktion und erste gesamtdeutsche Willenserklärung der katholischen Kirche hat zu maßgeblichen Veränderungen – mit den mittel- und ost-europäischen Ländern zusammen und nicht nur für sie – geführt.“

„Ohne Sie wäre das Zentralkomitee der deutschen Katholiken gesellschaftlich und politisch nicht dort, wo wir jetzt sind“ schreibt Marc Frings. Neben dem grenzübergreifenden weltlichen Dialog, den Friedrich Kronenberg geprägt habe, habe er es auch verstanden, den interreligiösen Dialog voranzubringen. In seiner Zeit habe sich „das Zentralkomitee der deutschen Katholiken für unterschiedliche gesellschaftliche und politischen Kräfte geöffnet“.

Viele weitere kirchlicher Zusammenschlüsse, darunter geistliche Gemeinschaften und Hilfswerke, seien in seiner Zeit integriert worden. Kronenberg habe auch dem 1. Ökumenischen Kirchentag 2003 den Weg bereitet. Mit der Gründung des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK in der Ära Kronenberg sei ein wichtiger Schritt zur Verständigung und theologischen Annäherung gelungen. Der Gesprächskreis besteht mittlerweile seit mehr als fünfzig Jahren.

Freitag, 17. Februar 2023

ZdK-Präsidentin unterstützt „unbürokratische Aufnahme von Erdbebenopfern“

„Ich begrüße, dass die Bundesregierung Erdbebenopfern aus Syrien und der Türkei jetzt die Möglichkeit gibt, mit einem befristeten Visum schnell und unbürokratisch zu Verwandten nach Deutschland zu kommen“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. „Täglich werden weitere Tote aus den Trümmern geborgen. Das unfassbare Ausmaß der Katastrophe in Syrien und der Türkei erfordert unsere Hilfe – auch hier in Deutschland.“

Sie freue sich, so Stetter-Karp weiter, dass eine Mehrheit der Deutschen Umfragen zufolge für eine vereinfachte Visumsvergabe für Menschen aus dem türkisch-syrischen Erdbebengebiet sei. „Es ist gut, wenn Verwandte die Erdbeben-Geschädigten hier für drei Monate oder länger aufnehmen können“, so die ZdK-Präsidentin. „Es ist aber ebenso wichtig wahrzunehmen, dass es nicht bei innerfamiliärer Hilfe bleiben darf. Für eine Willkommenskultur sind wir alle verantwortlich.“

Stetter-Karp spricht sich dafür aus, Visa auch in Deutschland auszustellen. „Zwei Visastellen in den betroffenen Regionen reichen nicht. Es ist gut, dass die Bundesregierung dafür gesorgt hat, dass diese eingerichtet wurden. Es wird aber viele Menschen geben, die diese Regionen aufgrund verschütteter Straßen und einer insgesamt zusammengebrochenen Infrastruktur nicht erreichen können. Noch massiver als die Türkei betrifft das Syrien. Dort ist Hilfe in manchen Regionen bis heute nicht angekommen.“

Mit den Folgen des Erdbebens, dem nach aktueller Zählung mindestens 42.000 Menschen zum Opfer gefallen sind, beschäftigte sich bei seinem jüngsten Treffen auch der Gesprächskreis „Christen und Muslime“ beim ZdK. „Die christlichen und muslimischen Mitglieder des Gesprächskreises haben gestern gemeinsam für die vom Erdbeben betroffenen Menschen gebetet – dies nicht zuletzt aufgrund der zuvor berichteten unmittelbaren Verzweiflung einiger von uns, die um Angehörige bangen oder trauern oder deren Verwandte derzeit im Auto leben müssen und nicht wissen, wie es weitergeht“, sagt Prof. Anja Middelbeck-Varwick, Vorsitzende des Gesprächskreises. „Neben dem verbindenden Gebet ist nun gemeinsamer humanitärer Einsatz nötig, ungeachtet religiöser Differenzen, ethnischer Konflikte oder politischer Interessen in der Region. Wir rufen daher dazu auf, die christlichen und muslimischen Hilfsorganisationen vor Ort, wie zum Beispiel die Franziskaner in Nordsyrien, finanziell zu unterstützen.“

In Syrien haben Caritas Syrien und andere Partnerorganisationen von Caritas international Zugang zu den Menschen in den am schlimmsten betroffenen Gebieten: Aleppo, Latakia, Hama und Idlib. Auch in der Türkei, beispielsweise in Iskenderun und Mersin, verteilen Caritas-Mitarbeitende Lebensmittel, Trinkwasser, warme Decken und helfen bei der Einrichtung von Notunterkünften für Menschen, die aus den Erdbebengebieten geflohen sind. Auch Miseror, das katholische Hilfswerk für Entwicklungszusammenarbeit, stellte unmittelbar nach dem Erdbeben am 6. Februar 100.000 Euro Soforthilfe zur Verfügung. Miseror ruft wie Caritas International zur weiteren Unterstützung der Menschen im Erdbebengebiet auf.

„Ich hoffe, dass möglichst viele Menschen sich aktuell mit ihrer Spende für die Erdbebenopfer engagieren“, sagt ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp. „Fasungslos hören wir die Nachrichten von türkischen Luftangriffen auf die vom Erdbeben betroffenen Gebiete im Norden Syriens. Die Vereinten Nationen

sollten mit Nachdruck auf die Konfliktparteien einwirken, um das Leiden der Zivilist*innen nicht noch weiter zu erhöhen.“

Hier können Sie spenden:

Caritas international: Bank für Sozialwirtschaft Karlsruhe, IBAN: DE 88 6602 0500 0202 0202 02

Stichwort: „[CY01332 Erdbebenhilfe](#)“ oder [online](#).

Misereor: über Pax Bank Aachen, DE 75 3706 0193 0000 1010 10, Stichwort: S05237 oder [online](#).

Die Franziskaner in Nordsyrien: [online](#).

Freitag, 24. Februar 2023

„Dieser Krieg muss ein Ende haben“: ZdK-Präsidentin erinnert an russischen Angriff auf die Ukraine vor einem Jahr

„Ein Bruch des Völkerrechts“ nennt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, den Krieg, den Russland in der Ukraine führt. Ein Jahr nach den ersten Raketenangriffen auf Kiew sei noch immer keine Bereitschaft Putins zu spüren, diesen „verbrecherischen Krieg“ zu beenden und das Annexionsstreben aufzugeben. „Das macht es schwer, den Frieden vorzubereiten. Aber genau das ist die anstehende Aufgabe: Mitten im Krieg für den Frieden zu arbeiten. Nur das kann den Menschen, die diesen Krieg nie wollten, Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft geben.“

Stetter-Karp erinnert daran, wie der 24. Februar 2022 begann: „Als in den frühen Morgenstunden Explosionen in der Hauptstadt der Ukraine zu hören waren, flüchteten Tausende. Seit diesem Morgen vor einem Jahr erleben wir

die fortwährende Aggression Russlands. Ihr sind mittlerweile Hunderttausende zum Opfer gefallen. Tote, Geflüchtete, verzweifelte, obdachlos gemachte Menschen gibt es zuhauf. Putin tritt das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer*innen mit Füßen. Er tritt aber auch das Recht der russischen Bevölkerung mit Füßen, in Frieden zu leben. Deshalb müssen wir in Europa daran festhalten, jene, die den Frieden wollen zu unterstützen. Die Ukraine muss sich erfolgreich verteidigen können. Aber wir brauchen mehr. Wir brauchen eine Friedensvision.“

Zur Wahrheit gehöre, „dass die Ukraine nicht erst seit einem Jahr, sondern seit 2014 Krieg erlebt. Nach der Okkupation der Krim unterstützte Russland auch systematisch russische Separatisten in Donezk und Luhansk. Im Februar vor einem Jahr haben wir erlebt, dass Russland aber mehr will als nur die Einverleibung östlicher ukrainischer Gebiete. Es will keine unabhängige Ukraine mehr.“

Bereits am Abend des Angriffstags vor einem Jahr waren Ukrainer*innen in einer Online-Veranstaltung zu Wort gekommen, zu der Renovabis, die Konferenz der Diözesanverantwortlichen Weltkirche, die Katholische Akademie in Berlin und das ZdK eingeladen hatten. Zugeschaltet waren auch Teilnehmende, die direkt aus der Ukraine berichteten. „Schon damals stellte sich die Frage, wie wir ‚die Wahrheit‘ über den Kriegsverlauf erfahren würden“, sagt die ZdK-Präsidentin.

„Und bis heute erleben wir, dass Manipulationen der Wahrheit an der Tagesordnung sind. Deshalb lässt sich zum Beispiel nicht eindeutig sagen, ob wirklich eine Mehrheit der Russ*innen hinter Putin steht – oder ob das schon längst nicht mehr der Fall ist oder noch nie der Fall war.“

Wichtig sei in dieser Situation, „oppositionelle Kräfte in Russland zu unterstützen. Das heißt auch, Desserteure aus Russland oder Belarus in Deutschland aufzunehmen. Sie brauchen eine Perspektive, ebenso wie die Millionen Geflüchteten aus der Ukraine, die mindestens zeitweise nach Deutschland kommen.“ Stetter-Karp ist überzeugt: „Für eine Willkommenskultur sind wir alle mitverantwortlich. Wir müssen uns der Not anderer öffnen, dürfen sie nicht draußen vor der Tür lassen.“

Mitten im Krieg den Frieden vorzubereiten, bedeute, weiter nach politischen und diplomatischen Lösungen zu suchen. „Dafür muss der Druck auf Russland aber größer und nicht kleiner werden. Sonst wird dort weiter keine Bereitschaft sein, in Verhandlungen einzutreten. Ein Diktatfrieden ist keine Option.“ Aus diesem Grund unterstützt die Präsidentin die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, die gestern vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen sprach. Die Außenministerin forderte von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen einen Beitrag zum Plan für einen Frieden gemäß der UN-Charta. „Ich hoffe, dass es der Staatengemeinschaft gelingt, mit einer Stimme zu sprechen und Russland als Aggressor zu benennen, der auf allen Ebenen Konsequenzen für seinen unfassbaren Bruch mit dem Völkerrecht zu erwarten hat“, so Irme Stetter-Karp. Im September 2022 hatte das Präsidium des ZdK für Waffenlieferungen an die Ukraine plädiert und sich auf das Recht des Landes auf Selbstverteidigung berufen. „Es ist gut, dass sich die Bundesregierung zwischenzeitlich durchgerungen hat, ihr militärisches Engagement auszuweiten“, bewertet die Präsidentin des ZdK die heutige Lage.

Entscheidend sei aber auch, Gesprächs- und Begegnungsräume für Menschen im lokalen Kontext offenzuhalten. „Kirchliche Hilfswerke wie Caritas International, Misereor, Renovabis und andere sorgen nicht nur für das Nötigste, sondern aktiveren Netzwerke vor Ort, ermöglichen soziale Projekte und friedensförderliche Lebensstrukturen in ganz schwierigen Zeiten. Das gibt Menschen neuen Mut und stützt sie in einem bedrohten und bedrohlichen Alltag.“

Montag, 27. Februar 2023

Europäisches Laiennetzwerk sendet Appell: Völkerrecht muss über staatlichen Interessen stehen

„Wir müssen den Frieden im Krieg vorbereiten. Dazu braucht es den engen Schulterschluss und die fortgesetzte Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Ukraine“, sagt Prof. Thomas Schwartz, Mitglied des ZdK und Hauptgeschäftsführer von Renovabis, der Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa. Er gastierte am Wochenende in der Sitzung der Initiative Christen für Europa (IXE), die gemeinsam vom ZdK sowie von den Französischen Sozialwochen (SSF) getragen wird und Laien aus vielen europäischen Ländern zusammenbringt.

„Solange dieser schreckliche Krieg wütet, ist nur der Schrei nach Frieden zu hören, manchmal auch der Schrei nach Rache. Deshalb müssen die Waffen so schnell wie möglich schweigen. Erst dann wird die leise Stimme des Friedens wieder zu hören sein“, so Schwartz. „Wann das sein wird, entscheiden nicht wir, sondern die Opfer der Aggression, die sich wehren und ihre unbestreitbaren Rechte zurückgewinnen wollen.“ Mit dem Krieg und nach dem Krieg stehe die entwicklungspolitische Arbeit unter neuen Vorzeichen: „Wir müssen die traumatischen Erfahrungen von Millionen von Menschen aufarbeiten, die Resilienz der Opfer von Krieg, Flucht und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen entwickeln und stärken. Wir werden nicht mehr in erster Linie in Steine investieren können. Wir werden vor allem in Köpfe, Herzen und Seelen investieren müssen.“

In der Erklärung, die die Initiative im Rahmen des Treffens verabschiedete, solidarisiert sie sich mit den Menschen in der Ukraine. „Das Land ist seit einem Jahr das Ziel eines Krieges ist, der gegen das Völkerrecht sowie das Budapest Memorandum verstößt“. Damit nimmt die Erklärung Bezug auf eine

Vereinbarung von 1994, in der Russland, Großbritannien und die USA gemeinsam Kasachstan, Belarus und der Ukraine Sicherheitsgarantien in Verbindung mit deren Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag und als Gegenleistung für die Beseitigung aller Nuklearwaffen auf ihrem Territorium gaben. In der IXE-Erklärung heißt es weiter: Der Wiederaufbau müsse vorbereitet werden und im Sinne der sozial-ökologischen Transformation erfolgen. Die Ukraine brauche Unterstützung auf ihrem Weg in die Europäische Union.

Die Initiative verurteilt den russischen Angriffskrieg als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erkennt an, dass die Ukrainer ein Recht auf Selbstverteidigung haben. Es sei zudem nicht zu akzeptieren, dass Religionen von politischen Eliten für Kriege instrumentalisiert würden. Patriarch Kyrill müsse sich endlich für Frieden einsetzen, anstatt den Kriegsverbrechen die Absolution zu erteilen.

Auch Pater Roman Fihás, Professor am Institut für Ökumenische Studien in Lemberg, war bei der Initiative Christen für Europa zu Gast. Er ist überzeugt: „Ein Dialog um des Dialogs willen ohne klare Prinzipien der Wahrheitsfindung wird nur zu einer Plattform für die Verbreitung von Propaganda und Fälschungen. Dank des Opfers vieler Ukrainerinnen und Ukrainer müssen wir heute einen ökumenischen Dialog von anderer Qualität beginnen.“

In der Erklärung fordert die Initiative den Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine, um dem Leiden ein Ende zu setzen. Frieden könne nur dann würdig und dauerhaft sein, „wenn er auf Freiheit, Wiederherstellung der territorialen Integrität und Gerechtigkeit beruht, was die Untersuchung von Kriegsverbrechen und die Reparation von Kriegsschäden einschließt“. Der stellvertretende europapolitische Sprecher des ZdK, Dr. Stefan Eschbach, appelliert: „Putin hat den Krieg begonnen. Der russische Präsident kann das Blutvergießen und die Zerstörungen sofort beenden, indem er seine Truppen aus der gesamten Ukraine abzieht.“ Gleichzeitig bleibe die Hoffnung bestehen, „dass Russland der

Aggressor der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart zu einem Land werden kann, mit dem eine diplomatische Verständigung möglich ist - auch wenn dies (...) derzeit unmöglich erscheint.“ Das Völkerrecht müsse „Vorrang vor staatlichen Machtinteressen haben.“

Die Initiative Christen für Europa (IXE) ist ein Zusammenschluss von Laienorganisationen und engagierten Christ*innen aus verschiedenen europäischen Ländern. Allgemeines Anliegen von IXE ist es, ein lebendigeres Bewusstsein für ein vereintes Europa in die nationalen Debatten einzubringen. Ziel der Initiative ist es, die Begegnung von Christ*innen in Europa zu fördern und die Soziallehre der Kirche voranzubringen, um ein besseres gegenseitiges Kennenlernen und Verständnis der historischen und kulturellen Unterschiede zu erreichen.

Donnerstag, 9. März 2023

Fünfte Synodalversammlung des Synodalen Weges in Frankfurt am Main eröffnet

„Eine synodale Kirche ist eine zukunftsfähige Kirche“

Die fünfte Synodalversammlung des Synodalen Weges der Kirche in Deutschland ist heute (9. März 2023) in Frankfurt am Main eröffnet worden. 210 Synodale (darunter 201 vor Ort und neun digital), 24 Berater sowie zwölf Beobachter werden bis Samstag (11. März 2023) über die Zukunft der Kirche beraten und so den Ende 2019 begonnenen Weg auf dieser Etappe abschließen. Auch 15 Gäste, darunter neun internationale, nehmen an der Synodalversammlung teil.

Die Präsidentin des Synodalen Weges und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, hob zu Beginn vor Journalisten hervor, dass die Synodalversammlung und alle Beteiligten Verantwortung dafür übernommen hätten, „dass die Ursachen des Missbrauchsskandals ernst genommen werden und an Veränderungen substantiell gearbeitet wird. Wir haben strukturelle Missstände in unserer Kirche identifiziert und klare Konzepte entwickelt, wie diese zu ändern sind. Verantwortung zu übernehmen heißt, sich nicht zu verstecken. Deutlich zu sagen, was ist. Und einen Weg zu weisen, der in die Zukunft führen kann. Das haben wir in mehr als drei Jahren Arbeit vor Augen gehabt“. Dr. Stetter-Karp wies darauf hin, dass die Übernahme von Verantwortung nicht ohne Vertrauen gehe. „Wir mussten auf den Vertrauensvorschuss vieler Menschen setzen, um unsere Arbeit zu beginnen. Und wir brauchten auch Vertrauen in uns selbst: dass wir es gemeinsam schaffen können, Dinge zu verändern. Auf dem Weg selbst mussten wir uns immer wieder sammeln, um das Vertrauen in den Weg nicht zu verlieren. Es gab Phasen von Enttäuschung, von Wut, von Verzweiflung. Aber auch Phasen der Euphorie und des gelingenden Miteinanders. Jetzt müssen wir beweisen, dass wir des Vertrauens so vieler Menschen würdig waren.“

Bischof Dr. Georg Bätzing, Präsident des Synodalen Weges und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, charakterisierte die Kirche so: „Diese meine Kirche verdient es, dass wir sie nicht einfach so lassen, wie sie jetzt ist. Die Veränderungen, die wir suchen, wollen dazu beitragen, dass die Kirche ihrem Auftrag wieder besser entsprechen kann: Brücke, Zeichen und Werkzeug zu sein für die Begegnung Gottes mit den Menschen. Wir geben das Vertrauen nicht auf, dass dies Menschen zu größeren Horizonten und in größere Freiheit führt.“ Bischof Bätzing dankte für die große innerkirchliche und gesellschaftliche Öffentlichkeit. „Die Aufmerksamkeit wächst, denn durch den Mut von Papst Franziskus ist mittlerweile die ganze katholische Kirche auf einen synodalen Weg gerufen. Das begrüße ich ausdrücklich.“

Denn es ist eine Zukunftsfrage, wie künftig in einer Kirche der so verschiedenen Kulturen und Erfahrungen und gesellschaftlichen Kontexte Entscheidungen in größerer Gemeinsamkeit vorbereitet und getragen werden können. Eine synodale Kirche ist eine zukunftsfähige Kirche!“

Prof. Dr. Thomas Söding, Vizepräsident des ZdK und des Synodalen Weges, bezeichnete den Synodalen Weg als „Weg in die Zukunft“. Dabei gehe es um mehr Gemeinsamkeit bei Beratungen und Entscheidungen, neue Rollenbilder von Priestern, Verwirklichung der Frauenrechte, Überwindung der Verurteilung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität. „Unsere Themenwahl war richtig. Sie ist für Deutschland wichtig. Und zwischenzeitlich hat sich gezeigt: Sie ist für die ganze Kirche wichtig. Wir sehen dies in der Vorbereitung der Weltsynode; es hat sich auch bei der Continentalversammlung in Prag bestätigt.“ Professor Söding fügte angesichts des Missbrauchsskandals hinzu: „Wir haben klar erkannt: Wir müssen den systemischen Missbrauch systemisch bekämpfen. Wir müssen es aber nicht nur, wir können es auch, weil die katholische Kirche nicht auf den Status quo festgelegt ist, sondern sich von Grund auf erneuern kann: Sie muss sich allerdings an der Heiligen Schrift orientieren, sie muss die Tradition lebendig fortschreiben, sie muss die Zeichen der Zeit deuten und den Glaubenssinn des Gottesvolkes erkennen. Wie wichtig gute Theologie ist, haben wir gesehen, wie wichtig ein lernwilliges Lehramt der Bischöfe ist, auch.“

Auch Bischof Dr. Franz-Josef Bode, Vizepräsident des Synodalen Weges und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, würdigte die Arbeit an den zahlreichen Texten für den Synodalen Weg. „Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, gerade für den Diakonat der Frauen und für den Verkündigungsdienst klare Ergebnisse zu bekommen. Die Annahme des Grundtextes in der letzten Versammlung ermutigt mich, auch die Argumentationen bezüglich der Priesterweihe für Frauen und bezüglich der Spendung

von Sakramenten offenzuhalten und mit viel Rückenwind in die große Synode in Rom im Herbst einbringen zu können.“ Dazu komme, so Bischof Bode, dass diese Fragen von einer großen Zahl von Bischofskonferenzen unterstützt werden. „Wir wollen diese Kirche zukunftsfähig machen, zusammen mit Frauen und Männern in allen Diensten, Ämtern und Ebenen, in dem es zuerst um den Menschen und seinen persönlichen Glauben geht, und dann erst um die Kirche. Ich sehe die Erfahrung der letzten Jahre mit ihren Höhen und Tiefen als einen großen Fortschritt in der Synodalität an, im ‚Gemeinsam Kirche sein‘ für die Menschen von heute.“

Der Abend des ersten Tages der Synodalversammlung ist in besonderer Weise vom Thema Missbrauch geprägt. Unter dem Titel „verantwort:ich“ findet um 20.00 Uhr im Bartholomäus-Dom auf Initiative von Synodalen eine „künstlerisch-existentielle Performance“ statt. Damit soll ein wirksames Zeichen der Verantwortungsübernahme für eine Veränderung in der Haltung und im Handeln in der katholischen Kirche gesetzt werden. Die Performance thematisiert in einer „Tanzcollage des Leids, der Schuld und des Wegsehens“ die Missbrauchstaten und ihre Vertuschung, die Anlass des Synodalen Weges sind. Mit einer großflächigen Installation im gesamten Dom soll auf systemische Verstrickungen hingewiesen werden. Synodale und Betroffene kommen zu Wort und stellen sich der Frage nach einem möglichen Ausweg aus der Verstrickung.

Hinweise:

Bischof Dr. Georg Bätzing und Dr. Irme Stetter-Karp haben sich zu Beginn der Synodalversammlung mit einem Bericht an die Synodalen gewandt. Wir dokumentieren diesen Bericht im Wortlaut in der Anlage.

Die Synodalversammlung wird unter www.synodalerweg.de/livestream in deutscher und englischer Sprache als Livestream angeboten. Die Performance wird ebenfalls im Livestream übertragen. Die Installation ist am Freitag (10. März 2023) auch für die Öffentlichkeit zugänglich. Weitere Informationen finden Sie auf der Themenseite www.synodalerweg.de/verantwort-ich.

Samstag, 11. März 2022

Synodalversammlung wählt weitere Mitglieder für Synodalen Ausschuss

Synodaler Ausschuss jetzt komplett

Der von der Synodalversammlung des Synodalen Weges der Kirche in Deutschland beschlossene und eingerichtete Synodale Ausschuss ist jetzt komplett. Auf der Synodalversammlung in Frankfurt am Main wurden heute (11. März 2023) 20 Mitglieder für das Gremium gewählt. Bereits zuvor hatte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) 27 Mitglieder gewählt. Die Deutsche Bischofskonferenz entsendet die 27 Diözesanbischöfe in den Synodalen Ausschuss. Die gesamte Liste der Mitglieder des Synodalen Ausschusses finden Sie als PDF-Datei in der Anlage sowie unter www.synodalerweg.de.

Samstag, 11. März 2023

„Alle großen Themen liegen auf dem Tisch“

Fünfte Synodalversammlung sendet Kirche in Deutschland auf einen dauerhaften Synodalen Weg

Mit einem Gottesdienst im Frankfurter Bartholomäus-Dom ist die fünfte und abschließende Synodalversammlung des Synodalen Weges der Kirche in Deutschland heute (11. März 2023) zu Ende gegangen. Der Vorsitzende der

Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing, würdigte zu Beginn der Messe die geistige Dimension des Synodalen Weges: „Vor drei Jahren haben wir die erste Synodalversammlung mit einer Eucharistiefeyer hier eröffnet. Seither stand die Heilige Messe in der Mitte jeder unserer Versammlungen. Aufbruch, Einhalt als Ruhepunkt und nun ein großer und wichtiger Meilenstein unterwegs zu einer wirklich synodalen Kirche liegen hinter und vor uns. Es war der Wille aller und die immer neue Suche, uns zu finden und zu vereinigen in der größeren gemeinsamen Verantwortung, in die der Geist unseres Herrn uns stellt.“

Die Präsidentin des Synodalen Weges, Dr. Irme Stetter-Karp, zeigte sich überzeugt: „Wir haben wichtige Weichen für mehr Synodalität in unserer Kirche gestellt. Aber zugleich merken wir, wie große die Herausforderungen sind, die noch vor uns liegen. Um auf dem Weg zu einer synodalen Kirche weiterzugehen, ist es wichtig, immer wieder an den Beginn dieses Weges zu erinnern. Ziel des Synodalen Weges war die Auseinandersetzung und Bearbeitung der strukturellen Faktoren, die den Missbrauch so vieler Menschen in unserer Kirche ermöglicht und begünstigt haben. Die Performance am Donnerstagabend hat uns unsere eigene Verstrickung vor Augen geführt. Die tiefe Verletzung der Integrität dieser Menschen bleibt. Und sie bleibt Stachel und Motor im Fleisch der Kirche, um sich mit den vier identifizierten Themen über die Arbeit der Synodalforen und der Synodalversammlungen hinaus auf allen Ebenen des kirchlichen Lebens auseinanderzusetzen. Wir sind damit längst nicht an einem Ende.“

Während der Abschluss-Pressekonferenz würdigte Bischof Bätzing den Synodalen Weg als Erfahrungsraum, bei dem es darum gegangen sei, zu hören, zu diskutieren, zu ringen und auch zu entscheiden: „Der Synodale Weg ist kein zahloser Tiger. Er ist eine Konkretion dessen, was Papst Franziskus mit Synodalität meint. Der Weg ist vor allem Ausdruck einer lebendigen, bunten und

diversen Kirche. Seit vielen Jahren haben wir kein so intensives gemeinsames Ringen darum gehabt, wie wir heute aus dem Evangelium und dem Reichtum unserer Tradition leben und unsere Gesellschaft mitgestalten können.“ Bischof Bätzing betonte, dass der Synodale Weg weder in eine Spaltung noch in eine Nationalkirche führe: „Von Anfang an haben wir auf dem Synodalen Weg im Blick gehabt, dass es Beschlüsse gibt, die in den aktuellen Strukturen und in ihrer Verantwortung von Bischöfen in den Bistümern umgesetzt werden können. Gerade Papst Franziskus hat uns Bischöfe immer wieder ermutigt, unser Amt aktiv wahrzunehmen und aus den Bedürfnissen vor Ort heraus zu agieren. Aber selbstverständlich gibt es auch Beschlüsse und Themen, die wir nicht alleine, sondern nur im Konsens mit der Weltkirche weiterentwickeln können. Allerdings gilt auch hier, dass wir Beratungen und Beschlüsse im synodalen Stil brauchen.“

Dr. Irme Stetter-Karp zeigte sich insgesamt zufrieden mit den Ergebnissen aus mehr als drei Jahren auf dem Synodalen Weg: „Ohne Zweifel hätte ich mir mehr gewünscht. Vor allem einen mit großer Mehrheit beschlossenen Handlungstext „Gemeinsam beraten und entscheiden“. Aber der Text ist auf Vorschlag der Forenvorsitzenden am Ende in den Synodalen Ausschuss verwiesen worden.“ Dies gebe ihm jedoch neue Chancen auf Verwirklichung: „Der Synodale Weg geht weiter! Er ist hier und heute nicht zu Ende. Er fängt gerade erst richtig an!“ Insgesamt zeige der Synodale Weg eine große Veränderung: „Es ist ein großer Erfolg, dass nun alle großen Entscheidungsthemen offen auf dem Tisch liegen. Es sind die Themen, die wir aus der MHG-Studie 2018 abgeleitet haben. Niemand kann das ungeschehen machen. Wir setzen damit auch Themen für die Weltsynode. Und das tun wir nicht allein – sondern zusammen mit vielen anderen synodalen Bewegungen in anderen Ländern.“ Ein Erfolg sei auch die veränderte Gesprächskultur: „Bischöfe konnten erleben, dass sie nicht einsam Entscheidungen treffen müssen, dass sie im Team beraten und entscheiden dürfen und können. Katholikinnen und Katholiken in dieser Synodalversammlung konnten erleben, dass ihr Wort gehört wurde, dass ihre Haltung zählt! Und dass alle gemeinsam die Verantwortung dafür haben, zu beraten – und zu entscheiden.“

Bischof Bode, Vizepräsident des Synodalen Weges, hob hervor, dass die Synodalversammlung in der Frauenfrage einen erheblichen Schritt weitergekommen sei, den man nicht unterschätzen dürfe. „Der Synodale Weg war und ist für mich ein Lernort, wie wir als Kirche neue Glaubwürdigkeit im Diskurs erlangen können; wie wir als Kirche neu Salz und Licht der Erde werden können, um in die Gesellschaft hineinzuwirken; wie wir als Kirche wirklich synodal werden und nicht nur darüber reden, sondern das auch leben. Was ich schon früher sagte: Was man einmal aus der Tube herausgedrückt hat, kann man nicht wieder in sie zurückbringen. Deshalb wünsche ich mir für die nächste Etappe ein Dreifaches: den mutigen Blick nach vorne; weniger Angst; das tiefe Vertrauen in die Kraft des Evangeliums.“

Prof. Dr. Thomas Söding, Vizepräsident des Synodalen Weges und des ZdK, ist überzeugt: „Wir haben auf der fünften Synodalversammlung viel angestoßen. In Deutschland wird es Segensfeiern für Paare geben, die sich lieben – Segensfeiern mit dem Segen der Kirche. Ohne Out in Church wären wir den Schritt vielleicht immer noch nicht gegangen. Jetzt kommen queere Paare, die sich lieben, und Menschen, die sie im Namen der Kirche segnen, aus der Grauzone des Verbotenen in das Hellfeld des Glaubens. Große Lernschritte haben zur Erklärung über geschlechtliche Vielfalt geführt; ohne den Synodalen Weg hätte es diesen Lernweg nicht gegeben. In Deutschland werden auch Frauen predigen, in der Sonntagsmesse, nach dem Evangelium. Und die Synodalversammlung will, dass sie Diakoninnen werden dürfen. Die Gemeinden warten darauf. Sie warten auch auf Priester. Sie sehen, wie viele durch den Zölibat davon abgehalten werden, ihrer Berufung zu folgen. Ja, was beschlossen ist, wird nicht morgen schon umgesetzt. Aber für die Gemeinden ist wichtig: Die Bischöfe, das ZdK, die ganze Synodalversammlung hat mit dem Beschluss ein Zeichen dafür gesetzt, dass sie nicht zusehen, sondern handeln wollen.“

Hinweise:

Die Statements des Präsidiums des Synodalen Weges während der Abschluss-Pressekonferenz sind als PDF-Dateien unter www.synodalerweg.de verfügbar. Ebenso stehen Ihnen dort die einführenden Worte sowie die Impulse aus dem Gottesdienst zur Verfügung. Unter www.synodalerweg.de finden Sie außerdem alle Beschlüsse und eine größere Sammlung von Reden und Grußworten.

Poolmaterial von Fotos der fünften Synodalversammlung finden Sie kostenfrei unter Angabe des Copyrights unter: <https://fotograferei.de/kunden/dbk>.

Die Livestreams der fünften Synodalversammlung und der Pressekonferenzen sind als Videos unter www.synodalerweg.de/video sowie auf dem YouTube-Kanal der Deutschen Bischofskonferenz in deutscher und englischer Sprache abrufbar.

Montag, 13. März 2023

Zehn Jahre Papst Franziskus: ZdK-Präsidentin wirbt für eine „dauerhaft synodale Kirche“

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), würdigt aus Anlass des zehnjährigen Amtsjubiläums von Papst Franziskus dessen innovative Energie. „Diese Kirche ist menschlicher, beweglicher und synodaler geworden“, sagt sie. „Wir brauchen jetzt Schritte hin zu echten strukturellen Veränderungen. Nur dann werden wir eine wirklich tragende Antwort auf die Herausforderungen im 21. Jahrhundert finden.“

„Zu Beginn der Amtszeit von Papst Franziskus ist dessen zugewandte Art, bescheidenes Auftreten und die Abkehr vom Klerikalismus wie eine Erlösung erschienen. Die Menschen haben ihn dafür geliebt, der Kirche ein menschliches Antlitz zu geben“, so Stetter-Karp weiter. „Die Herzen flogen ihm zu.“

Dieser Begeisterung sei eine notwendigerweise differenzierte Betrachtung des päpstlichen Handelns gefolgt. „Wir sehen heute, was Papst Franziskus bewegt hat. Er ist Schritte der Kooperation mit anderen Religionen gegangen. Er hat mit seiner Enzyklika ‚Laudato si‘ einen weltweit gehörten Aufschrei zur Bewahrung der Schöpfung theologisch begründet. Er hat seine Kurie in einer großen Wutrede vor ‚spirituellem Alzheimer‘ gewarnt. Vor allem aber hat er konsequent den Weg zu einer synodalen Kirche beschritten. Die Amazonas-Synode im Jahr 2019 war nur der Anfang. Jetzt befinden wir uns mitten im Prozess der Vorbereitung einer Weltsynode, auf die die Welt dringlich wartet. Denn wir brauchen Veränderung, wenn wir mit unserer Kirche in eine menschliche Zukunft gehen wollen.“

Papst Franziskus habe „heilsamen Aufruhr“ gestiftet, sagt Stetter-Karp. „Aber nun ist es an der Zeit, dass dem Aufruhr etwas folgt, dass eine neue Ordnung der Dinge ermöglicht. Das schulden wir Katholikinnen und Katholiken, dass schuldet vor allem die Kirchenleitung in jedem Fall den unzähligen Opfern des Missbrauchsskandals weltweit.“ Sie hoffe, dass Papst Franziskus sich dazu erklären werde, „dass der massenhafte Missbrauch nur möglich wurde, weil das ‚System Kirche‘ dieses Grauen ermöglichte. Die systemischen Ursachen wurden uns in Deutschland mit der MHG-Studie von 2018 in aller Deutlichkeit offengelegt. Klerikalismus, Machtmissbrauch, Homophobie, Frauenfeindlichkeit, insgesamt die Missachtung von Menschenrechten in der Kirche spielen eine entscheidende Rolle.“

Der Papst lasse noch nicht ausreichend klar erkennen, dass der lange und grausame Weg des Täterschutzes in der Kirche zu Ende sei. „Es reicht nicht aus, wenn der Pontifex sein Entsetzen und seine Abscheu vor Missbrauchstaten zum Ausdruck bringt. Wir brauchen ihn jetzt im wörtlichen Sinne als Brückenbauer zwischen den Betroffenen und der Kirche. Die Brücke führt aber nur zueinander, wenn sie auf Ehrlichkeit und Handlungsbereitschaft gebaut ist.“

Diese Erkenntnis sei in Deutschland der Auslöser für den Synodalen Weg gewesen, dessen fünfte Synodalversammlung am Wochenende zu Ende ging. „Die systemischen Ursachen des Missbrauchsskandals sind aber noch immer nicht völlig aufgearbeitet. Wir haben viel geschafft, aber es bleibt noch viel zu tun. Deshalb muss der Synodale Weg zu einer dauerhaft synodalen Kirche führen. Zu einer Kirche, in der immer wieder gemeinsam beraten und gemeinsam entschieden wird. Papst Franziskus ist zu danken, dass er uns zu diesem Weg angestoßen hat.“

Dienstag, 14. März 2023

ZdK zum Bildungsgipfel: „Der Bildungsmisere endlich ein Ende setzen“

Anlässlich des Bildungsgipfels in Berlin fordert das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) die Einrichtung eines nationalen Bildungsrates. Es brauche grundlegende Reformen, um der Misere im Bildungssystem nachhaltig ein Ende zu setzen. „Verstärkt durch die Krisen der letzten drei Jahre wird deutlich, dass es nicht gelingt, die zentralen Herausforderungen wie Bildungsgerechtigkeit, Inklusion und Digitalisierung zu bewältigen. Der Bildungsgipfel kann nur ein Anfang sein. Eine Chance auf Verbesserung besteht in der gesamtgesellschaftlichen und verbindlichen Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen und mit erheblichen zusätzlichen Mitteln“, sagt Martin Buhl, Sprecher des Sachbereichs „Bildung, Kultur, Medien“ des ZdK.

Neben der fachlichen Qualifikation sei es wichtig, den Fokus auf die Stärkung sozialer und persönlicher Kompetenzen zu legen, so Buhl. „Individuelle Förderung, Wertschätzung, Selbstwirksamkeit und Partizipation müssen in der Schule und in allen Bildungsinstitutionen von der Kita bis zur Weiterbildung ermöglicht werden, damit jungen Menschen der ganzheitliche Kompetenzerwerb und ein erfolgreicher Abschluss gelingt.“

Das ZdK begrüße es, dass bereits im Koalitionsvertrag konkrete Vorschläge zur besseren Förderung und Teilhabe junger Menschen von der Qualitätssicherung in den Kitas über den Ausbau der Schulsozialarbeit bis hin zur Ausbildungsgarantie und der Ausweitung des BAföGs gemacht wurden. „Auch die Einführung einer Grundsicherung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Bildungssystem zählen wir ausdrücklich dazu,“ so Buhl. „Allerdings ist es uns unverständlich, dass bislang davon so wenig von der Bundesregierung realisiert wurde. Und dass das dringend benötigte Start-Chancen-Programm für 4000 Schulen nun frühestens im Schuljahr 2024/2025 beginnen soll, kritisieren wir. Viele Schüler*innen sind gerade jetzt auf die sozialpädagogische Expertise der Schulsozialarbeit angewiesen. Darüber hinaus werden Mittel auch für den Schulausbau und die Digitalisierung des Lehrens und Lernens dringend gebraucht.“

Immer noch beenden in Deutschland jährlich rund sechs Prozent der Schüler*innen die Schule ohne Abschluss. Laut Bildungsforscher Klaus Klemm sind das aktuell 47.500 junge Menschen. Hierbei sind Jugendliche mit ausländischer Staatsbürgerschaft fast dreimal so oft vertreten wie Gleichaltrige mit deutscher Staatsangehörigkeit. Jeder zweite Jugendliche ohne Hauptschulabschluss war in einer Förderschule. Das führt u.a. dazu, dass rund 14 Prozent junger Erwachsener jedes Jahrgangs langfristig ohne Berufsabschluss bleiben.

„Um dem wachsenden, bereits dramatischen Fachkräftemangel zu begegnen, muss allen jungen Menschen ein Berufsabschluss ermöglicht werden. Wir können es uns nicht mehr leisten, Begabungsreserven nicht zu schöpfen“, sagt Buhl. Dafür gelte es, Barrieren abzubauen, die Bildungserfolge verhinderten, etwa Einschränkungen für Asylbewerber*innen oder Zugewanderte im Zugang zu Bildung.

„Der Bildungsgipfel ist hoffentlich ein Anfang für die Neuausrichtung des Bildungssystems,“ so Buhl. „Mit unserer Forderung nach einem nationalen Bildungsrat unterstreichen wir, dass das Thema Bildung in seiner gesellschaftlichen Breite vorangebracht werden muss.“

Freitag, 24. März 2023

ZdK-Präsidentin zur Welternährungskrise: „Wir brauchen mehr Engagement des Globalen Nordens“

Angesichts der grassierenden Welternährungskrise fordert Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), mehr Engagement des Globalen Nordens. „Wir sehen Dürren, Überflutungen, kriegsgetriebene Inflation. Und wir sehen die Gelder für das World Food Programme (WFP) und die Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen schwinden. Der Norden ist Hauptverursacher von klimakrisenbedingten Schäden. Nun müssen wir auch die Mittel bereitstellen, um den Hunger zu stillen.“

Das sagte die ZdK-Präsidentin heute vor dem Hauptausschuss. Die Vereinten Nationen sähen sich zu Rationierungen gezwungen, die die Menschen in den vulnerabelsten, von Gewalt und Konflikten geplagten Regionen der Welt treffen. „Das versetzt die Betroffenen in große Ängste und konkrete Not.“

Bereits im vergangenen Jahr hatte das ZdK einen humanitären Kraftakt gefordert, um den Hunger einzudämmen. „Trotz enormer Anstrengungen, an denen sich auch die Bundesregierung umfangreich beteiligte, besteht die Not fort“, sagte Irme Stetter-Karp. Sie habe sich deshalb in einem Brief an Svenja Schulze, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gewandt.

Darin appelliere sie an die Ministerin, „trotz der angespannten Haushaltslage erneut eine finanzielle Aufstockung vorzunehmen und sich auch international dafür einzusetzen, dass weitere Mittel bereitgestellt werden.“ Über Finanztransfers hinaus brauche es „Perspektiven und Schritte hin zu einer resilienteren und gerechteren Welt, in der Nahrungsmittelentzug kein Instrument der modernen Kriegsführung mehr sein kann.“ Stetter-Karp begrüßt die Einrichtung des Bündnisses für globale Ernährungssicherheit, an dem über hundert Staaten und internationale Organisationen beteiligt sind. „Dieses Bündnis kann schnell und zielgerichtet auf Krisen reagieren“, so die ZdK-Präsidentin.

Darüber hinaus bedürfe es globaler Handelsbeziehungen, die allen Menschen dienen und die planetaren Grenzen respektieren, betonte sie. „Wir müssen eine gemeinwohlorientierte Agrarrevolution im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) auf den Weg bringen, indem wir ländliche Räume fördern und bäuerliche Kleinbetriebe, die soziale und ökologische Landwirtschaft betreiben, umfassend unterstützen. Nur so schaffen wir Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität, nur so erreichen wir die Klimaziele.“ Dies habe auch der in dieser Woche vorgestellte Synthesebericht des Sechsten Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) bestätigt. „Der Weltklimarat zeigt uns auf, wie winzig das Zeitfenster geworden ist, um die katastrophalsten Auswirkungen der Klimakrise abzuwenden, und mahnt uns, endlich von der Erkenntnis zur Umsetzung zu kommen – in allen Sektoren, auch in der Landwirtschaft.“

Im März 2019 hatte das ZdK in einem agrarpolitischen Grundsatzpapier festgehalten: „Eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft kann nur gelingen, wenn sie ökologisch, ökonomisch und sozial verträglich ist und ihrer Verantwortung gegenüber allen auf der Erde lebenden Menschen und Geschöpfen gerecht wird.“

Samstag, 25. März 2023

„Respekt vor diesem Schritt“: ZdK-Präsidentin würdigt Bischof Bodes Rücktrittserklärung

„Er war ein Bischof mit Herz und Haltung. Er prägte das Bistum Osnabrück 28 Jahre lang. Den Synodalen Weg der Kirche in Deutschland hat er als Präsidiumsmitglied maßgeblich mitgestaltet und ihm immer wieder eine Stimme gegeben“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. „Wir respektieren und wertschätzen, dass Bischof Dr. Franz-Josef Bode nun eine klare persönliche Konsequenz aus dem Zwischenbericht zu Missbrauchsfällen in seinem Bistum gezogen hat. Sein Rücktritt vom Amt markiert aus Sicht der Betroffenen gewiss einen wichtigen Schritt, um auf dem Weg der Bearbeitung des Missbrauchsskandals auf diözesaner Ebene wirklich voran zu kommen.“

„Aus eigenen Fehlern zu lernen und entschieden zu handeln, ist ein Zeichen von Stärke und Einsicht. Bischof Bode ist diesen Weg gegangen. Das ist gut. Gleichzeitig zeigt es, dass er eine sich verändernde Stimmungslage in seinem Bistum sensibel wahrgenommen hat“, erklärt die Präsidentin des ZdK.

„In seiner Rücktrittserklärung formuliert er, dass er das Ausmaß der Irritation, insbesondere in der Mitarbeiterschaft des Bistums, unterschätzt habe und hoffe, sein Rücktritt werde nun befreiend wirken. Das ist eine souveräne Reaktion auf die Fehler und Fehlentscheidungen der zurückliegenden Jahre. Der Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche in Deutschland hat Ursachen und Folgen, die bis heute nicht vollständig aufgeklärt sind. Das trifft auch auf das Bistum Osnabrück zu.“

Stetter-Karp würdigt das persönliche Bekenntnis Bischof Bodes, er habe selbst lange Zeit „eher die Täter und die Institution als die Betroffenen im Blick gehabt“. Die ZdK-Präsidentin sieht darin eine grundsätzliche

Problematik der Kirche: „Genau diese Blickrichtung ist typisch für Jahrzehnte kirchlichen Handelns. Der Paradigmenwechsel wurde erst ab 2010 eingeleitet, und in vielen Bistümern nur zögerlich. Bis heute bleiben Fragen offen, sind Betroffene nicht ausreichend im Blick. Ich sehe darin im Rückblick erneut, wie wichtig der Synodale Weg der Kirche in Deutschland war. Wir haben uns dort den systemischen Ursachen des Missbrauchsskandals gestellt. Eine wirkliche strukturelle Veränderung der Kirche ist uns nicht gelungen. Sie bleibt Aufgabe des sich nun fortsetzenden Synodalen Weges. Nur dann nehmen wir den Missbrauchsskandal wirklich ernst.“

Die ZdK-Präsidentin dankt Bischof Bode für die gute Zusammenarbeit im Präsidium des Synodalen Weges. „Ich habe Franz-Josef Bode als warmherzigen, an der Zukunft des Christseins elementar interessierten Bischof wahrgenommen. Er war bereit, sich im Argumentieren überzeugen zu lassen und selbst durch Argumentieren zu überzeugen. Klerikale Überheblichkeit war und ist ihm fremd. Das spricht sehr für ihn und zeigt, warum er jetzt konsequent seinen Rücktritt vom Amt suchte. Er hat durch seine Person glaubwürdig gemacht, dass Kirche einen Neuanfang braucht. Einen großen Teil dieses Neuanfangs hat er selbst bereits in seinem Bistum eingeleitet. Nun muss ein anderer dies vollenden.“

Auch der Vizepräsident des ZdK, Prof. Thomas Söding, würdigt Bodes großen Verdienste um eine Erneuerung der Kirche. „Auf dem Synodalen Weg, für den wir gemeinsam das Amt der Vizepräsidenten wahrgenommen haben, war er ein vorangehender, sich klar positionierender Bischof. Aber auch er konnte nicht ändern, dass die Macht in der katholischen Kirche weiter nahezu allein bei den Bischöfen liegt. An ihrer Bereitschaft zur Umsetzung der Synodalbeschlüsse hängt jetzt fast alles. Bischof Bode ist den Weg der Erneuerung in seinem Bistum klar vorangegangen. Ich hoffe, dass ein noch zu findender Nachfolger diesen Weg konsequent weiter geht.“

Söding wertschätzt auch das konkrete Engagement Bodes in den zurückliegenden dreieinhalb Jahren: „Mit seinem Engagement als Vorsitzender des Forums ‚Frauen in Diensten und Ämtern in der Kirche‘ saß er selbst im Maschinenraum des Synodalen Wegs und hat sich in die Entstehung der Beschlusstexte eingebracht. Das zeigt, wie intensiv er für einen Erfolg des Synodalen Wegs eingetreten ist. Die Initiative aus den Reihen der Synodalversammlung, sich im März mit der individuellen Verantwortung im Missbrauchskomplex der katholischen Kirche stark auseinanderzusetzen und sie in die Aktion ‚verantwort:ich‘ im Frankfurter Dom münden zu lassen, hat Bischof Bode von Anfang an aktiv begleitet und geprägt.“

Montag, 27. März 2023

104. Deutscher Katholikentag 2026 an Himmelfahrt in Würzburg

Der 104. Deutsche Katholikentag wird vom 13. bis zum 17. Mai 2026 in Würzburg stattfinden. Das hat der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) jetzt beschlossen. Auf diesen Termin hatten sich die beteiligten Akteure - das ZdK, das Bistum Würzburg und die Stadt Würzburg - zuvor verständigt.

Die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp, äußerte die Hoffnung, dass sich 2026 schon ein genaueres Bild von den Errungenschaften des Synodalen Wegs und dem Stellenwert der katholischen Zivilgesellschaft abzeichnen werde. „Der Katholikentag soll weiterhin ein Ort wichtiger Debatten zwischen Kirche, Politik und Gesellschaft sein, der Freude und Zuversicht ausstrahlt.“

Der gastgebende Bischof von Würzburg, Dr. Franz Jung, sieht den 104. Deutschen Katholikentag als Chance für das Bistum Würzburg, Menschen für den christlichen Glauben zu begeistern und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Sein Dank gilt dem ZdK und der Stadt Würzburg für die gemeinsame Abstimmung des Termins rund um Christi Himmelfahrt 2026. „Herzliche Einladung zum Fest der Gemeinschaft und des Glaubens, der Vielfalt und des Diskurses. Das Bistum Würzburg freut sich auf den Katholikentag in der Stadt des heiligen Kilian.“

Oberbürgermeister Christian Schuchardt erwartet von diesem Fest der Begegnung und des Austausches im Geist des Evangeliums auch als Stadtgesellschaft wertvolle Impulse für ein friedliches und geschwisterliches Miteinander. „Würzburg heißt als weltoffene und gastfreundliche Frankenmetropole schon jetzt alle Gäste des 104. Katholikentages herzlich willkommen.“

Katholikentage werden vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken, das die Lai:innen in der Katholischen Kirche vertritt, veranstaltet. Das ZdK kooperiert dabei mit dem jeweiligen gastgebenden Bistum. In den fünf Tagen geht es um gesellschaftliche Fragen, Politik und Kirche. Der nächste Katholikentag findet vom 29. Mai bis zum 2. Juni 2024 in Erfurt statt, bevor es dann turnusgemäß zwei Jahre später 2026 nach Würzburg geht.

Donnerstag, 30. März 2023

Katholischer Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Erster Preis geht an die katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt

Am 14. Juni 2023 wird zum fünften Mal der Katholische Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verliehen. In diesem Jahr findet die Preisverleihung in Dresden statt. Erstmals zeichnen die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) gemeinsam Initiativen

und Projekte aus. Der mit 5.000 Euro dotierte erste Preis geht an das Projekt „Kirche für Demokratie. Verantwortung übernehmen – Teilhabe stärken“ der Katholischen Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt.

Den zweiten Preis (3.000 Euro) erhält der Bund der St. Sebastianus Schützenjugend für das Projekt „Schützen gegen Rechts“. Das Erzbischöfliche St. Ursula-Gymnasium im bayerischen Lenggries wird für „Mädchen für Migranten“ mit dem dritten Preis (2.000 Euro) ausgezeichnet. Insgesamt haben sich 39 Institutionen um den Preis beworben.

Der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz und Co-Vorsitzende der Jury, Erzbischof Dr. Stefan Heße (Hamburg), erläutert das Votum der Jury: „Wir zeichnen Leuchtturmprojekte katholischen Engagements gegen Rassismus aus. Die zahlreichen interessanten Bewerbungen und Vorschläge zeigen die Vielfalt in der Auseinandersetzung mit Rassismus und im Einsatz für die Menschenwürde. Wir hatten die Qual der Wahl. Die Preisträger mussten unter vielen außergewöhnlichen Projekten und außergewöhnlichen Menschen ausgewählt werden.“

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK und ebenfalls Co-Vorsitzende der Jury, sagt: „Ich freue mich, dass wir mit einer Schule, einem Jugendverband sowie der Erwachsenenbildung drei würdige Preisträgerinnen und Preisträger auszeichnen können, die sehr unterschiedliche Akzente setzen. Antirassismus bleibt ein kirchlicher Auftrag, der historische Aufarbeitung, tatkräftigen Einsatz und Haltung erfordert.“ Das ZdK unterstreiche damit die eigene Verantwortung: „Mit einem gemeinsamen Auftreten aller zivilgesellschaftlich organisierten Initiativen und Organisationen können wir zeigen, dass für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserem Land kein Platz ist.“

Erster Preis (5.000 Euro): Katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt – Projekt „Kirche für Demokratie. Verantwortung übernehmen – Teilhabe stärken“

Das Projekt entfaltet seit 2013 eine breite Wirkung in die Gesellschaft Sachsen-Anhalts hinein. Dabei wurden bisher 20 Ehrenamtliche zu Demokratieberaterinnen und -beratern ausgebildet, die sich an ihren Arbeitsplätzen und in katholischen Organisationen gegen Diskriminierung und Rassismus engagieren.

Sie werden in Schulungen und Argumentationstrainings kontinuierlich weitergebildet. Gestärkt durch diese Ausbildung entstehen so im ganzen Bistum Magdeburg Beratungsangebote und lokale Initiativen gegen Rassismus und für den Frieden, die gerade auch in den ländlichen Regionen des Bistums wirken. Zielgruppe der Angebote des Projekts sind Engagierte in katholischen Organisationen der Region. Mit hohem haupt- wie ehrenamtlichem Einsatz ist es gelungen, über Jahre hinweg ein stabiles Netzwerk engagierter Demokratinnen und Demokraten aufzubauen, die mit einem vielfältigen Bildungs- und Beratungsangebot Unterstützung erfahren. Durch das Engagement in der ökumenischen „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus“ berät das Projekt inzwischen auch bundesweit katholische Initiativen, die sich gegen Rassismus und Rechtspopulismus engagieren. Ein Lern- und Malbuch zur Vielfalt, das Projektmitarbeitende entwickelten, wurde zu einem beliebten Material für Grundschulen. Das Projekt besticht auch durch den kritischen Blick auf Rassismus in kirchlichen Strukturen.

Zweiter Preis (3.000 Euro): Bund der St. Sebastianus Schützenjugend – „Schützen gegen Rechts“

Der Bund der St. Sebastianus Schützenjugend grenzt sich klar gegen Versuche rechtspopulistischer und -extremistischer Vereinnahmung des Schützenwesens ab. Über Jahre wurden die Aktivitäten der Schützenjugend in einem bundesweiten Arbeitskreis gebündelt und das Thema wurde auf allen Ebenen

eingebracht. Das alte Leitmotiv der St. Sebastianus-Schützen „Glaube – Sitte – Heimat“ wird inklusiv verstanden und nicht einem rechten Diskurs überlassen. Besonders hervorzuheben ist eine ausführliche, kreative Arbeitshilfe, die politikwissenschaftlich fundierte Informationen, praktische Tipps für Aktionen oder Gruppenstunden und ein Gottesdienst-Konzept enthält. Originalität beweist die Schützenjugend auch mit der „Erste-Hilfe-Dose“ gegen Rechts.

Dritter Preis (2.000 Euro): „Mädchen für Migranten“ – Erzbischöfliches St. Ursula-Gymnasium Lenggries

Seit etwa 14 Jahren gibt es am Erzbischöflichen St. Ursula-Gymnasium Lenggries das Integrationsprojekt „Mädchen für Migranten“. Schülerinnen fragten, wie sich die italienische hl. Angela Merici, Gründerin der Compagnia di Sant’Orsola, aus der sich der Orden der Ursulinen entwickelte, in Bayern und Deutschland heutzutage ohne ein Wort Deutsch zurechtfinden könnte. Sie entwickelten daraufhin zunächst eine Hausaufgabenbetreuung für Kinder mit Migrations- und Fluchterfahrungen. Dazu wurden Grundschulen der Region kontaktiert, an denen Gymnasiastinnen als Integrationshelferinnen wirkten. Im Laufe der Zeit entstand ein Netzwerk, das auch größere Projekte umsetzen und unterstützen kann. Die Zusammenarbeit umfasst mittlerweile nicht nur Schulen, sondern auch Akteurinnen und Akteure der Integrationsarbeit der Region, Helfendenkreise für Geflüchtete, Kommunen und Kirchengemeinden. Es werden Veranstaltungen und Aktionen mit gesellschaftlich-politischem Anspruch durchgeführt, um Integration zu fördern und das interkulturelle und interreligiöse Verständnis zu verbessern.

Hintergrund

Auf Anregung ihrer Migrationskommission hat die Deutsche Bischofskonferenz seit 2015 alle zwei Jahre den Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verliehen. Seit 2022 wird der Preis von der Deutschen Bischofskonferenz und dem ZdK gemeinsam getragen. Mit dem Preis werden Personen und Gruppen ausgezeichnet, die sich in Deutschland aus dem katholischen

Glauben heraus im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bzw. für ein respektvolles Zusammenleben von Menschen engagieren. Der Preis soll dazu beitragen, das kirchliche Zeugnis gegen jede Form der Menschenverachtung zu stärken.

Die Mitglieder der Jury sind:

Reem Alabali-Radovan, Staatsministerin, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Dr. Emeka Ani, Psychotherapeut, Vertreter der katholischen Gläubigen anderer Muttersprachen und Riten im ZdK

Prof. Dr. Michelle Becka, Professorin für christliche Sozialethik an der Universität Würzburg

Erzbischof Dr. Stefan Heße, Co-Vorsitzender der Jury, Erzbischof von Hamburg, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz und deren Sonderbeauftragter für Flüchtlingsfragen

Franziska Hoppermann MdB, CDU, Mitglied des Deutschen Bundestages für Hamburg

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Professor für Theologische Ethik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, Mitglied des Deutschen Ethikrats
Franziska Schubert MdL, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag

Dr. Irme Stetter-Karp, Co-Vorsitzende der Jury, Präsidentin des ZdK

Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes

Hinweise:

Weitere Informationen zum Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind unter <https://www.dbk.de/katholischer-preis-gegen-fremdenfeindlichkeit> verfügbar.

Dienstag, 4. April 2023

Synodaler Ausschuss nimmt im November Arbeit auf

Nachdem im März weitere 20 Mitglieder von der Synodalversammlung in den Synodalen Ausschuss gewählt wurden, steht nun der Termin für die konstituierende Sitzung fest. Diese wird vom 10. bis 11. November 2023 in Essen stattfinden.

Der Synodale Ausschuss besteht entsprechend dem von der Synodalversammlung beschlossenen Handlungstext Synodalität nachhaltig stärken aus den 27 Diözesanbischöfen, 27 vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und weiteren 20 anschließend von der Synodalversammlung gewählten Mitgliedern. Nachdem diese Wahl am 11. März 2023 durch die Synodalversammlung erfolgt ist, ist der Synodale Ausschuss in seiner Zusammensetzung nun komplett.

Die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Irme Stetter-Karp, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing, die den Synodalen Ausschuss leiten, gratulieren den Mitgliedern herzlich und danken für die Bereitschaft, an diesem nächsten Schritt auf dem Synodalen Weg mitzuwirken.

Hinweise: Die Liste der Mitglieder des Synodalen Ausschusses ist als PDF-Datei im Anhang sowie unter www.synodalerweg.de verfügbar. Den Handlungstext Synodalität nachhaltig stärken finden Sie unter www.synodalerweg.de in der Rubrik [Beschlüsse und weitere Texte](#).

Donnerstag, 20. April 2023

„Friedensordnung bereits im Krieg vorbereiten“: Deutsche Kommission Justitia et Pax und ZdK fordern Schritte zu einer neuen Sicherheitsarchitektur

Welche Folgen hat der Krieg in der Ukraine für Europa und seine Sicherheitsarchitektur? Darüber diskutierte am Mittwochabend ein digitales Podium auf Einladung von Justitia et Pax und Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Annegret Kramp-Karrenbauer, der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments Dr. Othmar Karas, Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ und Kathrin Vogler (Die Linke) hatten differenzierte Antworten.

Fast vierzehn Monate dauert die militärische Eskalation Russlands in der Ukraine bereits an. Der Krieg kostet unzählige Menschenleben, verletzt das Völkerrecht, bedroht die staatliche Integrität und erschüttert die Sicherheitsordnung Europas. Bischof Heiner Wilmer, Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax, sprach von einem „Paradigmenwechsel vor der Haustür“. Dieser Paradigmenwechsel dürfe aber nicht dazu verleiten, ein Feindbild aufzubauen: „Russland ist ein Teil von Europa.“ Es könne nicht nur um die Frage gehen, wie die Ukraine den Krieg gewinne, sondern entscheidend sei: „Wie kommen wir zu einer neuen Friedensordnung?“

Annegret Kramp-Karrenbauer, Sprecherin des ZdK-Sachbereichs „Nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung“, forderte „mehr europäische Zusammenarbeit“. So müssten die europäischen Staaten „mehr in die NATO einbringen, als das bisher der Fall ist“. Zur künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur gehöre aber auch, die nationalen Interessen nicht aus den Augen zu verlieren. Emmanuel Macrons Forderung nach mehr europäischer Souveränität dürfe nicht vergessen machen, „dass die Souveränität eines Landes auch zu den europäischen Werten gehört“.

Kathrin Vogler, Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion Die Linke, sagte, sie werde allerdings „misstrauisch bei Wertebündnissen. In Wahrheit geht es doch um gemeinsame Interessen von Bündnispartnern.“ Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments, forderte eine „europaweite Debatte über Verteidigungspolitik“. Er stellte fest: „Wir haben den Systemunterschieden zu lange keine Bedeutung beigemessen. Wäre die Ukraine Mitglied der NATO gewesen, dann wäre sie nicht angegriffen worden. Die Erweiterung der EU und der NATO ist wichtig. Sie tut der Sicherheit in Europa gut.“

Kathrin Vogler forderte, dass die Suche nach einer künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur auch berücksichtigen müsse, Geflüchtete an den EU-Außengrenzen nicht mehr als Gefahr für die Sicherheit Europas zu betrachten. Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur müsse auch eine neue Flüchtlingspolitik beinhalten. Wer wolle, dass sich Menschen gar nicht erst auf die Flucht begäben, müsse bereit sein, Demokratie- und Freiheitsbewegungen andernorts zu unterstützen: „Auch aus Russland flüchten Menschen, die mit der Politik Putins nicht konform gehen. Wir müssen wahrnehmen, welche Verantwortung wir dafür tragen, dass Oppositionelle unterstützt werden. Da hat die Bundesregierung versagt.“

Othmar Karas lenkte den Blick auf den Zusammenhang zwischen Politik und Religion. Er könne sich im einem fatalen Machtbündnis wie dem zwischen Putin und Patriarch Kyrill zeigen. Es sei aber andererseits auch möglich, dass sich religiöse Player als Friedensstifter bewährten. „Wie halten wir es eigentlich mit der Religion?“, fragte Bischof Wilmer. „Für diese Frage müssen wir uns in Europa wieder öffnen.“

Alle Teilnehmenden der Diskussion waren sich einig darin, dass der Frieden schon im Krieg vorbereitet werden müsse. „Russland darf nicht gleichgesetzt werden mit Putin“, forderte Annegret Kramp-Karrenbauer. „Investition in die

Jugend, die Bildung, in die Zukunft“, forderte Othmar Karas. Bischof Wilmer berichtete von eigenen Erfahrungen mit dem Studium in Frankreich in den 1980er Jahren: „Solche Begegnungen schaffen Frieden.“ Sie taten es zu einer Zeit, als vielen Deutschen der älteren Generation Frankreich noch als Feind aus Kriegszeiten in Erinnerung war. Kathrin Vogler warnte „vor einer Sicherheitspolitik, die auf Militarisierung hinausläuft“. Vielmehr sei entscheidend, abzurüsten und auf eine starke Diplomatie zu setzen. „Eine Friedensordnung findet man nur mit Russland.“

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax hatte sich im März 2022 mit einer [Erklärung](#) zum Ukraine-Krieg positioniert. Das Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken verabschiedete im September 2022 den Beschluss [„Friedensethik in Kriegszeiten: Impulse für die Verteidigungspolitik der 20er-Jahre“](#).

Freitag, 28. April 2023

Sozialversicherung in Deutschland mitgestalten!

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ermutigt alle Versicherten der deutschen Sozialversicherungen, sich an den Sozialwahlen 2023 zu beteiligen. Peter Weiß, Bundeswahlbeauftragter für die Sozialversicherungswahlen und Berater des ZdK-Sachbereichs „Wirtschaft, Soziales, Digitalisierung“, sagt: „Die Sozialwahlen bieten die Chance, am Aufbau guter und leistungsfähiger Sozialversicherungen mitzuwirken. Das ist in unser aller Interesse – und im Interesse der Solidargemeinschaft.“

Bereits im Januar hatte der Hauptausschuss des ZdK begrüßt, „dass sich seine Mitgliedsorganisationen Kolpingwerk Deutschland und Katholische Arbeitnehmer Bewegung Deutschlands (KAB) zusammen mit ihren evangelischen Kolleginnen und Kollegen im Zusammenschluss der Arbeitsgemeinschaft

christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) seit vielen Jahrzehnten in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen in Deutschland engagieren“. Sie trügen so „Mitverantwortung für die Zukunft der sozialen Sicherungen“. Es seien „vor über 150 Jahren gerade Ideen aus der christlichen Soziallehre“ gewesen, „die dafür ausschlaggebend waren, dass in Deutschland die großen Lebensrisiken durch eine soziale Sicherung nach dem Versicherungsprinzip mit einer Selbstverwaltung in solidarischer Weise abgesichert wurden“, heißt es in dem [Beschluss](#).

Bis zum 31. Mai 2023 können 52 Millionen Wahlberechtigte in Deutschland mit ihrer Stimme die Selbstverwaltungsorgane der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen neu besetzen. Damit gehören die Sozialwahlen zu den größten demokratischen Wahlen in Deutschland – nach der Bundestags- und der Europawahl. Alle, die Beiträge zahlen oder gezahlt haben, erhalten hier die Möglichkeit, selbst ihre Sozialversicherung mitzugestalten und Mitverantwortung zu tragen. „Wer Sozialversicherungsbeiträge zahlt, soll auch ein Mitspracherecht darüber haben, wie diese Beiträge eingesetzt werden“, sagt ZdK-Generalsekretär Marc Frings. „Die Sozialwahl ist ein wichtiger Pfeiler der Demokratie. Zu oft noch wird sie unterschätzt. Das kann man bis zum 31. Mai mit seiner Stimme ändern.“

Samstag, 29. April 2023

„Wartet nicht!“ – Frauen zum Diakonat zulassen

Bereits seit 25 Jahren wird am „Tag der Diakonin“ gefordert, Frauen zum Diakonat zuzulassen. Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB), die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands – Bundesverband e.V. (kfd), das Netzwerk Diakonat der Frau und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) haben ihre langjährige Forderung nachdrücklich bekräftigt und zu Gottesdienst und Podiumsgespräch nach Frankfurt am Main eingeladen, dem Tagungsort des Synodalen Wegs.

Die heutige Veranstaltung stand unter dem Motto „Wartet nicht!“, eine Anspielung auf eine mutige Forderung der Schirmherrin des Tags der Diakonin, der Hl. Kirchenlehrerin Katharina von Siena an den damaligen Papst Gregor XI. Die vier veranstaltenden Organisationen sind überzeugt: Entschlossenes Handeln – erwachsen aus kritischem Dialog und ehrlicher Begegnung – ist im Anschluss an den Synodalen Weg auch heute in der Kirche dringend notwendig.

Agnes Wuckelt, stellvertretende kfd-Bundesvorsitzende stellte zum Ausschluss von Frauen fest: „Solange keine Frauen zu allen Diensten und Ämtern zugelassen werden, werden die Charismen von Frauen geschlechtsstereotyp bewertet und Berufungen von Frauen zu sakramentalen Ämtern als irrig erklärt. So wird Frauen immer wieder strukturelle und spirituelle Gewalt angetan. Es wird verhindert, dass die einzelnen Berufungen gelebt werden können, dieser Schatz bleibt der Kirche vorenthalten.“

KDFB-Präsidentin Maria Flachsbarth betonte: „Nur eine Kirche, in der sich Gerechtigkeit verwirklicht, ist eine glaubwürdige und zukunftsfähige Kirche. Christ*innen sind durch ihre Taufe und Firmung berufen, den Dienst an ihren Nächsten zu verwirklichen. Unabhängig von ihrem Geschlecht können sie gemeinsam das diakonische Profil der Kirche stärken.“

Ein Podiumsgespräch gab Frauen, die sich berufen wissen und denen das Weibamt verwehrt bleibt, das Wort. Sie betonten, dass sie nicht länger warten könnten und wollten, sondern endlich gemäß ihrer Berufung handeln wollten. Ergänzt wurden die beeindruckenden persönlichen Zeugnisse aus Deutschland durch internationale Stimmen. Dazu sagte ZdK-Vizepräsidentin Birgit Mock: „Es ist ermutigend, dass die Vision einer geschlechtergerechten Kirche keine rein europäische Hoffnung ist. Die internationalen Zeugnisse des heutigen Tages sowie die aus der Vorbereitung der Weltsynode zeigen uns, dass es in allen Kontinenten Forderungen nach mehr Partizipation von Frauen an den Diensten und Ämtern in der Kirche gibt. Gerechtigkeit für alle Geschlechter ist ein globales Thema.“

Gemeinsam forderten die veranstaltenden Organisationen die deutschen Bischöfe auf, sich in Rom und während der Weltsynode für die Öffnung des Diakonats für Frauen einzusetzen, nachdem sich die Synodalen – auch die Mehrheit der Bischöfe – während der letzten Versammlung des Synodalen Wegs für diese ausgesprochen haben.

Die Organisationen betonten während der Veranstaltung, dass sie neben der Öffnung des Diakonats für Frauen weiterhin die Öffnung aller Ämter für Frauen fordern. Irmentraud Kobusch, Vorsitzende des Netzwerks Diakonats der Frau, erklärte: „Wir sehen die Öffnung des Diakonats für Frauen als einen ersten, modellhaften Schritt hin zur vollen Teilhabe von Frauen an allen Diensten und Ämtern. Und als eine wichtige Etappe hin zu einem erneuerten, nicht-klerikalen Verständnis des sakramentalen Amtes.“

Freitag, 5. Mai 2023

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder warnt Kirche vor Rückzug Vollversammlung des ZdK hat in München begonnen

Mit einem Appell, die Gemeinschaft der Kirche zu stärken, hat sich der bayernische Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einem Grußwort an die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) gewandt. „Wir müssen die frohe Botschaft des Christentums wieder stärker nach außen tragen“, sagte er. „Die Arbeit der Laien ist dabei unersetzlich.“ Der Auslöser für den Synodalen Weg – der Missbrauchsskandal – müsse weiter die Gemüter beunruhigen: „Die Missbrauchsfälle müssen vollständig aufgeklärt werden. Grundsatz muss sein: Helfen, zuhören, Frieden stiften.“

Bayern unterstütze alle Opfer von Missbrauch und Gewalt und richte eine zentrale, unabhängige Anlauf- und Lotsenstelle ein. Das Christliche in der Gesellschaft dürfe nicht verschwinden. Lebensschutz, Caritas und das kirchliche

Bildungswesen seien präsenzte Zeichen. Er halte es für tragisch, wenn jetzt Bistümer ihre kirchlichen Schulen abwickelten. Ein Rückzug sei die falsche Reaktion auf Krisen und Finanzknappheit: „Das kann doch nicht der Weg der Kirche sein!“

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK, dankte dem bayerischen Ministerpräsidenten und versicherte: „Wir gehen auf dem Synodalen Weg um des Evangeliums willen“, die froh machende Botschaft sei immer Leitschnur. In ihrem anschließenden Bericht zu aktuellen Entwicklungen machte sie klar, wie sehr in kirchenpolitisch bewegten Zeiten darauf achtzugeben sei, sich nicht in der Kirche zu verlieren. Es gebe freilich zwingende Gründe, sich mit Kirchenreform, gelingender und misslingender Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs, mit den Abgründen der jüngsten Vergangenheit zu beschäftigen. „Wir erleben in den letzten Wochen eine Kirche, die auf mehreren Ebenen von Männern geprägt ist, die ihre Macht zementieren, Entwicklungen verweigern und die Gräben zwischen der Kirche und der Welt weiter vertiefen.“ Aus dem Vatikan kämen weiter kritische Stimmen zu den Reformanliegen des Synodalen Weges in Deutschland. „Wir stehen an einem Scheideweg“, sagte die Präsidentin. Jetzt gehe es darum zu beweisen, „dass diese Kirche ihrem Auftrag entsprechend eine Kirche für die Menschen sein kann“.

Die kirchenpolitische Agenda dürfe aber nicht vergessen machen, dass die organisierte katholische Zivilgesellschaft in Deutschland eine gesellschaftspolitische Aufgabe habe. Diese leide unter dem Glaubwürdigkeitsverlust der Kirche. Dennoch sei es möglich, Themen wie Menschenrechte, Selbstbestimmung, Wahrung menschlicher Würde im politischen Raum Gehör zu verschaffen. Ein Beispiel dafür sei das sich entwickelnde Selbstbestimmungsgesetz in Deutschland. Die Vollversammlung des ZdK hatte zu diesem Punkt im Dezember einen bahnbrechenden Beschluss gefasst. Auf dessen Basis sei es möglich, vonseiten des ZdK mit einer klaren Haltung pro Selbstbestimmung in die politischen

Gespräche zu gehen, sagte Stetter-Karp. „Ich gehe davon aus, dass das ZdK am Prozess der Verbandsanhörung beteiligt sein wird.“ Im Bundesfamilienministerium lägen aber auch weitere Themen, zu denen das ZdK eine klare Haltung habe: „Wir wollen eine Kindergrundsicherung, so schnell wie möglich. Wir wollen Respekt für das menschliche Leben in besonders sensiblen Phasen, am Anfang und am Ende des Lebens. Und wir sind bereit, dafür zu streiten.“

Die Präsidentin wies außerdem darauf hin, dass das ZdK sich neu und intensiv mit friedensethischen Fragen beschäftige. Der Krieg in der Ukraine sei deshalb Thema eines Podiums am heutigen ersten Tag der Vollversammlung. Auch der nächste Katholikentag in Erfurt 2024 stehe mit seinem Leitwort „Zukunft hat der Mensch des Friedens“ stark unter dem Eindruck einer seit Jahrzehnten nicht dagewesenen Lage in Europa: „Es gilt, den Frieden im Krieg vorzubereiten“, so Irme Stetter-Karp.

Freitag, 5. Mai 2023

„Zurück an den Verhandlungstisch“: ZdK-Vollversammlung diskutiert Visionen für die Ukraine

„Zwischen Krieg und Frieden: Ethik, Strategien und Visionen für die Ukraine“: Unter diesem Titel diskutierte die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) heute mit Expert*innen mögliche Wege zur Friedensfindung. Zwischen Plädoyers für weitere militärische Unterstützung und dem Wunsch nach einem schnellen Ende des Krieges stand die Frage im Raum: Wie ist eine Rückkehr an den Verhandlungstisch denkbar?

Auf dem Podium tauschten Prof. Dr. Carlo Masala, Leiter der Professur für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr in München, Clemens Ronnefeldt, Friedensreferent beim Internationalen Versöhnungsbund,

Dr. Andriy Mykhaleyko, Privatdozent am Lehrstuhl für Mittlere und Neue Kirchengeschichte an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Jamila Schäfer MDB, Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und zivile Krisenprävention, ihre Positionen aus. Moderiert wurde das Podium von Torsten Teichmann (Bayerischer Rundfunk).

Prof. Birgit Aschmann, ZdK-Sprecherin für ethische und politische Grundfragen, sagte: „Die nähere Vergangenheit gehört zu den strittigsten Fragen der aktuellen Politikdebatte. Hätte man den Krieg kommen sehen müssen? Welche Verantwortung ist den Politikern der Jahre vor der Zeitenwende anzulasten?“ Die Historikerin fuhr fort: „Gerade gestern habe ich noch mit einem guten Freund darüber gestritten, der nachweislich schon 2014 Zeichen an der Wand gesehen hatte und heute argumentiert, die deutsche Politik habe diese Zeichen vielen Warnungen zum Trotz nicht sehen wollen.“ Annegret Kramp-Karrenbauer, Sprecherin des ZdK für nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung, hatte zuvor in die Thematik eingeführt und von der „Notwendigkeit einer Friedensethik in Kriegszeiten“ gesprochen. Man müsse nun auf mehr europäische Zusammenarbeit setzen und über die aktuelle militärische Auseinandersetzung hinausdenken.

Im Zentrum der Diskussion stand das offensichtliche Dilemma, Frieden möglichst schnell zu wollen, aber militärische Unterstützung der Ukraine zu leisten. Was nach Jahrzehnten der Debatte um Frieden und Sicherheit in Deutschland und in Europa der Vergangenheit anzugehören schien, ist mit einem Krieg mitten in Europa seit Februar 2022 eine neue, eine aktuelle Frage.

Carlo Masala stellte heraus, dass „auf dem Schlachtfeld auch über die bessere Position am Verhandlungstisch entschieden“ werde. Deshalb müsse die Ukraine militärisch unterstützt werden. Nur so könne ein Verhandlungsfriede erreicht werden, der keinen Diktatfrieden Russlands bedeute. arbeitet werden, so Ronnefeldt.

Jamila Schäfer MdB betonte, dass der Ukraine humanitäre, finanzielle und militärische Hilfe geleistet werden müsse: „Putins imperialistischer Größenwahn muss gestoppt werden, damit Frieden einkehrt. Grenzen dürfen nicht mit Gewalt verschoben werden. Das ist das zentrale Prinzip einer pazifistischen Weltordnung.“

Wie ein Mit- und Nebeneinander möglich werden könne, beschäftigte Andriy Mykhaleiko. Das Ende des Krieges bedeute eben noch nicht automatisch den Übergang in eine friedliche Koexistenz Russlands mit der Ukraine: „Ohne eine tiefgreifende politische und gesellschaftliche Transformation Russlands werden wir weder in der Ukraine noch in Europa einen dauerhaften Frieden erreichen.“

Um diesen Frieden realisieren zu können, braucht es nach Clemens Ronnefeldt „eine breite internationale Unterstützung für einen Waffenstillstand, ein Ende des Blutvergießens und der Zerstörungen in der Ukraine, einen Rückzug der russischen Invasionstruppen sowie umfangreiche humanitäre Hilfe für die notleidende ukrainische Bevölkerung.“ Das Telefonat, das Xi Jinping jüngst mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyi geführt habe, gebe erstmals Hoffnung, dass verhärtete Muster aufbrechen könnten. Daran müsse weiter gearbeitet werden, so Ronnefeldt.

Das ZdK setzte sich durch das Podium und in der sich anschließenden Plenumsdebatte ein weiteres Mal kritisch mit den verschiedenen Perspektiven auf Krieg und Frieden auseinander. Das Präsidium des ZdK und der Arbeitskreis „Nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung“ hatten bereits im September 2022 erklärt, dass „Spannungsfeld zwischen dem Recht auf Verteidigung und dem Gebot der Gewaltlosigkeit“ sei für Christ*innen eine Herausforderung, die angenommen werden müsse. Auch der Katholikentag 2024 in Erfurt, den das ZdK veranstaltet, wird sich mit dem Thema prominent beschäftigen. Das Leitwort des Treffens lautet: „Zukunft hat der Mensch des Friedens.“

Freitag, 5. Mai 2023

„Wir brauchen die Wende jetzt“: ZdK sieht europäische Perspektiven auf dem Synodalen Weg

Wut, Zuversicht, Tatkraft: Die Haltung der ZdK-Mitglieder zum Fortgang des Synodalen Weges in Deutschland spiegelt sich in allen drei Begriffen. Rück- und Ausblick am Freitagnachmittag machten deutlich: Das in fünf Synodalversammlungen Erreichte ist vielen nicht genug. Von den deutschen Bischöfen erwarten sie klare Reformen in ihren jeweiligen Bistümern. An die Weltsynode, die im Herbst in Rom stattfinden wird, geht die Botschaft, die Kirche zukunftsfähig zu machen – mit Hilfe der katholischen Zivilgesellschaft.

„Wir erleben gerade eine Kirche, die auf mehreren Ebenen von Männern geprägt ist, die ihre Macht zementieren, Entwicklungen verweigern und die Gräben zwischen der Kirche und der Welt weiter vertiefen“, sagte ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp bereits am Morgen. Im Austausch mit Helena Jeppesen-Spuhler aus der Schweiz vertiefte sie diesen Gedanken am Nachmittag unter Moderation der ZdK-Vizepräsidentin Prof. Claudia Nothelle. „Klerikale Machtausübung muss ein Ende haben. Wir brauchen die Wende zur synodalen Kirche, und zwar weltweit. In Europa, aber auch auf anderen Kontinenten, haben die Katholik*innen in Deutschland Netzwerkpartnerschaften. Es ist wichtig, dass Rom wahrnimmt, dass wir keinen deutschen Sonderweg gehen. Wir sind mit vielen in Europa und weltweit gemeinsam unterwegs.“

„Ich danke dem ZdK für sein großes Engagement für die Kirchenreform“, sagte Jeppesen-Spuhler vom Schweizerischen Hilfswerk Fastenaktion. Sie hatte – wie Irme Stetter-Karp und der Vizepräsident des ZdK, Prof. Thomas Söding – an der Europäischen Synode in Prag teilgenommen. „Nicht nur die Kirche in der Schweiz hat vom Synodalen Weg gelernt und enorm profitiert. Durch die Übersetzung der Dokumente konnte in vielen Teilen der Weltkirche verfolgt

werden, was den Synodalen Weg beschäftigte. Der weltweite Reformprozess in der katholischen Kirche ist nicht mehr zu stoppen. Der synodale Weg der Kirche in Deutschland reiht sich in diesen Prozess ein, hat teilweise eine Vorreiterrolle übernommen. Es ist gut, dass wir europäisch und weltweit vernetzt zusammen weiter gehen, denn die kontinentalen Berichte der synodalen Versammlungen haben uns gezeigt, dass wir weltweit gemeinsame Anliegen haben. Daran sollten wir zusammen weiterarbeiten mit Weggefähr*innen aus allen Kontinenten.“

Prof. Thomas Söding, Vizepräsident des ZdK, machte Hoffnung auf Umsetzung der Synodalbeschlüsse. Es gebe keinen Weg an Veränderung vorbei: «Der Synodale Weg ist der Weg in die Zukunft: mehr Gemeinsamkeit bei Beratungen und Entscheidungen, neue Rollenbilder von Priestern, Verwirklichung der Frauenrechte, Überwindung der Verurteilung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität. Unsere Themen sind wichtig für die ganze Kirche.“ Entscheidend sei nun, Widerstände im Vatikan durch Kommunikation aufzulösen. „Dort scheint sich das Narrativ zu verfestigen, dass Synodalität gut, aber der deutsche Weg zur Synodalität gefährlich und falsch ist.“ Die deutsche Kirche könne und müsse zeigen, dass sie eine Kirche in Europa sei „und mit Millionen Christ*innen auf unsere Kontinent Veränderungen bewegen will. Wir sind keine Kirche des Sonderwegs“, so Söding, der jüngst Gespräche in verschiedenen vatikanischen Dikasterien führen konnte und an einer internationalen Tagung zur Synodalität an der Päpstlichen Universität Gregoriana teilgenommen hatte.

Die sich anschließende Debatte der ZdK-Vollversammlung am Freitagnachmittag machte deutlich, dass nach dem Ende der 5. Synodalversammlung und vor Beginn der Arbeit im Synodalen Ausschuss im November deutlich sichtbar wird, welche Aufgaben zu lösen sind. Teilnehmende berichteten von Widerständen in Diözesen bei der Umsetzung von Beschlüssen, andere von

erfolgreichen ersten Schritten. Dass der Synodale Weg nach mehr als drei Jahren auch in der Breite der Gemeinden ankommen müsse und es dafür großer Anstrengungen bedürfe, wurde ebenfalls festgestellt. Nachdenklich machte die Schweizerin Jeppesen-Spuhler mit dem Hinweis, dass die finanzielle Entscheidungsmacht in der Schweiz nicht bei den Bischöfen, sondern größtenteils bei den Laiengremien liege. Das mache die Kommunikation zwischen Bischöfen und Laien selbstverständlicher und im guten Sinne nötiger. Thomas Söding hatte zuvor in seinem Statement gefragt: „Warum ist es nicht längst Standard, dass über die Verwendung der Kirchensteuer diejenigen entscheiden, die sie zahlen?“

Samstag, 6. Mai 2023

„Wir stehen mit der Aufarbeitung noch am Anfang“: ZdK-Vizepräsident Wolfgang Klose zieht Bilanz des Missbrauchsskandals

Die Bilanz des „Arbeitskreises Aufarbeitung“ im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) macht deutlich: Sexueller Missbrauch in der katholischen Kirche erfordert anwaltschaftliches Engagement für die Betroffenen auf allen Ebenen. Dafür braucht es weiter ein kritisches Auge auf den Aufarbeitungsprozess der Kirche. Katholische Verbände und Organisationen müssen sich aber auch selbst der Aufarbeitung stellen.

„Das Augenmerk lag in den letzten Jahren vor allem auf der Implementierung einer professionellen institutionellen Präventionsarbeit“, sagte Wolfgang Klose, Vizepräsident des ZdK und Leiter des Arbeitskreises Aufarbeitung. Es sei deutlich erkennbar, „dass die Gremien des ZdK und auch die Menschen, die sich in den Strukturen des verfassten Laienkatholizismus engagieren, heute viel stärker für das Themenfeld Missbrauch, Prävention und Aufarbeitung sensibilisiert sind“. Gleichzeitig stehe „die Aufarbeitung in den Strukturen des Laienkatholizismus an vielen Stellen noch am Anfang“.

Die Ziele des Arbeitskreises, dessen Installierung die Vollversammlung im April 2021 beschlossen hatte, seien weitgehend erreicht. Dazu gehöre die erfolgreich laufende Zusammenarbeit mit Betroffenen, die Analyse und kritische Begleitung der Aufarbeitung in den Bistümern, der regelmäßige Austausch mit Verbänden und Räten zu Aufarbeitungsprojekten sowie die Entwicklung einer Agenda zum Schutz vor sexueller Gewalt und Sicherung des Kindeswohls. Insbesondere der Kontakt zur Politik sei intensiviert worden. Es bestehe „die Hoffnung, dass der Staat sich noch stärker engagiert und eine unabhängige kirchliche Aufarbeitung engmaschiger und konsequenter begleitet, unterstützt und vor allem kontrolliert“, sagte Klose. Der Generalsekretär des ZdK, Marc Frings, hatte dazu bereits am Vortag öffentlich formuliert: „Wir haben das Anliegen, ganz unmittelbar Paragraph 174c StGB um den Schutz vor sexuellem Missbrauch in Seelsorgebeziehungen zu erweitern – eine Forderung, die sich unmittelbar aus den Erfahrungen rund um den spirituellen Missbrauch ableitet.“

„Es scheint jetzt ein sinnvoller Zeitpunkt, um die anstehenden Aufgaben und Anliegen an die bestehenden Gremien bzw. die operative Arbeit des Präsidiums und des Generalsekretariats zu übergeben“, sagte Wolfgang Klose. Das Präsidium des ZdK werde in der kommenden Sitzung des ZdK-Hauptausschusses im Juni einen Vorschlag machen, wie das Thema fortan intensiv weiter bearbeitet werden könne. Fest stehe: „Es ist ein Hauptthema für uns, für die Arbeit des ZdK“, sagte Klose. Die Vollversammlung hatte zuvor in einer regen Debatte vehement dafür plädiert, das Thema Aufarbeitung zu einer unverändert herausragenden Aufgabe des ZdK zu machen.

Die Kontakte zur Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung, Kerstin Claus, seien gut und setzten den produktiven Austausch, den das ZdK-Präsidium bereits mit ihrem Vorgänger im Amt, Johannes-Wilhelm Rörig, hatte, fort, sagte Klose. Wichtig sei nun „eine gemeinsame Beratung mit der Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen zum Aufbau möglicher

übergeordneter Strukturen für die Aufarbeitung in den katholischen Verbänden und Organisationen“ und die weitere Unterstützung der Diözesanräte in ihrer kritischen Begleitung der Bistümer im Aufarbeitungsprozess.

Am Morgen hatten in einem von Johanna Beck moderierten Gespräch zwei Expert*innen für das Thema verdeutlicht, dass Missbrauch nur in einem Umfeld dauerhaft stattfinden könne, das durch Schweigen, Ko-Klerikalismus und Intransparenz gekennzeichnet sei. Helga Dill, Geschäftsführerin des Instituts für Praxisforschung und Projektberatung in München und für eine Studie im Bistum Essen verantwortlich, sagte: „Die Aufarbeitung ist nicht abgeschlossen, wenn das Gutachten in einem Bistum da ist. Dann geht die Aufarbeitung erst los.“ Es gehe dabei um die unmittelbar Betroffenen, aber auch um die Gemeinden. Sie hätten „ein Recht auf Aufklärung“, müssten aber auch ihre eigene Rolle reflektieren. „Es ist wichtig, die Demokratisierung in der Kirche voranzutreiben“, das ungute Nichthinterfragen der überhöhten Priesterrolle sei gefährlich. Stefan Tiefenthaler, Mitglied der Initiative Sauerteig, die sich als treibende Kraft in der Aufarbeitung engagiert, zeigte sich überzeugt: „Die Kirche kommt die nächsten Jahre mit diesem Thema nicht zur Ruhe.“

Die Vollversammlung des ZdK in München geht heute Mittag zu Ende. Sie hat sich nicht nur mit der Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs, sondern auch mit der Frage nach einer Friedensethik in Kriegszeiten sowie mit der Zukunft des Synodalen Weges in Deutschland und der Welt beschäftigt. Selbstbestimmung und Teilhabe in Gesellschaft und Kirche wurden als Grundanliegen bestärkt und eingefordert.

Dienstag, 9. Mai 2023

„Geflüchtete und Asylrecht schützen“ – ZdK mahnt in Migrationsdebatte Wahrung menschenrechtlicher Standards an

Vor dem morgigen Flüchtlingsgipfel fordert die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, die Menschenwürde Geflüchteter in den Mittelpunkt zu stellen. „Deshalb brauchen wir jetzt mehr Geld für die Kommunen, die die Menschen konkret aufnehmen und unterbringen. Es kann nicht bei der Verweigerung von zusätzlichen finanziellen Mitteln durch den Bund bleiben.“ Wichtig sei es zudem, dass Deutschland aus dem beständigen Krisenmanagement in der Asylfrage herauskomme. Das werde möglich, wenn sich Europa insgesamt bewege.

Die ZdK-Präsidentin würdigt zugleich die in jüngster Zeit erreichten politischen und gesellschaftlichen Erfolge im Umgang mit Migration: „Dass es in Deutschland gelungen ist, allein im vergangenen Jahr etwa 1,5 Millionen Menschen aufzunehmen, zeigt, dass gesamtgesellschaftlich sehr viel geleistet wurde und die Bereitschaft zur Aufnahme und Integration groß ist. Ich danke allen haupt- und ehrenamtlich Engagierten dafür, was sie geleistet haben und täglich weiter leisten. Nicht zuletzt den Engagierten in den Sozialverbänden, in den Kirchengemeinden und auch in der Verwaltung gebührt dafür hohe Wertschätzung.“

Marie von Manteuffel, migrationspolitische Sprecherin des ZdK, unterstützt die Präsidentin in ihrer Forderung nach menschenwürdiger Aufnahme Geflüchteter: „In den ersten Monaten dieses Jahres sind dreimal so viele Menschen über das Mittelmeer in die Europäische Union gekommen wie im Vorjahreszeitraum. Hunderte sind ertrunken. Das Sterben im Mittelmeer ist unerträglich und muss enden!“ Nicht nur die Erstaufnahmestaaten am Mittelmeer, sondern auch die deutschen Kommunen stünden vor der Herausforderung, die Unterbringung der Geflüchteten zu bewerkstelligen.

Es brauche daher dreierlei, so von Manteuffel: „Erstens müssen sich in Deutschland Bund, Länder und Kommunen auf einen verlässlichen finanziellen Rahmen einigen, der über die Krisenbewältigung hinausgeht und langfristig trägt. Dazu braucht es föderale Kompromissbereitschaft anstatt wechselseitiger Schuldzuweisungen. Zweitens muss ein Durchbruch in der Europäischen Union gelingen. Die dysfunktionale europäische Asylpolitik muss durch ein gerechtes Verfahren der Verteilung Geflüchteter ersetzt werden. Es muss einheitliche, zügige und menschenrechtskonforme Verfahren sowie klare Kriterien für die Umverteilung von Asylsuchenden geben. Die Menschenwürde darf dabei nicht zur Disposition stehen. Drittens braucht es eine Weltordnung mit starken multilateralen Organisationen, fairen Handelsbeziehungen sowie Nachhaltigkeit und Gemeinwohl im Zentrum des ökonomischen Handelns.“

„Fluchtbewegungen können wir nicht mit Zäunen stoppen“, sagt Stetter-Karp. „Es gilt, Fluchtursachen wie beispielsweise die Ernährungs- und Klimakrise entschlossen anzugehen.“

Dienstag, 23. Mai 2023

„Es wird ein Katholikentag für alle“: Werbelinie für Großveranstaltung in Erfurt 2024 vorgestellt

„Ab heute fährt die Katholikentags-Straßenbahn!“ Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), fuhr am Dienstag selbst mit der Bahn durch Erfurt. Zuvor war die Werbelinie des 103. Deutschen Katholikentags in einer Open-Air-Presskonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt worden. „Mir ist es ein großes Anliegen, dass dieser Katholikentag ein Katholikentag für alle wird“, sagte Stetter-Karp. „Die Bahn ist unsere erste große Einladung – gerade auch an die Menschen in Erfurt – bei diesem Katholikentag dabei zu sein.“ Die Bahn ist für 12 Monate unterwegs. So lange, bis der Katholikentag vom 29. Mai bis zum 2. Juni 2024 stattfindet. Sein Leitwort: „Zukunft hat der Mensch des Friedens.“

„Mit dieser Straßenbahn setzt sich der Katholikentag öffentlich sichtbar in Bewegung“, freute sich die Präsidentin. Das ZdK, das die Deutschen Katholikentage veranstaltet, setzt für das Gelingen der Großveranstaltung im kommenden Jahr auf die Zusammenarbeit mit dem gastgebenden Bistum Erfurt. Stetter-Karp hob die wichtige Kooperation in der Vorbereitung hervor: „Wir feiern diesen Katholikentag mit Tausenden von Christ*innen aus ganz Deutschland, mit Menschen anderer Religionen, mit internationalen Gästen und politischer Prominenz – der Bundeskanzler hat bereits fest zugesagt. Wir veranstalten ihn zugleich in einer Stadt, in der weniger als 20 Prozent der Bürger*innen getauft sind. Darunter sind die Katholik*innen eine einstellige Minderheit. Es ist also selbstverständlich, dass wir diesen Katholikentag nicht für uns und unter uns feiern!“

Der Erfurter Bischof Dr. Ulrich Neymeyr zeigte sich zuversichtlich, „dass diese Straßenbahn dazu beiträgt, den Katholikentag in Erfurt bekannt zu machen“. Bis zu 20.000 Teilnehmende werden Ende Mai 2024 aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet. „Dass unsere Werbung mit einer wichtigen Botschaft des Katholikentags – der des Friedens – auf einer Bahn unterwegs sein wird, freut mich besonders. Ich benutze dieses Verkehrsmittel häufig. Wie ich lieben die Erfurterinnen und Erfurter ihre Straßenbahn, weil sie sie zügig und umweltfreundlich befördert.“ Damit die Katholikentags-Straßenbahn „die Menschen sicher an ihr Ziel bringt“, erbat Bischof Neymeyr „Gottes Schutz und Segen“.

Marc Frings, Generalsekretär des ZdK, ging detailliert auf die Werbelinie ein, die von der Designagentur KD1 entwickelt wurde. „Die Symbol-Sprache ist ein Markenzeichen des Katholikentags geworden“, sagte er. „Die Symbole erinnern uns einerseits an Bekanntes, sie sagen: Das alles gehört zum Christsein. Die Bibel, die Taube, die Rose: Das sind Symbole der Hoffnung, des Glaubens und der Liebe. Andererseits wird dieses Bekannte verfremdet. Es entstehen Überraschungseffekte, die Lebendigkeit schaffen.“

Wichtig sei es dem Katholikentag zudem, das Leitwort in einen internationalen Kontext zu setzen. „Deshalb sehen Sie auf der Straßenbahn auch fremde Schriftzeichen. Wir sind sicher, dass es in Erfurt Menschen gibt, die diese Sprachen verstehen und vielleicht auch anderen übersetzen. Die sich z.B. freuen, wenn sie einsteigen und die Grußformel ‚Salam‘ lesen können, was Frieden heißt.“

Die Werbelinie des Katholikentags werde von nun an auch auf anderen Werbeträgern zu sehen sein: „Die Symbole werden Ihnen wiederbegegnen. Auf Fahnen, Plakaten, Flyern. Aber Sie werden sie auch im Internet finden, auf unserer Website katholikentag.de und auf den Social-Media-Kanälen des Katholikentags.“

Der 103. Deutsche Katholikentag findet vom 29. Mai bis 2. Juni 2024 in Erfurt statt. Sein Leitwort stammt aus den biblischen Psalmen. Es lautet: „Zukunft hat der Mensch des Friedens.“

Die digitale Pressemappe mit den vollständigen Statements ist unter katholikentag.de/digitale-pressemappe abrufbar. Ein Download der Kampagne ist unter katholikentag.de/downloads möglich.

Donnerstag, 1. Juni 2023

„Verantwortung übernehmen, nicht wegducken“ – ZdK appelliert an Bischöfe, Reformen zu finanzieren

„Wir erwarten, dass die deutschen Bischöfe den Reformprozess des Synodalen Weges fortsetzen“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. Das heute öffentlich gewordene Zögern einiger Bischöfe, den geplanten Synodalen Ausschuss mit den nötigen

Finanzmitteln auszustatten, sei irritierend. „Eine überwältigende Mehrheit der Bischöfe hat auf dem Synodalen Weg für den Synodalen Ausschuss gestimmt. Wortbruch macht die Glaubwürdigkeit kaputt“, warnte Stetter-Karp.

Offensichtlich habe das Misstrauen von Vatikanvertretern gegen den Synodalen Weg in Deutschland seine Wirkung getan. Es sei aber falsch, Vermutungen zu glauben, die mit der realen Arbeit nichts zu tun hätten. Weder werde der Synodale Ausschuss den Bischöfen schaden noch ihr Amt beschädigen. „Es geht um die Fortsetzung des erfolgreichen Weges, den wir zusammen mit den deutschen Bischöfen beschritten haben. Nur durch Reformen, wie wir sie in drei Jahren auf dem Synodalen Weg besprochen haben, können die Ursachen des Missbrauchsskandals nachhaltig bearbeitet werden. Die katholische Zivilgesellschaft will weitergehen, der Kirche eine Zukunft geben – gemeinsam mit den deutschen Bischöfen.“

Es zeige sich, so die ZdK-Präsidentin weiter, dass lange eingeübte Entscheidungsmechanismen auch in Finanzfragen neu beleuchtet werden müssten. Zuständig ist der Verband der Deutschen Diözesen (VDD), in dem die Bistümer ihre Gemeinschaftsaktivitäten gebündelt haben. Doch dessen oberstes Beschlussorgan ist personell identisch mit dem Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz. „Faktisch entscheiden also 27 Diözesanbischöfe darüber, ob der Synodale Ausschuss finanziert wird oder nicht. Und das, indem Einstimmigkeit das herrschende Prinzip ist. Das gibt jenen Macht in die Hand, die den Ausschuss nicht finanzieren wollen.“

Wolfgang Klose, Vizepräsident des ZdK und Mitglied im Verbandsrat des VDD, appellierte an die Bischöfe: „Verantwortung übernehmen, sich nicht wegducken – darauf kommt es jetzt an. Ich vertraue darauf, dass die Bischofskonferenz sich nicht von wenigen Bischöfen blockieren lässt in ihrem Anliegen, die Beschlüsse des Synodalen Weges jetzt konkret werden zu lassen.“

Mittwoch, 14. Juni 2023

„Rassismus widerspricht dem Geist Jesu“

Deutsche Bischofskonferenz und Zentralkomitee der deutschen Katholiken verleihen den fünften katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Die Deutsche Bischofskonferenz hat heute (14. Juni 2023) zusammen mit dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) den fünften Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Haus der Kathedrale in Dresden verliehen. Die Preisverleihung nahmen der Flüchtlingsbeauftragte und Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Stefan Heße, sowie die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp, vor. Beide stehen auch der Fachjury vor. Insgesamt drei Preisträger wurden für ihre außerordentlichen, vom christlichen Glauben getragenen Projekte geehrt.

Der mit 5.000 Euro dotierte erste Preis ging an die Katholische Erwachsenenbildung im Land Sachsen-Anhalt (Bistum Magdeburg) für das Projekt „Kirche für Demokratie. Verantwortung übernehmen – Teilhabe stärken“. Der zweite Preis (3.000 Euro) wurde dem Bund der St. Sebastianus Schützenjugend für sein Projekt „Schützen gegen Rechts“ verliehen. Den dritten Preis (2.000 Euro) erhielt das Erzbischöfliche St. Ursula-Gymnasium Lenggries für den Aufbau eines Betreuungsangebots von Schülerinnen des Gymnasiums für Kinder aus migrantischen Familien.

Bei der Verleihung betonte Erzbischof Heße die Notwendigkeit des Preises: „Vor dreißig Jahren erschütterten uns die Bilder von brennenden Asylbewerber-Unterkünften und anderen fremdenfeindlichen Taten in Solingen, Mölln oder Rostock-Lichtenhagen. Das waren nicht die ersten fremdenfeindlichen Taten nach dem Nationalsozialismus, und es waren nicht die letzten. Denken wir nur an Halle und Hanau und die Mordserie des sogenannten

Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU). Jede Tat ist eine zu viel und muss uns Mahnung sein, gegen jede Form des Rassismus aufzustehen!“ Er ergänzte: „Rassismus widerspricht dem Geist Jesu, der Botschaft des Evangeliums. Dennoch gibt es auch in unserer Kirche rassistische und fremdenfeindliche Stimmen. Auch denen treten wir mit diesem Preis entgegen.“

Den Blick in die Gegenwart richtete auch Dr. Irme Stetter-Karp: „Gerade in diesen Wochen merken wir, wie das Asylrecht infrage gestellt wird, wie auch die Rhetorik der AfD immer wieder aufs Neue bei vielen Menschen verfängt, wie wir Wehrhaftigkeit in unserer Demokratie neu lernen und unter Beweis stellen müssen.“ Sie hob hervor: „Die Menschen und Projekte, die wir heute mit dem Katholischen Preis gegen Rassismus ehren, sind Vorreiter einer Gesellschaft, die sich vom Rassismus befreit. Ich hoffe, dass ihre Vision Wirklichkeit wird. Und ich freue mich, dass Laienkatholizismus und Bischofskonferenz dieses herausragende Engagement gemeinsam würdigen.“

Bischof Heinrich Timmerevers (Dresden-Meißen) sagte in seiner Begrüßung: „Die Mehrheit der Menschen in Mitteldeutschland steht ein für Freiheit und Menschenwürde. Das haben die Menschen 1953 bewiesen. Das haben die Menschen 1989 bewiesen. Und das beweisen in unserem Landstrich Tag für Tag so viele Menschen und so viele Initiativen. Dafür bin ich dankbar. Wer die Freiheit liebt, muss die Verantwortung wagen!“ Für die Landesregierung betonte Katja Meier, Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung: „Wir nehmen derzeit ein Spannungsfeld zwischen Wertschätzung und Vertrauen in die Demokratie und großer Besorgnis um deren Werte wahr. Wir müssen uns den Problemen stellen, die für diese Sorge verantwortlich sind: Extremismus, die Eskalation von ‚Hate Speech‘ und menschenverachtender Hetze, und die Ausgrenzung von LSBTIQ* Menschen. Die Menschen, die wir heute mit dem fünften Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ehren, setzen all dem etwas entgegen: Sie schaffen Netzwerke, sie

laden ein zum Mitmachen, sie unterstützen Menschen mit Fluchtbiografien, leisten ehrenamtliche Hilfe, schaffen Zugänge zu Bildungs- und Beratungsangeboten und sie erheben ihre Stimme gegen rechte Hetze.“ Die Preisträger ständen für Respekt und Inklusion, und sie praktizierten ihren Glauben im Zeichen von Toleranz und Nächstenliebe. „Als sächsische Demokratieministerin und im Namen der gesamten sächsischen Staatsregierung danke ich diesen Menschen für ihr Engagement und spreche ihnen meine größte Hochachtung aus“, fügte sie hinzu.

In einem Podiumsgespräch zum Thema „Engagement für Demokratie und gegen Rassismus“ diskutierten Susanne Brandes, Projektleiterin der ersten Preisträgerinitiative 2023, Staatssekretär Sebastian Vogel (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt), Nilsson Samuelsson (Vorsitzender des Ausländerrates Dresden), Bürgermeister Jürgen Opitz (Heidenau) und Stephan Kupka von der Initiative Ostritzer Friedensfest (Preisträger 2021). Staatssekretär Vogel erklärte: „Wir alle – aber besonders wir, die wir in Politik, Verwaltung, Kirche und Gemeinwesen Verantwortung tragen – müssen die Gefahr rassistisch motivierter Anschläge und Angriffe sehr ernst nehmen. Arbeit gegen Rassismus beginnt damit, ausgrenzender Sprache, Hass und Hetze keinen Raum zu lassen. Ich wünsche uns allen den Mut, immer dort zu widersprechen, wo menschenverachtende Aussagen fallen. Und ich wünsche uns allen die Courage, in unserem täglichen Tun deutliche Zeichen zu setzen für einen respektvollen gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Hintergrund

Auf Anregung ihrer Migrationskommission verleiht die Deutsche Bischofskonferenz seit 2015 alle zwei Jahre den Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. In diesem Jahr wurde der Preis erstmals gemeinsam mit dem ZdK vergeben. Mit dem Preis werden Personen und Gruppen

ausgezeichnet, die sich in Deutschland aus dem katholischen Glauben heraus im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bzw. für ein respektvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft engagieren. Der Preis soll dazu beitragen, das kirchliche Zeugnis gegen jede Form der Menschenverachtung zu stärken. Im Jahr 2023 sind 39 Bewerbungen und Vorschläge bei der Jury eingegangen.

Hinweise:

Die Grußworte von Erzbischof Dr. Stefan Heße und Dr. Irme Stetter-Karp sowie von Bischof Heinrich Timmerevers finden Sie als PDF-Dateien in der Anlage sowie nach Ablauf der Sperrfrist unter www.dbk.de und www.zdk.de.

Kurzfilme über die ausgezeichneten Projektesowie Bilder von den Preisträgern stehen ebenfalls unter www.dbk.de zur Verfügung. Fotos von der Preisverleihung können für die Berichterstattung nach der Veranstaltung in der Bildergalerie dieser Pressemitteilung kostenlos heruntergeladen werden. Bitte die Copyright-Angaben beachten. Weitere Informationen zum Preis sind unter www.dbk.de/katholischer-preis-gegen-fremdenfeindlichkeit verfügbar.

Über die ausgezeichneten Initiativen informieren darüber hinaus:

- keb-sachsen-anhalt.de/kebprojekte/kirche-fuer-demokratie
- bdsj.de/projekte-aktionen/schuetzen-gegen-rechts
- sanktursula.net/ausgezeichnete-maedchen-fuer-migranten

Dienstag, 20. Juni 2023

Synodaler Ausschuss: ZdK begrüßt Willen zur „alternativen Finanzierung“

„Die gute Nachricht ist: Der Synodale Weg geht weiter. Die erste Sitzung des Synodalen Ausschusses soll wie vorgesehen am 10./11. November stattfinden. Nichts anderes haben wir erwartet“, sagt Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). „Die heute aus dem Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz bekannt gegebene Tatsache, dass vier Bischöfe den weiteren Gang nicht mitfinanzieren möchten, kann uns von Reformen nicht abhalten.“

„Veränderung muss organisiert werden“, so Stetter-Karp weiter. „Es wäre schlicht undenkbar, dass die konsequente Weiterarbeit auf dem Synodalen Weg am Geld scheitern sollte. Deshalb begrüße ich es sehr, dass trotz des Unwillens von vier Bischöfen, sich den operativen Konsequenzen aus fünf Synodalversammlungen zu stellen, der Ständige Rat das Signal gibt: Es geht weiter! Einer großen Mehrheit der Bischöfe ist es wichtig, dass die Beschlüsse aus den Synodalversammlungen der zurückliegenden drei Jahre so bald wie möglich umgesetzt werden. Dazu zählt nicht nur aus Sicht des ZdK die Arbeit im Synodalen Ausschuss. Der Ständige Rat hat erklärt, es müsse und werde nun nach einem alternativen Finanzierungsmodell gesucht werden.“

Die ZdK-Präsidentin erinnerte an den Beginn des Synodalen Weges: „Es waren die Bischöfe, die 2019 in Einigkeit das ZdK gebeten haben, mit Ihnen diesen Weg zu beginnen. Angesichts des unfassbaren Missbrauchsskandals in den Reihen der Kirche sind wir gemeinsam mit dem Anspruch gestartet, Umbruch und Erneuerung zu organisieren. Offenbar fehlt es bei einzelnen Diözesanbischöfen an Ernsthaftigkeit.“ Präsidium und Hauptausschuss des ZdK würden sich noch diese Woche mit dem Ergebnis aus dem Ständigen Rat befassen, so

Stetter-Karp weiter. „Dass eine einstimmige Zustimmung zur Finanzierung des Synodalen Ausschusses dort nicht möglich war, zeigt, dass die ungeteilte Verfügungsgewalt über die Kirchensteuer in den Händen der Bischöfe mit dem heutigen Tag eine Zäsur erfahren hat. Es ist an der Zeit, dass das Kirchenvolk und die Bischöfe endlich gemeinsam über Prioritäten und Verteilungen beraten und dann auch entscheiden.“

Mittwoch, 21. Juni 2023

ZdK-Präsidentin sieht in Arbeitspapier für Weltsynode „gute Grundlage der Beratungen“

„Das gestern vorgestellte Arbeitspapier für die Weltsynode greift wichtige Fragen der Gegenwart auf. Darüber freue ich mich“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. „Die Schlüsselbegriffe der Synode lauten Gemeinschaft, Sendung und Teilhabe. Aus Sicht des ZdK ist es gut, dass Papst Franziskus mit seiner vor wenigen Wochen bekannt gewordenen Entscheidung, auch 70 Laien bei der Weltsynode Sitz und Stimme zu geben, ein wichtiges Signal gesetzt hat, das Veränderungen einleiten könnte. Gemeinsame Beratungen und Entscheidungen sind die Zukunft der Kirche.“

Der geplante Wechsel von Plenarsitzungen und Gruppenarbeiten sei vielversprechend, so Stetter-Karp. Ebenso gehe man im Vatikan offenbar das Thema Synodalität wirklich an. So werde darüber beraten, wie Gemeinschaft in einer synodalen Kirche genährt und die Fragen der Ortskirchen zu Fragen der Weltkirche werden könnten. Es freue sie auch, dass die Notwendigkeit erkannt sei, das ökumenische Engagement zu stärken und den Dialog der Religionen weiterzuentwickeln. „Wir leben in einer vielfältigen Welt. Teilhabe ist überall ein Thema, und so kann es nicht verwundern, dass Teilhabe für Katholik*innen

in ihrer Kirche auch ein großes Thema ist. Sie muss bei dieser Weltsynode konkret werden.“ Die ZdK-Präsidentin verwies darauf, dass deutlich zu spüren sei, wie sehr die offenen Fragen an den Gewohnheiten und Lehren der Kirche rüttelten. „Es wird zum Beispiel deutlich gesagt, dass die Teilhabe von Frauen verbessert werden müsse. Aber im Arbeitspapier ist noch kein Durchringen zu erkennen, Frauen den Zugang zu allen Diensten und Ämtern der Kirche zu ermöglichen. Dafür ist es nötig, dass es bei der Weltsynode zu einer offenen Debatte in dieser Frage kommt.“

Stetter-Karp ist zuversichtlich, dass die Ergebnisse der vorausgegangenen Beratungen in den Ortskirchen sowie auf der kontinentalen Etappe der Weltsynode in Rom wahr- und ernstgenommen werden. „Im Arbeitspapier heißt es, eine synodale Kultur und Spiritualität sei nötig. Diese wird aber dazu führen, auch eine synodale Struktur der Kirche neu zu beleben. Sie gehört ja zur Geschichte der Kirche. Sie ist dem Katholischen nicht fremd. Ich denke, es ist an der Zeit, sie wieder zu entdecken.“

Freitag, 23. Juni 2023

NGO-Vertreter und ZdK einig: Einsatz für Menschenrechte weltweit muss verstärkt werden

Wenzel Michalski, Deutschland-Direktor von Human Rights Watch, hat das ZdK aufgefordert, in politischen Gesprächen immer wieder auf die Menschenrechtsfrage hinzuweisen. „Die Menschenrechte stehen weltweit unter enormem Druck. Es gibt mehr Länder, in denen sie missachtet werden, als Länder, die sie wertschätzen.“ Michalski sprach am Freitag in der Sitzung des Hauptausschusses des ZdK.

Russlands Überfall auf die Ukraine zeige augenfällig, dass es auch wirtschaftlich kein Erfolg sei, Menschenrechte hintanzustellen: „Mit dem Handel kommt der Wandel? Diese Hoffnung hat sich als Irrglaube erwiesen. Jahrzehnte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland haben nicht dazu geführt, eine menschenrechtlich grundierte Politik hervorzurufen.“ Nun müsse eine enge wirtschaftliche Verbindung zwischen Deutschland und Russland zurückgenommen werden – um den Preis stark gestiegener Energiekosten, technologischer Probleme und den Preis von Lieferengpässen. „Vor allem aber sterben Menschen an der Front, die allgemeine Kriegsgefahr ist so groß wie seit der Kubakrise nicht und Meinungsfreiheit und Demokratie werden in Russland stärker unterdrückt denn je.“

Daraus sei zu lernen, dass dieser Fehler nicht wiederholt werden dürfe. Doch er werde wiederholt. Michalski machte dies beispielhaft deutlich an den Beziehungen zu Indien, wo mit Narendra Modi ein hindu-nationalistischer Politiker als Ministerpräsident agiere: Die menschenrechtlich dramatische Lage der Muslim*innen in Indien werde ausgeklammert, um das eingebrochene Russland-Geschäft durch florierenden Handel mit Indien wettzumachen. Aus wirtschaftlichen Gründen würden Doppelstandards in der Menschenrechtsfrage nicht konsequent angegangen. „Andere Länder, etwa in Afrika, beobachten das genau. Sie prangern diese Doppelstandards an – und sehen keinen Grund, warum sie nun keine Geschäfte mit Russland machen sollten.“

Michalski forderte das ZdK auf, sich in Gesprächen mit Politiker*innen immer wieder für die Menschenrechte stark zu machen und international auf einheitliche Standards zu drängen. „Menschenrechte sind der Kern der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik.“

Die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp, dankte Michalski und wies darauf hin, dass dem ZdK als Stimme der katholischen Zivilgesellschaft die Förderung der Menschenrechte seit Langem am Herzen liege.

Über die katholischen Hilfswerke werde weltweit auf die Einhaltung von Menschenrechten gedrängt. Gleichzeitig versuchten die Hilfswerke, die Folgen der Missachtung dieser Rechte zu lindern.

Dazu gehörten vor allem Hunger, Mangel an medizinischer Versorgung und Bildungsgerechtigkeit. Birgit Mock, Vizepräsidentin des ZdK, fügte hinzu: „Jahrelang haben wir uns außerdem für ein gerechtes Lieferkettengesetz in Deutschland und der Europäischen Union stark gemacht. Wir sind froh, dass es nun existiert. Es gibt Millionen Menschen eine neue Perspektive und wird hoffentlich für gerechtere Arbeitsbedingungen weltweit sorgen.“ Stetter-Karp wies auf den 103. Deutschen Katholikentag in Erfurt im kommenden Jahr hin. „Wir werden dort die globale Bedrohung der Demokratie diskutieren. Die Angriffe auf die Demokratie – in Deutschland und weltweit – sind faktisch auch Angriffe auf die Menschenrechte. Wir müssen gemeinsam dagegen aufstehen.“

Mittwoch, 28. Juni 2023

ZdK-Präsidentin: „Kirchenaustritte sind Zeichen für eklatante Krise – und drängen zum Wandel“

„Traurig, aber wenig überrascht“ zeigt sich die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) über die aktuelle Kirchenstatistik, die heute von der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) veröffentlicht wurde. „Über 520.000 Menschen haben die Kirche 2022 verlassen. Diese Zahl spricht eine eindeutige Sprache“, sagt Dr. Irme Stetter-Karp. „Die Kirche hat Vertrauen verspielt, besonders stark durch den Missbrauchsskandal. Sie zeigt sich aber aktuell auch nicht entschlossen genug, Visionen für eine Zukunft des Christseins in der Kirche umzusetzen.“

„Auch drei Jahre auf dem Synodalen Weg können diesen Trend nicht umkehren, wenn es nun an der operativen Umsetzung hapert“, so Stetter-Karp weiter. „Die eklatante Krise drängt zum Wandel. Wir brauchen dringend Reformen in der Kirche. Es ist beschämend, dass wir nun innerkirchlich darum kämpfen müssen, dass es überhaupt weitergeht“, fügt sie mit Blick auf die nicht gesicherte Finanzierung des Synodalen Ausschusses an.

„Wir brauchen aber auch dringend glaubwürdige Antworten auf die Fragen, die Menschen heute berühren. Dazu gehören Fragen nach dem Sinn des Lebens, nach dem Umgang mit Trauer und Leid und nach Frieden und Gerechtigkeit in einer Welt voller Gewalt. Viele machen krasse Erfahrungen mit Ungerechtigkeit und mangelndem Respekt vor der Menschenwürde.“ Stetter-Karp ist überzeugt: „Wer Antworten sucht, hofft auf Menschen, die begründete Hoffnung auf Veränderung geben. Aber eine Kirche im Dauertief mit Personal in der Dauerkrise ist wenig attraktiv für Suchende.“

Stetter-Karp sieht auch in der aktuellen Zunahme kirchlicher Trauungen keinen Trend zur Umkehr der Verhältnisse. „Hier holen Menschen, die schon länger entschlossen waren, kirchlich zu heiraten, nach, was ihnen die Corona-Zeit verwehrte. Dieser Trend zu mehr Trauungen wird voraussichtlich langfristig nicht anhalten.“

Die ZdK-Präsidentin hält „Christsein mit Zukunftsvision“ für den Weg, der jetzt zu gehen ist. „Diese Herausforderung müssen wir als Mitglieder der Kirche und als Menschen annehmen. Christsein ist eine Entscheidung. Sie ist nicht davon abhängig, ob ich damit Erfolg habe. Sie ist davon abhängig, ob ich Jesu Beispiel folgen, Grenzen zwischen Menschen überspringen möchte, ob ich Nächstenliebe üben will und ob der Glaube an Veränderung mich trägt.“

Donnerstag, 29. Juni 2023

„Muslimfeindlichkeit geht uns alle an“: ZdK fordert mehr Empathie für Betroffene

Muslimfeindlichkeit ist in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht, den der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (UEM) heute dem Bundesinnenministerium übergeben hat. „Es ist auch Aufgabe christlicher Gruppen und kirchlicher Einrichtungen, dem entgegenzuwirken“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. „Wir brauchen eine klare Solidarität mit den Betroffenen.“

„Der Bericht zeigt, dass jede*r Zweite in Deutschland muslimfeindlichen Aussagen zustimmt. Damit ist klar, dass dies kein Phänomen am rechten Rand ist, sondern uns alle betrifft“, so die Präsidentin weiter. „Hier wird eine Gruppe als ‚anders‘ abgestempelt. Ihr werden rückständige und bedrohliche Eigenschaften zugeschrieben. Es ist offensichtlich, dass Muslimfeindlichkeit und Rassismus zusammen gedacht werden müssen.“ Abwertungen und Anfeindungen gehörten zum Alltag. „Das darf nicht so bleiben. Diese Haltung bedroht Menschen. Und sie bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft.“

Prof. Anja Middelbeck-Varwick, Vorsitzende des Gesprächskreises Christen und Muslime beim ZdK und Mitglied des UEM, erklärt: „Muslimfeindlichkeit in Deutschland beginnt nicht erst dort, wo Moscheen verwüstet oder Hassrede im Netz verbreitet werden. Zudem richtet sich die antimuslimische Negativhaltung nicht nur gegen gläubige Muslim*innen, sondern vielmehr auch gegen viele Menschen, die als muslimisch ‚gelesen‘ werden.“ Der Bericht zeige, dass es um ein gesamtgesellschaftliches, strukturelles Problem gehe.

„Dies ist vielleicht für die Bereiche, Schule, Wohnungssuche oder Arbeitsmarkt schon recht bekannt. Prozesse der Ausgrenzung zeigen sich aber auch durch fehlende Repräsentanz, z.B. im Kulturbetrieb, in politischen Ämtern in den Redaktionen. Alltagsdiskriminierung vollzieht sich außerdem zum Teil auch völlig unbeabsichtigt oder unbewusst.“

Eine höhere Sensibilität für die Perspektiven der von antimuslimischem Rassismus Betroffenen und ihre alltäglichen Diskriminierungserfahrungen sei daher dringend erforderlich. „Hier besteht vielfach ein erstaunlich großes Empathie-Gap.“ Insbesondere der Bereich der religiösen Bildung könne zu rassismuskritischen Perspektiven entscheidend beitragen – „nicht ohne auch eigene blinde Flecken und stereotype Zuschreibungen dabei in den Blick zu nehmen“.

Das ZdK werde beobachten, so Irme Stetter-Karp, „ob aus den Handlungsempfehlungen des Berichts konkrete Schlussfolgerungen in Politik, Bildung und öffentlichem Leben gezogen werden“. Sie sei dankbar, so die Präsidentin weiter, „dass wir mit unseren Gesprächskreisen beim ZdK – dem muslimisch-christlichen wie dem jüdisch-christlichen – Kompetenzkreise haben, die sich gerade im Bereich religiöser Bildung als hochrelevant erweisen“.

Montag, 3. Juli 2023

„Praxistaugliche Regulierung der Suizidassistentz jetzt!“

Zentralkomitee der deutschen Katholiken und Deutscher Caritasverband werben für umfassendes Schutzkonzept und eine konsequente Präventionsstrategie

Am 6. Juli können die Abgeordneten des Bundestages zwischen zwei Konzepten zur gesetzlichen Regulierung der Suizidassistentz wählen. „Die Entscheidung ist überfällig,“ betonen die Präsidentinnen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, und des Deutschen Caritasverbands (DCV), Eva Welskop-Deffaa.

„Seit dem einschlägigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die zuvor geltende Regelung aufhob, sind bereits mehr als zwei Jahre vergangen. Eine weitere Verlängerung der Erprobungszeit würde denen in die Karten spielen, die auf eine schleichende Normalisierung der unregulierten Situation setzen“, sagt Welskop-Deffaa. Stetter-Karp würdigt, dass beide Gesetzentwürfe bei aller Unterschiedlichkeit klarmachen: „Wir müssen die Werbung regulieren und klare Kriterien für die Inanspruchnahme der Suizidassistenz festlegen.“

ZdK und DCV unterstützen die Gesetzesinitiative der Gruppe um Lars Castellucci und Ansgar Heveling, ebenso den zugehörigen Antrag zur Stärkung der Suizidprävention. „Der Gesetzentwurf von Castellucci/Heveling schafft jene Klarheit, die es braucht, um zwischen der strafbewehrten Tötung auf Verlangen einerseits und der unterlassenen Hilfeleistung andererseits den Blick auf freiverantwortlich gewählte Inanspruchnahme von Suizidassistenz zu richten. Für die Feststellung der Freiverantwortlichkeit im Sinne des Gesetzes sind praxistaugliche Verfahren beschrieben. Dafür wird nach diesem Gesetzentwurf keine eigene Infrastruktur aufgebaut. Stattdessen werden vorhandene psychologisch-psychiatrische Kompetenzen und allgemeine Sozialberatung klug verbunden,“ so Stetter-Karp. Sie ist überzeugt: „Die im Bundestag anstehende Abstimmung beeinflusst das Leben vieler Menschen in unserem Land ganz unmittelbar. Sie wird aber auch Folgewirkungen für den Umgang mit menschenwürdigem Leben und Sterben für die gesamte Gesellschaft haben.“ Das sieht auch Welskop-Deffaa so: „Das Gesetz kann verhindern, dass einsame Menschen beim Googeln unversehens auf Werbung von Suizidhilfevereinen stoßen. Die anstehende Neuregelung wird zeigen, wie sehr sich alte und kranke Menschen darauf verlassen dürfen, ihr Weiterlebenwollen nicht begründen zu müssen.“

Beide Präsidentinnen sind sicher, dass ein guter Rahmen für Einrichtungen und soziale Dienste gebraucht wird. „Dieser Rahmen soll es auch den Mitarbeitenden leichter machen, Menschen nahe zu bleiben, gerade wenn deren Lebensmüdigkeit so groß geworden ist, dass Sichtachsen auf das Leben kaum offengehalten werden können.“

Dienstag, 4. Juli 2023

Gemeinsame Konferenz berät zum Fortgang des Synodalen Weges Arbeitsgruppen geplant – Finanzierung besprochen

Die Gemeinsame Konferenz der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) hat über die Umsetzung der Beschlüsse des Synodalen Weges beraten. Sie unterstützt den Vorschlag des Präsidiums des Synodalen Weges, sechs Arbeitsgruppen zu bilden, die in überschaubarer Zeit unter Einbezug der bestehenden Strukturen Vorschläge für die Aufgaben erarbeiten, die in den Beschlüssen der Deutschen Bischofskonferenz und dem ZdK gemeinsam zugewiesen sind.

Es wird (1.) eine Musterordnung für die Beteiligung des Kirchenvolkes an der Bestellung von Bischöfen erstellt (Handlungstext „Einbeziehung der Gläubigen in die Bestellung des Diözesanbischofs“, Der Synodale Weg Nr. 7). Es wird (2.) eine Sammlung von best-practice-Beispielen für einen menschlich überzeugenden Umgang mit suspendierten und dispensierten Priestern seitens der Diözesen dokumentiert und an verbindlichen, rechtssicheren Regelungen für die Übernahme dispensierter Priester in den pastoralen Dienst gearbeitet (s. Handlungstext „Der Zölibat der Priester – Bestärkung und Öffnung“, Der Synodale Weg Nr. 11). Es wird (3.) eine Handreichung für Segnungen von Paaren, die sich lieben erstellt (s. Handlungstext „Segensfeiern für Paare, die sich lieben“, Der Synodale Weg Nr. 13).

Es wird (4.) weiter zum Thema „Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt“ gearbeitet (s. Handlungstext „Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt“, Der Synodale Weg Nr. 15). Es wird (5.) das Thema „Sakramentales Amt von Menschen jeden Geschlechts“ weiterverfolgt (s. Handlungstext „Frauen in sakramentalen Ämtern – Perspektiven für das weltkirchliche Gespräch“, Der Synodale Weg Nr. 16). Nicht zuletzt wird (6.) eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, die einen Vorschlag zur Satzung des Synodalen Ausschusses unterbreitet, der auf der ersten Sitzung am 10./11. November weiter beraten wird und zu einem Beschluss führen soll (s. Handlungstext „Synodalität nachhaltig stärken. Ein Synodaler Rat für die katholische Kirche in Deutschland“, Der Synodale Weg Nr. 10).

Zusammen mit der Klärung der inhaltlichen Fragen wurden auch die finanziellen Fragen angesprochen. Am 20. Juni 2023 hatte es in der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands (VDD) keine Einstimmigkeit für die Freigabe der finanziellen und personellen Ressourcen zur Weiterarbeit des Synodalen Weges gegeben. Im Nachgang zur Entscheidung haben jedoch 23 (Erz-)Bistümer erklärt, für die Finanzierung der Fortsetzung des Synodalen Weges Sorge zu tragen.

Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK und des Synodalen Weges, bekräftigte ihre Überzeugung, dass ohne eine angemessene finanzielle und personelle Ausstattung des Synodalen Ausschusses keine substanzielle Arbeit zur Umsetzung der Beschlüsse des Synodalen Weges möglich sei. Bischof Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz und des Synodalen Weges, sagte zu, mit Nachdruck die Suche nach einem verlässlichen Finanzierungsmodell voranzutreiben.

Dienstag, 6. Juli 2023

„Menschen mit Sterbewunsch nicht allein lassen“: ZdK würdigt Entscheidung des Bundestags für Suizid-Prävention

„Ich bin dankbar, dass sich der Bundestag heute für eine Stärkung der Suizid-Prävention entschieden hat. Das wird vielen Menschen helfen, die sich in einer verzweiferten Lage befinden.“ So würdigt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, die Abstimmung. Vorausgegangen war die Ablehnung zweier Gesetzentwürfe, die auf eine klare Regelung der Suizidassistenz zielten. „Eine solche gesetzliche Regelung wäre aus Sicht des ZdK ein wichtiger und dringender Schritt gewesen“, sagte sie weiter.

Der Bundestag hatte zunächst mehrheitlich einen Gesetzentwurf der Gruppe um den Abgeordneten Lars Castellucci abgelehnt, für den sich das ZdK sehr stark gemacht hatte. Dieser Entwurf plädierte für eine Regelung im Strafrecht, die ärztliche Begutachtung zur Voraussetzung für Sterbehilfe gemacht hätte. Der Vorschlag der Gruppe um Katrin Helling-Plahr und Renate Künast, der eine Beratungsregelung außerhalb des Strafrechts vorsah, wurde ebenfalls mehrheitlich ablehnt.

Prof. Andreas Lob-Hüdepohl, Mitglied des ZdK und des Deutschen Ethikrats, bedauerte es sehr, „dass sich der Bundestag zu keiner präziseren Regelung der Suizidhilfe hat entschließen können. Es gibt nun weiterhin keine rechtverbindlichen Kriterien, wer die Ernsthaftigkeit und Freiverantwortlichkeit eines Suizidwunsches wie feststellt. Das halte ich für extrem unbefriedigend. Faktisch heißt dies auch, dass Sterbehilfevereine offen für ihre Angebote werben können.“

Die Präsidentin des ZdK hofft, dass nun zumindest die Stärkung der Prävention die Zahl der Suizide in Deutschland verringern wird. „Es ist gut, dass der Entschließungsantrag mit 688 von 693 Stimmen angenommen wurde. Ich werte das als hohe Sensibilität des Bundestags für menschliches Dasein in einer lebensbedrohlichen Krise. Beratung ist dann von alles entscheidender Bedeutung. Wir dürfen Menschen, die einen Suizidwunsch haben, nicht allein lassen! Das gilt für Menschen jeden Alters“, so Stetter-Karp. „Für kirchliche Einrichtungen, für Senioren- und Pflegeheime bedeutet der Ausbau der Prävention, dass ihre Schutzfunktion gestärkt wird. Bewohner*innen können nun zusätzliche Angebote für eine lebensdienliche Beratung gemacht werden.“

Die Präsidentin des ZdK bedauerte gleichzeitig, dass die weiter ausbleibende gesetzliche Regelung der Suizidassistenten Ärzt*innen, Pflegenden und suizidalen Menschen „schwere Entscheidungen am Ende des Lebens nicht leichter macht. Es bleibt eine fatale Unsicherheit. Für kirchliche Einrichtungen bedeutet dies, die Sichtachse auf das Leben ohne gesetzlichen Rahmen offenhalten zu müssen. Ich hoffe, dass wenigstens ein möglicher Gesetzentwurf zur Suizidprävention, der im Entschließungsantrag vorgeschlagen wird, kommen wird.“

Mittwoch, 23. August 2023

„Ein guter Tag für die Menschenwürde“: ZdK-Präsidentin begrüßt Entwurf für Selbstbestimmungsgesetz

„Es ist ein guter Tag für Selbstbestimmung und Menschenwürde“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. „Dass das Bundeskabinett heute den Gesetzentwurf für ein Selbstbestimmungsgesetz beschlossen hat, ist ein Meilenstein. Das neue Gesetz, über das der Bundestag voraussichtlich im Herbst abstimmt, wird einen Schlussstrich unter das über 40 Jahre alte Transsexuellengesetz ziehen, das dem Grundgesetz nie würdig war.“

Die ZdK-Präsidentin weist darauf hin, dass das geplante Gesetz nur der Anfang sei: „Ich bin der festen Überzeugung, dass der Einsatz für die verbesserte gesellschaftliche Teilhabe von trans* und inter* Menschen mit der Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes nicht enden darf. Es gibt noch viel zu tun.“

Das ZdK hatte zum Entwurfstext im Mai eine Stellungnahme abgegeben. Darin hieß es: „Das ZdK begrüßt ausdrücklich die zum Ausdruck gebrachte Zielsetzung, eine einheitliche Regelung für die Änderung von Geschlecht und Vornamen im Personenstandsregister herbeizuführen, die auf einer selbstbestimmten Entscheidung der Betroffenen beruht. Ebenso begrüßen wir, dass diese Entscheidung klar von der Entscheidung über körperliche Veränderungen durch medizinische Maßnahmen getrennt wird.“

Es gelte nun, die Beratungsangebote auszubauen und nicht dem Diktat knapper Haushaltsmittel zu unterwerfen, sagt Stetter-Karp. „Eine sachkundige, ergebnisoffene und kostenlose Beratung insbesondere für Minderjährige ist unerlässlich.“

Das ZdK begrüße im Detail, dass der Gesetzestext darauf abziele, eine Namensänderung nach einer dreimonatigen Wartefrist ab Anmeldung der Änderung beim Standesamt ohne weitere Einschränkungen möglich zu machen. Es begrüße weiter, dass zugesichert sei, frühere Namens- und Geschlechtseinträge nicht öffentlich zugänglich zu halten.

Im Zuge der anstehenden gesetzlichen Veränderung fordert das ZdK auch die katholische Kirche auf, „den damit einhergehenden Paradigmenwechsel umzusetzen.“ Die ZdK-Präsidentin lässt keinen Zweifel daran, „dass die Anerkennung der Rechte von trans* und inter* Menschen auch in der Kirche auf der Tagesordnung stehen.“

Die Vollversammlung des ZdK hatte bereits im Dezember 2022 ein Eckpunktepapier der Bundesregierung zum geplanten Selbstbestimmungsgesetz mit großer Mehrheit begrüßt. Im Beschluss der Versammlung wird auch die katholische Kirche aufgefordert, „das Selbstbestimmungsrecht zu achten und zu schützen“ und Mitarbeiter*innen, die von ihm Gebrauch machten, nicht zu sanktionieren.

Montag, 28. August 2023

„Kindergrundsicherung bleibt hinter Erwartungen zurück“: ZdK-Präsidentin ernüchtert über Finanzpaket

„Der Kompromiss der Bundesregierung zur Kindergrundsicherung ist mit 2,4 Milliarden Euro ab 2025 ernüchternd klein gerechnet“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. „Das ist keine Grundsicherung, sondern ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Ursprünglich hatte Familienministerin Lisa Paus 12 Milliarden Euro pro Jahr für das Vorhaben gefordert, Finanzminister Christian Lindner hatte nur eine Summe von 2 Milliarden Euro veranschlagt.

„Ich empfinde es als Schönrederei, wenn Herr Lindner nun sagt, voraussichtlich sei dies die letzte große Sozialreform, die noch in den Haushalt passe“, sagt Stetter-Karp. „Denn mit derart geringen Mitteln kann man keine große Sozialreform gestalten.“ Dass die Ampel in Aussicht stelle, in den Folgejahren bis zu 6 Milliarden Euro in die Grundsicherung zu stecken, „bei steigender Inanspruchnahme der Leistungen“, bedeute offenbar, dass man einen viel höheren Bedarf sehe. Sie frage sich, so Stetter-Karp, ob die Bundesregierung nun erst einmal schauen wolle, wie viele Menschen die Leistungen überhaupt abrufen würden.

Stetter-Karp sieht aber auch Positives: „Dass nun Leistungen gebündelt werden und dass diese Leistungen auf einfacherem Wege als bisher beantragt werden können, ist gut und wichtig. Das ist ein Fortschritt vor allem für die mehr als 5 Millionen armutsbedrohten Familien in Deutschland. Hervorzuheben ist auch, dass sich die Situation unterhaltsabhängiger Alleinerziehender verbessern wird.“ Der neue, digitale Zugang zur Beantragung werde allerdings einen Teil der Kosten auffressen. „Trotzdem ist es richtig, hier die Digitalisierung voranzutreiben.“

Die ZdK-Präsidentin ist überzeugt: „Die nun folgende Verbändeanhörung sowie die parlamentarische Beratung wird zum Nachjustieren des ein oder anderen Punktes führen. Darauf setze ich.“ Beispielsweise wünsche sich das ZdK, dass Kinder mit Asylbewerberleistungsberechtigung auch Kindergrundversicherung erhalten könnten. „In die Zukunftschancen der jungen Generation zu investieren, ist von zentraler Bedeutung“, sagt Stetter-Karp. „Deshalb ist die Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums entscheidend. Die Reform muss die Höhe der Leistung an den tatsächlichen Bedarf eines Kindes anpassen. Deshalb ist meine Prognose: Bei 2,4 Milliarden kann und wird es nicht bleiben.“

Freitag, 1. September 2023

Jetzt anmelden für den Katholikentag!

In die Mitte Deutschlands: Der 103. Deutsche Katholikentag lädt nach Erfurt ein. Teilnehmende und Helfende können sich ab sofort online registrieren.

Ab sofort ist die Anmeldung zum 103. Deutschen Katholikentag möglich. Unter katholikentag.de/karten gibt es Dauer- und Tageskarten. Für mehrere Angebote gilt der Frühbucherrabatt.

Unter dem Leitwort „Zukunft hat der Mensch des Friedens“ werden von 29. Mai bis 2. Juni 2024 bis zu zwanzigtausend Teilnehmende aus ganz Deutschland in der thüringischen Landeshauptstadt erwartet.

Podien, Gottesdienste, Werkstätten und kreative Mitmachangebote setzen sich auf vielfältige Weise mit dem Leitwort auseinander. Nicht nur der Krieg in der Ukraine, auch die Klimakrise, gesellschaftliche Transformation und Digitalisierung sowie die Situation in der Kirche werden Thema sein. Insgesamt wird es rund 500 Veranstaltungen direkt in der Erfurter Innenstadt geben, darunter auch ein buntes Kulturprogramm. Dazu präsentieren Verbände, Laienräte, Hilfswerke, Diözesen, Orden und ökumenische Organisationen ihr gesamtgesellschaftliches Engagement.

„Es wird ein Katholikentag für alle werden!“ Mit diesen Worten lädt Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), nach Erfurt ein. Das ZdK veranstaltet den Katholikentag 2024 dort auf Einladung des Bistums. Im Jahr 2024 ist die größte katholische Laienbewegung zum ersten Mal in Thüringen zu Gast.

Ab sofort können Dauer- und Familienkarten für den kompletten Katholikentag bestellt werden. Bei Bestellungen bis zum 24. März 2024 gibt es einen Frühbucherrabatt für die Dauerkarte und Familienkarte:

- Dauerkarte: 100 Euro (110 Euro ab dem 25. März 2024)
- Ermäßigte Dauerkarte: 55 Euro (65 Euro ab dem 25. März 2024)
- Familienkarte: 145 Euro (165 Euro ab dem 25. März 2024)

Die Anmeldung für Helfende ist ebenfalls schon möglich.

Auch Freiwillige, die als Helfende in den unterschiedlichsten Bereichen der Organisation benötigt werden, können sich auf der Website des Katholikentags unter katholikentag.de/helfen ab sofort registrieren.

Neuigkeiten und Kontakt:

Informationen über aktuelle Entwicklungen gibt es auf katholikentag.de und frei Haus über den elektronischen Newsletter katholikentag.de/newsletter. Außerdem auf den Social Media-Kanälen des Katholikentags: Instagram und facebook unter #katholikentag24.

Mittwoch, 20. September 2023

ZdK-Präsidentin kritisiert massive Kürzungen im Jugend-Etat

„Es geht offensichtlich um die schwarze Null und nicht um junge Menschen“, sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp. Die angedachten Kürzungen im Kinder- und Jugendplan des Bundes, wie sie am heutigen Weltkindertag durch die öffentlichen Proteste vielen erst bekannt würden, seien „beispiellos“. Das ZdK unterstützt deshalb „die Proteste und Demonstrationen der Jugendorganisationen und Bildungsakteure unter dem Hashtag „Zukünfte schaffen aus vollem Herzen“.

Nachdem bereits eine auskömmliche Kindergrundsicherung dem Rotstift Koalition zum Opfer gefallen sei, zeichne sich ab, „dass es weder gelingen wird, die Armut von jungen Menschen zu beenden noch ihre Teilhabe zu verbessern“, so Stetter-Karp.

„Um 45 Millionen Euro einzusparen, werden wichtige unterstützende Strukturen und Bildungsangebote eingeschränkt. Dies betrifft massiv die vielen jungen Menschen, die sich ohnehin mit schlechten Startbedingungen durch unser Bildungssystem und alle Krisen kämpfen müssen. Bildungsgerechtigkeit geht anders“, flankiert Martin Buhl, ZdK-Sprecher für den Sachbereich Bildung, Kultur und Medien. „Das gilt etwa für das erfolgreiche Programm ‚Respekt Coaches‘, in dem derzeit 400 Fachkräfte mit sozialer Arbeit und politischer Bildung an 600 Schulen in der Extremismusprävention und Demokratiebildung aktiv sind. Es soll am 31. Dezember 2023 ersatzlos wegfallen“, zeigt sich Buhl irritiert. „Junge Geflüchtete verlieren durch das kurzfristige Ende des Beratungsangebotes Garantiefonds Hochschule ihre Perspektive auf ein Studium und eine Ausbildung zu qualifizierten Fachkräften. Gleichzeitig wird die Beratung, Begleitung und Bildung junger Migrant*innen durch die Jugendmigrationsdienste entgegen aller Bedarfe um 10 Millionen gekürzt.“

Auch die Freiwilligendienste sollen massiv eingeschränkt werden. Der Haushaltentwurf für 2024 sieht Kürzungen von über 25 Prozent vor. Sollte es so kommen, werden bundesweit Einsatzstellen geschlossen werden müssen. Dies betrifft auch viele katholische Träger und Organisationen. „Die Engagement-Strategie des Bundes wird so schlicht konterkariert und zivilgesellschaftliches Engagement geschwächt“, sagt die ZdK-Präsidentin. „Der Bundestag muss dringend nachbessern, denn wer das Engagement und die Bildungschancen junger Menschen einschränkt, der gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunft der Demokratie.“, so Irme Stetter-Karp.

Montag, 25. September 2023

„Zeit für verbindliche Regeln auf dem Finanzmarkt“: Initiative Christen für Europa fordert klare ethische Standards im EU-Lieferkettengesetz

„In Handelsbeziehungen darf es sich nicht mehr lohnen, Menschenrechte und Umweltschutz zu missachten“, sagt Dr. Stefan Eschbach, stellvertretender europapolitischer Sprecher des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und Mitglied der Initiative Christen für Europa (IXE). Im französischen Lyon verabschiedete IXE am Wochenende eine Erklärung, die „für ein kraftvolles Europäisches Lieferkettengesetz mit weitreichenden und umsetzbaren Schwellenwerten“ wirbt.

Es brauche „gerechte Rahmenbedingungen für die globalisierte Wirtschaft – sei es in der Textilindustrie, auf Weideflächen oder im Bergbau“, so Eschbach. „Viele zukunftsgewandte Investoren orientieren sich längst an den bislang freiwilligen internationalen Standards. Es ist Zeit für verbindliche Regeln – auch und gerade auf dem Finanzmarkt“, stimmte ihm Eva-Maria Reinwald zu, die in Bonn für das Südwind Institut für Ökonomie und Ökumene tätig ist.

Derzeit verhandeln der Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission über die sogenannte Sorgfaltspflichtenrichtlinie, die im deutschsprachigen Raum auch Lieferkettengesetz genannt wird. Die Initiative Christen für Europa spricht sich entschieden für ein solches Gesetz aus. Am Wochenende beriet sie unter anderem mit Manon Aubry, Mitglied des Europäischen Parlaments, und Bruno Dusart, der sich bei der Nichtregierungsorganisation CCFD-Terre Solidaire engagiert.

„Die Erklärung von IXE verweist auf die große Bedeutung ethisch-nachhaltiger Investitionen, für die wir uns auch als ZdK schon seit Jahren aussprechen“, sagt Wolfgang Klose, Vizepräsident des ZdK. „Der Finanzsektor darf bei den Sorgfaltspflichten nicht ausgeklammert werden, denn er ist ein starker Hebel, um Gelder für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren.“

In der Erklärung „Menschen vor Profit: Den Finanzsektor als Hebel in die Sorgfaltspflichtenrichtlinie einbeziehen“ wird die „Chance, Menschenrechte und unsere Umwelt konsequent entlang von Wertschöpfungsketten zu schützen“, hervorgehoben. Dies sei möglich „durch eine starke EU-Gesetzgebung, die mehr Wirkung entfaltet, die (...) bestehenden nationalen Gesetzgebungen schärft und damit einen wichtigen Beitrag zu einer verantwortungsvollen Globalisierung leistet.“ Dazu müsse die Richtlinie die gesamte Wertschöpfungskette adressieren. „Ein Rechtsrahmen, der Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards im Ausland verpflichtet, ist ein Instrument, um globale Ungleichheit zu verringern, Fluchtursachen zu verhindern und die ökologische Krise einzudämmen.“

Mit Blick auf die zivilrechtliche Haftung fordert IXE für die Betroffenen die Möglichkeit ein, „vor Gerichten in den EU-Mitgliedstaaten zu klagen“. Die Gerichte sollten ein angeklagtes Unternehmen anweisen dürfen, weitreichende Informationen zu liefern, die zur Aufklärung eines Anspruchs Betroffener beitragen.

In der Vergangenheit hatte das ZdK sowohl für ein deutsches Lieferkettengesetz als auch ein europäisches Lieferkettengesetz votiert.

*Die Initiative Christen für Europa (IXE) ist ein Zusammenschluss von Laienorganisationen und engagierten Christ*innen aus verschiedenen europäischen Ländern. Ihr Anliegen ist es, ein lebendiges Bewusstsein für ein vereintes Europa in die nationalen Debatten einzubringen. IXE fördert die Begegnung von Christ*innen in Europa und die Umsetzung der Soziallehre der Kirche. Das ZdK trägt die Initiative gemeinsam mit den Semaines Sociales de France.*

Montag, 25. September 2023

„Das zerstört Reste an Vertrauen“: ZdK-Präsidentin zu den Vorwürfen gegen Kardinal Franz Hengsbach

Zu den jüngst veröffentlichten Missbrauchsvorwürfen gegen Kardinal Dr. Franz Hengsbach sagt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp: „Ich habe von den Vorwürfen des sexuellen Missbrauchs gegen Kardinal Hengsbach am 19. September 2023 erfahren. Die mutmaßlichen Taten und die abermals dokumentierte Vertuschungsstrategie der Kirche zerstören Reste an Vertrauen. Wieder entsteht der Eindruck, dass nicht die Betroffenen, sondern die Täter geschützt wurden.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Hengsbach einen entscheidenden Anteil an der organisatorischen und konzeptionellen Entwicklung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. 1947 wurde er zum Generalsekretär des ZdK berufen und war im Anschluss, von 1953 bis 1968, dessen bischöflicher Generalassistent. Er war ferner Mitglied der Sonderkommission PUBLIK seitens des Zentralkomitees.

Zum Bekanntwerden der neuesten Erkenntnisse sagt ZdK-Generalsekretär Marc Frings: „Hengsbachs Tätigkeit für das ZdK in seinen frühen Jahren ist für uns Gegenstand der Recherche. Eine erste Überprüfung des ZdK-Archivs hat ergeben, dass keine Hinweise vorliegen, dass das ZdK rund um die gegen Hengsbach erhobenen Vorwürfe kontaktiert wurde. Auch nach 2010 fand nach unserem Wissen keine direkte Kommunikation mit dem ZdK statt. Wir nehmen unsere Verantwortung sehr ernst und sichten weiterhin die Korrespondenzen auf mögliche Hinweise, um von unserer Seite mit größtmöglicher Transparenz den Vorwürfen gegen den ehemaligen ZdK-Generalsekretär nachzugehen.“ Die ZdK-Präsidentin sagt: „Ausdrücklich unterstützt das ZdK die an potenziell weitere Betroffene formulierte Bitte des Bistums Essen und des Erzbistums Paderborn, sich bei den Anlaufstellen für Betroffene und Opfer sexualisierter Gewalt zu melden.“

Dienstag, 26. September 2023

Berlins Erzbischof Heiner Koch neuer Geistlicher Assistent des ZdK

Der Erzbischof von Berlin, Dr. Heiner Koch, ist von der Deutschen Bischofskonferenz zum neuen Geistlichen Assistenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) berufen worden. „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Erzbischof Koch“, sagt ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp. „Er hat uns in seinem Erzbistum herzlich willkommen geheißen, als wir als ZdK im Januar 2022 nach Berlin gezogen sind. Dieses Willkommen bekommt nun ein Ausrufezeichen. Seine freundliche und gelassene Art wird uns im ZdK guttun.“

Erzbischof Koch sagt über seine neue Aufgabe: „Ich verstehe das Amt als einen geistlichen Dienst, sich dem Wirken des Geistes Gottes zu öffnen. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit in einer Zeit, in der auch durch Papst Franziskus die Synodalität der Kirche verstärkt in den Blick gekommen ist. Als Bischöfe und Laien wollen wir den synodalen Weg der Kirche zusammen gehen und uns den gesellschaftlichen und kirchlichen Herausforderungen der katholischen Kirche in Deutschland stellen.“

Heiner Koch, 1954 in Düsseldorf geboren, wurde 2006 zum Bischof geweiht, war zunächst Weihbischof im Erzbistum Köln und wurde 2013 Bischof des Bistums Dresden-Meißen. 2015 wurde er zum Erzbischof von Berlin ernannt. Er folgt nun als Geistlicher Assistent des ZdK auf den Hamburger Erzbischof Dr. Stefan Heße, der dieses Amt seit November 2020 hatte ruhen lassen.

„Dass uns als ZdK nun wieder ein Geistlicher Assistent zur Seite steht, ist wertvoll“, sagt die ZdK-Präsidentin. „Die Nähe des Berliner Erzbischofs zum Standort des ZdK-Generalsekretariats an der Schönhauser Allee hat auch viele praktische Vorteile. Kurze Wege machen Begegnungen leichter.“

Montag, 2. Oktober 2023

„Es ist Zeit zu handeln“: ZdK-Präsidentin Stetter-Karp hofft auf mutige Schritte der Weltsynode

„Mutige Debatten und heiligen Geist“, wünscht die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, der Weltsynode in Rom. „Wenn sie in zwei Tagen beginnt, blicken Katholik*innen in Deutschland auf mehr als drei Jahre auf einem Synodalen Weg zurück, der sich den Zeichen der Zeit gestellt hat.“ Sie denke in diesen Tagen an den Brief, den Papst Franziskus 2019 nach Deutschland gesandt habe. Darin habe er von einer „Zeitenwende“ geschrieben, die Fragen aufwerfe, „angesichts derer eine Auseinandersetzung berechtigt und nötig ist“, erinnert sich die ZdK-Präsidentin. Sie erwarte, „dass diese Auseinandersetzung auch in Rom nicht gescheut wird. Es ist keine Zeit mehr zu zögern. Es ist Zeit zu handeln.“

Stetter-Karp ist dankbar für das Netzwerk, das sich während der diözesanen und kontinentalen Vorphasen der Weltsynode unter reforminteressierten Katholik*innen weltweit gegründet hat. „Auf dieses Netzwerk baue ich jetzt auch im Blick auf Rom. Für mich ist es ein gutes Zeichen, dass der Papst 80 Nicht-Bischöfe mit Stimmrecht ausgestattet hat, darunter 54 Frauen. Das ist ein erster, deutlicher Schritt hin zu einer synodalen Kirche. Der Papst würdigt damit, dass die Kirche nicht nur aus geweihten Männern besteht. Das ist sehr wichtig und ein Zeichen für die Zukunft.“

Zu den weiblichen Delegierten in Rom gehört die Schweizerin Helena Jepsen-Spuhler. „Damit die Kirche sich glaubwürdig engagieren kann zu den großen Fragen unserer Zeit, müssen wir zuerst nach innen realisieren, was wir nach außen verkündigen“, sagt sie. „Gleiche Würde und gleiche Rechte sollen auch in der Kirche gelten.“ Die Kirche brauche Gewaltenteilung und partizipative Entscheidungsprozesse: „Beraten und Entscheiden gehören zusammen! Dies werden wir in der Synode anhand des Arbeitsdokuments diskutieren.“

Jeppesen-Spuhler, die in der Schweiz für „Fastenaktion“, einem katholischen Hilfswerk arbeitet, sieht die Glaubwürdigkeit der Kirche wegen der Missbrauchsskandale im dramatischen Sinkflug. „Das bekommen kirchliche Hilfswerke, Kinder- und Jugendverbände und alle Engagierten in den Pfarreien zu spüren. Auch die kirchlichen Frauen- und Jugendverbände leiden enorm unter dem Image-Verlust.“ Der Weg der Weltsynode müsse ganz klar nach vorn führen: „Stillstand geht nicht!“

Geert De Cubber, ständiger Diakon im Bistum Gent/Belgien, ist ebenfalls Delegierter auf der Weltsynode und war wie Jeppesen-Spuhler und Stetter-Karp Teilnehmender der kontinentalen Versammlung in Prag. „Ich wünsche mir eine offene Haltung von allen bei den Beratungen. Auf jeden Fall hoffe ich mindestens, dass der heilige Geist auch wirklich dabei sein darf und dass wir einander zuhören können. Ich hoffe weiter, dass wir der Welt zeigen können, dass man sich in der Kirche wirklich bemüht, einander zu begreifen, auch bei verschiedenen Standpunkten. Vielleicht ist das sogar der wichtigste Punkt für mich“, sagt De Cubber. „Ich träume davon, dass wir weitere Schritte unternehmen können für Personen die sich irgendwie von der Kirche ausgeschlossen fühlen.“ Papst Franziskus habe während der Weltjugendtage in Lissabon gesagt: „Die Kirche ist offen für alle.“ Die halte er für sehr wichtig, so De Cubber.

Auch Sr. Prof. Dr. Birgit Weiler, Mitglied des Ordens der missionsärztlichen Schwestern, Peru, hofft auf die Kraft der Weltsynode. Sie ist – wie Stetter-Karp – nicht delegiert, aber mit wachen Augen und Ohren dabei. 2019 war sie Delegierte der Amazonassynode und hat dort erlebt, dass neue Wege realistisch einzuleiten sind. „Synodalität braucht das Miteinander im Beraten und Entscheiden. Denn Gottes Geist spricht durch das gesamte Volk Gottes. Das erfordert ein wechselseitigen Hören aufeinander.“ Synodalität sei in der Kirche nicht neu. „Es gab sie bereits in den ersten Jahrhunderten des Christentums. Denn aus der Taufe resultiert die Mitverantwortung aller Mitglieder des Volkes Gottes für die Kirche.“

Synodalität müsse deshalb wieder „zu einem wesentlichen Merkmal unserer Kirche werden. Das erfordert eine konsequente Umsetzung des II. Vatikanischen Konzils“. Das Netz der weltweit verbundenen Katholik*innen sei sehr wichtig für die wechselseitige Inspiration und Ermutigung auf dem Weg dorthin. „In ihm bringen Frauen und Männer ihre Reformanliegen in Bezug auf die katholische Kirche gemeinsam im weltweiten Horizont zum Ausdruck.“

Weiler hofft vor allem auf eine Einsicht: „Insbesondere Frauen sind von Machtmissbrauch in der Kirche betroffen. Es braucht ihre effektive Beteiligung an den Prozessen des Beratens und Entscheidens sowie an Leitung in der Kirche – auf allen Ebenen.“

Donnerstag, 5. Oktober 2023

ZdK begrüßt Papst-Schreiben zur Umweltethik: „Weltsynode zeigt ihr politisches Gesicht“

„Papst Franziskus bleibt sich treu. Für ihn gehören kirchliche Entwicklung und politische Positionierung zusammen. Und das ist gut so.“ Mit diesen Worten würdigt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, das Apostolische Schreiben „Laudate Deum“, das zu Beginn der Weltsynode in Rom veröffentlicht wurde.

„Ohne Bewahrung der Schöpfung keine Zukunft“, sagt die ZdK-Präsidentin. „Das heißt, die Bedingungen, unter denen wir leben, ohne jede Beschönigung zu analysieren und die Veränderung falschen menschlichen Verhaltens einzufordern. Darin ist der Heilige Vater stark. Seine Umweltenzyklika ‚Laudato si‘ hat vor acht Jahren weit über kirchliche Kreise hinaus Furore gemacht. Jetzt setzt er mit ‚Laudate Deum‘ nach. Dass er dies gezielt zu Beginn der Weltsynode tut, signalisiert, dass die anstehenden Debatten über Kirchenreformen und die Zukunft des Christseins keine Nabelschau sind. Sie stehen in einem

größeren Zusammenhang, dienen der immer wieder neu zu erringenden Glaubwürdigkeit der Kirche in Fragen der Zeit. Die Weltsynode zeigt gleich zu Beginn ihr politisches Gesicht.“

Irme Stetter-Karp findet es entscheidend, mit dem Papst auf die Verpflichtung zu konsequentem Handeln zu setzen. „Er verlangt nicht nur ein Controlling der Klimaziele, sondern die Bereitschaft, von nationalen oder anderweitig gruppenzentrierten Egoismen abzusehen. Damit lenkt er den Blick auf die Communio, auf die Gemeinschaft der Menschheit. Sie muss das Gemeinwohl im Blick haben. Das stärkt auch die in Rom versammelten Delegierten in ihrem Bemühen, sich für die Weiterentwicklung der Communio in der Kirche einzusetzen.“

Prof. Thomas Söding, Vizepräsident des ZdK und während der Weltsynode als theologischer Experte in Rom, sieht in dem neuen Apostolischen Schreiben nicht zuletzt eine starke Sympathiebekundung des Papstes für die junge Generation. „Es ist kein Zufall, dass die Klimaschutz-Aktivistin Luisa Neubauer eingeladen worden ist, das päpstliche Schreiben einzuordnen.“ Markant sei bei Papst Franziskus nicht nur sein beständiger Blick auf die nachwachsenden Generationen. „Markant ist auch, dass für Papst Franziskus die ökologische Frage immer als soziale Frage zu verhandeln ist. Er fragt, wer unter der Klimakrise am meisten leidet. Die ‚Option für die Armen‘ ist seine Mission.“

Montag, 9. Oktober 2023

„Was im Nahen Osten geschieht, geht uns alle an“: ZdK-Präsidentin verurteilt Angriff auf Israel

Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), hat Israel nach dem Angriff der Hamas unbedingter Solidarität versichert. „Diesen Akt der Gewalt, der bislang fast tausend Israelis das Leben gekostet hat, verurteilen wir scharf.“ Gleichzeitig appelliert sie in dieser Situation an die arabischen Staaten, die sich in einem Annäherungsprozess mit Israel befinden, diesen gerade jetzt fortzusetzen. „Frieden ist nur möglich, wenn Menschen und Staaten der Logik der Verachtung, der Verfeindung und Vernichtung die Logik der ausgestreckten Hände entgegensetzen.“

Der Terror in Israel sei unerträglich, so Stetter-Karp weiter. „Er greift weit aus, versetzt den Nahen Osten, aber im Kern die ganze Welt in Aufruhr. Es muss jetzt alles getan werden, um eine Ausweitung des Konflikts und eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern. Sie trifft unschuldige Menschen auf allen Seiten.“ Die ZdK-Präsidentin spricht auch vom Leiden im Gaza-Streifen: „Die Vereinten Nationen weisen seit Jahren auf die angespannte humanitäre Situation in Gaza hin. Die zwei Millionen Menschen, die hier unter schwierigsten Bedingungen leben, brauchen eine Perspektive der Hoffnung. Dazu gehören freie Wahlen, um sich vom Joch der Hamas zu befreien, und eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lebensrealität.“ In der aktuellen Lage hofft Stetter-Karp auf eine Friedensmission des Papstes: „Einen Brückenbauer braucht es gerade jetzt, mitten im Krieg, mitten in diesem brutalen Konflikt.“

Die innenpolitische Lage in Israel habe in den letzten Wochen gezeigt, wie entschlossen sich eine große Zahl von Israelis gegen die Justizreform der Regierung, gegen Siedlungspolitik und Diskriminierung von Bürger*innen gewandt hätten. „Dieses demokratische Engagement wird nun durch den Krieg in den Hintergrund gerückt, wenn nicht erstickt. Es ist fatal, dass der Angriff der Hamas Menschenleben, aber auch Hoffnungen und Visionen zerstört.“

In Deutschland sei es wichtig, ein ganz besonderes Augenmerk auf die Sicherheit jüdischer Mitbürger*innen zu richten. „Was im Nahen Osten geschieht, geht uns alle an. Das Wochenende hat uns vor Augen geführt, dass es an vielen Orten spontane Demonstrationen der Solidarität mit den angegriffenen Israelis gab, und das war sehr wichtig. Schrecklicherweise gab es aber auch Demonstrationen des Hohns und der Verachtung Israels. Das beunruhigt mich tief.“

Montag, 9. Oktober 2023

Ruck nach rechts: ZdK besorgt über AfD-Zuwachs bei Landtagswahlen in Bayern und Hessen

„Sorge um die Zukunft der Demokratie“ äußert Irme Stetter-Karp, die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). „Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben deutliche Zuwächse für die AfD gebracht. In Hessen ist sie zweitstärkste Kraft, in Bayern nahezu gleichauf mit den Freien Wählern. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung.“

„Ich bin froh, dass bislang die vielbeschworene Brandmauer steht und eine Regierungsbeteiligung der AfD nicht infrage kommt“, sagt die ZdK-Präsidentin. „Aber die AfD ist in beiden Bundesländern nun Oppositionsführerin. Das wird das Klima verändern. Das Erstarken der Partei in wirtschaftlich erfolgreichen West-Bundesländern zeigt, dass Rechtspopulismus kein ostdeutsches, sondern längst ein gesamtdeutsches Problem ist.“

Hinzu komme, dass mit Sorge auf die Wahlen des Jahres 2024 zu schauen sei: „In Brandenburg, Sachsen und Thüringen droht die AfD so stark zu werden, dass Regierungskoalitionen ohne sie nur noch zustande kommen könnten, wenn es ein breites Regierungsbündnis gibt.“

Stetter-Karp hatte im August 2023 in mehreren Interviews erklärt, dass aus ihrer Sicht eine AfD-Mitgliedschaft und ein Wahlamt in der Kirche unvereinbar seien. Die AfD habe das Vertrauen in demokratische Parteien und Prozesse Schritt für Schritt ausgehöhlt. Sie sammle Unzufriedene, inszeniere sich als wahre Bürgerpartei, habe aber keine Lösungen für anstehende Probleme. Stattdessen bringe sie die unveräußerliche Menschenwürde ins Wanken, indem sie rassistisch und gruppenbezogen menschenfeindlich agiere. Das sei weder mit einer Demokratie noch mit dem Christsein vereinbar. „Der Verfassungsschutz führt die AfD als rechtsextremen Verdachtsfall auf. Ich bin entsetzt, dass eine solche Partei Zustimmungswerte zwischen 15 und 18 Prozent hat. Wir müssen uns stark machen für unsere Demokratie, die nicht zerstört werden darf.“

Freitag, 13. Oktober 2023

Solidarität mit den Opfern und Frieden für den Nahen Osten!

„Was Israel jetzt braucht, ist echte internationale Solidarität. Wir fordern die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft auf, die Bemühungen um Frieden in der Region dringend ganz oben auf die politische Agenda zu setzen.“ Mit diesem Appell wendet sich die AG jüdisch & christlich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, der Gesprächskreis Juden und Christen beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken und der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit an die Öffentlichkeit.

„Alle Verantwortlichen in den Kirchen und in der jüdischen Gemeinschaft rufen wir dazu auf, ihre Möglichkeiten zur Verständigung zu nutzen“, heißt es in [der heutigen Gemeinsamen Erklärung](#). „Wir sind zutiefst erschüttert über den

terroristischen Großangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober, am Schabbat und am Festtag zum Ende des Laubhüttenfestes.“ Dieses menschenverachtende Massaker sei durch nichts zu rechtfertigen.

Das Präsidium des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) unterstützt die Gemeinsame Erklärung.

Donnerstag, 19. Oktober 2023

Gesprächskreis „Christen und Muslime“ beim ZdK verurteilt Hamas-Angriff auf Israel

Der Gesprächskreis „Christen und Muslime“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) verurteilt den furchtbaren terroristischen Angriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023. Er kritisiert scharf, „dass Menschen in Deutschland den barbarischen Akt der Hamas-Gewalt tolerieren, gutheißen oder gar feiern“.

„Als Christen und Muslime lehnen wir jede Form des Antisemitismus entschieden ab“, heißt es [in der Erklärung des Gesprächskreises](#) weiter. Was in diesem Zusammenhang „in den vergangenen Tagen in Demonstrationen oder öffentlichen Positionierungen in unserem Land wahrnehmbar war“, sei unerträglich. „Als Christen und Muslime setzen wir uns dafür ein, dass jüdische Menschen in Deutschland nicht bedroht werden. Auch fordern wir dazu auf, die humanitäre Hilfe für die Menschen in Israel und im Gazastreifen zu unterstützen.“

Das Präsidium des ZdK unterstützt die Erklärung des Gesprächskreises.

Freitag, 20. Oktober 2023

Hauptausschuss des ZdK ruft zur Teilnahme an Großkundgebung gegen Hamas-Terror auf

Der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) ruft dazu auf, am Sonntag, 22. Oktober, 14 Uhr, in Berlin an einer Kundgebung gegen Terror, Hass und Antisemitismus teilzunehmen. Am Brandenburger Tor wollen sich die Demonstrierenden „an die Seite der Menschen in Israel und aller weiteren Opfer der Hamas“ stellen, heißt es.

„Der Hass und die Gewalt gegen Jüdinnen und Juden sind unerträglich“, sagt ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp. „Der Terror gegen Israel muss sofort gestoppt werden. Wir erleben seit dem 7. Oktober auch auf Deutschlands Straßen und Plätzen, wie sich die Niedertracht breit macht. Dagegen müssen wir aufstehen.“

„Die terroristischen Angriffe gegen Israel sind nicht zu rechtfertigen“, heißt es im Aufruf zur Demonstration, die von einem breiten Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Parteien getragen wird. Dazu gehören auch die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz. Der Aufruf stellt unmissverständlich klar: „Die Terroristen handeln nicht im Interesse der palästinensischen Bevölkerung und können sich auch nicht auf ihr Leid berufen, sondern morden nur für ihre eigene Ideologie und ihren Hass. Ihr Ziel ist die Vernichtung des Staates Israel und aller Jüdinnen und Juden auf der Welt. Wir stellen uns am kommenden Sonntag, den 22. Oktober, in Berlin vor dem Brandenburger Tor mit einer Kundgebung an die Seite der Menschen in Israel und aller weiteren Opfer der Hamas. Ihnen gegenüber wollen wir unser Mitgefühl und unsere uneingeschränkte Solidarität ausdrücken.“

Freitag, 20. Oktober 2023

ZdK-Präsidentin besorgt über „zunehmende Zahl von Menschen mit rechtsextremem Weltbild“

„Hass und Hetze – egal von wem und gegen wen – sind keine Meinung. Sie müssen konsequent bekämpft werden, von uns allen und zu jeder Zeit.“ Mit diesen Worten würdigte Stephan Kramer, Präsident des Amtes für Verfassungsschutz in Thüringen, heute in Berlin die klare Positionierung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Deutschland. ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp zeigte sich besorgt über „die zunehmende Zahl von Menschen mit rechtsextremem Weltbild und menschenfeindlichen Positionen.“

Kramer war Gast im Hauptausschuss des ZdK. Die Vertretung der organisierten katholischen Zivilgesellschaft in Deutschland würdigte sein klares Eintreten für eine wehrhafte Demokratie. „Rechtsextremismus und -radikalismus dürfen nicht verharmlost werden“, sagte die ZdK-Präsidentin.

Sie nahm Bezug auf die aktuelle Mitte-Studie der Universität Bielefeld. Diese habe gezeigt, dass der Anteil der Personen mit rechtsextremem Weltbild deutlich über acht Prozent gestiegen sei. „Zugleich gibt es bei rund zwanzig Prozent der Befragten eine steigende Zustimmung zu extremen und menschenfeindlichen Positionen.“ Stetter-Karp sagte: „Rechtsextremes Gedankengut kann niemals katholisch sein!“ Sie erinnerte auch an ihre Aussagen zum Rechtsruck der deutschen Gesellschaft im August 2023: „Die Mitgliedschaft in der AfD ist für uns unvereinbar mit der Mitgliedschaft im ZdK.“ In Thüringen wird diese Partei vom Verfassungsschutz seit etwa zwei Jahren als gesichert rechtsextrem eingestuft.

„Der beste Schutz für unsere Demokratie und Verfassung sind mündige und engagierte Demokratinnen und Demokraten, die sich an der Willensbildung auch aktiv beteiligen und das nicht nur bei Wahlen“, formulierte Kramer. „Politik ist anstrengend. Politik heißt, für die besten Konzepte und Lösungen zu werben und im Ergebnis die Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen und nicht zu zwingen oder mit Angst zu nötigen.“ Deshalb sei es wichtig, offene Diskurse möglich zu machen, den öffentlichen Raum als demokratischen Raum zu begreifen: „Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit gehören mit zu den wichtigsten Grundsätzen unserer Demokratie.“

Das ZdK hat sich in der Vergangenheit vielfach zu den Bedrohungsfaktoren für eine lebendige Demokratie geäußert. Dazu gehören [die Würdigung des Berichts des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit](#) im Juni 2023 sowie [die Erklärung „Nein zu Hass und Hetze“](#) vom November 2020.

Freitag, 20. Oktober 2023

ZdK und Klub der Katholischen Intelligenz in Polen fordern: „Keine Asylpolitik auf dem Rücken der Schutzsuchenden“

Der Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und der Klub der katholischen Intelligenz, Klub Inteligencij Katolickiej (KIK) in Polen drängen darauf, das Gemeinsame Europäische Asylsystem stärker den Notwendigkeiten und Bedürfnissen von Familien anzupassen. „Schutzsuchende Familien mit minderjährigen Kindern dürfen in der EU unter keinen Umständen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden“, schreiben sie [in einer gemeinsamen Erklärung](#), die am Freitag vom Hauptausschuss des ZdK verabschiedet wurde.

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) müsse grundsätzlich „im Einklang mit den Garantien der Genfer Flüchtlingskonvention und der EU-Grundrechtecharta“ geschehen, warnen KIK und ZdK. Sie veröffentlichten ihre Erklärung unter dem Titel „Keine Familien in Grenzverfahren: Für ein gemeinsames menschenrechtskonformes Asylsystem in Europa“. Der KIK ist eine Laienorganisation, damit Teil der katholischen Zivilgesellschaft in Polen und ein Partner des ZdK.

Die derzeitige Situation an den EU-Außengrenzen sei in diesem Punkt „inakzeptabel“. Nötig sei eine unter den Mitgliedstaaten aufgeteilte Solidarität und ein Ende der Zurückweisungen an den Grenzen. Marie von Manteuffel, migrations- und europapolitische Sprecherin des ZdK und Mitglied des Hauptausschusses, ist überzeugt: „Um das Sterben im Mittelmeer zu stoppen, braucht es eine Ausweitung sicherer und legaler Wege nach Europa.“ Jan Murawski, Generalsekretär des KIK, sagt: „Ohne gerechte Handelsbeziehungen, wirtschaftliche Entwicklung, Menschenrechte und Demokratisierung werden Fluchtursachen verschärft. Wir brauchen keine Abschottung, sondern einen Aufbruch zu globaler Solidarität.“

Auch zum Geschwister-Nachzug im deutschen Asylverfahren fasste der Hauptausschuss einen Beschluss. „Wir dürfen angesichts der angespannten Situation in den Kommunen in Deutschland und in anderen Ländern nicht vergessen, dass es um schutzsuchende Menschen geht“, so Marie von Manteuffel. „Schutz und Einheit der Familie sind gerade für Geflüchtete ein hohes Gut – sei es hinsichtlich der psychischen Gesundheit oder der Chancen, im Zufluchtsland nicht nur physisch, sondern auch mental anzukommen.“

Der Beschluss wurde unter dem Titel „[Verfassungsauftrag erfüllen: Subsidiär Schutzberechtigte gleichstellen, Geschwisternachzug ermöglichen](#)“ veröffentlicht.

Der Hauptausschuss moniert darin, dass vor fünf Jahren mit dem Familiennachzugsneuregelungsgesetz eine willkürliche Deckelung auf 1.000 Personen festgesetzt wurde. Nötig sei, wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigt, „auch Geflüchteten mit subsidiärem Schutzstatus (...) eine Familienzusammenführung ohne numerische Deckelung“ zu gewähren. Das Gremium fordert außerdem, „nicht nur minderjährigen Kindern, sondern auch deren Geschwistern einen Nachzug zu ermöglichen“, um die „inakzeptablen Aufspaltungen zwischen den Geschwisterkindern“ aufzulösen. Dazu gelte es, „im Aufenthaltsgesetz einen Rechtsanspruch auf Geschwisternachzug zu verankern“. Damit werde zudem ein Integrationshemmnis abgebaut.

Bereits 2021 hatte das ZdK in den [„Erwartungen und Forderungen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken \(ZdK\) an die Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestags“](#) darauf gedrängt, mit Blick auf die Familienzusammenführung die „beliebige numerische Beschränkung aufzuheben“.

Im Jahr 2020 hatte das ZdK gemeinsam mit seinem kontinentalen Netzwerk Initiative Christen für Europa (IXE) die Erklärung [„Menschenwürde und Solidarität als Pfeiler für ein neues europäisches Asylsystem“](#) veröffentlicht. 2017 forderte die ZdK-Vollversammlung in ihrer Erklärung [„Eine menschenwürdige Asylpolitik als Gemeinschaftsaufgabe der Europäischen Union“](#), „das Gebot des Schutzes menschlichen Lebens als ersten Grundsatz an den Außengrenzen der EU für alle dort ankommenden Menschen zu respektieren“.

Sonntag, 22. Oktober 2023

„Stimme für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“: ZdK gratuliert Wolfgang Thierse zum 80. Geburtstag

Für seinen „großen Beitrag zum Zusammenwachsen von Ost und West“ würdigt die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, das langjährige ZdK-Mitglied Dr. Wolfgang Thierse. Anlass ist dessen 80. Geburtstag am 22. Oktober 2023. „Sie haben Ihre Stimme und Ihre Lebenserfahrung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eingebracht“, heißt es im Glückwunschsreiben der Präsidentin.

Der SPD-Politiker Thierse war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages und im Anschluss bis 2013 dessen Vizepräsident. Als Einzelpersonlichkeit war er bis 2021 Mitglied des ZdK. Die Friedliche Revolution im Jahr 1989 bedeutete ihm viel. Als DDR-Bürger trat er zunächst dem Neuen Forum bei, Anfang 1990 wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der DDR. Nach der Vereinigung Deutschlands wurde er rasch zu einer profilstarken Stimme der SPD, auch als Sprecher des Arbeitskreises „Christen in der SPD“. Bis heute engagiert er sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus.

Wolfgang Thierse habe sich „als Publizist und Politiker“ stets überlegt und kritisch geäußert, schreibt die ZdK-Präsidentin. „Im ZdK verdanken wir Ihnen wertvolle Impulse und Beiträge bei den Vollversammlungen, Katholikentagen und Ökumenischen Kirchentagen, in unserem Sachbereich 2 ‚Politische und ethische Grundfragen‘ und immer wieder als Katholik in der Öffentlichkeit, der für seine christliche Grundüberzeugung steht.“

Sonntag, 29. Oktober 2023

„Beginn eines Kulturwandels“: ZdK-Präsidentin Stetter-Karp und Vizepräsident Söding würdigen Weltsynode

„Den Beginn eines Kulturwandels“ sieht die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, bei der Weltsynode in Rom. „Die jetzt zu Ende gegangenen, vierwöchigen Beratungen haben überdeutlich gezeigt, dass es in der Kirche konkrete, sichtbare Veränderungen braucht. Die Synode hat mit 336 Ja- und nur zehn Nein-Stimmen ihren Zwischenbericht abgestimmt. Sie hat darin zentrale Punkte des dringend nötigen Wandels benannt. Jetzt müssen Taten folgen.“

„Die Synode hat sexualisierte Gewalt, den massenhaften Missbrauch von Menschen verurteilt und zugleich als strukturelles Problem der Kirche benannt“, so Stetter-Karp. „Sie hat sich gegen Diskriminierung von Gläubigen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung ausgesprochen. Sie hat für die Stärkung von Frauenrechten in der Kirche gestimmt. Sie will mehr Teilhabe aller Getauften, mehr Transparenz und das Ende des Machtmissbrauchs. Ich hoffe, dass wir dies auch konkret sehen werden, in der Kirche vor Ort, überall auf der Welt.“

Sie habe insgesamt Lernfähigkeit wahrgenommen, sagt Stetter-Karp im Blick auf Rom. „Und ich wünsche mir sehr, dass sie sich weiter ausbauen lässt.“ So sei im Apostolischen Schreiben des Papstes zu Beginn der Weltsynode sichtbar gewesen, wie sehr Papst Franziskus nun schon seit Jahren wissenschaftliche Erkenntnisse über den Klimawandel in seine Verlautbarungen einbeziehe. Sie frage sich: „Wann wird das auch auf dem Feld der Humanwissenschaften geschehen? Wenn es soweit ist, sollte die Frage nach Frauen in allen Diensten und Ämtern der Kirche keine Frage mehr sein. Ein solcher Paradigmenwechsel würde auch eine veränderte Sexualmoral der Kirche nach sich ziehen und insgesamt eine veränderte Rede vom Menschen. Die Stimmen von Millionen Christinnen und Christen weltweit würden dann endlich nicht mehr ignoriert.“

Prof. Thomas Söding, Vizepräsident des ZdK und als Experte bei der Synode in Rom dabei, sieht im vierwöchigen ersten Teil des Zusammentreffens eine „Bestätigung für den Synodalen Weg in Deutschland. Die Themen, die wir bei uns behandeln, sind eindeutig Themen, die überall in der Weltkirche wichtig sind.“ Der Zwischenbericht, der am Ende entstand und dem zweiten Teil der Welt-synode im Jahr 2024 als Grundlage dienen soll, „identifiziert noch einmal klar alle Themen. Jetzt muss es erstmal dezentral weitergehen. Wir müssen uns vor Ort darum kümmern, dass die Weltsynode dauerhafte Spuren hinterlässt.“

Stetter-Karp und Söding sehen deshalb das Engagement auf dem Synodalen Weg auch in Deutschland weiter als unerlässlich an: „Mitte November etabliert sich der Synodale Ausschuss, der einen Synodalen Rat für die katholische Kirche in unserem Land vorbereiten soll“, sagt die ZdK-Präsidentin. „Wir gehen weiter auf dem gemeinsamen Weg von Bischöfen und Laien.“ Thomas Söding bekräftigt: „Wir halten dabei engen Kontakt mit Menschen aus anderen Ländern, die einen ähnlichen Weg gehen. Das haben wir vor der Weltsynode schon getan, und wir werden das fortsetzen.“

Donnerstag, 2. November 2023

„Historisch wertiger Bestand“: Forschung zur Zeitgeschichte des ZdK ab sofort in Köln möglich

Zur Zeitgeschichte des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) kann ab sofort wieder voll umfänglich geforscht werden. Das Historische Archiv des Erzbistums Köln macht weite Teile des ZdK-Schriftguts zugänglich. Das Archiv des langjährigen Belegenheitsbistums des ZdK verwahrt dessen Schriftgut der Nachkriegszeit bis ins Jahr 2010. Diese Bestände sind nun über ein Findbuch erschlossen.

„Der Umzug des ZdK-Generalsekretariats von Bonn nach Berlin löste vor wenigen Jahren die Frage aus, wie wir mit unserem umfangreichen Schriftgut verfahren würden“, erklärt ZdK-Generalsekretär Marc Frings. „Wir sind dem Historischen Archiv sowie allen Aktendienstleister*innen, die in einem mehr als dreijährigen Prozess an der Bewertung und Erschließung des Materials gearbeitet haben, dankbar, dass wir nun in Köln einen Ort haben, an dem wir unser Schriftgut bis einschließlich 2010 aufbewahren. Das Material ist professionell archiviert und damit gut zugänglich.“

Das Historische Archiv des Erzbistums Köln verwahrt für das ZdK Schriftgut verschiedener Art. Darunter finden sich beispielsweise Sitzungsprotokolle, Beschlüsse und Erklärungen, Schriftwechsel und auch Hörmaterial und Fotos. Ebenso ist reichhaltiges Schriftgut über die Katholikentage zu finden, die das ZdK alle zwei Jahre in Deutschland veranstaltet.

Dr. Ulrich Helbach, der Leiter des Historischen Archivs, spricht von einem „historisch wertigen Bestand“. Projektarbeit und Fachberatung des ZdK durch das Kölner Archiv hätten „in Kooperation gemündet“. Es sei „ein Glücksfall, dass das ZdK sich permanent um seine Akten so gekümmert hat, dass über die Arbeit dieses Spitzenverbandes wirklich Maßgebliches zu erfahren ist.“

Monsignore Guido Assmann, Generalvikar des Erzbistums Köln, begrüßt es, „dass Forscherinnen und Forscher relevante Überlieferungen verschiedener kirchlicher Vereine und Verbände im Archiv des Erzbistums unter einem Dach nutzen können.“ Nun sei ein weiterer wichtiger Archivbestand hinzugekommen.

Über die Homepage des Archivs ist das umfangreiche [Findbuch](#) zugänglich. Öffnungszeiten des Lesesaals finden sich ebenfalls auf der Homepage.

Dienstag, 2. November 2023

**„Unbeirrt Kämpferin für Frauenrechte weltweit“: ZdK trauert um
Lea Ackermann**

„Mit großer Trauer und tiefem Respekt vor ihrem Lebenswerk“ nimmt das ZdK Abschied von Sr. Dr. Lea Ackermann. Sie verstarb im Alter von 86 Jahren wenige Stunden vor dem 1. November. „Am Hochfest Allerheiligen, das Lebende und Tote eng verbindet, ist Schwester Lea in die Ewigkeit gelangt. Das ist ihrer würdig“, sagt ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp. „Ihr Lebenswerk war der Kampf für Frauen- und Kinderrechte weltweit. Das hat das ZdK bereichert und aufgerüttelt.“

Lea Ackermann, Missionsschwester unserer Lieben Frau von Afrika, Theologin und promovierte Erziehungswissenschaftlerin, war für ihren Orden in Ruanda und Kenia in der Ausbildung von Lehrer*innen tätig. 1985 gründete sie den Verein SOLWODI – Solidarity with Women in Distress. Ihre Organisation half Frauen in Not, insbesondere beim Ausstieg aus der Zwangsprostitution. 1987 entstand ein deutscher Ableger von SOLWODI mit Sitz in Boppard, später in Koblenz. Der Verein unterstützt auch heute Frauen in Notlagen, sozialarbeiterisch, psychisch und juristisch. „Heute durchzieht ein Netz von 21 Fachberatungsstellen und 14 Schutzeinrichtungen und Wohnprojekten unser Land“, teilt SOLWODI mit.

Sr. Lea war bis 2012 gewählte Einzelpersonlichkeit im ZdK. Sie wirkte auf mehreren Katholikentagen als Vortragende und Podiumsteilnehmerin mit. „Sie war bekannt für ihre Hartnäckigkeit und Entschlossenheit“, sagt Irme Stetter-Karp. „Einmal gesteckte Ziele verfolgte sie unbeirrt, mit großem Charme, aber auch der nötigen Nachhaltigkeit. Das ZdK hat sie um Themen bereichert, die lange ein Randdasein führten. Viele lernten von ihr, die Augen aufzumachen. Wer mit ihr ins Gespräch ging, musste sich Fragen stellen, die Jahrzehnte

mit Scheu und Zurückhaltung bedacht worden waren. Schwester Lea konnte drastisch werden, wenn sie über Sextourismus, Frauenhandel und Ausbeutung von Kindern sprach. Sie warb jahrzehntelang erfolgreich um Unterstützer*innen für die Arbeit von SOLWODI. Darin war sie extrem erfolgreich – und ein Schutzengel tausender Frauen und Mädchen.“

Freitag, 10. November 2023

„Nächste Phase des Synodalen Weges beginnt“

Synodaler Ausschuss konstituiert sich in Essen

Der Synodale Weg der katholischen Kirche in Deutschland wird heute (10. November 2023) mit der konstituierenden Sitzung des Synodalen Ausschusses fortgesetzt. In Essen kommen die Mitglieder zu einer zweitägigen Arbeitssitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Beratung der Satzung und der Geschäftsordnung.

Der Synodale Ausschuss setzt den bisherigen Prozess des Synodalen Weges fort, bereitet eine Evaluation der Beschlüsse vor und entwickelt die noch nicht beschlossenen Texte weiter. Er soll nach Beschluss der Synodalversammlung einen Synodalen Rat für die katholische Kirche in Deutschland vorbereiten und sich grundsätzlich mit Synodaltät befassen. Mitglieder des Ausschusses sind nach Beschluss einer vorausgehenden Synodalversammlung die 27 Diözesanbischöfe, 27 Delegierte des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) sowie 20 weitere Personen, die aus der Synodalversammlung gewählt wurden.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing, sagt: „Mit dem Synodalen Ausschuss beginnen wir eine nächste Phase des Synodalen Weges. Während die Plenarversammlungen des

Synodalen Weges einer Verständigung über inhaltliche Fragen dienen, stehen im Synodalen Ausschuss prozedurale Fragen im Fokus. Er ist ein Arbeitsinstrument und damit auch für die öffentliche Wahrnehmung mit einem anderen Status verbunden als eine Synodalversammlung. Wir wollen die Formen der weiteren Zusammenarbeit klären und auf einen guten Weg bringen.“

Die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp, ist überzeugt: „Kirche braucht ein weiteres synodales Voranschreiten.“ Es geht um nicht weniger als die Bestätigung der Zusage, die die deutschen Bischöfe den Betroffenen sexuellen Missbrauchs gegenüber in Lingen 2019 formuliert haben: konsequent weiter auf dem Weg der Aufarbeitung und Aufklärung zu gehen. Die weiteren Studien und Berichte, die seitdem von verschiedenen Bistümern in Auftrag gegeben und zum Teil bereits veröffentlicht wurden, unterstreichen dies in erschütternder Weise.“

Irme Stetter-Karp sieht den Synodalen Weg in Deutschland in einer engen Verbindung zur Weltkirche: „Papst Franziskus macht uns Mut, wir stehen im Wort. Wir gehen beharrlich voran.“ Sie fügt an: „Wir haben diesen Sitzungstermin bewusst so gelegt, dass er nach der Weltsynode stattfindet. Die Beratungen in Rom haben überdeutlich gezeigt, dass es in der Kirche konkrete, sichtbare Veränderungen braucht.“ Auch Bischof Bätzing unterstreicht die Verbindung von Weltsynode und Synodalem Weg: „Synodalität, so das zentrale Anliegen, soll als ‚modus vivendi et operandi‘ der ganzen Kirche gestärkt und konkretisiert werden. Schon allein unter dieser Perspektive kann der Synodale Weg der Kirche in Deutschland als ein authentisches Bemühen um die Entfaltung eben jener Synodalität betrachtet werden, die für die ganze Kirche im 21. Jahrhundert von so großer Bedeutung ist.“

Hinweis:

Den Wortlaut der Einführung von Dr. Irme Stetter-Karp und Bischof Dr. Georg Bätzing finden Sie als PDF-Datei in der Anlage sowie unter www.synodalerweg.de. Ebenso ist dort die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung des Synodalen Ausschusses verfügbar.

Bilder finden Sie in der Bildergalerie dieser Pressemitteilung auf www.synodalerweg.de unter Synodaler Ausschuss. Weitere Fotos werden während der Veranstaltung ergänzt und können in den Galerien als hochauflösende Dateien heruntergeladen werden. Bitte beachten Sie das Copyright: © Synodaler Weg/Ewelina Sowa.

Samstag, 11. November 2023**Synodaler Ausschuss hat sich konstituiert**

„Weichen Stellen für die Zukunft“

Der Synodale Ausschuss der katholischen Kirche in Deutschland hat bei seiner konstituierenden Sitzung in Essen heute (11. November 2023) einstimmig über Satzung und Geschäftsordnung entschieden. In einem Abstimmungs-Marathon wurden alle offenen Punkte geklärt. Das Gremium soll bis 2026 regelmäßig tagen, um die Synodalität der Kirche weiterzuentwickeln.

Im Ausschuss beraten die Diözesanbischöfe, Mitglieder des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Synodalversammlung gemeinsam zur Zukunft der Kirche. Damit die Satzung in Kraft tritt, muss sie als nächstes auch von den Trägern des Synodalen Weges, der Deutschen Bischofskonferenz und dem ZdK, beschlossen werden.

Bischof Dr. Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, ist überzeugt: „Der Synodale Ausschuss ist in Fahrt gekommen. Ich bin dankbar, dass wir jetzt in die neue Phase eingetreten sind. Ich greife daher gerne ein Wort der Weltsynode auf: Kirche in Bewegung – das haben wir in Rom erlebt und auch jetzt in Essen. Mit den Beschlüssen zu Satzung und Geschäftsordnung ist ein deutliches Zeichen gesetzt worden, dass wir Synodalität und ihre Voraussetzung – das gegenseitige Vertrauen ineinander – gelernt und praktiziert haben. Die Qualität der Beiträge und das konstruktive Umgehen mit Änderungsanträgen, das Aufeinanderzugehen und die ehrliche Debatte waren dafür genau die Grundlage. Diese Form von synodaler Weggemeinschaft ist in den beiden Tagen in Essen spürbar gewesen. Deshalb gehen wir mit einer sehr guten Basis in die Aufgaben des Synodalen Ausschusses, die uns durch die Synodalversammlung und den gesamten Synodalen Weg gegeben worden sind. Der Synodale Ausschuss ist ein Arbeitsinstrument und damit auch für die öffentliche Wahrnehmung mit einem anderen Status verbunden als eine Synodalversammlung. Ich denke, dass wir hier die Formen der weiteren Zusammenarbeit auf einen guten Weg gebracht haben.“ Bischof Bätzing fügte hinzu, dass es im ersten Synodalen Ausschuss auch ein geistliches Programm gab, das sich mit den Überlegungen zu den Debatten um Satzung und Geschäftsordnung gut verwoben habe. Auf diese geistlichen Elemente werde man auch in Zukunft nicht verzichten.

Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des ZdK, sagt: „Yes We Can! Dafür hat der Synodale Ausschuss heute ein klares Zeichen gesetzt. Ich gehe mit Hoffnung und Zuversicht aus diesem Tag: Wir werden gemeinsam und synodal Weichen stellen für die Zukunft. Ich bin froh, dass der Ausschuss sich unter anderem auf eine künftige Entscheidungsfindung mit Zweidrittelmehrheit aller anwesenden Mitglieder geeinigt hat. Damit sind wir auf dem Synodalen Weg einen großen Schritt weitergekommen. Ich bin ebenso froh, dass der Ausschuss sich in seiner Geschäftsordnung darauf verständigen konnte, künftig im Regelfall

presseöffentlich zu tagen. Damit wird eine Form von Transparenz hergestellt, die ich für wichtig halte. Wir sind es Katholikinnen und Katholiken, aber im Kern allen interessierten Menschen schuldig, sie zu informieren – und sie informieren zu lassen von unabhängigen Medien.“ Die ZdK-Präsidentin erinnert zum Abschluss der konstituierenden Sitzung daran, wie der Synodale Weg der katholischen Kirche in Deutschland begann: „Die MHG-Studie von 2018 hat offenbar gemacht, wie massiv der Missbrauchsskandal war und ist. Wir sind von den deutschen Bischöfen 2019 einstimmig gebeten worden, mit ihnen auf einen synodalen Weg zu gehen, um Ursachen zu analysieren und nach Lösungen zu suchen. Die Arbeit im Synodalen Ausschuss folgt dieser Spur. Wir gehen entschlossen weiter auf dem Synodalen Weg.“

Satzung und Geschäftsordnung des Synodalen Ausschusses finden Sie am Ende der Pressemitteilung als Download sowie auf www.synodalerweg.de. Weitere Informationen zum Synodalen Ausschuss sind ebenfalls auf der Seite zu finden.

Hinweis:

Den Wortlaut der Einführung von Dr. Irme Stetter-Karp und Bischof Dr. Georg Bätzing finden Sie als PDF-Datei in der Anlage sowie unter www.synodalerweg.de. Ebenso ist dort die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung des Synodalen Ausschusses verfügbar.

Bilder finden Sie in der Bildergalerie dieser Pressemitteilung auf www.synodalerweg.de unter Synodaler Ausschuss. Weitere Fotos werden während der Veranstaltung ergänzt und können in den Galerien als hochauflösende Dateien heruntergeladen werden. Bitte beachten Sie das Copyright: © Synodaler Weg/Ewelina Sowa.

Mittwoch, 15. November 2023

„Reformen sind dringender denn je“: ZdK-Präsidentin sieht Synodalen Weg durch Studie zur Kirchenmitgliedschaft bestätigt

Die aktuelle Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung der Evangelischen und Katholischen Kirche in Deutschland ist aus Sicht der Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) „ein deutliches Signal, Veränderungen entschlossen vorantreiben zu müssen. Wir sehen klar, dass der Wandel der Kirche in der postmodernen Gesellschaft nicht schnell und nicht nachhaltig genug gelingt“, sagt Dr. Irme Stetter-Karp. „Gerade die katholische Kirche erlebt zudem einen massiven Vertrauensverlust in der Gesellschaft. Gleichzeitig erfahren wir: Kirchenmitglieder, Mitglieder anderer Religionen so wie Konfessionslose erwarten von den Kirchen soziales und politisches Engagement. Das ZdK nimmt sich genau dieser Forderung an.“

„Dass die Kirche als Kämpferin für Klimaschutz, für Menschenwürde und für sozialen Ausgleich in der Gesellschaft gesehen und immer wieder angefragt wird, bestätigt das ZdK und seine Arbeit im gesellschaftspolitischen Raum“, sagt die ZdK-Präsidentin. „Dieses Engagement müssen wir aber weiter mit Reforminitiativen in der Kirche verbinden. Die Untersuchung bescheinigt dem Synodalen Weg die richtige Richtung. Ein hoher Prozentsatz der Befragten verlangt Dinge, die wir auf der Agenda haben. Beispiele dafür: 78 Prozent aller befragten Katholik*innen möchte, dass Priester heiraten dürfen. 58 Prozent fänden es richtig, homosexuelle Partnerschaften zu segnen. Und 87 Prozent aller befragten Katholik*innen wollen, dass Führungspersonen in der Kirche demokratisch gewählt werden. Es ist entscheidend, dass wir diese Forderungen als Auftrag verstehen, auf dem Synodalen Weg voranzukommen. Die Studie zeigt deutlich: Katholik*innen treten vor allem aus Wut und Zorn über ausbleibende Veränderungen aus ihrer Kirche aus, Protestant*innen vor allem deshalb, weil ihnen die religiösen Inhalte gleichgültig geworden sind. Von daher ist es alles andere als egal, ob Veränderungen in der katholischen Kirche kommen.“

Erschreckend sei, dass nur neun Prozent aller Befragten erklärt hätten, aktuell Vertrauen in die katholische Kirche zu haben. „82 Prozent der befragten Katholik*innen sagen, sie würden bleiben, wenn die Kirche deutlicher bekennen würde, dass sie Schuld auf sich geladen hat und 71 Prozent sagen, sie würden bleiben, wenn die Kirche sich radikal reformiert. Beide Schritte würden das Vertrauen in die Kirche wieder stärken. Das muss die Institution als Auftrag begreifen, gerade im Blick auf den Missbrauchsskandal“, sagt Stetter-Karp.

Insgesamt gebe die Studie einen unverstellten Blick auf die Religiosität in Deutschland. „Mehr als die Hälfte der Befragten beschreiben sich selbst als säkular oder eher säkular. Darunter sind auch Kirchenmitglieder, das ist besonders interessant. Für die Kirchen heißt das, zu akzeptieren, dass Religiosität nicht auf den Genen liegt. Es gibt keine selbstverständliche Sehnsucht danach, die jedem Menschen innewohnt. Es müssen neue Wege gefunden werden, wie Religiöse und Nichtreligiöse miteinander sprechen können. Die Kirchen müssen sich öffnen für die Lebensfragen der Nichtreligiösen. Und zugleich ist es eine spannende Herausforderung, säkularen Menschen von der Bedeutung des Religiösen zu erzählen und Religion als Gewinn für das eigene Leben anzubieten.“

Bei den Noch-Mitgliedern der Kirche verspürten nur etwa 40 Prozent eine Kirchenbindung, 60 Prozent nicht mehr. „Das Verbundenheitsgefühl hat vor allem auf katholischer Seite gelitten, mehr als auf evangelischer. 43 Prozent der katholischen Kirchenmitglieder geben in der Befragung an, aktuell trittsgeneigt zu sein. Deshalb sind Reformen dringender denn je. Sie sind die Voraussetzung dafür, sich den Herausforderungen einer Zeitenwende stellen zu können, die die Kirche massiv betrifft und die sie bewegen muss“, sagt die ZdK-Präsidentin.

Die Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU) wird von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) seit fünf Jahrzehnten jeweils alle zehn Jahre durchgeführt. Erstmals hatte der Rat der EKD die Deutsche Bischofskonferenz diesmal eingeladen, sich an der KMU zu beteiligen.

Freitag, 24. November 2023

„Der 7. Oktober markiert einen Zivilisationsbruch“: ZdK-Präsidentin fordert Widerstand gegen Erstarken des Antisemitismus

Die Ermordung von mehr als 1200 Jüdinnen und Juden durch Hamas-Terroristen am 7. Oktober hat die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, zum Auftakt der ZdK-Vollversammlung in Berlin als „Zivilisationsbruch“ bezeichnet. „Der Terror der Hamas hat unermessliches Leid über Israel, über Jüdinnen und Juden gebracht.“ Auf den Gewaltakt folgte eine Welle des Antisemitismus. „Es erschüttert uns als ZdK zutiefst, zu erleben, dass antisemitische Übergriffe, Beleidigungen und Diffamierungen seit dem 7. Oktober massiv zunehmen. In Deutschland und weltweit erleben wir heftige Auseinandersetzungen, die Politik und Gesellschaft vor teils schwere Zerreißproben stellen.“

Vor der Vollversammlung diskutierte Shimon Stein, der bis 2008 Botschafter Israels in Deutschland war, mit den Journalist*innen Kristin Helberg und Dr. Heinrich Wefing sowie Dorothee Klüppel vom internationalen Hilfswerk Misereor über Wege zum Ende der Gewalt.

Zur Situation in Israel sagte Shimon Stein, seit dem Ende seiner Berufstätigkeit im diplomatischen Dienst als Senior Research Fellow am Institut für Nationale Sicherheitsstudien (INSS) der Universität Tel Aviv tätig: „Der 7. Oktober war für mich ein grausamer Weckruf. Was wir erlebt haben, übertrifft alle Vorstellungen. Der Überfall der Hamas war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Folgen dieses Verbrechens werden uns noch lange beschäftigen. In Israel, in der Region und global.“ Stein erklärte: „Die Befreiung der israelischen Geiseln hat jetzt höchste Priorität. Der Staat hat am 7. Oktober versagt. Er hat die Aufgabe, seine Bürger zu schützen, nicht erfüllt. Nun ist er verpflichtet, das Vertrauen seiner Bürger wieder herzustellen. Er muss bereit

sein, dafür jeden Preis zu zahlen.“ Der Botschafter a.D. sagte weiter, ein Sieg sei erst dann erreicht, „wenn wir mindestens achtzig Prozent der Struktur der Hamas ausgeschaltet haben. Wie lang der Weg ist, bleibt abzuwarten.“

Über den neu aufkeimenden Antisemitismus hierzulande zeigte sich Stein erschüttert: „Die Juden sind in Deutschland generell nicht sicher. Der Antisemitismus grassiert seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Nach dem 7. Oktober sind wir nun in eine qualitativ und quantitativ neue Phase eingetreten, was die Sicherheit der Juden betrifft. Die Deutschen haben ihren Teil der moralischen Vereinbarung zum „Nie wieder!“ bis heute nicht erfüllt.“

Kristin Helberg, freie Journalistin für ARD, ORF und das Schweizer Fernsehen, lange Jahre als Korrespondentin in Syrien tätig, sagte: „Jede zukünftige Lösung für Gaza muss die Sicherheit der Menschen in Israel und bessere Perspektiven für die Bewohner von Gaza garantieren. Dafür braucht es Vertrauen, das kurzfristig nur internationale Akteure wie die USA, Europa und arabische Staaten herstellen können.“ Israel könne der Hamas „den Nährboden nur entziehen, indem man den Palästinenserinnen und Palästinensern in Gaza und im Westjordanland gleiche Rechte und ein Leben in Würde ermöglicht.“ Im Blick auf Deutschland sagte Helberg: „Damit sich Jüdinnen und Juden hier sicher fühlen können, müssen wir Zugewanderte als Verbündete im Kampf gegen Antisemitismus begreifen. Dafür bräuchte es mehr Weitsicht im Nahostkonflikt, eine präzisere Staatsräson und eine inklusive Holocaust-Erinnerungskultur. Nur wenn wir Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit gemeinsam bekämpfen, überwinden wir gesellschaftliche Gräben und verhindern, dass Extremisten die Eskalation in Nahost für ihre demokratiefeindlichen Ziele missbrauchen.“

Dr. Heinrich Wefing, Co-Ressortleiter Politik der Wochenzeitung Die Zeit, zeigte sich überzeugt: „Israel hat jedes Recht, sich gegen den mörderischen Überfall der Hamas vom 7. Oktober zur Wehr zu setzen, auch durch den Einmarsch in Gaza. Dieser Einmarsch ist jedoch mit enormen militärischen, politischen und humanitären Risiken verbunden und führt unweigerlich in furchtbare Dilemmata. Die militärische Operation in Gaza gefährdet potenziell das Leben der Geiseln. Sie kostet israelische Soldaten das Leben, sie bringt Leid und Tod für die palästinensische Zivilbevölkerung. Und je größer die zivilen Opfer, desto mehr schwindet weltweit die Solidarität mit Israel - oder befeuert noch weiter Antisemitismus und Hass auf Israel. Für alles das trägt zuerst und vor allem die Hamas die Verantwortung. Die Folgen jedoch treffen unweigerlich auch Israel.“

Dorothee Klüppel, Abteilungsleiterin Afrika/Nahost beim internationalen Hilfswerk Misereor, sagte, Misereor arbeite in Israel, im Gazastreifen und in der Westbank mit kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen. „In etlichen dieser Partnerorganisationen arbeiten Israelis und Palästinenser*innen zusammen. Dies ist in der aktuellen Situation enorm herausfordernd. Wir spüren den Schmerz der anderen in uns selbst und streben nach Gerechtigkeit.“ Klüppel berichtete von „Gesprächen mit ehemaligen Soldaten, die bei früheren Kriegen selbst im Gazastreifen im Einsatz waren und sich jetzt für Friedensarbeit engagieren. Sie sagen: Militärische Gewalt allein wird unsere Probleme nicht lösen. Wir müssen die Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen und einen Plan, eine Vision für den Tag danach einfordern.“ Klüppel zeigte ich überzeugt: „Jeder Tag, an dem wir unseren moralischen Kompass beibehalten, uns gegen die Schädigung unschuldiger Zivilisten wehren, an die Menschlichkeit jedes Menschen glauben und auf einer Politik der Versöhnung bestehen, ist ein Tag des Lebens und der Hoffnung.“

„Nie wieder ist jetzt!“ – An diesen Aufruf, der als Schriftzug am 9. November 2023 auf das Brandenburger Tor projiziert war, hatte die Präsidentin des ZdK zuvor in ihrem Bericht zur aktuellen Lage erinnert. Die Mitglieder der Vollversammlung hielten nach der Debatte noch einmal Schilder mit diesen Worten in die Höhe. „Der 85. Jahrestag der Reichspogromnacht hat uns in einer Weltlage vorgefunden, die den Schock des Zivilisationsbruchs zu verarbeiten hat. Es ist an uns, dem wachsenden Antisemitismus in unserem Land ein klares ‚Nie wieder‘ entgegenzusetzen“, sagte Stetter-Karp. „Als ZdK stehen wir an der Seite unserer jüdischen Freunde und Freundinnen, im Gesprächskreis ‚Juden und Christen‘ hat der Dialog mit ihnen seit mehr als 50 Jahren einen festen Ort. Der Antisemitismus ist auch ein Angriff auf unsere Demokratie, dem wir uns entgegenstellen müssen.“

Freitag, 24. November 2023

ZdK-Präsidentin kritisiert „Schieflage zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik“: Familienministerin Paus verteidigt „Kindergrundsicherung als Systemwechsel“ im Rahmen der Vollversammlung vom 24./25. November 2023 in Berlin

Die „große Bedeutung der Familienpolitik für ein gelingendes Miteinander in der Gesellschaft“ hat die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, hervorgehoben. Beim Besuch von Bundesfamilienministerin Lisa Paus auf der Vollversammlung des ZdK würdigte Stetter-Karp, dass bei der Kindergrundsicherung „nun Leistungen gebündelt werden und auf einfacherem Wege als bisher beantragt werden können. Das ist ein Fortschritt vor allem für die mehr als 5 Millionen armutsbedrohten Familien in Deutschland.“ Dennoch bleibe die Kindergrundsicherung hinter den Erwartungen des ZdK zurück.

„Sie selbst sprechen davon, dass Familienpolitik in einem guten Gleichklang aus ‚Zeit, Geld und Infrastruktur‘ gestaltet werden muss. Die Debatten zur Familien- und Sozialpolitik zeigen aber, dass es gegenwärtig eine deutliche Schiefelage gibt: Wirtschaftspolitik wird nicht als unterstützendes Moment der Sozialpolitik angesehen“, monierte Stetter-Karp.

Bundesfamilienministerin Lisa Paus begrüßte, dass das ZdK nach seiner jahrzehntelangen Arbeit in Bonn in Berlin angekommen sei. „Hier schlägt das parlamentarische Herz des politischen Diskurses. Hier gehören Sie hin.“ Der „familienpolitische Dreiklang aus Geld, Zeit und Infrastruktur“, von dem die Rede sei, müsse „immer wieder neu ausbuchstabiert werden. Denn die Zeiten ändern sich – und mit ihnen die Lebensrealitäten. Die Jahre der Pandemie und die Preissteigerungen sind eine enorme Herausforderung. Die multiplen, sich überlappenden Krisen belasten und verunsichern.“ Mit der Kindergrundversicherung schließe die Bundesregierung eine große Gerechtigkeitslücke. „Es geht darum, armutsgefährdete Kinder besser abzusichern. Die Kindergrundversicherung ist ein Systemwechsel!“

Irme Stetter-Karp zog das Gelingen dieses von der Ministerin wie auch vom ZdK gewünschten Systemwechsels in Frage. [In einem Beschluss](#) der Vollversammlung forderte diese anschließend, an der angedachten Rücknahme der Einsparungen im Kinder- und Jugendplan des Bundes festzuhalten. Wo „jedes fünfte Kind von Armut bedroht“ sei, seien „die Haushaltsmittel für die neue Grundsicherung dringend anzuheben“. [Ein zweiter Beschluss](#) der Vollversammlung rief die Bundesregierung dazu auf, in der Krise eine klare Priorisierung vorzunehmen: „Die anstehenden Haushaltsprobleme dürfen nicht zu Lasten derer gehen, die in unserer Gesellschaft ohnehin schlechter gestellt sind. Der Sozialstaat darf nicht zur Disposition stehen. Die Teilhabe aller in unserer Gesellschaft muss zentrales Ziel sein.“

Sorge äußerte die ZdK-Präsidentin zur Debatte um eine mögliche Abschaffung des Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch, den man „leichtfertig in Frage stellt. Wir sehen in der doppelten Anwaltschaft für die Mutter und das ungeborene Kind einen auch im europäischen Vergleich sehr wirksamen und erfolgreichen Ansatz, um der Selbstbestimmung von Frauen und dem Schutz des Lebens bestmöglich gerecht zu werden. Wir halten insbesondere die Beratung vor einer Entscheidung für sehr wichtig und sind überzeugt, dass die gesetzlich verankerte Beratungspflicht bleiben muss. Deshalb setzen wir uns als ZdK für die aktuelle Regelung ein.“

Lucia Lagoda, Sprecherin des ZdK-Sachbereichs „Familie, Generationen, Geschlechtergerechtigkeit“, sagte in der anschließenden Debatte mit der Ministerin, die Kindergrundsicherung in der jetzigen Form sei nicht dazu angetan, „den dringend benötigten Paradigmenwechsel in der Familienpolitik“ zu leisten. „Erwerbsanreize für Alleinerziehende setzen ohnehin schon stark belastete Familien unnötig weiter unter Druck.“ Zudem wünsche sich das ZdK, dass Kinder mit Asylbewerberleistungsberechtigung auch Kindergrundsicherung erhalten könnten. „Eine Neuberechnung des soziokulturellen Existenzminimums für Kinder und junge Menschen, die sich an den tatsächlichen Bedarfen orientiert und nicht nur an einem absoluten Minimum sozialer Teilhabe“, sei zwingend. Ministerin Paus antwortete, die Kindergrundsicherung könne Kinderarmut nicht sofort abschaffen, sei aber bereits jetzt eine große Verbesserung: „Sie ist einfach zu beantragen, entlastet die Eltern von Bürokratie. Das ist wichtig. Wir machen in Zukunft viel digital, viel einfach, und wir kommen hin zu den Menschen. Dafür brauchen wir viele Berater*innen. Auch dieser Ausbau von Beratungskapazitäten ist im Plan.“

Der Sozialethiker Prof. Bernhard Emunds, Mitglied des ZdK, forderte in der Debatte mit der Ministerin, die Bedingungen für die Familienpflege zu verbessern: „Bei hohem Sorgebedarf müssen Männer und Frauen ihre zeitliche

Beanspruchung durch den Beruf reduzieren können, ohne in finanzielle Probleme zu geraten. Deshalb bedarf es dringend der Einführung eines existenzsichernden Familienpflegegeldes, wie es die Ampel in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat.“ Die Ministerin sagte, man werde die bereits angelaufene Pflegereform nicht nochmal neu anfassen. Sie fügte aber hinzu: „Auch wir wollen mehr zeitliche Flexibilität für Pflegende erreichen. Wir wollen Nahestehende einbeziehen, denn das entspricht den gelebten sozialen Beziehungen. Wir wollen Brücken zur Erwerbstätigkeit neben der Pflege bauen, denn Pflege soll nicht zum dauerhaften Ausstieg aus dem Beruf führen.“

Lena Bloemacher, Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und ebenfalls Mitglied im ZdK, erwartet eine Rücknahme der Kürzungen bei der Jugendarbeit und Demokratieförderung. „Gerade in diesen herausfordernden Zeiten braucht es politische Bildung. In der außerschulischen Jugendarbeit – wie bei uns in den katholischen Jugendverbänden – gibt es Räume, in denen junge Menschen ihre Interessen selbstorganisiert und -verwaltet vertreten. Diese müssen gerade jetzt gestärkt werden. Konkret bedeutet das, dass sie im politischen Fokus liegen und finanziell bedarfsgerecht und zukunftsfest ausgestattet sein müssen. Wir bieten uns als Partner*innen an, um gemeinsam eine jugend- und generationengerechte Politik zu gestalten.“ Die Ministerin bedauerte, dass sie angesichts der Haushaltsvorgaben „die Kürzungen im Jugendbereich“ habe vornehmen müssen. „Es ist Ihnen, den Jugendverbänden, zu verdanken, dass diese Kürzungen jetzt zurückgenommen werden.“

Caritas-Präsidentin und ZdK-Mitglied Eva Welskop-Deffaa forderte eine zukunftsweisende Engagement-Strategie des Bundes: „In den Mitglieds-Organisationen des ZdK engagieren sich viele Hundertausende Menschen ehrenamtlich für eine bessere Welt. Wir brauchen eine Engagement-Strategie des Bundes, die dieses Engagement absichert, gerade auch, indem sie für die

Coproduktion von freiwillig und beruflich Engagierten in den Wohlfahrtsverbänden eine Lanze bricht.“ Die Ministerin versicherte, dass ihre „Guideline“ sei, „dass die vorhandenen Strukturen nicht angetastet werden.“ Wie die Engagement-Strategie konkret ausgestaltet werde, sei noch offen. „Bis zum 5. Dezember können noch Vorschläge eingereicht werden.“

Samstag, 25. November 2023

ZdK-Vollversammlung beschließt Satzung des Synodalen

Ausschusses im Rahmen der Vollversammlung vom 24./25. November 2023 in Berlin

Mit überwältigender Mehrheit hat die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) die Satzung des Synodalen Ausschusses beschlossen. Damit hat sie dessen Konstituierung am 11. November in Essen bestätigt. „Wir haben den Weg freigemacht für den Fortgang des Synodalen Weges“, sagte die ZdK-Präsidentin Dr. Irme Stetter-Karp zum Abschluss der Beratungen in Berlin.

Ein Beschluss der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz – dem zweiten Träger des Synodalen Ausschusses – steht noch aus. Der Berliner Erzbischof Dr. Heiner Koch, Geistlicher Assistent des ZdK, sagte, der heutige Beschluss der Vollversammlung des ZdK sei für die Bischofskonferenz „ein wichtiges Zeichen, für das ich dankbar bin“.

Prof. Thomas Söding, Vizepräsident des ZdK, berichtete von der Weltsynode in Rom, an der er als theologischer Experte teilgenommen hatte. „Das Thema der Synode war sie selbst“, sagte Söding. In Rom sei erkannt worden, „dass ein

Kirchenbild, das sich die Monarchie zum Vorbild nimmt, nicht zur Realität der katholischen Kirche passt. Zum einen ist der Klerikalismus eine Hauptursache des systemischen Machtmissbrauchs, der weltweit verbreitet ist, auch wenn noch immer versucht wird, ihn als eine unglückliche Häufung von Einzelfällen darzustellen. Zum anderen ist weltweit eine Bildungsoffensive in Gang gekommen, die den traditionellen Patriarchalismus in die Defensive drängt.“ Das Kirchenrecht schreibe „bislang weder Kontroll- noch Beteiligungsrechte, weder Transparenzgebote noch Rechenschaftspflichten fest. Dadurch entsteht eine Schiefelage“. Papst Franziskus habe im Bewusstsein dessen „erklärt, die katholische Kirche sei eine synodale. Aber was Synodalität auf Katholisch eigentlich ist, hat er nicht vorgeschrieben, auch in seinem Brief an das pilgernde Volk Gottes in Deutschland 2019 nicht. Es muss entdeckt werden: auf dem Weg, in Rom und weltweit“, so der ZdK-Vizepräsident.

Am Vorabend hatte Prof. Hans Zollner SJ, Direktor des „Instituts für Anthropologie – Interdisziplinäre Studien zu Menschenwürde und Sorge für schutzbedürftige Personen“ an der Gregoriana in Rom und von 2014 bis März 2023 Mitglied der Päpstlichen Kommission für den Schutz von Minderjährigen, über den Stand der Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs in der Kirche fünf Jahre nach der Veröffentlichung der MHG-Studie gesprochen. Er machte deutlich, dass das „System Kirche“ kein Gegenüber sei: „Wer sich einbringt in die Kirche, ist Teil des Systems.“ Dabei gehe es „nicht nur um Strukturen, sondern um das Miteinander, das geprägt ist von einer Mentalität.“ Dies wahrzunehmen, sei wichtig, wenn sich das ZdK mit der Frage beschäftige: „Was war und ist die Verantwortung katholischer Laienverbände und Gremien im Missbrauchs-kontext? Wo waren sie systemstabilisierend und warum? Und: Welche Folgen hatte dies für Missbrauchs-betroffene? Schlüssige, tieferegehende Antworten und Folgerungen stehen in diesem Zusammenhang im Grunde noch aus.“

Kai Christian Moritz vom Betroffenenbeirat der Deutschen Bischofskonferenz machte in der anschließenden Podiumsdiskussion unter Leitung des Journalisten Joachim Frank deutlich: „Viele sind in den vergangenen Jahren sprachfähig geworden, vieles ist sag-, hör- und zumutbar geworden. Dennoch hat in weiten Teilen diese begrüßenswerte Vielstimmigkeit nicht zu einem harmonischen Klangbild geführt, sondern allzu oft zu einer verstörenden Kakophonie.“ Zum Zustand der katholischen Kirche gehöre: „Wir bleiben hängen in immer wieder neuen strukturellen Fragen und allen damit verbundenen Befindlichkeiten, die heilende Er-lösung versprechen, wo sachliche Lösung eigentlich das Ziel sein sollte.“ Wolfgang Klose, ZdK-Vizepräsident, sagte, das ZdK werde das Thema „Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs“ auch weiter auf der Agenda haben. „Wir müssen uns der Analyse stellen, dass es in Gemeinden, in Räten und Verbänden über Jahrzehnte Co-Klerikalismus, Wegschauen und Vertuschen gegeben hat.“

Mit insgesamt sieben Beschlüssen und einer lebhaften Debatte zum Zwischenbericht der Leitbild- und Satzungskommission des ZdK ging die Vollversammlung am Samstagmittag zu Ende. Das Leitbild soll der veränderten Situation des ZdK als Akteurin in einer säkularen, gleichzeitig multireligiösen und ethisch herausgeforderten Gesellschaft gerecht werden.

Dienstag, 28. November 2023

UN-Klimakonferenz in Dubai COP28

„Das globale Gemeinwohl muss jetzt unsere oberste Priorität sein!“

Am kommenden Donnerstag (30. November 2023) beginnt in Dubai die 28. UN-Klimakonferenz COP28. Gemeinsam appellieren der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Georg Bätzing, die Präsidentin des

Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Dr. Irme Stetter-Karp, die Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Eva Maria Welskop-Deffaa, und der Vorsitzende der Deutschen Ordensobernkonzferenz, Bruder Andreas Murk OFMC-onv an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, zusammen mit allen Menschen guten Willens Verantwortung zu übernehmen. In einer heute (28. November 2023) veröffentlichten gemeinsamen Erklärung betonten sie: „Das globale Gemeinwohl muss jetzt unsere oberste Priorität sein!“

In ihrem Appell beziehen sich die Kirchenvertreterinnen und Kirchenvertreter vor allem auf das jüngste Schreiben von Papst Franziskus, *Laudate Deum*, in dem dieser die Dringlichkeit des Handelns bekräftigte und daran erinnerte, dass sich niemand alleine retten könne.

Die Notwendigkeit einer verbindlichen Form der Energiewende betont [die gemeinsame Erklärung](#) ebenso wie eine angemessene finanzielle Ausstattung für die notwendigen Anpassungen zum Klimawandel. „Dabei sind wir alle in der Pflicht, die Schöpfung zu bewahren und unseren Planeten zu schützen. Die Natur darf nicht einfach als Mittel für unseren Wohlstand missbraucht werden. Letztlich sägen wir an dem Ast, auf dem wir selbst sitzen, wenn wir Natur und Klima bedenkenlos zerstören“, so Bischof Bätzing, Irme Stetter-Karp, Eva Maria Welskop-Deffaa und Bruder Andreas Murk.

Mit Blick auf die finanziellen Mittel und die bisherigen Erfahrungen zurückliegender Klimakonferenzen kritisieren sie, dass für den 2022 auf der COP27 beschlossenen Fonds für klima- und umweltbedingte Schäden und Verluste bisher jede Konkretisierung fehle: „Es muss unter Mitwirkung aller Akteure geklärt werden, wer in welchen Fällen mit Mitteln aus dem Fonds unterstützt wird und wer für dessen finanzielle Ausgestaltung verantwortlich ist.“ Gleichzeitig fordern die Unterzeichnenden einen Blick auf alle Länder der Erde: „Der Schutz des Klimas kann nur gelingen, wenn alle Länder weltweit

gleichberechtigt in ihren Kompetenzen anerkannt und in die Lage versetzt werden, ihren Teil beizutragen ... Die wirtschaftlich starken Staaten dieser Erde müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und diese Länder tatkräftig unterstützen“.

Freitag, 30. November 2023

Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim ZdK gedenkt der Opfer des Terrors vom 7. Oktober

„Im Gespräch verbunden – wenn nicht jetzt, wann dann?!“ Unter diesem Titel widmete sich der Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) heute im Frankfurter Haus am Dom dem Gedenken an den 7. Oktober. Der brutale Angriff der Hamas auf Israel, mehr als 1200 Tote an jenem Tag und noch immer viele Geiseln in der Gewalt der Terrororganisation führen zur drängenden Frage: Was ist jetzt Aufgabe des jüdisch-christlichen Dialogs?

Der Gesprächskreis, 1971 vom Präsidium des ZdK gegründet, „ist nach wie vor weltweit das einzige Gremium, in dem Juden und Christen, Jüdinnen und Christinnen so kontinuierlich über theologische und gesellschaftliche Fragen im Gespräch sind“, sagte Dagmar Mensink. Gemeinsam mit Rabbiner Prof. Andreas Nachama leitet sie den Gesprächskreis seit 2016. Zuvor hatte ihn Prof. Hanspeter Heinz, der ebenfalls nach Frankfurt gekommen war, über 42 Jahre geführt.

Der Nachmittag begann mit einer jüdisch-christlichen Gedenkfeier für die Opfer des Terrors gegen Israel am 7. Oktober. In seiner Begrüßung ging Rabbiner Andreas Nachama gleich zu Beginn auf die aktuelle Situation ein: „Der unverhohlene Ausbruch von Judenhass und Israelfeindlichkeit nach dem

7. Oktober ist in höchstem Maße erschreckend und bedrückend. Die gegenwärtige Situation ist auch eine Bewährungsprobe für die katholisch-jüdische Weggemeinschaft.“ Dagmar Mensink ergänzte: „Christen und Christinnen, Bischöfe und Pfarrer müssen jetzt dem Judenhass in all seinen Formen entschieden entgegentreten und klare Zeichen der Solidarität mit Israel und mit Juden und Jüdinnen in Deutschland setzen.“

Der Gesprächskreis habe immer davon gelebt, die Weggemeinschaft von Juden und Christen, die das Zweite Vatikanische Konzil eröffnet habe, mit Leben zu füllen und die alte christliche Lehre der Verachtung endgültig zu überwinden. „Diese Aufgabe besteht bis heute“, so Mensink. „Wir müssen weiter Aufklärung leisten, um den Vorurteilen, denen Jüdinnen und Juden auch in Deutschland ausgesetzt sind, etwas entgegenzusetzen. Bis heute kennen leider nur wenige Christen und Christinnen jüdische Auslegungen der Bibel und die reiche jüdische Tradition. Auch Predigten und christliche Religionsbücher sind noch immer nicht frei von antijüdischen Vorurteilen.“

Für die Hessische Landesregierung unterstrich Staatssekretär Uwe Becker die Bedeutung des jüdisch-christlichen Gesprächs für die Gegenwart. Becker ist zugleich Beauftragter für das Jüdische Leben und Antisemitismusfragen in Hessen. Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Abraham Lehrer, verwies auf die Verpflichtung der Kirche, in der gegenwärtigen Situation ganz klar an der Seite von Juden und Jüdinnen zu stehen. Bischof Ulrich Neymeyr, der die Unterkommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum der Deutschen Bischofskonferenz leitet, und die Präsidentin des Zentralkomitees, Irme Stetter-Karp, hoben ebenfalls die Bedeutung der christlich-jüdischen Freundschaft in dieser schwierigen Situation hervor.

Die Religionswissenschaftlerin Prof. Susanne Talabardon erläuterte in ihrem Beitrag, „zu den prägenden Konstanten der in sich vielfältigen jüdischen

Tradition“ gehörten „die Tora, das Land Israel und das Volk Israel. Man kann die Entwicklung weiter Teile der jüdischen Strömungen geradezu als eine Beziehungsgeschichte dieser drei Größen erzählen. Dabei finden sich bereits in der Bibel zwei miteinander konkurrierende Konzepte, die sich bis in die Gegenwart verfolgen lassen.“ Das eine Konzept skizziere „die Heiligkeit des Heiligen Landes als exemplarisch, das andere beschreibt eine Art generische Heiligkeit Israels. Beide Entwürfe erfordern von seinen Bewohnern besondere Fürsorge und Aufmerksamkeit“.

Drs. Edward van Voolen, Landesrabbiner der Liberalen Jüdischen Gemeinde in der Hansestadt Hamburg, berichtete über die Seelsorge in jüdischen Gemeinden in Deutschland nach dem 7. Oktober: „Das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoa und die weltweite Welle von Hass und Gewalt danach haben nicht nur Israel, sondern auch die jüdische Gemeinschaft in Deutschland in Fassungslosigkeit, Trauer und Wut versetzt.“ Als Gemeinderabbiner suche er „nach liturgischen Texten und Worten, die meine, unsere Gefühle zum Ausdruck bringen, in neuen Gebeten und Predigten, die mit der Situation ringen.“ Gerade jetzt sei Haltung wichtig: „Als Jude bin ich, sind wir verpflichtet, uns für Frieden, Hebräisch Schalom, Arabisch Salam, einzusetzen, aber auch für Gerechtigkeit, Tzedaka, Sadaka, und barmherzige Liebe Rachamim, Rachmah – drei Kernkonzepte in den drei Abrahamitischen Religionen. Wie verzweifelt uns die heutige Situation auch macht, setzen wir uns weiterhin für den Dialog ein und für ein Gespräch mit Musliminnen und Muslimen.“ Nach den Worten des Propheten Jesaja sei nun zu handeln: „Nation soll nicht gegen Nation das Schwert erheben, den Krieg werden sie nicht mehr lernen“ (Jesaja 2,4).“

Dr. Uri Kaufmann, Prof. Josef Wohlmuth und Prof. Hanspeter Heinz erinnern an die Anfänge des Gesprächskreises. „Mit der Entscheidung für den Gesprächskreis haben die Mitglieder die Last der Geschichte angenommen. Unser Weg aufeinander zu war immer auch ein Weg miteinander für die Versöhnung in unserer Welt“, so Hanspeter Heinz. Esti Rubins von der Jüdischen

Studierendenunion beschrieb die Erwartungen an den Dialog seitens der jungen Generation. Der Landeskirchliche Beauftragte für den christlich-jüdischen Dialog in Bayern, Dr. Axel Töllner, der für die Evangelische Kirche in Deutschland sprach, unterstrich die Bedeutung der ökumenischen Zusammenarbeit im jüdisch-christlichen Dialog. Der Nachmittag wurde musikalisch begleitet vom „Jerusalem Duo“, Hila Ofek und Andre Tsirlin.

Freitag, 1. Dezember 2023

ZdK-Präsidentin gratuliert Bischof Fürst zum 75. Geburtstag

„Mit großem Dank für viele Jahre engagierter geistlichen Begleitung des ZdK“ gratuliert Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, dem scheidenden Diözesanbischof von Rottenburg-Stuttgart, Dr. Gebhard Fürst, zum 75. Geburtstag. „Wir denken im ZdK gern an die 16 Jahre zurück, in denen Sie unser Geistlicher Assistent waren.“

„Mit diesem Geburtstag bricht für Sie eine neue Zeit an, da Papst Franziskus ihr altersbedingtes Rücktrittsgesuch angenommen hat“, schreibt Stetter-Karp weiter. „23 Jahre lang waren Sie Bischof einer der größten Diözesen Deutschlands. Für die neue Lebensphase wünsche ich Ihnen alles Gute.“

Bischof Fürst, von 2000 bis 2016 Geistlicher Assistent des ZdK, hatte sich immer wieder beispielhaft für eine menschnahe Kirche eingesetzt. Zuletzt hatte er sich auf dem Synodalen Weg der katholischen Kirche in Deutschland maßgeblich für eine zukunftsweisende Zusammenarbeit von Bischöfen und Laien engagiert. Dazu zählt sein Einsatz für den Diakonat der Frau, transparente kirchliche Entscheidungen und eine gezielte Förderung des Laienengagements in der Kirche.

Zuletzt hatte das ZdK mit der Diözese Rottenburg-Stuttgart unter Leitung von Bischof Fürst beim 102. Deutschen Katholikentag eng zusammengearbeitet. 2022 wurde dieser Katholikentag in Stuttgart in der ausgehenden Corona-Pandemie unter dem Leitwort „Leben teilen“ zu einem Ort der Begegnung für zehntausende Menschen.

Dienstag, 5. Dezember 2023

„Kirchliches Engagement stärkt Demokratie und Zivilgesellschaft“: ZdK-Präsidentin zum Deutschen Engagementtag

„Kirchenmitglieder sind überdurchschnittlich häufig ehrenamtlich engagiert, sie stärken Demokratie und Zivilgesellschaft. Das muss in der Engagement-Strategie des Bundes berücksichtigt werden.“ Das fordert die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, aus Anlass des heutigen Deutschen Engagementtags. Die jüngste Kirchenmitgliedschafts-Untersuchung (KMU) habe belegt, wie stark der ehrenamtliche Einsatz von Christinnen und Christen in der Gesellschaft sei, auch im nicht-kirchlichen Bereich.

Fast fünf Millionen Menschen sind im kirchlichen oder religiösen Bereich ehrenamtlich engagiert. Dies gilt nicht nur im Bereich der Wohlfahrtspflege, sondern generationenübergreifend in zahlreichen Handlungsfeldern. Christinnen und Christen sind damit überdurchschnittlich aktiv.

Ihr Engagement begrenzt sich aber nicht nur auf den kirchlichen Bereich. National und international stehen sie für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung ein. „In den Gemeinden, in Werken, katholischen Verbänden und christlichen Vereinen, aber auch einfach in der Nachbarschaft

oder zunehmend in digitalen Räumen engagieren sich Kirchenmitglieder vielfältig“, stellt Irme Stetter-Karp fest. „Sie sind da, wo es gilt, Not zu lindern, Menschen zu stärken, Geflüchtete zu begleiten und Hoffnung und Zuversicht Raum zu geben, gerade auch den Grenzsituationen des Lebens. So tragen engagierte Christ*innen ganz entscheidend zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.“ Eine Engagement-Strategie des Bundes sollte alle diese Aktivitäten positiv unterstützen, so die ZdK-Präsidentin. „Nachweislich stärkt christliches Engagement die demokratische Gesellschaft und trägt wesentlich zu einer vielfältigen Kultur der Freiwilligkeit und Gemeinwohlorientierung bei. Deshalb kann die anstehende Engagement-Strategie des Bundes ohne die Kirchen mit ihren zahlreichen Verbänden, Werken und Diensten nicht sinnvoll umgesetzt werden. Dabei sollten Erhalt und Stärkung der engagementfördernden Strukturen ein zentrales Element bilden.“

Stetter-Karp fordert konkret: „Das Ehrenamt braucht Freiräume. Dazu gehört die zuverlässige Unterstützung durch hauptberufliche Fachkräfte. Neue Methoden des Gewinnens, Begleitens und Fortbildens ehrenamtlich Engagierter sind nötig.“

Als katholische Stimme in der Zivilgesellschaft ist das ZdK in der Engagement-Politik aktiv und setzt sich mit dem „Ökumenischen Arbeitskreis Ehrenamt“ für gute Rahmenbedingungen und Ressourcen ein. Das im Oktober verabschiedete Positionspapier [“Nächstenliebe und Engagement – nicht nur an Sonntagen!”](#) beschreibt die Rolle der Kirchen für eine gelingende Engagement-Strategie des Bundes.

Montag, 11. Dezember 2023

Manfred Ruge verlässt den Trägerverein des Katholikentags

Manfred Ruge tritt von seinem Amt als Vorsitzender des Trägervereins des 103. Deutschen Katholikentags zurück. Seine Mitgliedschaft im Verein endet am 13. Dezember. Das gibt die Geschäftsstelle des Katholikentags bekannt, die heute Nachmittag von Herrn Ruge über diesen Schritt in Form eines Schreibens informiert wurde.

Das gastgebende Bistum Erfurt und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) als Veranstalter des Katholikentags würdigen das große Engagement Ruges in den zurückliegenden Monaten, jenseits zunehmender Differenzen. „Der langjährige Erfurter Oberbürgermeister hat sich mit großer Leidenschaft für den Katholikentag eingesetzt“, sagt der Bischof von Erfurt, Dr. Ulrich Neymeyr. „Ihm sind viele Inspirationen, das Netzwerken in und um Erfurt und die Unterstützung bei vorbereitenden Veranstaltungen zu verdanken.“ Die Präsidentin des ZdK, Dr. Irme Stetter-Karp, fügt an: „Umso mehr bedauern wir, dass es nicht möglich war, seine dauerhaft tragfähige Zustimmung zur Programmplanung für den Katholikentag zu erzielen. Die Beschlüsse der Katholikentagsgremien, in denen ost- und westdeutsche Mitglieder engagiert sind, bleiben verlässlich die Grundlage der weiteren Arbeit. Manfred Ruges Rückzug stellt den Trägerverein nun vor die Aufgabe, zeitnah eine Nachfolgeregelung zu treffen.“

Manfred Ruge hatte am Wochenende über die Presse von seinen Rücktrittsabsichten berichtet. Zuvor hatte er diesen Schritt in der Trägervereinsitzung am 6. Dezember angekündigt.

Das Bistum Erfurt und das ZdK haben bereits über die Konsequenzen beraten. Der Trägerverein des Katholikentags wird in einer außerordentlichen Sitzung im neuen Jahr zusammenkommen, um eine*n Nachfolger*in für Herrn Ruge zu wählen.

Der 103. Deutsche Katholikentag findet vom 29. Mai bis 2. Juni 2024 in Erfurt statt.

Donnerstag, 14. Dezember 2023

„Wichtige Schritte für Menschenwürde und Schöpfungsverantwortung“: ZdK kommentiert Dubai-Abschlussklärung und EU-Lieferkettengesetz

Die Ergebnisse der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP28) bewertet Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), verhalten positiv: „Es ist zwar ein ermutigendes Signal, dass in Dubai endlich die Abkehr von der Nutzung fossiler Brennstoffe beschlossen wurde. Eine Abkehr ist jedoch nicht der dringend notwendige Ausstieg, für den viele gekämpft haben.“ Die Weltgemeinschaft sei nun herausgefordert, die Klimakrise dauerhaft und konsequent im Krisenmodus zu bekämpfen: „In Dubai wurde entschieden, die Kapazitäten der erneuerbaren Energien bis 2030 zu verdreifachen und die Energieeffizienz zu verdoppeln. Bisher ist noch kein Land auf diesem ambitionierten Kurs. Die nächsten Jahre sind also wegweisend dafür, ob die Wende gelingt. In dieser Dekade müssen wir liefern.“

In einer gemeinsamen Erklärung hatten die Deutsche Bischofskonferenz (DBK), der Deutsche Caritasverband, die Deutsche Ordensoberenkonferenz (DOK) und das ZdK vor der COP28 den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas gefordert und eine aufgestockte Finanzierung für die Anpassung an die Klimakrise

sowie eine Einrichtung des Fonds für klimabedingte Schäden und Verluste gefordert. [Die Vollversammlung des ZdK hatte sich dafür ausgesprochen](#), diesen Fonds jährlich mit mindestens 400 Milliarden US-Dollar auszustatten, um Klimagerechtigkeit im Sinne des Verursacherprinzips Realität werden zu lassen. „Bei der Anpassung an die Klimakrise gibt es weltweit vielerorts riesige Bedarfe, die nur in einem solidarischen finanziellen Kraftakt gedeckt werden können. Die Entscheidung hierzu wurde bei der COP fatalerweise vertagt. Dass gleich zu Beginn Einigkeit darüber hergestellt werden konnte, den Fonds für Schäden und Verluste zu operationalisieren, ist erfreulich. Doch auch hier klafft eine gigantische Finanzierungslücke, sodass Klimagerechtigkeit in weiter Ferne bleibt“, kommentiert Irme Stetter-Karp.

In Brüssel gelang es indes, die Verhandlungen zwischen den Institutionen der EU um ein Europäisches Lieferkettengesetz abzuschließen und eine ambitionierte Einigung zu erzielen. Das ZdK hatte seit Jahren für die Fortschreibung des deutschen Lieferkettengesetzes auf europäischer Ebene geworben und [für eine Richtlinie plädiert, welche die gesamte Liefer- und Wertschöpfungskette von Unternehmen adressiert und diese dazu verpflichtet, die Menschenrechte, die ILO-Arbeitsnormen sowie Umwelt und Klima zu achten](#). Gemeinsam mit seinem europäischen Netzwerk Initiative Christen für Europa (IXE) hatte es insbesondere gefordert, [den Finanzsektor aufgrund seiner Schlüsselrolle bei der Finanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten einzubeziehen](#).

Irme Stetter-Karp kommentiert: „Der Finanzsektor hat eine Hebelwirkung für nachhaltige Entwicklung. Daher sehe ich es kritisch, dass er gemäß der nun gefundenen Einigung bis auf Weiteres aus der Richtlinie ausgeklammert werden soll.“ Zugleich begrüßt die ZdK-Präsidentin, dass Geschädigte künftig die Möglichkeit haben sollen, vor europäischen Gerichten zu klagen: „Es ist ein Paradigmenwechsel, da das deutsche Lieferkettengesetz den Zugang zu Gerichten bislang verwehrt. Für die Menschenrechte ist das ein großer Erfolg.“

Die ZdK-Präsidentin würdigt auch die klimapolitische Dimension der Einigung: „Große Unternehmen werden verpflichtet, einen Plan zu erstellen, der garantiert, dass das Geschäftsmodell mit dem Pariser Klima-Abkommen vereinbar ist. Von Dubai und Brüssel gehen politische Impulse aus, die mich zuversichtlich stimmen: Die Eindämmung der Klimakrise und eine gerechtere Globalisierung sind umsetzbar. Die Bundesregierung ist nun aufgefordert, der Richtlinie wie in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt zuzustimmen. Sie muss die COP28 zum Anlass nehmen, die Rahmenbedingungen zur Erreichung der Klimaziele in Deutschland zu schaffen und international Unterstützung zu leisten, sodass andere Länder sich auf die verheerenden Auswirkungen der Klimakrise vorbereiten und die Energiewende bewältigen können.“

Montag, 18. Dezember 2023

Segen für gleichgeschlechtliche Paare: ZdK begrüßt Grundsatzerklärung des Vatikans

„Froh und überrascht zugleich“ ist Dr. Irme Stetter-Karp, Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), über die Meldung aus Rom, der Vatikan erlaube künftig offiziell die Segnung homosexueller und unverheirateter Paare. „Die Glaubenskongregation tut etwas, das wir nur begrüßen können“, sagt Stetter-Karp. „Sie nimmt das Segnen ernst. Sie befreit die Entscheidung für den Segen von einem sakramentalen Überbau, der betroffenen Menschen bislang wie eine Zurücksetzung erscheinen musste. Nun endlich darf Zuwendung durch Segen sein – Gott sei Dank!“

Die ZdK-Präsidentin kommentiert so die heute veröffentlichte Grundsatzklärung der vatikanischen Glaubensbehörde. Glaubenspräfekt Kardinal Victor Manuel Fernández hatte erklärt, man habe das Verständnis dessen, was ein Segen sei, „erweitert und angereichert“.

Stetter-Karp erinnert in diesem Zusammenhang an das große Engagement des Synodalen Weges in Deutschland für eine Segnung gleichgeschlechtlicher, unverheirateter oder in erste Ehe geschiedener und neuvermählter Paare. Ebenso erinnert sie an mutige Priester, Pastoral- und Gemeindefere*innen, die Segensfeiern bereits in der Vergangenheit angeboten hatten. „Es zeigt sich, dass theologische Redlichkeit und Glaubenssinn wichtige Wegmarken auf dem Weg zur Veränderung der Kirche bilden. Eine bloße Verbots-Hörigkeit ist nicht katholisch.“ Noch im Februar 2021 hatte die vatikanische Glaubensbehörde mitgeteilt, eine Segnung gleichgeschlechtlicher Paare sei in der katholischen Kirche unmöglich. „Katholisch sein heißt in diesen Zeiten, mit Veränderung zu rechnen“, so die ZdK-Präsidentin.

Das sieht auch die Vizepräsidentin des ZdK, Birgit Mock, die sich auf dem Synodalen Weg der katholischen Kirche in Deutschland intensiv für Segensfeiern eingesetzt hatte. „Es ist gut, dass die Kirche hier eine wohlbegründete Beweglichkeit im Sinne der Menschenwürde beweist“, sagt Mock, die gemeinsam mit dem Aachener Bischof Helmut Dieser dem Forum „Leben in gelingenden Beziehungen“ vorgestanden hatte. „Die Grundsatzklärung ist ein positives Signal für unsere Segenspraxis in Deutschland“, so Mock. „Wir sind gerade dabei, eine entsprechende Handreichung auszuarbeiten. Die Grundsatzklärung ist eine wichtige Brücke, die uns in die pastorale Praxis führt, solange die sexualmoralischen Grundlagen noch nicht geändert sind.“

Hierzu habe der Synodale Weg intensiv gearbeitet, mit einer Positionierung hin zu einer theologischen Neuentwicklung der Beziehungsethik, die die zwischenmenschliche Liebe und Treue würdigt. „Für heute ist der Schritt des Vatikans in jedem Fall ein Durchbruch“, lautet ein erstes Fazit von Birgit Mock. „Ich hoffe darauf, dass Paare, die sich lieben, in allen deutschen Bistümern eingeladen sind, sich segnen zu lassen.“

Donnerstag, 21. Dezember 2023

„... und Friede auf Erden“: ZdK betont Universalität der Weihnachtsbotschaft

Aus Anlass des Weihnachtsfestes erinnert die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, an die Universalität der Weihnachtsbotschaft. „Es ist wichtig, daran zu denken, dass die drei abrahamitischen Religionen Judentum, Christentum und Islam der Wunsch nach Frieden verbindet. Die Botschaft der Engel auf dem Feld ist universell. Sie ist an alle Menschen gerichtet, die Gottes Wohlgefallen finden.“ Die ZdK-Präsidentin wirbt gemeinsam mit den Vorsitzenden der Gesprächskreise „Juden und Christen“ und „Christen und Muslime“ beim ZdK für ein friedliches Zusammenleben und ein beharrliches Engagement im interreligiösen Dialog.

„Der Wunsch nach Frieden steht im Zentrum der christlichen Weihnachtsbotschaft“, sagt Stetter-Karp. „Doch dieser Wunsch gilt nicht nur den Christinnen und Christen. Die überlieferten Erzählungen zur Geburt Jesu machen deutlich, dass Jesus in ein jüdisches Umfeld hineingeboren wird. Zugleich aber tauchen - etwa mit den drei Weisen aus dem Morgenland – Personen auf, die anderen Religionen und Kulturen angehören. Die Botschaft der Engel auf dem Feld ist an alle Menschen gerichtet, die, so sagt es der Text, Gottes Wohlgefallen finden.“

Die Sorge um den Frieden auf Erden richtet sich momentan auch auf die Region, in der Jesus geboren wurde. Dagmar Mensink, Vorsitzende des Gesprächskreises „Juden und Christen“ beim ZdK, beschreibt den 7. Oktober, an dem die Hamas mehr als 1200 Juden und Jüdinnen ermordet hat, als einen Zivilisationsbruch. Sie führt weiter aus: „Auch in Deutschland erleben wir seitdem eine Zunahme antisemitischer Übergriffe, die mich erschüttert. Wir stehen fest an der Seite unserer jüdischen Freunde und Freundinnen, die hierzulande

um ihre Sicherheit fürchten.“ Die Präsidentin des ZdK betont, sie sei dankbar dafür, dass die beiden Gesprächskreise „Juden und Christen“ sowie „Christen und Muslime“ den perfiden Angriff auf Jüdinnen und Juden in Israel und die erschreckende Zunahme antisemitischer Übergriffe in Deutschland so eindeutig verurteilt hätten. Prof. Anja Middelbeck-Varwick, die dem Gesprächskreis „Christen und Muslime“ vorsitzt, bekräftigt: „Wir wissen uns den Menschen in Israel und Palästina und denen, die weltweit um einen dauerhaften Frieden in der Region ringen, im Gebet verbunden.“

Rabbiner Prof. Andreas Nachama, der mit Dagmar Mensink gemeinsam den Vorsitz des Gesprächskreises „Juden und Christen“ innehat, betont die Bedeutung des interreligiösen Dialoges mit Blick auf das Zusammenleben von Juden, Christen und Muslimen in Deutschland. Angesichts der pro-palästinensischen Demonstrationen, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen kam, stellt er klar, dass es falsch sei, Muslimen pauschal Gewaltbereitschaft zu unterstellen. Nachama betont weiter: „Muslime und Juden werden gleichermaßen von Rechtsextremen antisemitisch oder rassistisch bedroht.“

Beide Gesprächskreise sind mit der ZdK-Präsidentin darin einig, dass auch im neuen Jahr das Engagement gegen erstarkende rechte Bewegungen in Deutschland fortgesetzt werden muss. „Das Weihnachtsfest setzt mit seiner universellen Friedensbotschaft ein deutliches Zeichen“, so Stetter-Karp. „In einem Land, das sich auf christliche Werte beruft, kann und darf es deshalb keine Diskriminierung von Menschen, die einer anderen Religion angehören, geben.“

Gerade angesichts des Unfriedens in der Welt dürfe die weihnachtliche Friedensbotschaft keine Utopie bleiben. Stetter-Karp betont: „Diese Botschaft braucht Menschen, die sie über die Grenzen von Religionen und Kulturen hinweg mit Leben füllen und die sich täglich in ihrem Umfeld Vorurteilen und Hass entgegenstellen. Sie braucht Menschen des Dialogs, die in ihrem Wunsch nach Frieden verbunden sind und gemeinsam für diesen Friedeneinstehen. Heute mehr denn je.“

5. Mitglieder und Gremien des ZdK

I. Präsidium

1. Präsidentin

Dr. Irme Stetter-Karp

2. Vizepräsident*innen

Wolfgang Klose

Birgit Mock

Prof. Dr. Claudia Nothelle

Prof. Dr. Thomas Söding

3. Generalsekretär

Marc Frings

II. Hauptausschuss

1. Präsidentin

Dr. Irme Stetter-Karp

2. Vizepräsident*innen

Wolfgang Klose

Birgit Mock

Prof. Dr. Claudia Nothelle

Prof. Dr. Thomas Söding

3. Generalsekretär

Marc Frings

4. Mitglieder

Dr. Karlies Abmeier

Dr. Emeka Ani

Prof. Dr. Birgit Aschmann

Martin Buhl

Gabriele Erpenbeck

Joachim Frank

Christian Gärtner

Staatsministerin a.D. Prof. Dr. Monika Grütters

Stephanie Hauk

Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel

Prof. Dr. Julia Knop

Bundesministerin a.D. Annegret Kramp-Karrenbauer

Lucia Lagoda

Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick

Hildegard Müller

Johannes Norpoth
Agnieszka Piotrowski
Gregor Podschun
Schwester Philippa Rath OSB
Prof. Dr. Dorothea Sattler
Beate Schwittay
Dirk Tänzler
Marie von Manteuffel
Michael Wedell
Prof. Dr. Agnes Wuckelt
Eva Maria Welskop-Deffaa

4. Geistlicher Assistent

Erbischof Dr. Heiner Koch

5. Ständiger Gast

Prälat Dr. Karl Jüsten

III. Gemeinsame Konferenz

des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und der Deutschen Bischofskonferenz

Vertreter*innen des ZdK

Dr. Maria Flachsbarth

Wolfgang Klose

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Dr. Claudia Lücking-Michel

Birgit Mock

Prof. Dr. Claudia Nothelle

Gregor Podschun

Prof. Dr. Dorothea Sattler

Prof. Dr. Thomas Söding

Dr. Irme Stetter-Karp

Vertreter der DBK

Bischof Dr. Georg Bätzing

Bischof Franz Josef-Bode

Weihbischof Robert Brahm

Bischof Stefan Burger

Bischof Dr. Gebhard Fürst

Bischof Dr. Michael Gerber

Erzbischof Dr. Heiner Koch

Weihbischof Josef Holtkotte

Bischof Dr. Peter Kohlgraf

Erzbischof Reinhard Kardinal Marx

Weihbischof Wilfried Theising

Bischof Dr. Rudolf Voderholzer

Geschäftsführung

Marc Frings

Dr. Beate Gilles

Ständiger Gast

Prälat Dr. Karl Jüsten

IV. Sachbereiche

Sachbereich 1: „Theologie, Pastoral und Ökumene“

Sprecherin

Prof. Dr. Dorothea Sattler

Geschäftsführerin

Marie Raßmann

Mitglieder

Pfarrer Stefan-Bernhard Eirich

Dr. Regina Heyder

Prof. Dr. Julia Knop

Dr. Martina Kreidler-Kos

Michaela Labudda

Regina Masur

Alfred Streib

Dr. Valentina Sudić

Noah Walczuch

Prof. Dr. Agnes Wuckelt

Berater*innen

Kira Beer

Prof. Dr. Wolfgang Beck

Pfarrer Dr. Jörg Bickelhaupt

Nils Gerets

Dr. Annette Jantzen

Schwester M. Scholastika Jurt

Julia Meister

Erzpriester Constantin Miron

Dr. Burkhard Neumann

Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer

Sachbereich 2: „Politische und ethische Grundfragen“

Sprecherin

Prof. Dr. Birgit Aschmann

Geschäftsführerin

Barbara Ladenburger

Mitglieder

Dr. Thomas Arnold

Nora Bossong

Matthias Dantlgraber

Dr. Maria Flachsbarth

Dr. Peter Frey

Christian Gärtner

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Gudrun Lux

Generalleutnant Dr. Ansgar Rieks

Albrecht Prinz von Croÿ

Joseph Winkler

Berater*innen

Lena Bloemacher

Christian Hirte MdB

Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

Dagmar Mensink

Prof. Dr. Paul Nolte

Dr. Elfriede Schießleder

Franziska Schubert MdL

Parlamentarischer Staatssekretär Benjamin Strasser

Bundestagspräsident a.D. Dr. Wolfgang Thierse

Dr. Hubert Wissing

Sachbereich 3: „Wirtschaft, Soziales, Digitalisierung“

Sprecher:

Michael Wedell

Geschäftsführerin:

Prisca Patenge

Mitglieder:

Dr. Karlies Abmeier

Prof. Dr. Bernhard Emunds

Dr. Anna Grebe

Mechthild Heil MdB

Dr. Harald Langenfeld

Brigitte Lehmann

Peter Niedergesäss

Johannes Norpoth

Manfred Speck

Dirk Tänzler

Daniel Trutwin

Markus Ziganki

Berater*innen:

André Arenz

Eva Christiansen

Roman Dyrschka

Dr. Nicole Grünewald

Dr. Frank Hensel

Andreas Kuhlmann

Uta Losem

Bianca Maley

Jürgen Mindel

Silke Richter

Eugen Schlachter

Nicola Sommer

Dr. Hermann-Josef Tebroke MdB

Prof. Dr. Gregor Thüsing

Dr. Ansgar Tietmeyer

Peter Weiß

Sachbereich 4: „Bildung, Kultur, Medien“

Sprecher:

Martin Buhl

Geschäftsführerin:

Andrea Pingel

Mitglieder:

Miriam Albers

Dominik Blum

Nora Bossong

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Detering

Joachim Frank

Prof. Dr. Monika Grütters MdB

Gabriele Klingberg

Marcus C. Leitschuh

Winfried Quecke

Prof. Dr. Walter Raasch

Kurt Schanné

Dr. Hannah Schepers

Elodie Scholten

Yvonne Willicks

Sachbereich 5: „Familie, Generationen, Geschlechtergerechtigkeit“

Sprecherin:

Lucia Lagoda

Geschäftsführerin:

Prisca Patenge

Mitglieder:

Dr. Cordula Brechmann

Martina Breyer

Stephan Buttgerit

Dr. Andreas Heek

Dagmar Heib MdL

Ulrich Hoffmann

Christian Lee

Nadine Mersch

Gregor Podschun

Klaudia Rudersdorf

Dr. Olaf Tyllack

Berater*innen

Dr. Michael Brinkschröder

Dr. Karin Jurczyk

Christian Lee

Lisi Maier

Svenja Stadler MdB

Sachbereich 6: „Nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung“

Sprecherin:

Bundesministerin a. D. Annegret Kramp-Karrenbauer

Geschäftsführer:

Raphael de Araújo Bittner

Mitglieder:

Thomas Antkowiak

Stefan Becker

Barbara Brockmann

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer

Claudia Friedrich

Bundesministerin a. D. Dr. Barabara Hendricks

Karl Kautzsch

Gerold König

Oberstleutnant Dr. Michael Lippert

Dr. Claudia Lücking-Michel

Oberst Hans-Jürgen Neubauer

Nicole Podlinski

Monika von Palubicki

Berater*innen

Detlef Herbers

Tanja Himer

Franziska Hoppermann MdB

Milan Ivić

Prof. Dr. Matthias Kalkuhl

Matthias Kiefer
Dr. Lukas Köhler
Dr. Michael Lentze
Dr. Andreas Nick
Daniela Ordowski
Georg Sauerwein
Lena Wallraff

Sachbereich 7: „Europäische Zusammenarbeit und Migration“

Sprecherin:

Marie von Manteuffel

Geschäftsführer:

Raphael de Araújo Bittner

Mitglieder:

Dr. Karlies Abmeier

Dr. Emeka Ani

Dr. Matthias Belafi

Dr. Stefan Eschbach

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins

Prof. Dr. Clemens Ladenburger

Dr. Peter Liese MdEP

Maria Lohre

Katharina Norpoth

Agnieszka Piotrowski

Prof. Dr. Beate Rudolf

Pfarrer Prof. Dr. Thomas Schwartz

Sandra Uhlich

Manfred Weber MdEP

Berater*innen

Susanne Bühl

Lena Düpont

Dr. Andrea Schlenker

Dr. Linn Selle

Kai Wynands

V. Gesprächskreise

Gesprächskreis „Juden und Christen“

Vorsitzende

Dagmar Mensink

Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama

Mitglieder

Prof. Dr. Sabine Bieberstein

Prof. Dr. Micha Brumlik

Prof. Dr. René Dausner

Prof. Dr. Hanspeter Heinz

Prof.-Univ. Dr. Gregor Maria Hoff

Dr. Uri Kaufmann

Prof. Dr. Julia Knop

Prof. Dr. Daniel Krochmalnik

Petra Kunik

Prof. Dr. Hanna Liss

Dr. Matthias Müller

Prof. Dr. Ilse Müllner

Daniel Noa

Dr. Paul Petzel

Dr. Norbert Reck

Prof. Dr. Susanne Sandherr

Prof. Dr. Barbara Schmitz

Prof. Dr. Heinz-Günther Schöttler

Rabbiner Julian-Chaim Soussan

Prof. Dr. Susanne Talabardon

Prof. Dr. Joachim Valentin

Rabbiner Drs. Edward van Voolen

Rabbinerin Natalia Verzhbovska

Dr. Uta Zwingenberger

Gesprächskreis „Christen und Muslime“

Vorsitzende

Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick

Geschäftsführerin

Dr. Katrin Großmann

Mitglieder

Dr. Esnaf Begić

Dr. Dina El Omari

Abdassamad El Yazidi

Anna-Maria Fischer

Cemile Giousouf

Dr. Timo Aytac Güzelmansur

Oberkirchenrat Dr. Andreas Herrmann

Dr. phil. Nora Kalbarczyk

Talat Kamran

Pfarrer Dr. Ludger Kaulig

Dr. Hamideh Mohagheghi

Rabeya Müller

Rafet Öztürk

Iman Andrea Reimann

Dr. Andreas Renz

Pfarrer Johannes Stein

Dr. Christian Ströbele

Dr. Katrin Visse

Dr. Katja Voges

VI. Vollversammlung

Vertreter*innen der Diözesanräte

Aachen

Marie-Theres Jung
Matthias Koß
Heribert Rychert
Elodie Scholten

Augsburg

Christian Hammer
Erich Mutter
Hildegard Schütz

Bamberg

Klaus Koschinsky
Astrid Schubert
Eva Russwurm

Berlin

Dr. Karlies Abmeier
Wolfgang Klose
Anja Pfeffermann
Bernd Streich

Dresden-Meißen

Martina Breyer
Stephanie Hauk
Clemens Kannegießer
Marko Schiemann

Eichstätt

Christian Gärtner
Karl Kautzsch
Maria Elisabeth Müller

Erfurt

Thomas Kretschmer †
Sabine Maria Kuchta
Reinhard Salzmänn
Alois Wolf

Essen

Stephanie Smolinski
Dirk Tänzler
Isabelle Wrede

Freiburg

Christoph Bayer
Dr. Stefan Eschbach
Dr. Klemens Gramlich

Fulda

Bettina Faber-Ruffing
Steffen Flicker
Marcus C. Leitschuh

Görlitz

Dr. Rainer Nomine
Sonja Rehor
Christine Schirmer

Hamburg

Ulla Kamps-Blass

Prof. Dr. Walter Raasch

Prof. Dr. Wolfgang Schareck

Hildesheim

Miriam Albers

Kathrin Brauner

Christian Leidner

Winfried Quecke

Simon Westphal

Köln

Wiebke Harwardt

Tim-Oliver Kurzbach

Renate Röblitz

Limburg

Wiegand Otterbach

Christian Pulfrich

Dr. Barbara Wieland

Magdeburg

Dr. Dagobert Glanz

Torsten Kasimirek

Regina Masur

Mainz

Martin Buhl

Birgit Mosalenko

Michael Refflinghaus

München und Freising

Dr. Cordula Brechmann

Joachim Unterländer

Martin Utschneider

Münster

Cornelia Graßhoff

Jürgen Tausgraf

Ulrich Vollmer

Osnabrück

Katharina Abeln

Christoph Geffert

Ruth Kenkel

Katharina Nussbaum

Paderborn

Jan Hilkenbach

Regina Kopp-Herr

Nadine Mersch

Markus Ziganki

Passau

Markus Biber

Dr. Anna Hengersperger

Hanna Seidl

Regensburg

Johanna Ostermeier

Monika Uhl

Noah Walczuch

Rottenburg-Stuttgart

Claudia Friedrich

Bernhard Göser

Pfarrer Martin Stöffelmaier

Speyer

Dorothea Jansen

Andreas W. Stellmann

Theo Wieder

Trier

Herbert Caspar

Dagmar Heib

Lena Kettel

Würzburg

Dr. Martin Fleckenstein

Andreas Krumm

Alfred Streib

Katholikenrat beim kath. Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr

Oberstleutnant Dr. Michael Lippert

Oberst Hans-Jürgen Neubauer

Generalleutnant Dr. Ansgar Rieks

Bundespastoralrat der Katholiken anderer Muttersprache

Dr. Emeka Ani

Agnieszka Piotrowski

Dr. Valentina Sudić

Vertreter*innen aus katholischen Verbänden, Aktionen, geistlichen Gemeinschaften und Bewegungen sowie aus Säkularinstituten

Ackermann-Gemeinde

Martin Kastler

Martin Panten

Adveniat – Bischöfliche Aktion

Tanja Himer

Agenda – Forum katholischer Theologinnen e.V.

Dr. Sabine Schößler

Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände Mittel- und Osteuropa

Matthias Dörr

Dr. Elvira Spötter

Sandra Uhlich

Arbeitsgemeinschaft der Säkularinstitute in Deutschland

Maria Lohre

Arbeitsgemeinschaft kath. Studentenverbände (AGV)

Johannes Winkel

AKF - Arbeitsgemeinschaft für kath. Familienbildung e.V.

Dr. Holger Dörnemann

Arbeitsgemeinschaft katholischer Hochschulgemeinden

Barbara Brockmann

Berufsgemeinschaft der Pfarrhaushälterinnen

Irmgard Schwermann

Petra Leigers

Bonifatiuswerk der deutschen Katholiken

Monsignore Georg Austen

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

Lena Bloemacher

Daniela Hottenbacher

Pfarrer Dr. Stefan Ottersbach

Gregor Podschun

Bund Katholischer Unternehmer (BKU)

Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel

Daniel Trutwin

Bundeskonferenz der katholischen Religionslehrerverbände (BKR)

Gabriele Klingberg

**Bundesverband der Gemeindeferent*innen und Religionslehrer*innen
Deutschlands e.V.**

Michaela Labudda

Bundesverband katholischer Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker

Johannes Koop

Bundesverband Pastoralreferent*innen

Theresia Härtel

Cursillo-Arbeitsgemeinschaft Deutschland (CAD)

Alfred Zschau

Cusanuswerk – Bischöfliche Studienförderung

Thomas Scheidtweiler

Deutscher Caritasverband (DCV)

Regina Hertlein

Birgit Schaer

Eva Maria Welskop-Deffaa

Deutscher Katecheten-Verein (DKV)

Dominik Blum

DJK-Sportverband e.V.

Elisabeth Keilmann

Richard Eberl-Koschny

Bernward Siemes

Claudia Jörder

Familienbund der Katholiken (FDK)

Matthias Dantlgraber

Ulrich Hoffmann

Gisela Rink

Fokolar-Bewegung

Dr. Gabi Ballweg

Gemeinschaft Christlichen Lebens (GCL)

Ursula Becker

Winfried Quecke

Gemeinschaft der Vinzenz-Konferenzen Deutschlands

Winfried Hupe

Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

Oberst Rüdiger Attermeyer

Gemeinschaft Sant'Egidio

Pfarrer Dr. Matthias Leineweber

Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands (GKP)

Joachim Frank

Dr. Christian Klenk

Forum katholischer Männer

Dr. Andreas Heek

HELIAND – Kreis Katholischer Frauen

Adelheid Singer-Luschka

Hildegardis-Verein

Dr. Hannah Schepers

IN VIA – Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit

Prof. Dr. Katrin Keller

Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine (KV)

Dr. Matthias Belafi

Katholische Akademikerarbeit Deutschlands (KAD)

Manfred Speck

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB)

Pfarrer Stefan-Bernhard Eirich

Brigitte Lehmann

Andreas Luttmer-Bensmann

Peter Niedergesäss

Beate Schwittay **Katholische Elternschaft Deutschlands (KED)**

Marie-Theres Kastner

Anne Embser

Katholische Erwachsenenbildung Deutschlands (KEB)

Andrea Heim

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)

Ulrike Göken-Huisman

Mechthild Heil MdB

Lucia Lagoda

Emilia Müller

Brigitte Vielhaus

Monika von Palubicki

Prof. Dr. Agnes Wuckelt

Katholische Landvolkbewegung Deutschlands (KLB)

Nicole Podlinski

Hubert Wernsmann

Katholischer Deutscher Frauenbund (KDFB)

Dr. Maria Flachsbarth
Christiane Fuchs-Pellmann
Dr. Regina Heyder
Birgit Kainz
Anja Karliczek MdB
Birgit Mock
Dorothee Sandherr-Klemp

KM katholischermedienverband e.V.

Wolfgang Bullin

Katholischer Pflegeverband

M. Elisa Döschl

Katholisches Bibelwerk e.V.

Dr. Kathrin Brockmöller

Kindermissionswerk - Die Sternsinger

Stefan Becker
Pfarrer Dirk Bingener
Anne Wunden

KKF - Verband Katholischer Frauen in Wirtschaft und Verwaltung e.V.

Franca Perschen

KKV - Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung

Josef Ridders

Kolpingwerk Deutschland

Alexandra Horster

Harold Ries

Kludia Rudersdorf

Hans-Joachim Wahl

Rosalia Walter

Malteser-Hilfsdienst (MHD)

Albrecht Prinz von Croÿ

Maximilian-Kolbe-Werk

Dr. Oliver Müller

Misereor – Bischöfliches Hilfswerk

Thomas Antkowiak

Monsignore Pirmin Spiegel

Dorothee Klüppel

missio – Internationales Katholisches Missionswerk

Dr. Gregor Frhr. von Fürstenberg

ND

Kurt Schanné

Netzwerk Diakonat der Frau

Dr. Dorothea Reiningger

Ordo Franciscanus Saecularis (OFS)

Diakon Joachim Keßler

Pax Christi

Gerold König

Renovabis

Dr. Markus Ingenlath

Prof. Dr. Thomas Schwartz

Schönstatt-Bewegung Deutschland

Prof. Dr. Joachim Söder

Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)

Hildegard Eckert

Yvonne Fritz

Nadine Mersch

Dr. Ursula Pantenburg

Sozialdienst katholischer Männer (SKM)

Stephan Buttgerit

Ludger Urbic

Technischer Cartell-Verband e.V.

Dr. Thomas Arnold

Einzelpersönlichkeiten

Prof. Dr. Birgit Aschmann

Johanna Beck

Nora Bossong

Dr. Christoph Braß

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Detering

Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer

Prof. Dr. Bernhard Edmunds

Prof. Dr. Alexander Filipović

Dr. Peter Frey

Dr. Anna Grebe

Staatsministerin a. D. Prof. Dr. Monika Grütters MdB

Ministerpräsident Daniel Günther

Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins

Bundesministerin a. D. Dr. Barbara Hendricks

Bettina Jarasch MdA

Prof. Dr. Julia Knop

Karin Kortmann

Peter Kossen

Bundesministerin a. D. Annegret Kramp-Karrenbauer

Dr. Martina Kreidler-Kos

Prof. Dr. Clemens Ladenburger

Dr. Harald Langenfeld

Dr. Peter Liese

Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Gudrun Lux

Dr. Claudia Lücking-Michel

Prof. Dr. Anja Middelbeck-Varwick

Hildegard Müller
Johannes Norpoth
Katharina Norpoth
Prof. Dr. Claudia Nothelle
Prof. Dr. Johanna Rahner
Schwester Philippa Rath OSB
Prof. Dr. Beate Rudolf
Prof. Dr. Dorothea Sattler
Prof. Dr. Matthias Sellmann
Prof. Dr. Thomas Söding
Dr. Irme Stetter-Karp
Dr. Olaf Tyllack
Marie von Manteuffel
Manfred Weber MEP
Michael Wedell
Yvonne Willicks
Josef Philip Winkler

Mitglied gemäß Status § 3 (1f) des Status

Marc Frings

VI. Generalsekretariat

Generalsekretär

Marc Frings

Generalsekretär und Geschäftsführer

Claudia Abmeier

Persönliche Referentin des Generalsekretärs

Gabriele Weissbach

Teamassistentin des Generalsekretärs und der Präsidentin

Geschäftsstelle

Monika Bisterfeld

Leiterin der Abteilung, Stv. Geschäftsführerin des ZdK e.V., Geschäftsführung der Lumen Gentium Stiftung deutscher Katholiken

Zydrune Burbaite

Lohn- und Finanzbuchhaltung

Nikola Liebchen-Grittke

Assistentin der stellv. Geschäftsführung

Theologie und Glaube

Dr. Katrin Großmann

Abteilungsleitung, Geschäftsführerin des Sachbereichs 1 „Theologie, Pastoral, Ökumene“, Geschäftsführerin der Gesprächskreise „Juden und Christen“ und „Christen und Muslime“ beim ZdK

Paulo Braganholli (interner Wechsel)

Teamassistent der Abteilung Theologie & Glaube und Kirche & Gesellschaft

Marie Raßmann

Referentin in der Abteilung Theologie und Glaube, Geschäftsführerin des Sachbereichs 1 „Theologie, Pastoral und Ökumene“

Pascal Bartelheimer

Werkstudent der Abteilung

Kirche und Gesellschaft

Claudia Gawrich

Leiterin der Abteilung, kommissarische Geschäftsführerin des Sachbereichs 2 „Politische und ethische Grundfragen“

Paulo Braganholli (interner Wechsel)

Teamassistent der Abteilung Theologie & Glaube und Kirche & Gesellschaft

Raphael de Araújo Bittner

Referent, Geschäftsführer Konferenz d. Diözesanräte, des Sachbereichs 6 „Nachhaltige Entwicklung & globale Verantwortung“ und des Sachbereichs 7 „Europäische Zusammenarbeit & Migration“

Natascha Geistmann

Teamassistentin der Abteilung

Barbara Ladenburger

Referentin, Geschäftsführerin Konferenz d. Diözesanräte und des Sachbereichs 2 „Politische und ethische Grundfragen“

Prisca Patenge

Referentin, Geschäftsführerin des Sachbereichs 3 „Wirtschaft, Soziales, Digitalisierung“, des Sachbereichs 5 „Familien, Generationen, Geschlechtergerechtigkeit“ und der AG kath. Frauenverbände und -gruppen, zuständig für den Themenbereich „Ethisch-nachhaltiges Investment“

Andrea Pingel

Referentin, Geschäftsführerin des Sachbereichs 4 „Bildung, Kultur, Medien“ und der AGKOD

Katholikentage und Großveranstaltungen

Dr. Andreas Kratel

Abteilungsleitung

Charlotte Dietrich

Referentin

Niklas Krieg

Referent

Jonas Kötter-Hagedorn

Referent

Roland Vilsmaier

Organisationsreferat, Geschäftsführer der Deutschen Katholikentage

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Britta Baas

Abteilungsleitung und Pressesprecherin des ZdK und der Katholikentage

Elsa Fiebig

Mitarbeiterin

Philipp Hecker

Mitarbeiter

Konstantin Eschelbach

Werkstudent der Abteilung

ausgeschieden:

Nicole Aguilar

Assistentin der stellv. Geschäftsführung

Petra Dahms

Servicestelle

Leonie Uliczka

Werkstudentin der Abteilung Kirche und Gesellschaft

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)
Generalsekretariat Schönhauser Allee 182 10119 Berlin

Tel. 49 (0) 30 166 380-600

Mail info@zdk.de **Web** www.zdk.de

ISBN 978-3-9816540-2-8